



Verfassungsschutzbericht

des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2010

Pressefassung

Inhaltsverzeichnis

1	Entwicklungstendenzen	6
1.1	Rechtsextremismus.....	6
1.2	Linksextremismus.....	8
1.3	Ausländerextremismus	9
1.4	Islamismus.....	10
2	Themen im Fokus.....	12
2.1	„WIR oder Scharia“?: Fachtagung des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen und der DITIB Begegnungsstätte Duisburg-Marxloh am 23. November 2010.....	12
2.2	Eine Sekte auf dem Weg ins Kinderzimmer – wie ‘Scientology’ die neuen Medien nutzt.....	15
3	Rechtsextremismus.....	20
3.1	Parlamentsorientierter Rechtsextremismus	21
3.1.1	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	21
3.1.2	Bürgerbewegung pro Köln e.V. und Bürgerbewegung pro NRW.....	34
3.1.3	Deutsche Volksunion (DVU).....	45
3.2	Aktionsorientierter Rechtsextremismus	47
3.2.1	Neonazis.....	47
3.2.2	Rechtsextremistische Skinheads	54
3.3	Rechtsextremistische Vertriebe und Versandhandel	58
3.4	Diskursorientierter Rechtsextremismus – Revisionismus	63
3.5	Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten.....	64
4	Linksextremismus.....	66
4.1	Parlamentsorientierter Linksextremismus	68
4.1.1	DIE LINKE* – Landesverband Nordrhein-Westfalen (DIE LINKE.NRW*)	68
4.1.2	Deutsche Kommunistische Partei (DKP).....	77
4.1.3	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	80
4.2	Aktionsorientierter Linksextremismus.....	83
5	Ausländerextremismus	96
5.1	Türkische Organisationen	96

5.1.1	Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.*	96
5.1.2	Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front; Türkische Volksbefreiungspartei/-Front – Revolutionäre Linke	99
5.1.3	Arbeiterpartei Kurdistans (PKK); Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL) und unterstützende Organisationen	101
5.2	Tamilische Befreiungstiger.....	107
6	Islamismus.....	111
6.1	Islamistisch motivierter transnationaler Terrorismus mit antiwestlicher Stoßrichtung	111
6.1.1	Jihadisten / al-Qaida und ihr Umfeld	111
6.1.2	Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQM)	122
6.1.3	Islamische Bewegung Usbekistans (IBU).....	123
6.1.4	Islamische Jihad Union (IJU).....	123
6.2	Islamistisch motivierter Terrorismus mit regionaler Ausrichtung.....	124
6.2.1	Ansar al-Islam (Unterstützer des Islam).....	124
6.2.2	Tschetschenischer Separatismus.....	124
6.2.3	HAMAS (Harakat al-Muqawama al-Islamiya – Islamische Widerstandsbewegung).....	125
6.2.4	Hizb Allah (Partei Gottes).....	126
6.3	Gewalt befürwortende, aber nicht anwendende islamistische Organisationen	128
6.3.1	Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei).....	128
6.3.2	Kalifatsstaat (Hilafet Devleti).....	129
6.3.3	Organization for Human Rights and Dignity* – Organisation für Würde und Rechte am Menschen.....	130
6.4	Salafistische Bestrebungen*	131
6.5	Legalistische, nicht gewaltorientierte islamistische Organisationen	133
6.5.1	Tablighi Jama'at* (Gemeinschaft zur Verkündigung).....	133
6.5.2	Muslimbruderschaft (MB)	134
6.5.3	Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG).....	135
7	Extremismus in Zahlen	141
7.1	Bericht des Landeskriminalamtes.....	141
7.1.1	Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität	141
7.2	Mitgliederpotenzial	149
8	Scientology Organisation	151
9	Spionageabwehr.....	152
9.1	Überblick.....	152
9.2	Spionageaktivitäten des Iran	153
9.3	Proliferation	153

9.4	Ferner Osten	154
9.4.1	Volksrepublik China	154
9.4.2	Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)	157
9.4.3	Weitere Staaten des Nahen Ostens / Afrikanische Staaten	157
9.5	Russische Föderation und andere Mitglieder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS).....	158
9.5.1	Nachrichtendienste der Russischen Föderation.....	158
9.5.2	Nachrichtendienste der übrigen Mitglieder der GUS	160
9.6	Abwehr von Wirtschaftsspionage.....	160
10	Über den Verfassungsschutz.....	165
10.1	Aufbau, Organisation, Haushalt, Personal	165
10.2	Verfassungsschutz durch Aufklärung – Öffentlichkeitsarbeit	165

Vorbemerkung

Dieser Verfassungsschutzbericht umfasst das Jahr 2010; Redaktionsschluss war der 15. Januar 2011. Danach liegende Vorfälle sind punktuell aufgenommen worden, wenn sie von größerer Bedeutung sind. Hinweise auf Geschehnisse außerhalb Nordrhein-Westfalens wurden aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichtes erforderlich sind. Wenn einzelne extremistische Organisationen in diesem Bericht nicht erwähnt werden, bedeutet das nicht, dass sie der Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht unterliegen. Ergänzende Informationen finden Sie im Internet unter www.mik.nrw.de/verfassungsschutz.

Grundlagen und Zielsetzung des Verfassungsschutzes bei der Extremismusbekämpfung

Die Hauptaufgabe des Verfassungsschutzes gemäß § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) ist es, im staatlichen Auftrag politisch bedeutsame Informationen zu beschaffen, zu sammeln und auszuwerten, die Bestrebungen oder Tätigkeiten betreffen,

- : die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- : darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinflussen, oder
- : die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- : die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder
- : die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht darstellen.

Die Verfassungsschutzbehörde sammelt hierzu die für sie relevanten Informationen und wertet sie aus, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegeben sind oder auch, soweit gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht solcher Bestrebungen und Tätigkeiten gegeben sind¹. Weder eine konkrete Gefahr noch eine begangene Straftat sind also notwendig, um ihr Tätigwerden zu legitimieren. Daher ist es auch nicht Voraussetzung für die Berichterstattung in den Jahresberichten, dass sich die Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Der Verfassungsschutz arbeitet im Vorfeld konkreter Gefahren oder Straftaten. Er hat im Wesentlichen Organisationen und Strukturen im Auge.

Eine „Bestrebung“ ist – so sagt es der § 3 Abs. 3 des VSG NRW – ein „Personenzusammenschluss“, setzt also mehrere Personen voraus, die gemeinsam handeln. Einzelne Personen stehen damit nicht unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes, es sei denn, ihr Verhalten ist auf die Anwendung von Gewalt gerichtet oder von ihnen geht eine erhebliche Gefahr für eines der Schutzgüter des Verfassungsschutzgesetzes aus.

Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Im Zentrum steht der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – also der nicht zur Disposition stehende Kern des Grundgesetzes (§ 3 Abs. 4 VSG NRW). Hierzu zählen:

- : Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;

¹ Diesen Fall kennzeichnen wir im Bericht mit einem * hinter dem Organisationsnamen.

- : die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
- : das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;
- : die Ablösbarkeit der Regierung und deren Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
- : die Unabhängigkeit der Gerichte;
- : der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- : die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Auswärtige Belange der Bundesrepublik und Völkerverständigung

Außer dem Schutz der Grundordnung des Grundgesetzes hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, Bestrebungen zu beobachten, „die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden“. Hier geht es vorwiegend um gewaltbereite extremistische Ausländergruppen, die vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aus Gewaltaktionen vorbereiten, um eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse in ihren Heimatländern herbei zu führen und die dadurch die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten beeinträchtigen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW).

Auch Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind, gehören zu den Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW). In der Sache handelt es sich bei dieser gesetzlichen Regelung um die Klarstellung, dass der Verfassungsschutz diejenigen international operierenden Gruppierungen beobachtet, die beispielsweise darauf abzielen, konfessionelle oder ethnische Gruppen im Ausland zu bekämpfen. Anders als beim typischen Fall des Ausländerextremismus sind die Angriffe hier nicht auf die staatliche Ordnung oder die Grenzen eines einzelnen anderen Landes gerichtet, sondern gegen bestimmte (Volks)gruppen in den betreffenden Staaten. Gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind etwa Gruppierungen, die die – notfalls gewaltsame – Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete propagieren.

Arbeitsweise des Verfassungsschutzes

Bei seiner Tätigkeit stützt sich der Verfassungsschutz in großem Umfang auf offenes Material wie Zeitungen, wissenschaftliche Veröffentlichungen, Radio- und Fernsehberichte, Interviews und Parteiprogramme. Sensible Informationen aus geschlossenen Zirkeln werden aber häufig mit nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnen. Es werden Vertrauensleute (V-Leute) eingesetzt, Zielpersonen observiert, Funkverkehr wird überwacht, und in besonders gravierenden Fällen kann auch die Post- und Telefonüberwachung angeordnet werden. Wenn es Aufgabe des Verfassungsschutzes ist, konspirativ arbeitende Organisationen zu bekämpfen und deren Struktur aufzuklären, ist hierzu eine gewisse Waffengleichheit notwendig. Bei der Spionageabwehr und der Extremismusbeobachtung kann auf nachrichtendienstliche Mittel nicht verzichtet werden. Typischerweise geben sich extremistische Parteien und Organisationen in ihren Programmen und öffentlichen Auftritten gemäßigt, um ihre Akzeptanz und ihre Wahlchancen nicht zu beeinträchtigen. Klartext wird nur in den inneren Zirkeln und unter Ausschluss der Öffentlichkeit geredet. Darüber muss der Verfassungsschutz verlässliche Informationen erlangen, wenn er sich ein realistisches Bild von den Zielen und den Methoden derartiger Parteien und Organisationen verschaffen und die Öffentlichkeit aufklären will.

1 Entwicklungstendenzen

1.1 Rechtsextremismus²

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Auf ihrem Bundesparteitag im Juni 2010 hat sich die NPD ein neues Parteiprogramm gegeben. Unter der Bezeichnung „Arbeit – Familie – Vaterland“ betont die NPD die nationale Ausrichtung ihrer Politik. Es unterscheidet sich durch seine umfangreiche Ausrichtung auf Wirtschaftsfragen deutlich vom alten Parteiprogramm. Um ihre Ziele zu verdeutlichen, greift die NPD auf bestimmte Schwerpunktthemen zurück. Neben sozialen Fragestellungen ist die Ausländerpolitik ein zentrales Thema. Auch im Landtagswahlkampf 2010 spielten deshalb gegen den Islam gerichtete Forderungen und Parolen eine zentrale Rolle. Dabei zeigt sich, dass der Islam als Feindbild eine „Türöffnerfunktion“ für alle rechtsextremistischen Parteien hat. Darüber sollen weitergehende rechtsextremistische Inhalte und Forderungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft transportiert werden.

Der „Kampf um die Parlamente“ hat in den letzten Jahren für die NPD an Bedeutung gewonnen. Zum einen nutzt sie, dort wo sie in Parlamente einziehen konnte, die Fraktion als Sprachrohr, zum anderen ist sie existenziell auf die Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung angewiesen.

Die NPD ist zusätzlich bemüht Bündnispartner zu finden. Entsprechende Angebote zur Zusammenarbeit richten sich an die Neonaziszene. In ihrem Kampf für ein anderes System sieht sich die NPD selbst als „parlamentarischer Arm“ des „nationalen Widerstandes“, als Teil einer gemeinsamen Bewegung von Neonazis und NPD. Das Angebot zur Zusammenarbeit haben zwar Teile der Neonaziszene angenommen, andere – vornehmlich die Autonomen Nationalisten – stehen einer Zusammenarbeit eher skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Der zweite wichtige Bündnispartner der NPD war die DVU. Bereits im Verlauf des Jahres kam es – nach dem Bruch des sogenannten „Deutschlandpakt“ – wieder zu einer Annäherung. Auf dem NPD-Bundesparteitag wurde dann die Fusion der beiden Parteien angekündigt. Mitgliederbefragungen in beiden Parteien sollen deutliche Mehrheiten für eine Fusion ergeben haben. Auf getrennten Parteitagen jeweils im November 2010 beschlossen die NPD und die DVU eine Fusion beider Parteien. Einziges Zugeständnis der NPD war die Änderung des bisherigen Namenszusatzes ‘NPD – Die Nationalen’ in ‘NPD – Die Volksunion’.

Wie auch immer das jetzt begonnene juristische Tauziehen um den Vollzug der Zusammenlegung ausgehen wird – eine Fusion auf Augenhöhe steht nicht zu erwarten, bestenfalls eine Art „freundliche Übernahme“ – oder eben doch die Beseitigung eines politischen Konkurrenten. Es spricht alles dafür, dass nur ein Teil der bisherigen DVU-Mitglieder tatsächlich in die NPD übertritt. Eine wesentliche organisatorische Stärkung der NPD ist durch die Fusion weder auf Bundes- und erst recht nicht auf Landesebene zu erwarten.

Die NPD erzielt in NRW nahezu durchgehend die schlechtesten Wahlergebnisse bundesweit. Auch bei der Landtagswahl in NRW scheiterte sie. Ihr wichtigstes Wahlziel, mehr als 1 % der Stimmen zu erhalten, hat sie klar verfehlt. Damit wäre sie in den Genuss der staatlichen Parteienfinanzierung ge-

² Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

kommen. Derzeit gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass die NPD in Nordrhein-Westfalen über ihren Status einer rechtsextremistischen Splitterpartei hinauswachsen könnte.

‘pro Köln’ und ‘pro NRW’

‘pro Köln’ und ‘pro NRW’ werden vom Verfassungsschutz beobachtet, weil bei diesen Gruppierungen tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen. Diese tatsächlichen Anhaltspunkte ergeben sich aus einer Vielzahl von Äußerungen in den Infoblättern von ‘pro Köln’ und ‘pro NRW’ sowie durch Artikel, die im Archiv auf deren Internetseiten abgelegt sind, durch Redebeiträge auf Kundgebungen, DVD-Veröffentlichungen, aber auch durch Kontakte zu anderen, teilweise rechtsextremistischen, zumindest aber ausländerfeindlichen Organisationen im In- und Ausland.

Der Schwerpunkt der Kampagnen von ‘pro Köln’ und ‘pro NRW’ war auch in 2010 darauf angelegt, Vorurteile über Muslime zu verbreiten, Ängste zu wecken oder zu verstärken. Dabei wird bewusst nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistische Strömung unterschieden. Vielmehr erfolgt eine diskreditierende Gleichsetzung des Islam mit Kriminalität und Terrorismus. Der Islam insgesamt wird als Feindbild von ‘pro Köln’ und ‘pro NRW’ propagiert, um die Ausgrenzung einer ganzen Bevölkerungsgruppe und pauschale Schuldzuweisung an diese zu rechtfertigen. Das Schlüssel- und Schwerpunktthema von ‘pro Köln’ und ‘pro NRW’ ist – vor dem Hintergrund ihrer islamfeindlichen Agitation – nach wie vor die Ablehnung von Moscheebauten.

Verflechtungen und Bündnisse, die ‘pro Köln’ und ‘pro NRW’ mit Parteien und Organisationen in den europäischen Nachbarländern 2010 pflegten, zeigen, dass sich ‘pro Köln’ und ‘pro NRW’ nicht glaubhaft von jeder Form des Extremismus abgrenzen. Einige dieser Parteien zählen zum rechtsextremistischen Spektrum. ‘pro NRW’ hat in 2010 seine Bemühungen, mit anderen Parteien eine politische Plattform von Rechts zu schaffen, verstärkt. Mit den ‘Republikanern’ will ‘pro NRW’ 2011 gemeinsame Großveranstaltungen durchführen. Ziel ist es, spätestens bei der Europawahl 2014 „gemeinsam in neuer Formation“ bundesweit anzutreten.

Der von ‘pro Köln’ und ‘pro NRW’ bei der Landtagswahl angestrebte Wahlerfolg – Einzug in den Landtag – ist ausgeblieben. Das Wahlergebnis bei der Landtagswahl von 1,4 % landesweit zeigt, dass die Strategie von „pro NRW“, sich auf die „Islamisierung“ und „Anti-Minarett-Kampagne“ als zentrale Themen zu konzentrieren, letztendlich nicht erfolgreich war.

Neonazis

Aufgrund der vereinsrechtlichen Verbote von neonazistischen Gruppierungen in den 1990iger Jahren organisiert sich die Neonaziszene auch aktuell weiter ohne vereinsrechtliche oder anderweitig ausmachende Strukturen in sogenannten „freien Kameradschaften“. Seit etwa 2005 ist innerhalb der neonazistischen Szene aber eine noch deutlichere Abkehr von den eher traditionell geprägten Strukturen festzustellen. Mit dem Phänomen der Autonomen Nationalisten tritt eine Aktionsform der Neonazis in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, die in ihrem Auftritt und Habitus sowie ihrer Kleidung stark an links-extremistischen Autonomen orientiert ist und sich der Stilelemente des politischen Gegners bedient. Der Trend, immer weniger an den bekannten traditionellen Kameradschaften festzuhalten, ist auch im Jahr 2010 weiter erkennbar. Die Kameradschaften arbeiten weiterhin anlass- und ereignisbezogen mit den örtlichen NPD-Kreisverbänden zusammen.

Der bereits in 2009 zu beobachtende Trend, dass die durch Autonome Nationalisten als „Recht auf Selbstverteidigung“ verbrämte Gewaltausübung gegen vermeintlich staatliche Repression und gegen den politischen Gegner auch von den aktionsorientierten Kameradschaften zunehmend als probates Mittel angesehen wird, hat sich in 2010 fortgesetzt. Die Bereitschaft zu gewalttätigen Auseinandersetzungen steigerte sich augenscheinlich in ihrer Intensität, in einem Einzelfall wurden bei einer Versammlung sogar Sprengmittel mitgeführt, die bei Verwendung gegen den politischen Gegner oder auch gegen die Polizei, zu schweren, unter Umständen tödlichen Verletzungen hätte führen können.

1.2 Linksextremismus³

Partei DIE LINKE.*

Die Partei 'DIE LINKE*' ist eine sehr heterogene, regional von einzelnen Zusammenschlüssen und Strömungen höchst unterschiedlich geprägte Partei. Der nordrhein-westfälische Landesverband unterscheidet sich erheblich von den eher pragmatisch ausgerichteten zumeist ostdeutschen Landesverbänden. Er wird von verfassungsfeindlichen Zusammenschlüssen bzw. Zusammenschlüssen, bei denen Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen bestehen, beeinflusst.

Derartige Strömungen in der Partei haben auch Einfluss auf den Programmentwurf der Partei 'DIE LINKE*' genommen. Der Partei ist es auch im vorliegenden Programmentwurf daher nicht gelungen, ihre Ziele überzeugend im Sinne des Grundgesetzes zu beschreiben. Das derzeitige politische System nach dem Grundgesetz soll – unter positiver Bezugnahme auf die extremistischen Positionen von Marx, Engels und Luxemburg – zugunsten einer nicht im einzelnen konkretisierten „Alternative“ überwunden werden. Es wird im Ergebnis eine Gesellschaft angestrebt, die von einer umfassenden staatlichen Kontrolle, Regulierung und Steuerung geprägt ist. Die Partei vertritt ein kollektivistisches Menschenbild und ein kollektivistisches Grundrechtsverständnis; damit stellt sie den grundrechtlich gewährleisteten individuellen Freiheitsanspruch der Bürgerinnen und Bürger in Frage.

Teile der Partei 'DIE LINKE*' haben nach wie vor ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Durch die partielle Zusammenarbeit mit der gewaltbereiten autonomen Szene wird Gewalt als Teil des „antifaschistischen Kampfes“ zumindest geduldet. Zweifel an der Verfassungstreue der Partei hatte bereits im Jahr 2009 das Oberverwaltungsgericht in Münster.⁴ Das Bundesverwaltungsgericht hat diese Einschätzung im Jahr 2010 bestätigt.⁵

Autonome Szene

„Antifaschismus“ bleibt weiterhin für die linksautonomen Szene das Themenfeld, dem angesichts der Vielzahl der zumeist „von Rechts“ angemeldeten Demonstrationen und sonstigen Veranstaltungen die größte Aufmerksamkeit gilt und in dem das größte Konfliktpotential durch Rechts-Links-Konfrontationen liegt.

Die Entwicklungen in den Themenfeldern Antimilitarismus und Antikernkraft werden wesentlich durch die aktuellen Ereignisse im Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und den Atommülltransporten bestimmt.

Zu befürchten ist, dass Veranstaltungen beziehungsweise Einrichtungen der Bundeswehr und der NATO weiterhin Zielscheibe von Linksautonomen sind. Dies gilt für Veranstaltungen mit beabsichtigter Öffentlichkeitswirkung, etwa Konzerte. Das gilt aber vor allem für Werbemaßnahmen von Bundeswehroffizieren in Arbeitsagenturen und Schulen. Potenziell muss bei jeder dieser Veranstaltungen mit Angriffen oder zumindest spektakulären Aktionen mit symbolischer Öffentlichkeitswirkung gerechnet werden.

Teile der linksextremistischen Szene – auch aus Nordrhein-Westfalen – haben das Thema Antikernkraft für sich instrumentalisiert. Die Intensität und Breite der Proteste (Blockaden, Aufrufe zum „CAS-

³ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

⁴ Urteil vom 13.2.2009 (Az: 16 A 845/08)

⁵ Urteil vom 7.9.2010 (Az: 6 C 22.09)

TOR? schottern!“, Versuche der Beschädigung von Gleisen) deuten darauf hin, dass es über linksextremistische Potenziale hinaus zunehmend auch ein „bürgerliches“ Protestpotential gibt, das bereit ist, mögliche strafrechtlich relevante Nötigungs- und Sachbeschädigungsdelikte als legitimen Ausdruck der politischen Arbeit zu verstehen. Im Hinblick auf zukünftige CASTOR-Transporte wird daher zu beobachten sein, ob die linksextremistische Szene aus den „Grenzüberschreitungen“ im bürgerlichen Bereich „Gewinn“ für ihre Arbeit ziehen kann.

Interessant wird auch die Frage sein, ob der durch die linksautonome Szene selbst gesetzte Anspruch der zunehmenden Vernetzung im Hinblick auf zukünftige Großveranstaltungen eingelöst werden wird.

Links-Rechts-Konfrontationen

Die Auseinandersetzung zwischen den aktionsorientierten rechts- und linksextremistischen Spektren in Nordrhein-Westfalen, namentlich den Neonazis bzw. Autonomen Nationalisten einerseits und der Autonomen Antifa andererseits, findet – neben anderen Aktionsformen wie z.B. Outings – schwerpunktartig nach wie vor „auf der Straße“ statt. Die Anlässe für Aktionen der Antifa werden zumeist von der rechtsextremistischen Szene gesetzt. Die Antifa reagiert nahezu ausschließlich auf Kundgebungen, Konzerte, interne Versammlungen und sonstige Aktionen der rechtsextremistischen Gruppierungen und antwortet reflexhaft mit Gegenkundgebungen. Ziel der Antifa ist es, die Aktionen der rechtsextremistischen Szene – ggf. auch mit Gewalt – zu stören, zu behindern oder sogar zu verhindern. Dabei tritt häufig die Polizei an die Stelle des eigentlichen Gegners und wird mit der für die autonome Szene typischen Gewaltbereitschaft konfrontiert. Es fällt die professionelle und effektive Vorbereitung und Durchführung von Aktionen bei Einsatz moderner Internettechnik zur Verhinderung rechtsextremistischer Veranstaltungen auf, ebenso die überregionalen Bündnis- und Vernetzungsstrukturen.

Links-Rechts-Konfrontationen sind weiterhin für das hohe Niveau linksextremistischer Gewaltkriminalität ursächlich. Zwar ist der Anteil der Straftaten bei Demonstrationen und Veranstaltungen vor allem aufgrund des Rückgangs bei Verstößen gegen das Versammlungsgesetz zurückgegangen. Dagegen ist jedoch die Zahl der Körperverletzungsdelikte gestiegen.

Zeit- und ortsgebundene Auseinandersetzungen mit einer gewissen „Tradition“ – wie in Berlin und Hamburg – mit besonders schweren Gewalttaten in großer Zahl (z.B. Brandstiftungen) gibt es in Nordrhein-Westfalen allerdings nicht.

1.3 Ausländerextremismus⁶

KONGRA-GEL/PKK

Für die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) sind die westeuropäischen Staaten – und damit auch Deutschland – ein Ruhe- und Rückzugsraum, in dem finanzielle und logistische Unterstützung für den bewaffneten Kampf in der Türkei organisiert wird. Der aus der PKK ('Partiya Karkerên Kurdistan') hervorgegangene KONGRA-GEL ('Volkskongress [Kurdistan]') setzt dementsprechend seine offizielle Linie des Gewaltverzichts in Westeuropa fort. 2010 kam es daher lediglich im Zusammenhang mit dem Verbot des PKK-nahen Fernsehsenders 'ROJ TV' durch das Bundesministerium des Innern zu Brandanschlägen gegen diplomatische Vertretungen der Türkei in Nordrhein-Westfalen. In der Türkei setzt die Organisation aber ihren bewaffneten Kampf trotz einer verkündeten Waffenruhe weiter fort.

⁶ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

ADÜTDF*

Die ihrer Ideologie nach als rechtsextremistisch zu bewertende türkische Ülkücü-Bewegung, auch bekannt als 'Graue Wölfe', ist in Nordrhein-Westfalen durch zahlreiche Vereine präsent. Ihre Symbolik ist allem Anschein nach auch unter türkischstämmigen Jugendlichen populär, was sich unter anderem aus entsprechenden Veröffentlichungen und Beiträgen im Internet schließen lässt. Gewalttätige Aktionen, die sich früher meist gegen PKK-Anhänger gerichtet haben, sind seit einigen Jahren aus diesem Spektrum nicht mehr zu verzeichnen gewesen.

Türkische Linke

Die linksextremistischen türkischen Organisationen in Nordrhein-Westfalen führen ihre Existenz weiter fort, sind aber kaum in der Lage eine nennenswerte Außenwirkung oder Verbreitung selbst innerhalb der türkischstämmigen Gemeinschaft zu erzielen.

LTTE

Nach der militärischen Niederlage der LTTE ('Tamilische Befreiungstiger') in Sri Lanka und dem Tod ihres Anführers im Mai 2009 hat die deutsche Vertretung der LTTE-Interessen, das 'Tamil Coordination Committee' aus Oberhausen verschiedene Veranstaltungen und friedliche Aktionen durchgeführt. Ob von Europa aus Unterstützung oder gar Initiativen zur erneuten Aufnahme des bewaffneten Kampfes in Sri Lanka ausgehen werden, ist bisher nicht abzusehen.

1.4 Islamismus⁷

Deutschland wird seit Ende 2008 direkt und in deutscher Sprache durch unterschiedliche ausländische terroristische Organisationen wie die 'Islamische Bewegung Usbekistan', die 'Islamische Jihad Union' und 'al-Qaida' angesprochen. Auch 2010 wandten sich Sprecher ausländischer Terrororganisationen in Internetbotschaften an ein deutsches Publikum, überwiegend um das deutsche Engagement in Afghanistan als „islamfeindlich“ zu kritisieren, indirekte Terrordrohungen auszusprechen oder Nachwuchs für den bewaffneten Jihad anzuwerben. So haben Akteure des internationalen Jihadismus 2010 ihre Anstrengungen verstärkt, kampfwillige Muslime über das Internet zu rekrutieren.

Das quantitative Niveau der gegen Deutschland gerichteten Drohbotschaften vom Vorjahr, das in direktem Zusammenhang mit der Bundestagswahl stand und teils mit konkreten Anschlagsdrohungen einher ging, wurde 2010 nicht mehr erreicht. Nach einer Reihe unkonkreter, im Internet veröffentlichter Anschlagsdrohungen gegen Deutschland hatte das deutsche 'al-Qaida'-Mitglied Bekkay Harrach im September 2009 Anschläge auf deutschem Boden innerhalb eines bestimmten Zeitraums angekündigt. Etwa zeitgleich hatten auch die 'Deutschen Taleban Mujahedin' ein Drohvideo mit Bildern von symbolträchtigen Orten in Deutschland im Internet veröffentlicht.

Im legalistischen Islamismus haben sich die bereits vorher zu erkennenden Entwicklungen fortgesetzt. Insbesondere salafistisch orientierte Gruppen sind nach wie vor in Nordrhein-Westfalen sehr aktiv und stoßen mit der Werbung für ihr fundamentalistisches Islamverständnis bei Jugendlichen auf einen nicht zu unterschätzenden Zuspruch.

⁷ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

Die Bandbreite islamistischer Propaganda ist groß, sie reicht von gewaltfreien, aber eindeutig ideologisch gefärbten Veröffentlichungen bis hin zu Gewalt verherrlichendem und jihadistischem Material. Ein Großteil der Propaganda wird über das Internet verbreitet.

In Nordrhein-Westfalen findet sie vor allem in salafistischen Kreisen Resonanz. Einige Personen aus diesen Kreisen haben sich bereits islamistischen Terrororganisationen im Ausland angeschlossen und sind in Propaganda- oder Droh-Videos in Erscheinung getreten. Insbesondere von den 'Deutschen Taleban Mujahedin', einem Zusammenschluss deutschstämmiger Kämpfer im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, ist bekannt, dass sie sich unter anderem aus solchen radikalisierten Einzelpersonen zusammensetzen. Die 'Deutschen Taleban Mujahedin' haben sich 2010 verschiedentlich in Propaganda- und Rekrutierungsvideos im Internet zu Wort gemeldet.

Die Beteiligung der Bundeswehr am ISAF-Einsatz in Afghanistan diene jihadistischen Gruppierungen und Einzelpersonen als Hauptargument, wenn sie Deutschland indirekt mit Terroranschlägen drohten oder Anschläge gegen deutsche Bundeswehrangehörige in Afghanistan als Akte der Selbstverteidigung rechtfertigten. Für die nächste Zeit ist nicht damit zu rechnen, dass bei der Bedrohungslage durch jihadistische Gruppen, die der Ideologie von 'al-Qaida' folgen, eine Entspannung eintreten könnte.

2 Themen im Fokus

2.1 „WIR oder Scharia“?: Fachtagung des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen und der DITIB Begegnungsstätte Duisburg-Marxloh am 23. November 2010

„Sicherheit statt Islamisierung“, „Bildung statt Moscheen“, „Heimat statt Minarette“: Parolen wie diese prägten im Jahr 2010 den nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf der NPD und der selbsternannten 'Bürgerbewegung pro NRW'. Diese Slogans sind Teil einer breit angelegten Kampagne, die in Teilen des deutschen Rechtsextremismus zurzeit die Agitation bestimmt. Im Zentrum steht die Islamfeindschaft – meist festgemacht an religiösen Symbolen wie Moscheen und Minaretten –, die als Vehikel dient, um Breitenwirkung zu entfalten. Erklärtermaßen ist die angebliche „Islamisierung Deutschlands“ beispielsweise für die NPD ein „Türöffner“-Thema, um weiterreichende fremdenfeindliche und rassistische Positionen zu vermitteln. Das Thema – so hieß es in der Parteizeitung 'Deutsche Stimme' – erfülle eine „politische Eisbrecher-Funktion für taktisch denkende Nationalisten“⁸.

Diese islamfeindliche Kampagne, ihre Diskursstrategien und Erfolgsaussichten standen im Mittelpunkt der Fachtagung „WIR oder Scharia? Islamfeindschaft als Kampagnenthema im Rechtsextremismus“, die das Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen am 23. November 2010 gemeinsam mit der DITIB Begegnungsstätte Duisburg-Marxloh veranstaltet hat. Im Titel griff die Veranstaltung die Parole „WIR oder Scharia“ auf, mit der sich die NPD im Landtagswahlkampf vor allem an Schülerinnen und Schüler gewandt hatte: Der Slogan diente als Blickfang eines Schreibens, das die rechtsextremistische Partei an Schülervertretungen in Nordrhein-Westfalen geschickt hatte (der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen analysierte diese Aktion im Halbjahresbericht 2010). Im Frühjahr 2010 richteten NPD und 'pro NRW' ihre Propaganda geradezu brennglasartig gegen die Merkez Moschee in Duisburg-Marxloh – seinerzeit war von einem „islamkritischen Aktionswochenende“ die Rede. Die gemeinsame Fachtagung des Ministeriums und der Begegnungsstätte setzte einen Kontrapunkt: Sie warf kritische und genaue Blicke auf diese Propaganda und stellte ihr gezielte Aufklärung entgegen.

Die Tagung fand bereits im Vorfeld ein enormes Echo. Knapp einen Monat vor Beginn war die Veranstaltung ausgebucht, zahlreiche Interessierte aus Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern konnten nicht mehr berücksichtigt werden. Zu den rund 170 Teilnehmenden zählten Abgeordnete des Landtags, Vertreterinnen und Vertreter der Sicherheitsbehörden – Polizei und Verfassungsschutz – von Bund und Ländern sowie weiterer Behörden des Landes und der Kommunen, Journalistinnen und Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher religiöser Gemeinschaften sowie des breiten Spektrums der pädagogischen Praxis in Schule und außerschulischer Sozialarbeit. Während im Umfeld der Begegnungsstätte etwa 30 Anhängerinnen und Anhänger von 'pro NRW' gegen die Veranstaltung protestierten, begrüßte das Duisburger Bündnis für Toleranz und Zivilcourage jeden Teilnehmenden der Tagung mit einer weißen Rose.

„Welche sind die wesentlichen Elemente der islamfeindlichen Kampagne? Wie erfolgreich ist sie bisher tatsächlich und in Zukunft potenziell? Was können Staat und Zivilgesellschaft dieser Kampagne gegen Muslime und den Islam entgegensetzen – wie können sie dazu beitragen, dass sie nicht verfährt?“ Fragen von Ferdos Forudastan bildeten den Auftakt der Veranstaltung. Die Journalistin arbeitet unter anderem für den WDR und moderierte die Tagung. Anschließend eröffnete der nordrhein-westfälische Minister für Inneres und Kommunales Ralf Jäger die Veranstaltung. Sie sei „ein Forum für differenzierte Auseinandersetzung mit islamfeindlichen Kampagnen“, aber mehr als das: Die Tagung sei „auch ein Signal – ein Signal der Gemeinsamkeit in einer vielgestaltigen Gesellschaft in Deutschland, ein Signal, dass der demokratische Staat und die demokratische Zivilgesellschaft der Ausgrenzung von Musliminnen und Muslimen und anderen Minderheiten wachsam und entschieden

⁸ Niemals deutsches Land in Moslem-Hand! Auf den Punkt gebracht: Inhaltliche und taktische Gründe für den Kampf gegen die Islamisierung, in: Deutsche Stimme, Nr. 2/2010, Seite 11.

entgegnetreten, ein Signal, das Begegnung, Empathie und Austausch der Anfeindung und Intoleranz gegenüberstellt.“

Im Namen des Kooperationspartners, der DITIB Begegnungsstätte Duisburg-Marxloh, begrüßten der Vorsitzende des Trägervereins, Ismail Komsucuk, und die 2. Vorsitzende, Helga-Maria Poll, die Teilnehmenden. Helga Maria Poll zeichnete die Entwicklung der Begegnungsstätte nach und bezeichnete die Erfahrungen und Erfolge solcher Modellinstitutionen als „wegweisend für diese Gesellschaft“. Insbesondere verwies sie auf breite „Unterstützung und Ermunterung“, etwa durch *„den Bund, durch das Land, durch die Stadt, durch die Polizei, durch die Wohlfahrtsverbände als Partner, durch die Kirchen in der Nachbarschaft – vor allem durch die Gemeinde St. Peter und Paul auf katholischer Seite und durch die Kreuzeskirche auf evangelischer Seite –, durch die Schulen, durch die Parteien, durch die Nachbarn“*.

Solchen positiven Erfahrungen stehen Vorbehalte gegenüber, die in der deutschen Bevölkerung nicht selten mit dem Islam verbunden sind. Wenn sich Propagandisten bemühen, an Ressentiments anzuknüpfen, die über die engen Kreise der rechtsextremistischen Szene hinaus verbreitet sind – hat dies Aussicht auf Erfolg? Zu welchem Potenzial könnten ihnen islamfeindliche Kampagnen tatsächlich die „Tür öffnen“? Zu Fragen wie diesen geben die Studien über „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ Aufschluss, die das Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld seit fast zehn Jahren unternimmt. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) ist aus Sicht der beteiligten Forscherinnen und Forscher ein Syndrom an Einstellungsmustern, darunter Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit. Unter Islamfeindlichkeit verstehen die GMF-Studien „generelle ablehnende Einstellungen gegenüber muslimischen Personen und allen Glaubensrichtungen, Symbolen und religiösen Praktiken des Islams“.⁹

Im Eröffnungsvortrag der Tagung ging Prof. Dr. Andreas Zick, Sozialpsychologe am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, der Verbreitung islamfeindlicher Einstellungen nach. Islamfeindlichkeit sei „nicht allein ein Phänomen der extremistischen Ränder“. Die von Andreas Zick referierten Befragungsdaten bestätigten, dass islamfeindliche Agitation in erheblich höherem Maße anschlussfähig ist an Einstellungen in der Mehrheitsbevölkerung, als es für herkömmliche rechtsextremistische Propagandafelder gilt, etwa für offenen Antisemitismus und die Verharmlosung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus.¹⁰ In den GMF-Befragungen des Jahres 2010 stimmten deutlich mehr Personen islamfeindlichen Aussagen zu als 2009, nachdem die Zustimmungswerte in den Vorjahren gesunken waren. Auch im europäischen Vergleich sind die Zustimmungswerte in Deutschland verhältnismäßig hoch. Kontakte auf Augenhöhe zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen, so Zick, seien ein Schlüsselfaktor für die Prävention islamfeindlicher Haltungen. So erkläre sich das Ergebnis der GMF-Studien, dass fremdenfeindliche Einstellungen dort besonders selten vorkommen, wo der Ausländeranteil in der Umgebung vergleichsweise hoch ist.

Vor allem Pauschalisierungen über „den Islam“ sind verbreitet und könnten eine Quelle islamfeindlicher Vorbehalte sein. Die Agitation rechtsextremistischer Gruppen zielt darauf, solche pauschalen Ressentiments zu verstärken. Wörter werden zu Symbolen: Im NPD-Slogan „WIR oder Scharia“ dient Scharia als Inbegriff all dessen, was „den Islam“ gefährlich und unmenschlich erscheinen lassen soll. Vermutlich soll der Begriff Bilder archaischer Rituale oder sogenannter „Ehrenmorde“ im Kopf der Leserinnen und Leser entstehen lassen. Was aber heißt Scharia? Im Gespräch mit Dr. Korkut Bugday, Islamwissenschaftler beim Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, ging Ferdos Forudastan unter anderem diesem Begriff nach. Tatsächlich sei Scharia ein „schillernder Begriff“, so Korkut Bugday. Generell bedeute er „breiter Weg zur Quelle“, beschreibe also eine Methode, um im religiösen Sinne richtige Entscheidungen zu finden. Die Scharia umfasse Hinweise in Fragen der religiösen Praxis – beispielsweise zur Gestaltung des Gottesdienstes – und „die Gesamtheit der Rechtsprechungen islamischer Gelehrter“. Das heißt: Sie umfasst zum Teil sehr unterschiedliche Rechtsmeinungen. Viele Auslegungen der Scharia, die in Ländern, in denen Musliminnen und Muslime leben, vertreten wer-

⁹ Aktuelle Daten und Analysen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit werden jedes Jahr in einem Band der Reihe „Deutsche Zustände“ veröffentlicht, aktuelle Ausgabe: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 9, Berlin 2010.

¹⁰ Zu analogen Ergebnissen kommt die Studie „Die Mitte in der Krise“, die die Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht hat: Oliver Decker u.a., Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin 2010, Seite 134f., <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>.

den, seien mit dem Grundgesetz unvereinbar. Eine Auslegung der Scharia, die weder der deutschen Verfassung noch anderen Gesetzen widerspreche, sei aber durchaus möglich. In Deutschland spiele die Scharia im Alltagsleben für rechtliche Belange allerdings praktisch keine Rolle. Auch für sehr gläubige Musliminnen und Muslime stehe in der Regel außer Frage, dass die staatlichen Gesetze gelten. Korkut Bugday: *„Man muss sich von der Vorstellung frei machen, Muslime liefen ständig mit der Scharia unter dem Arm umher und versuchten jeden Augenblick ihres Lebens schariakonform zu gestalten. Im Kern ist die Scharia eine ethisch-moralische Richtschnur.“*

Drei Vorträge aus dem Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen nahmen die Islamfeindschaft im Rechtsextremismus genauer in den Blick und analysierten Agitationslinien, Manipulationstechniken und Aktionsformen anhand der Medienpalette, die im Rahmen der Kampagne eine Rolle spielt(e): zum Beispiel Plakate, Flugblätter, Internetportale, Videos und Musik.

Dr. Thomas Grumke, Politikwissenschaftler beim Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, argumentierte, der deutsche Rechtsextremismus sei zu breit angelegten Kampagnen heute eher in der Lage als in der Vergangenheit. Solche Kampagnen basierten auf dem Schema „Wir“ gegen „Die“. Sie seien „in der Form modern, ideologisch aber antimodern“. Dirk Weinspach, Leiter des Referats „Auswertung Links-/Rechtsextremismus“ beim Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beleuchtete die Islamfeindschaft der rechtsextremistischen Parteien NPD und 'pro NRW'. Für beide Parteien habe die Agitation gegen eine angebliche „Islamisierung“ Deutschlands instrumentellen Charakter: Bei der NPD ist vom „Türöffner-Thema“ die Rede, bei 'pro NRW' von einer „Marktlücke“, die die Partei besetzt habe. Grundmuster der Agitation seien beispielsweise die Gleichsetzung von Islam und Islamismus, von Islam und Gewalt sowie das gezielte Schüren von Überfremdungsängsten. Schlaglichter auf Islamfeindschaft in der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ warf Dr. Thomas Pfeiffer, Politikwissenschaftler beim Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen. Als „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ bezeichnete er Mittel und Methoden, „mit denen sich Rechtsextremisten an ihre zurzeit wichtigste Zielgruppe richten: an Jugendliche“. Beispiele wie der Brief, den die NPD im März 2010 an Schülervertretungen in Nordrhein-Westfalen geschickt hatte, oder das Lied „SOS Abendland“ der rechtsextremistischen Band 'Sturmwehr' aus Nordrhein-Westfalen zeigten, dass Islamfeindschaft nicht zuletzt in Propagandamaterialien für Jugendliche auftaucht. Als roter Faden der drei Beiträge wurde deutlich, dass die islamfeindliche Kampagne auf einer begrenzten Zahl zumindest pauschalisierender, gelegentlich auch widersprüchlicher oder in der Sache falscher Behauptungen basiert, die kontinuierlich neu verarbeitet und wiederholt werden. Bemerkenswert ist die Bandbreite der zielgruppenspezifischen Vermittlungsformen, die klassische Wahlkampfmaterialien, Online-Videos und Rockmusik umfasst.

Welche Gefahren gehen also von islamfeindlichen Kampagnen im Rechtsextremismus aus? Das Schlussgespräch zog Bilanz. Auch über Konsequenzen und Gegenmaßnahmen sprach Ferdos Forudastan mit Zehra Yilmaz, Leiterin der DITIB Begegnungsstätte Duisburg-Marxloh, Prof. Dr. Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, und Hans-Peter Killguss, Leiter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, die Teil des NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln ist.

„Berührungsängste überwinden“ lautete das Credo von Zehra Yilmaz: Diese Ängste gebe es auf beiden Seiten, aufseiten der Minderheit wie der Mehrheit. Gespräche und Kontakte seien ein Schlüssel, um diese Ängste abzubauen. Sie plädierte dafür, in der Arbeit mit Kindern anzusetzen, um Islamfeindschaft und Überfremdungsängste nicht erst entstehen zu lassen. *„Es ist wichtig, von Anfang an Vielfalt als Selbstverständlichkeit zu zeigen, und es ist unsere Chance, ein Gefühl der Gemeinschaft zu vermitteln: Wir alle sind Marxloher, wir sind Duisburger, wir sind Grundschulkinder.“* Wolfgang Benz wies auf Unterschiede, aber auch auf Parallelen zwischen Antisemitismus und Islamfeindschaft hin: Gemeinsamkeiten sah er „in der Funktion und den Mechanismen der Ausgrenzung der jeweiligen Minderheit“. In beiden Fällen würden Minderheiten herangezogen, um „Unangenehmes auf ihnen abzuladen“, sie erfüllten somit „die klassische Sündenbockfunktion“. Insofern rühre die Ablehnung nicht vom Charakter und vom Verhalten der Minderheit her, vielmehr bildeten Konstrukte „vom Juden“ und „vom Muslim“ die Grundlage der Ausgrenzung.¹¹ Haben Feindbilder und Überfremdungsängste wesentlich dazu beigetragen, dass die Organisation 'pro Köln' zum zweiten Mal in den Kölner Stadtrat eingezo-

¹¹ Diese Sichtweise wird beispielsweise in folgendem Sammelband genauer dargestellt: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Islamfeindschaft und ihr Kontext. Dokumentation der Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“*, Berlin 2009.

gen ist? Hans-Peter Killguss bejahte diese Frage. Die Organisation verstehe den Islam als ein Symbol der Überfremdung, als Inbegriff „des anderen“. Die Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu diesem Thema mit Jugendlichen müsse den „moralischen Zeigefinger“ vermeiden und die unterschiedlichen Sichtweisen der Teilnehmenden anerkennen. Dabei sollten Konfliktfelder zur Sprache kommen, die von 'pro Köln' aufgegriffen werden. Das Ziel sei es, gemeinsam mit Jugendlichen demokratische Lösungsstrategien solcher Konflikte zu entwickeln und sie von rassistischen „Lösungen“ abzugrenzen.

Die Gelegenheit, die Merkez Moschee zu besichtigen, rundete die Tagung ab. Vorausgegangen waren sieben intensive Stunden, in denen die islamfeindliche Kampagne aus vielfältigen Perspektiven analysiert worden war, Diskurstaktiken entlarvt und Manipulationstechniken offen gelegt worden waren. Fragen der Prävention und nach Wegen zur Vertiefung der Integration begleiteten die Tagung leitmotivisch. Integration, so hatte Minister Jäger zu Beginn betont, sei für Demokratinnen und Demokraten das entscheidende Ziel: *„das verständige Zusammenleben auf der Basis gemeinsamer Grundwerte – wie der Menschenrechte, nicht zuletzt des Grundrechts der Religionsfreiheit – und auf der Basis von Vielfalt und Gleichwertigkeit“*.

Aus der Fachtagung „WIR oder Scharia? Islamfeindschaft als Kampagnenthema im Rechtsextremismus“ geht ein Sammelband hervor, der voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2011 im Wochenschau-Verlag erscheint. Der Band spiegelt die Inhalte der Tagung wider und möchte Impulse setzen, um islamfeindlichen Kampagnen durch kreative Aufklärung zu begegnen. Daher wird er um Projektberichte aus der pädagogischen Praxis ergänzt. Auf das Erscheinen des Bandes wird der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen auf seiner Internetseite hinweisen: www.mik.nrw.de/verfassungsschutz.

2.2 Eine Sekte auf dem Weg ins Kinderzimmer – wie 'Scientology' die neuen Medien nutzt

Dass 'Scientology' nicht nur unter offizieller Bezeichnung auftritt, sondern auch über Tarnorganisationen Mitglieder wirbt, haben viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes schon einmal gehört. Wenige haben sich allerdings die Namen dieser Tarnorganisationen gemerkt. Und nur die Wenigsten wissen etwas über das neueste Werbungs- und Ansprachemedium der Organisation, das Internet, und darüber, wie 'Scientology' dieses für seine Manipulationen ständig nutzt.

2.2.1 Videoplattformen als Werbemedium für „Jugend für Menschenrechte“ sowie „Sag nein zu Drogen – sag ja zum Leben“

Das Internetportal Youtube bietet jedem die Möglichkeit, nach Belieben Videoclips einzustellen, ohne dass er als User in irgendeine Richtung überprüft wird. Wer etwas einstellt, gibt sich selbst einen Nutzernamen und beschreibt seinen Kanal mit eigenen Worten. Dementsprechend nutzen auch Extremisten die Plattform: unter ihrer offiziellen Bezeichnung, um aktiv für sich zu werben oder – wenn der extremistische Bezug verschleiert werden soll – unter Phantasienamen oder noch gefährlicher, als Tarnorganisation mit scheinbar gesellschaftlich anerkannten Zielen, wie die Verbreitung und Durchsetzung moralisch hoher Werte sowie elementarer Rechte. Jugendliche klicken die Plattform Youtube – laut Eigenwerbung die weltweit größte Video Community – täglich millionenfach an.

Treffen Kinder und Jugendliche, z.B. auf der Suche nach Materialien für ein Referat, auf den Kanal „Deine Menschenrechte“, finden sie folgende Erläuterung: *„In dem Menschenrechte Video Kanal „Deine Menschenrechte“ möchte Jugend für Menschenrechte die wichtige Botschaft der Menschenrechte in einer jugendgerechten Form präsentieren und so auch besonders jüngeres Publikum für diese Thematik interessieren – so dass diese sich in ihrem täglichen Leben (hier in Deutschland) für ihre Rechte und die Rechte anderer einsetzen und ihnen dadurch helfen wertvolle Verfechter bei der Förderung von Toleranz und Frieden zu werden.“* Die Passage endet mit dem Aufruf: „Hilf mit!“ – ein Aufruf, der inhaltlich nicht zu beanstanden ist, der vielmehr dem Grundgedanken unserer Verfassung entspricht.

Zur Verstärkung dieses Appells gibt es abrufbare Videos, die die 30 Menschenrechte der UN-Menschenrechtscharta verdeutlichen. Jedem Menschenrecht ist dabei ein Video zugeordnet. Die professionell produzierten Kurzclips richten sich schwerpunktmäßig an Jugendliche. Diese werden vor allem dadurch angesprochen, dass junge Menschen die Hauptrollen darin spielen. Es sind Szenen aus dem alltäglichen Leben, in denen Menschen Ungerechtigkeit widerfährt. Szenen, in denen aber dann letztlich durch beharrlichen Einsatz jugendlicher Protagonisten die Gerechtigkeit siegt und anschließend wiederum Jugendliche – mit großem Sendungsbewusstsein – erstaunte Erwachsene über ihre Menschenrechte aufklären.

Dazu hat die Betreiberin „Youth for human rights“ („Jugend für Menschenrechte“) zeit- und zielgruppengerecht ein eigenes Musikvideo namens „United“ auf Youtube eingestellt. Auch hier kämpfen Jugendliche, denen Unrecht widerfährt, gewaltfrei für mehr Gerechtigkeit. Das Video unterscheidet sich in seiner professionellen Machart nicht von anderen täglich auf Musiksendern wie MTV oder VIVA laufenden Produktionen.

Auf diese Videos trifft man nicht nur, wenn man gezielt „Jugend für Menschenrechte“ eingibt, man wird vielmehr auch dorthin geführt, wenn man bedeutende internationale Organisationen anklickt. Denn Youtube hat auf seiner Plattform ein System installiert, wodurch ein Kanal einen anderen abonnieren kann. Der Kanal „Deine Menschenrechte“ abonniert beispielsweise offizielle Kanäle der Vereinten Nationen, der EU sowie von Unicef und Amnesty International, die ebenfalls mit eigenen Videoangeboten auf Youtube vertreten sind. Für den Besucher von Youtube, der sich in diesem Abonnementssystem nicht auskennt, stellt sich über dieses bewusst inszenierte Beziehungsgeflecht die Organisation „Jugend für Menschenrechte“ als karitative, Gutes für die Menschheit wollende Organisation dar, die im gleichen Atemzug z.B. mit dem Kinderhilfswerk Unicef genannt werden darf und auch in Kooperation damit steht. Folgt man dem angegebenen Link der Organisation auf die Webseite der Bewegung „Jugend für Menschenrechte“, wird man dort zur Unterstützung der Organisation aufgefordert. Man kann weiteres Informationsmaterial bestellen oder aber gleich dieser vermeintlich karitativen Bewegung beitreten.

Außenstehende wissen nicht, dass hinter der Zusammenstellung dieses umfassenden Informationsangebotes aller weltweit anerkannten und renommierten Organisationen zum wichtigen Thema „Menschenrechte“ eine Organisation steht, deren Lehre sich gerade gegen die Menschenrechte richtet: 'Scientology'.

Und nicht nur arglose Surfer, selbst die Vereinten Nationen ließen sich täuschen. Sie stellten der Organisation „Youth for human rights“, der amerikanischen Mutterorganisation der Bewegung „Jugend für Menschenrechte“, anlässlich eines Jugendkongresses mit über 1.200 Teilnehmern aus 27 Nationen sogar den Plenarsaal des UNO-Hauptquartiers in New York zur Verfügung und vertrieben über den offiziellen Buchshop der Vereinten Nationen die DVD der Bewegung. Auch deutsche Fernsehsender strahlten die Menschenrechtsclips aus.

Eine ähnlich gestaltete Kampagne der 'Scientology Organisation' trägt den Namen „Sag nein zu Drogen – sag ja zum Leben“. Auch hier unterhält 'Scientology' auf Youtube den Kanal „Keine Drogen“. Wiederum sind professionell gestaltete Clips eingefügt, die sich gezielt an Jugendliche richten und vor der Einnahme von Drogen warnen. Auch wird auf die Homepage der Bewegung „Sag nein zu Drogen – sag ja zum Leben“ verwiesen, wo man sich Material – auch für den Schulunterricht – bestellen kann. Ein sinnvolles Anliegen, diente es nicht lediglich als Vorwand, um jugendliche Kunden für das System 'Scientology' zu werben.

2.2.2 Social Networks als Medium direkter Kontakthanbahnung

Aber 'Scientology' betätigt sich nicht nur auf Videoplattformen wie Youtube oder der ähnlich gestalteten Plattform MyVideo, sondern nutzt darüber hinaus alle Möglichkeiten, im Internet zu manipulieren und Kontakte anzubahnen.

In den Medien wird in jüngster Zeit regelmäßig der blauäugige Umgang von Nutzern mit den eigenen persönlichen Daten im Internet problematisiert. In sogenannten Sozialen Netzwerken (Social Networks) geben sie häufig nicht nur Name und E-Mail-Adresse, sondern auch Hobbys, Vorlieben, Freundeskreis und vieles mehr preis. Das größte und bekannteste dieser Sozialen Netzwerke ist das Internetportal Facebook. In Facebook tummeln sich weltweit ca. 500 Millionen Benutzer. In Deutschland sind es alleine über 12 Millionen, die dort mehr oder weniger viel von ihrer Person offen legen. Diesen Datenfundus weiß auch die 'Scientology Organisation' für sich zu nutzen. Sowohl mit offenen als auch verdeckten Nutzerprofilen geht 'Scientology' in Sozialen Netzwerken auf Kundenfang.

Wie Gespräche mit zahlreichen Nutzern zeigten, wissen diese oftmals nicht, dass hinter dem neuen Freund oder der gut klingenden Tarnorganisation 'Scientology' steckt. Ist der vertrauensvolle Kontakt erst einmal hergestellt, ist es für 'Scientology' ein leichtes, den neuen Kunden immer weiter in die auf Abhängigkeit ausgerichteten Angebote der Organisation hineinzuziehen.

Auch hier sind die Zielgruppe in erster Linie Jugendliche. So versuchte 'Scientology' auch auf dem Portal SchülerVZ jugendliche Besucher frühzeitig an die Organisation zu binden. Besorgniserregend an dieser Entwicklung ist, dass 'Scientology' nicht – wie bisher – Kinder und Jugendliche durch zeit- und personalintensive Werbemaßnahmen auf der Straße oder durch Tarnorganisationen mit Nachhilfe- und Betreuungsangeboten erreichen muss, sondern plötzlich via Internet unmittelbaren Zugang ins Kinderzimmer hat. So kann 'Scientology' Jugendliche dort abholen, wo sie viel Zeit am Tag verbringen; am heimischen Computer. Dieses geschieht häufig unbemerkt von den Eltern. Die wenigsten Eltern dürften alle Kontakte ihres Kindes im Internet kennen.

Die intensive Beobachtung Sozialer Netzwerke durch 'Scientology' zeigt sich auch darin, dass die Organisation technische Schwachstellen eines Portals sofort ausnutzt. Als im Februar 2010 durch einen technischen Defekt kurzfristig über 100 Millionen Datensätze von Benutzern bei Facebook frei verfügbar waren, gehörte die 'Scientology Organisation' zu den ersten Usern, die sich diese herunter geladen hatten.

Ein anderes sehr bekanntes Portal ist Twitter. Experten streiten sich, ob es sich um ein Soziales Netzwerk handelt oder um eine Anwendung für sogenanntes Microblogging. Die genaue Definition wird die 'Scientology Organisation' nicht interessieren. Für sie ist entscheidend, dass sie dieses Portal effizient nutzen kann. Mit Hilfe von Twitter, auf dem jeder kurze Textnachrichten zu von ihm definierten Themen abgeben kann, ist die 'Scientology Organisation' rund um die Uhr präsent, ihre Ideologie zu verbreiten. Dies geschieht teilweise in offener Form, beispielsweise unter dem Stichwort „Scientology“, indem jemand kurz ein paar positive Sätze zu 'Scientology' „zwitschert“. Tarnorganisationen werden ebenso beworben. Auch hier finden sich vermeintlich neutrale Internetbenutzer, die viele Male am Tag der Welt kurz mitteilen, welche großartigen neuen Kampagnen beispielsweise „Youth for human rights“ derzeit startet.

2.2.3 Homepages, Blogs, Foren und Wissensdatenbanken als Medium für Werbung und Manipulation

Darüber hinaus betreibt die 'Scientology Organisation' offiziell oder über ihre zahlreichen Tarnorganisationen unzählige Homepages. Ein Beispiel für die offiziellen Internetauftritte der Organisation sind die Homepages der Volunteer Ministers, einer vermeintlichen Hilfsorganisation, oder Seiten, die pseudowissenschaftlich versuchen darzulegen, warum es sich bei der 'Scientology Organisation' um eine Religion handelt.

Seit dem Herbst 2010 läuft auf der offiziellen Homepage eine Medienkampagne mit dem Titel „Meet a Scientologist“, in der Mitglieder der Organisation aus verschiedenen Berufssparten interviewt werden. Die Kampagne soll ein positives Bild von 'Scientology' in der Öffentlichkeit zeichnen, wonach es ganz natürlich und gesellschaftlich anerkannt zu sein scheint, dort Mitglied zu sein. Unterstützt wird diese Kampagne durch die Einstellung der entsprechenden Videos auf Youtube, um ein größeres Publikum zu erreichen.

Auch Blogs und Foren sind mittlerweile für viele eine willkommene Möglichkeit, Meinungsmache zu betreiben. So erstaunt es nicht, dass auch 'Scientology' dieses Medium nutzt. Sobald ein scientology-kritischer Artikel in der Internetausgabe einer Zeitung erscheint, wird dieser in kürzester Zeit durch viele augenscheinlich neutrale User mit eigenen Beiträgen diskreditiert. In Wirklichkeit handelt es sich aber nicht etwa um neutrale Personen, die einfach ihre Meinung zu diesem Artikel kundtun. Hinter einer solchen Aktion verbergen sich Scientologen, die sich gezielt und ohne ihre Mitgliedschaft offenzulegen, negativ äußern. Damit soll beim Leser der Eindruck erzeugt werden, der größte Teil der Gesellschaft stünde 'Scientology' nicht kritisch gegenüber und würde sich ganz im Gegenteil über einen scientologykritischen Artikel empören. So verhält es sich auch bei kritischer Literatur über die Organisation. Auf Verkaufsplattformen wie Amazon lässt sich sogar der Pressesprecher von 'Scientology' Deutschland zu einer negativen Rezension zu einem Buch hinreißen, das vor 'Scientology' warnt, zwar unter seinem richtigen Namen, jedoch nicht unter seiner Funktion, sondern als Privatperson.

Die elektronischen Medien ermöglichen es einer oder wenigen Personen, ohne logistischen Aufwand mit einer Einzelmeinung viele Leser zu erreichen. Oder – was gesellschaftspolitisch sehr problematisch ist – mit vielen Beiträgen zum selben Thema eine große Anzahl von Autoren vorzugaukeln und die Meinungsbildung in der Gesellschaft subtil zu beeinflussen.

Dies gilt nicht nur für ausdrückliche Meinungsbildungsprozesse, sondern auch für die Vermittlung von Wissen, das zwar auf den ersten Blick objektiv erscheint, aber letztlich, wenn auch subtiler, ebenfalls zu einer Meinungsbildung führen kann. Vor diesem Hintergrund muss man auch die freie Enzyklopädie Wikipedia betrachten, in der jeder sein Wissen einbringen kann. Auch 'Scientology' versuchte, sich bei Wikipedia aktiv und offen einzubringen.

Jedoch ist die Idee, dass Wissen umso objektiver und tiefgehender wird, je mehr Menschen sich an diesem Prozess beteiligen, nur dann uneingeschränkt umsetzbar, wenn jeder lediglich das Interesse hat, neutral sein Wissen einzubringen. Der Wissensbildungsprozess kann unterlaufen werden, wenn sich eine Organisation formiert, Mehrheiten schafft und mit diesen in Abstimmungen über Wissensbildungen Interessenvertretung betreibt. Dies versuchte 'Scientology' bei Wikipedia. Daraufhin versagte Wikipedia im Jahre 2009 der Organisation die Möglichkeit der weiteren Mitwirkung. Wikipedia begründete dies damit, dass 'Scientology' die Löschung kritischer Kommentare bewirke, indem sie in konzentrierten Aktionen andere, lediglich an der neutralen Wissensverbreitung interessierte User „demokratisch“ überstimme und sich auf diese Weise durchsetze. Wikipedia sperrte diverse IP-Adressen erkannter scientologischer Propagandisten.

Dass die Maßnahme angesichts der Mitgliederstärke und der streng hierarchischen Organisation keinen großen Erfolg hatte, zeigen die weiterhin vorhandenen Beiträge zu scientology-bezogenen Suchbegriffen. Zwar kann man dort auch Fakten nachlesen, die für das Image der Organisation negativ sind, z.B. dass 'Scientology' gesellschaftlich umstritten ist und vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Die Mehrzahl der Beiträge beschreibt die Organisation jedoch eher als positiv. Dieses liegt nicht etwa daran, dass unsere Gesellschaft ein solches Bild von 'Scientology' hat. Vielmehr wirkt die Organisation weiterhin – ohne dass das verhindert werden kann – aktiv daran mit, auf populären Portalen wie Wikipedia positiv dargestellt zu werden. Vereinzelt finden sich dort sogar Formulierungen, die eindeutig dem Sprachgebrauch von 'Scientology' zuzuordnen sind.

2.2.4 Fazit

'Scientology' hat die Neuen Medien für sich entdeckt. Die Phase, in der die Mitglieder Flyer und Heftchen in Fußgängerzonen verteilen, um für das System zu werben, geht ihrem Ende zu. 'Scientology' und ihre Tarnorganisationen, vor allem „Jugend für Menschenrechte“ und „Sag nein zu Drogen – sag ja zum Leben“ nutzen Social Networks wie Facebook, Channels wie Youtube oder Twitter, Foren, Blogs und die Enzyklopädie Wikipedia. Geschickte Verquickungen sind erfolgreich darauf ausgerichtet, vor allem Jugendliche zu manipulieren, anzusprechen und in den Bann der Organisation zu ziehen.

Das dagegen wirksamste Mittel ist Aufklärung. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen hält hierzu ein breitgefächertes Angebot bereit. Er steht Betroffenen oder Interessierten, auch Institutionen, Vereinen und Verbänden, zu Sensibilisierungsvorträgen und weiterführenden Gesprächen zur Verfügung. Sind darüber hinaus gehende Hilfestellungen erforderlich, vermittelt er – in Absprache mit den Betroffenen – auch an andere kompetente öffentliche Stellen.

3 Rechtsextremismus¹²

Rechtsextremisten lehnen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ab. Sie betonen die ethnische Zugehörigkeit als bestimmendes Merkmal der Nation und als Grundlage der Politik. Rechtsextremisten sind von der Vorstellung geprägt, dass die Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse entscheidende Bedeutung für das Individuum besitzt, der alle anderen Interessen und Werte, auch Menschen- und Bürgerrechte, untergeordnet seien. Vor diesem ideologischen Hintergrund gibt es für Rechtsextremisten kein friedliches, gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in einem Staat. Daraus folgen zwangsläufig Freund-Feind-Haltungen und Intoleranz gegenüber Menschen anderer Herkunft, anderen Aussehens, anderer Religion.

Dieses propagierte politische Ordnungssystem einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft, eines antipluralistischen Systems, lässt für demokratische Entscheidungsprozesse ebenso wenig Raum wie für die freie Selbstentfaltung jedes Einzelnen. Alles und jeder hat sich dem völkischen Staat bedingungslos unterzuordnen. Rechtsextremismus ist ideologisch nicht homogen. Eine gegen den Gleichheitsgrundsatz gerichtete Fremdenfeindlichkeit und ein ausgrenzender Nationalismus kommen aber in allen Varianten des Rechtsextremismus vor.

Allgemein lassen sich drei grundlegende Formen und damit einhergehende unterschiedliche Gefahrenpotenziale des Rechtsextremismus erkennen:

Aktionsorientierter Rechtsextremismus:

Der aktionsorientierte Rechtsextremismus artikuliert sich als Machtausübung im sichtbaren öffentlichen Raum. Zum sichtbaren öffentlichen Raum gehört vor allem die „Straße“. Insbesondere neonazistische Gruppierungen sehen daher ihren Aktionsschwerpunkt in der Organisation und Durchführung von Demonstrationen. Gezielte und quantitativ zunehmende Demonstrationspolitik hat einen besonderen identitätsstiftenden Stellenwert nach innen: Stärkung der politischen Gesinnungsgemeinschaft. Sie hat auch demonstrativen Stellenwert für die Durchsetzung konkreter politischer Ziele nach außen: Propaganda und Machtpolitik.

Daneben gibt es die sogenannte subkulturell geprägte, zum Teil gewaltbereite jugendorientierte Skinheadszene, die ihren Schwerpunkt in der Organisation und Durchführung rechtsextremistischer Musikveranstaltungen hat.

Parlamentsorientierter Rechtsextremismus:

Bei dem parlamentsorientierten Rechtsextremismus geht es vor allem um die Erlangung von Einfluss im parlamentarischen Raum bzw. auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Das Ziel ist die Abschaffung des demokratischen Verfassungsstaates unter formaler Beachtung demokratischer Regeln und zum Teil unter Ausnutzung des grundgesetzlich garantierten Schutzes der Parteien (Parteienprivileg). Parlamentsorientiert sind zum Beispiel NPD und 'Deutsche Volksunion' (DVU), die auf parlamentarischem Weg und durch die Teilnahme an Wahlen versuchen, politischen Einfluss zu gewinnen, um ihre ideologischen Vorstellungen durchzusetzen. Bei der NPD ist allerdings

¹² Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

durch die Zusammenarbeit mit neonazistischen Gruppierungen eine Schnittstelle zum aktionsorientierten Rechtsextremismus vorhanden.

Diskursorientierter Rechtsextremismus:

Der gesellschaftspolitische Diskurs wird nicht nur von Parteien, sondern auch von Organisationen bzw. Kleingruppen beeinflusst, die zum Beispiel über Periodika und Gesprächszirkel intellektuell und propagandistisch agieren. Sie greifen aktuelle politische oder gesellschaftliche Themen auf und deuten diese so um, dass sie rechtsextremistische Theorien scheinbar bestätigen. Langfristig soll die intellektuelle Meinungshoheit gewonnen werden. Mit ihren Veröffentlichungen haben die diskursorientierten Rechtsextremisten zwar keinen nennenswerten öffentlichen Einfluss, bestätigen aber das rechtsextremistische Weltbild ihrer Anhänger und tragen dadurch zum Zusammenhalt der Szene bei.

Eine besondere Variante des diskursorientierten Rechtsextremismus ist der Revisionismus, der sich bemüht, seine Thesen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Revisionisten leugnen die Verbrechen des Dritten Reiches und wollen die Folgen des Zweiten Weltkrieges rückgängig machen. Mit ihren Thesen bilden auch sie eine ideologische Klammer für den gesamten Rechtsextremismus.

3.1 Parlamentsorientierter Rechtsextremismus

3.1.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

	Bund	NRW
Gründung	1964	1964
Sitz	Berlin	Bochum
Vorsitzender	Udo Voigt	Claus Cremer
Mitglieder		
2010	6.600	750
2009	6.800	800
Publikationen	'Deutsche Stimme', monatlich; 'Landesstimme NRW' quartalsweise; unregelmäßig diverse lokale Publikationen	
Internet	Die Partei ist auf allen organisatorischen Ebenen (Bundesverband, Landes- und Kreisverbände) nahezu flächendeckend im Internet vertreten. Ebenso in sozialen Netzwerken, wie zum Beispiel Facebook und Twitter.	

Hintergrund und Verfassungsfeindlichkeit

Die 'Nationaldemokratische Partei Deutschlands' (NPD) wurde auf Bundesebene im Jahre 1964 gegründet. Im selben Jahr erfolgte die Gründung der meisten Landesverbände, darunter auch in Nordrhein-Westfalen. In der NPD fanden sich unter anderem Politiker der 'Deutschen Partei' (DP) und der 'Deutschen Reichspartei' (DRP) wieder. In den Folgejahren war die NPD bis zum Jahre 1972 in insgesamt sieben Landesparlamenten vertreten. Mit dem Scheitern bei der Wahl zum Deutschen Bundestag im Jahre 1969 mit 4,3 % begann ihr Niedergang zu einer politischen Splitterpartei. Erst unter ihrem derzeitigen Vorsitzenden Udo Voigt gelang ihr im Jahre 2004 in Sachsen der erneute Einzug in ein Landesparlament. Aktuell ist die NPD auch in Mecklenburg-Vorpommern mit einer Fraktion im Landtag vertreten.

Die NPD ist eine rechtsextremistische Partei, die das politische System der Bundesrepublik Deutschland überwinden will und sich dabei einer rassistischen, antisemitischen/revisionistischen und fremdenfeindlichen Ideologie und entsprechender Parolen bedient. Diese Einschätzung ergibt sich sowohl aus den im NPD-Parteiprogramm formulierten Zielen als auch aus Äußerungen ihrer Funktionäre so-

wie aus Beiträgen in der Parteizeitung 'Deutsche Stimme' (DS) und der NPD-Homepage. Dies zeigt nicht zuletzt ihre enge Zusammenarbeit mit der ebenfalls rechtsextremistischen Neonazi-Szene. Die Gesamtheit dieser Anhaltspunkte macht die Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz erforderlich (§ 3 Absatz 1 Nr. 1 VSG NRW).

Die NPD will das bestehende System „überwinden“ = beseitigen

Die NPD lehnt die bestehende freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ab und will diese überwinden, das heißt beseitigen. Aus Sicht der NPD ist dieses politische System nicht reformierbar:

„Eine Systemalternative muß her, welche im Sinne des Wortursprungs von 'radikal' (an der Wurzel packen) eine neue und soziale Perspektive schafft!“ (DS 2/2009, Seite 2)

Wie allerdings diese Systemüberwindung vonstatten gehen soll, lässt die NPD bewusst offen. Deutlicher wurde ihre Jugendorganisation 'Junge Nationaldemokraten' (JN). Auf deren Homepage¹³ hieß es noch im letzten Jahr unter der Rubrik „Wofür wir stehen“ unter der Überschrift „Revolution statt Reform“:

„Die Konsequenz daraus heißt nun logischerweise, daß man dieses System nicht reformieren kann, sondern beseitigt und durch etwas Neues ersetzt werden muß. Eine solche Vorgehensweise nennt man üblicherweise Revolution.“ (JN-Homepage, Beschluss des JN-Bundesvorstands vom 28. Januar 2006)

In eine ähnliche Richtung weist auch die 'Deutsche Stimme', wenn sie aus der These „Die Systemkrise beginnt im kommunalen Unterbau“ ableitet:

„Der Fehler steckt im System [...] hier hilft kein bloßer Politikerwechsel, [...] sondern nur ein radikaler, also an die Wurzel des Übels gehender Politikwechsel. So wie das System von unten nach oben fault, muß die NPD von unten nach oben politische Gegenmacht aufbauen [...].“ (DS 03/2010, Seiten 9/10)

Andererseits schlägt der NPD – vornehmlich aus Teilen der Neonazi-Szene – der Vorwurf entgegen, selbst „Systempartei“ zu sein. Begründet wird diese Ansicht mit der Teilnahme der NPD an den Wahlen, die ihrerseits eben Bestandteil des abgelehnten Systems sind.

NPD gibt sich neues Parteiprogramm

Auf dem NPD-Bundesparteitag am 4. und 5. Juni 2010 in Bamberg haben die NPD-Delegierten ein neues Parteiprogramm beschlossen. Unter der Bezeichnung „Arbeit – Familie – Vaterland“ betont die NPD die nationale Ausrichtung ihrer Politik. Es unterscheidet sich durch seine umfangreiche Ausrichtung in Wirtschaftsfragen deutlich vom alten Parteiprogramm. Inhaltlich hält die NPD jedoch an alten Begriffen wie „Volksgemeinschaft“ fest.



¹³ Zwischenzeitlich wurde der Beitrag auf der Homepage des Bundesverbandes der JN entfernt, aufgehoben wurde der Beschluss jedoch nicht. Er findet sich zudem noch auf der Homepage des JN Landesverbandes Nordrhein-Westfalen (Stand: Dezember 2010).

In dem neuen Parteiprogramm sind die wichtigsten politischen Ziele der NPD formuliert:

(Ziffer 1): Ablehnung der Globalisierung, Austritt aus EU und NATO

(Ziffer 7): Ausgliederung von Ausländern aus den sozialen Sicherungssystemen,

(Ziffer 10): Wiedereinführung des alten Staatsbürgerschaftsrechtes, das an die Abstammung von deutschen Eltern anknüpfte, Ausländerrückführung, ersatzlose Streichung des Asylrechts

(Ziffer 12): Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb seiner geschichtlich gewachsenen Grenzen. Dazu heißt es: „Die NPD bestreitet die Rechtmäßigkeit der durch die Alliierten erzwungenen Grenzenerkennungsverträge.“

(Ziffer 13): Schuld kult beenden; dazu heißt es „Der 8. Mai 1945 war kein Tag der Befreiung, sondern der Niederlage“

(Ziffer 16): Trennung von Deutschen und Ausländern. Dazu heißt es: „Die NPD lehnt die gemeinsame Unterrichtung deutscher und ausländischer Schüler ab.“

(Ziffer 17): Wiedereinführung der Todesstrafe

(Ziffer 19): Besitz und Fähigkeit zur Anwendung von Atomwaffen

In ihrem sogenannten „5-Punkte-Plan zur Ausländerrückführung“ fordert die NPD ergänzend: Ausländerrückführung und Ausweisung krimineller Ausländer. In den entsprechenden Plakaten wird der Zusatz „Kriminell“ jedoch ausgesprochen klein geschrieben, so dass auf den ersten Blick die „alte“ NPD-Parole „Ausländer raus!“ erscheint.



„Kriminelle Ausländer raus!“ – die neue Variante des alten NPD-Slogans „Ausländer raus!“ – rechts: Ein Plakat zur Wiedereinführung der Todesstrafe

In zahlreichen weiteren Publikationen neben dem „5-Punkte-Plan“, zum Beispiel der Broschüre „Das passiert, wenn die NPD regiert“, stellt die NPD klar, was ausländische Mitbürger zu erwarten haben:

5-Punkte-Plan zur Ausländerückführung

Präambel

Ein grundlegendes Ziel der Politik ist die Erreichung eines hohen Lebensstandards für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Politik der Bundesregierung ist es, die Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Dies ist nur möglich, wenn die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt funktionieren. Die Politik der Bundesregierung ist es, die Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Dies ist nur möglich, wenn die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt funktionieren.

- 1. Schaffung eines nationaler Arbeitsmarktes:** Die Politik der Bundesregierung ist es, die Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Dies ist nur möglich, wenn die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt funktionieren.
- 2. Schaffung eines nationaler Arbeitsmarktes:** Die Politik der Bundesregierung ist es, die Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Dies ist nur möglich, wenn die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt funktionieren.
- 3. Schaffung eines nationaler Arbeitsmarktes:** Die Politik der Bundesregierung ist es, die Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Dies ist nur möglich, wenn die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt funktionieren.
- 4. Schaffung eines nationaler Arbeitsmarktes:** Die Politik der Bundesregierung ist es, die Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Dies ist nur möglich, wenn die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt funktionieren.
- 5. Schaffung eines nationaler Arbeitsmarktes:** Die Politik der Bundesregierung ist es, die Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Dies ist nur möglich, wenn die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt funktionieren.

www.npd.de 030 - 660 110

Ihr Ausländerückführungsbeauftragter informiert:

Bekanntmachung

über die geordnete Durchführung der Heimreise von Personen mit Migrationshintergrund in ihre Herkunftsländer.

Liebe ausländische Mitbürger,

gemäß dem Fünf-Punkte-Plan zur Ausländerückführung bin ich als Ausländerückführungsbeauftragter der NPD angehalten, Sie mit den Einzelheiten Ihrer Heimreise vertraut zu machen.

1. Personen mit Migrationshintergrund, die straffällig geworden sind, kehren fristlos in ihre Heimat zurück.
2. Personen ohne Sonderaufenthaltsvisa und Personen ohne Arbeitsvisa oder dem Nachweis eines Arbeitsplatzes verlassen Deutschland nach längstens drei Monaten.
3. Die übrigen Ausländer werden schrittweise in ihre Heimatländer zurückgeführt.
4. Ausländer werden aus dem deutschen Sozialversicherungssystem ausgeschlossen.

Erworbene Auszahlungsansprüche aus der Sozialversicherung bestehen weiter. Eine Kostenbeteiligung an der Rückführung wird verlangt.

Bitte kümmern Sie sich schon jetzt um Unterkunftsöglichkeiten und Arbeit in Ihren Heimatländern.

Eine bilaterale Regelung über die Einzelheiten der Heimkehr wird mit den betroffenen Staaten getroffen.

Wir danken Ihnen für Ihre geleistete Arbeit und die kulturelle Bereicherung und wünschen Ihnen eine gute Heimreise.

Ihr Ausländerückführungsbeauftragter

Lesen Sie bitte auch das Kleingedruckte auf der Rückseite dieses Schreibens.

Diese „Bekanntmachung“ wurde 2009 zusammen mit dem „5-Punkte-Plan“ an Politiker und Abgeordnete mit Migrationshintergrund verschickt.

Die NPD ist fremdenfeindlich

Um ihre Ziele zu verdeutlichen, greift die NPD auf bestimmte Schwerpunktthemen zurück. Neben sozialen Fragestellungen ist die Ausländerpolitik ein zentrales Thema für die NPD. Der NPD Landesverband Nordrhein-Westfalen hatte eigens hierzu im August 2008 eine Initiative „Ausländerstopp-NRW“ ins Leben gerufen. Dabei werden Ausländer pauschal als kriminell und gewaltbereit diskriminiert und für die hohe Arbeitslosigkeit und Probleme in den Sozialsystemen verantwortlich gemacht.

Denn es ist

unser Land!

ausländerstopp-nrw.de
info@ausländerstopp-nrw.de

Deutsche wehrt Euch!

Gegen Überfremdung, Islamisierung und Ausländerkriminalität!

www.ausländerstopp-nrw.de

Multikulti - STOP
Arbeitslosigkeit - STOP

Liebe Bürger,

die Probleme von Massenarbeitslosigkeit und Masseneinwanderung sind untrennbar miteinander verbunden. Selbst die Deutschen, welche noch in einem Arbeitsverhältnis stehen, müssen mehr und mehr mit Billiglohnern anderer Länder konkurrieren, was auf Dauer eine Angleichung des Lohnniveaus erzwingt. Der kulturelle und soziale Zerfall ganzer Regionen durch massenhafte Einwanderung ist zudem längst kein Problem der Großstädte mehr. Die Entdeutschung und Verwahrlosung immer größer werdender Teile unserer Stadt sind auch hier längst Realität.

Jetzt handeln!
Zukunft gestalten! **Keine Experimente**

Wir Deutsche dürfen es nicht mehr hinnehmen, dass auch in Siegen-Wittgenstein weiterhin die produzierende Industrie und damit Arbeitsplätze abgebaut werden. Wir dürfen es nicht mehr kräflös schlucken, dass unsere Stadt mehr und mehr überfremdet und sie langsam ihren deutschen Charakter verliert. Zudem darf es nicht hingenommen werden, dass mehr und mehr Menschen Angst haben müssen abends durch unsere Straßen zu laufen. Die wachsende Kriminalität in unserem Kreisgebiet muss entschlossener bekämpft werden.

Unser Vorschlag:

NPD
Die Nationalen

www.npd-siegen.de

Plakatentwürfe der Kampagne „Ausländerstopp-NRW“ vom NPD-Landesverband NRW

Die Parteizeitung 'Deutsche Stimme' ist durchsetzt mit Belegen für die Fremdenfeindlichkeit der NPD. Vor allem die angeblichen Belastungen für die deutschen Sozialsysteme und den Arbeitsmarkt werden thematisiert. Unter Überschrift „Ein milliardenschweres Minus“ wird gehetzt:

"77,62 Milliarden Euro ist die Summe, welche die Migration die bundesdeutschen Steuerzahler jährlich kostet. [...] Dafür erhält der Steuerzahler im Gegenzug überproportional viele Kriminelle und integrationsunwillige Menschen [...] die sich zudem rapide vermehren." (DS 2/2009, Seite 18)

Und in der 'Deutschen Stimme' 7/2009 wird behauptet:

"Wir schaffen Arbeit, indem wir die Einwanderung stoppen und ausländische Lohndrücker und Arbeitsplatz-Konkurrenten in ihre Heimatländer zurück führen. Die Massenarbeitslosigkeit ist auch eine direkte Folge der Masseneinwanderung. [...] Ausländer-Rückführung wäre deshalb ein wirksames Arbeitsbeschaffungsprogramm [...], genau so wie eine Fremden-Steuer für Unternehmen, die Ausländer statt Inländer beschäftigen." (DS 7/2009, Seiten 6 – 7)

Im Zuge der Debatte um die Veröffentlichung des Buches von Thilo Sarrazin legte die NPD mit einer eigenen Kampagne nach: Unter der Überschrift „Millionen Fremde kosten uns Milliarden!“ erklärt die NPD: „Sarrazins Thesen vertritt die NPD schon lange – und konsequenter“, denn

„nur die NPD denkt konsequent zu Ende, wo Sarrazin offenbar Schluckbeschwerden bekommt. Mit noch so vielen Zahlen und richtigen Analysen ist es nämlich nicht getan.“

Um das Ausländerproblem in Deutschland wirklich in den Griff zu bekommen, werden wir früher oder später nicht darum herum kommen, die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer nicht nur auf dem Papier, sondern auch faktisch herunterzufahren – mit einem breit angelegten staatlichen Rückführungsprogramm. Es geht eben nichts über das Original.“ (DS 10/2010, Titelseite/Leitartikel)

Der Islam als Feindbild und „Türöffner“-Thema



Indem die NPD Überfremdungsängste schürt und den Islam mit Islamismus und Terrorismus gleichsetzt, zeichnet die NPD ein verzerrtes Bild der hier lebenden Muslime, insbesondere aus der Türkei. Eine derartige islamfeindliche Zuspitzung ist für rechtsextremistische Parteien typisch, durchzieht aber auch die Propaganda etwa von 'pro Köln'. So mischten sich beide Parteien in die nach der Schweizer Volksabstimmung entstandene Debatte um ein Minarett-Verbot ein. Die NPD hat eine „Anti-Minarett-Initiative“ mit dem Ziel einer Online-Petition gestartet. In einer Presseerklärung vom 8. Dezember 2009 heißt es:

„Natürlich war es richtig, die Steilvorlage aus der Schweiz aufzunehmen. [...] Auftakt eines europaweiten Aufstandes gegen die fortschreitende Überfremdung unserer Länder und gegen die schleichende Machtübernahme durch den Islam“ (Quelle: NPD-Homepage)

Die NPD sieht Deutschland als Ziel und Opfer einer großangelegten Übernahmeaktion islamischer Länder, allen vor der Türkei:

„Die Facette der psychologischen Kriegsführung basiert auf der Tatsache, daß türkische Regierungskreise im Territorium der Bundesrepublik die zukünftige Westprovinz eines großtürkischen Imperiums sehen; die einzelnen Stadien der Übernahme werden von Ankara aus steuernd begleitet. [...] Deren Vorgehen zeigt, daß die Bundesrepublik von der türkischen Regierung als eine Kolonie angesehen wird, deren fortschreitende Eroberung höchste Priorität hat.“ (DS 7/2009, Seite 19)

Die NPD machte im Landtagswahlkampf 2010 „Anti-Islam“ zu ihrem Schwerpunktthema. Ihren „Höhepunkt“ fand die NPD-Kampagne in einem Aktionswochenende in Duisburg gegen die dortige Merkez Moschee. Diese Aktion ist zum einen die Reaktion auf deutliche Kritik aus der Neonazi-Szene, die beklagte, dass die NPD 'pro NRW' das Feld überlassen würde. Und auch parteiintern wurde die Notwendigkeit gesehen, neben der wahlpolitischen Konkurrenz präsent zu sein. Ein sächsischer Landtagsabgeordneter der NPD bringt es auf den Punkt:

„Im Westen müssen wir das Thema „Islamisierung“ noch viel stärker aufgreifen. [...] In strategischer Hinsicht ist 'pro-Köln' in dieser Hinsicht schon ein positives Beispiel.“ (DS 10/2010, Seite 3 + 4)

Allerdings blieb die Zahl der Teilnehmer an der NPD-Demonstration deutlich hinter den internen Erwartungen und dem selbst formulierten Anspruch zurück. In der 'Deutschen Stimme' 2/2010 fabulierte die NPD noch: „In der Bundesrepublik setzte sich die NPD an die Spitze der islamkritischen Bewegung.“

In derselben Ausgabe der DS macht die NPD ihre Position deutlich: „Niemals deutsches Land in Moslem-Hand!“ heißt es da. Der Kampf gegen die Islamisierung sei der Türöffner für weitergehende ausländerpolitische Forderungen. Dabei könne man sich die „feinsinnige Unterscheidung in Islam und Islamismus“ sparen. (DS 02/2010, Seite 11)

Dabei geht es der NPD darum, dass sich muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland nicht zu Hause fühlen:

„Je fremder, desto besser [...] Je weniger 'Integration' und Durchmischung, je mehr (beiderseitige) Distanz und getrennte Entwicklung, desto besser die Voraussetzungen den Multikultiwahn einst zu beenden.“ (DS 04/2010, Seite 5)



Die NPD ist rassistisch

Die Ablehnung von ausländischen Mitmenschen und Deutschen mit Migrationsgeschichte begründet die NPD „biologisch“, das heißt, sie lehnt die Gleichheit aller Menschen als allgemeines Menschenrecht nach Artikel 3 des Grundgesetzes ab und teilt diese demgegenüber in „Rassen“ ein. Was darunter zu verstehen ist, wird unter dem entsprechenden Schlagwort auf der Homepage der NPD unter „A – Z“ erläutert:

Zum Stichwort „Rasse“ erklärt die NPD dort:

„Die Menschheit wird in drei Groß-Rassen eingeteilt [...] Die europäische Großrasse wird im Allgemeinen in folgende Unterrassen gegliedert [...] Rassen entstehen durch Mutation, Isolation und Auslese.“

Hier zeigt sich einmal mehr die ideologische Nähe der NPD zum Nationalsozialismus. Der als „bedeutender Anthropologe“ zitierte Autor Hans F. K. Günther war nicht irgendein Wissenschaftler, sondern der „Rasse“-Ideologe des NS-Regimes – Spitzname „Rassepapst“. Aus diesen rassistischen Überlegungen zieht die NPD den Schluss, dass es auch keine Gleichheit (im Sinne des Grundgesetzes) geben könne. In der 'Deutschen Stimme' heißt es hierzu: *„Es gibt keine Gleichheit der Menschheit. [...] Wer die Gesetze des Lebens ignoriert, betreibt seinen eigenen Untergang.“* (DS 8/2009, Seite 3) Weiter fragt die NPD: *„Was bleibt von der Rasse? Doch kann es im biologischen oder auch im philosophischen Sinne nie eine allgemeine Gleichheit geben.“* (DS 4/2009, Seite 18)

In der Vergangenheit wurden auch Spieler der deutschen Fußballnationalmannschaft in einem Kalender zur Fußballweltmeisterschaft wegen ihrer Hautfarbe in rassistischer Weise verunglimpft. Unter der Überschrift „Kunterbunt statt National-Mannschaften“ hetzte die NPD:

„Auffällig hoch sind jedoch diese Merkmale beim Spieler-Aufgebot mehrerer Nationen zu erkennen, die eben scheinbar dieser 'eurasisch-negroiden Zukunftsrasse' Rechnung tragen. [...] War dieses Turnier tatsächlich noch eine Europa-Meisterschaft oder nicht vielmehr ein 'eurasisch-negroider' Sportwettbewerb mit europäischer Restbeteiligung?“ (DS 8/2009, Seite 27)

Und ein Jahr später heißt es:

„Nomen est omen – Serdar Tasci, Jeiome Boateng, Dennis Aogo, Sami Khedira, Mesut Özil, Cacau ... und so weiter und so fort. Das klingt nicht nur anders, als Gerd Müller, Rudi Völler, Jens Lehmann oder Sebastian Schweinsteiger, sondern ist es auch. [...]“ (DS 08/2010, Seite 27)

Glorifizierung des Nationalsozialismus

Einige Beiträge in der 'Deutschen Stimme' glorifizieren den Nationalsozialismus; die NPD stellt sich selbst in die Nähe zu rechtskräftig verurteilten Verbrechern des NS-Regimes. So bemühte der 'Ring Nationaler Frauen' (RNF) das bekannte Motiv des Autobahnbaus durch das nationalsozialistische Regime: *„Als der deutsche Sozialstaat noch funktionierte: Autobahn in den Dreißigern [...]“* (RNF Berlin, DS 04/2009, Seite 19)

In der 'Deutschen Stimme' 8/2009 posiert der NPD-Vorsitzende Udo Voigt vor einem Plakat, auf dem „Freiheit für Erich Priebke!“ verlangt wird. Ihren Gipfel findet die Unterstützung des einschlägig verurteilten Kriegsverbrechers Erich Priebke in einem Parteitagsbeschluss, der das Bedauern ausrückt, dass diese „vorbildliche Persönlichkeit“ „aus formalen Gründen“ nicht als Kandidaten der NPD für das Amt des Bundespräsidenten bestimmt werden könne.

Die NPD ist antisemitisch und revisionistisch

Obwohl die NPD soziale Themen und den „Islam“ in den Vordergrund rückt, weicht sie nicht von ihren antisemitischen und revisionistischen Positionen ab. In diversen Beiträgen und Interviews verschafft die 'Deutsche Stimme' bekannten Revisionisten eine Plattform zur Verbreitung ihrer Thesen. Es werden nicht nur plumpe antisemitische Äußerungen wiedergegeben, sondern auch der Holocaust bezweifelt (im Grundsatz auch die Zahl der jüdischen Opfer des Völkermordes) und die Schuld Deutschlands am Ausbruch des 2. Weltkrieges geleugnet. Daneben finden sich zudem Ansätze einer Ver-

schwörungstheorie, nach der „jüdische Interessenvertreter“ zusammen mit dem „Großkapital der amerikanischen Ostküste“ nach Weltherrschaft streben. Beispielhaft für eine Vielzahl einschlägiger Artikel stehen folgende Auszüge:

"2004 hatte der Historiker Werner Maser den Mut, festzustellen, dass die bislang vorgelegten 'Beweise' fragwürdig seien. Er erklärte, dass die 'Zeugenberichte über die Anzahl der Öfen, das Fassungsvermögen der Gaskammern und Krematorien, die Anzahl der jeweiligen Vergasungsoffer, die Gassubstanzen, die Dauer der Vergasungen, die Herausnahme der vergasteten Opfer und die Verbrennungsvorgänge usw.' sich einfach voneinander [unterscheiden, Anm. des Verf.] und erheblich widersprechen. Diese Widersprüche ziehen sich durch die gesamte Historiographie."

Unter der Überschrift „Die Ersatzreligion“ heißt es in der DS 7/2009 auf Seite 22:

„Seit 1945 steht das Christentum in Deutschland im Begriff [...] nach und nach durch die Religion der deutschen 'Alleinkriegsschuld' und des 'Holocaust' abgelöst zu werden. [...] ein kritisches Hinterfragen der Dogmen [wird] nicht geduldet"."

Einem einschlägig vorbestraften Revisionisten wird in der 'Deutschen Stimme' (9/2009, Seite 3) Raum gegeben, um unter der Überschrift „Die Wahrheit wird sich durchsetzen“ zu behaupten:

„Alle diese Sachverhalte habe ich in meinem Buch 'Wahrheit für Deutschland. Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges.' [...] einwandfrei quellenbelegt nachgewiesen [...]. Erstens die Kriegserklärung 'Judea against Germany' am 24. März 1933, für die Adolf Hitler nicht den geringsten Anlaß geliefert hatte [...].“

Und in der Oktoberausgabe der 'Deutschen Stimme' wird zum Beginn des Zweiten Weltkrieges behauptet, dass es bei dem Überfall auf Polen um „Rettung vor Stalins Genickschussbrigaden“ gegangen sei und dass der 2. Weltkrieg im Grunde genommen ein „Freiheitskrieg“¹⁴ war.

"Auf den Tag vor 70 Jahren beendete der 'Führer' des Großdeutschen Reiches den staatlich inszenierten Terror gegen die deutsche Minderheit in Polen durch die Verkündung, daß ab '5 Uhr 45 zurückgeschossen' werde."

Verunglimpfung des Bundespräsidenten - NPD lehnt den Liberalismus ab

In der politischen Agitation der NPD wird auch verstärkt der Anti-Liberalismus aufgenommen. Da die Gedanken des Liberalismus, insbesondere die persönlichen Freiheitsrechte, ein wesentlicher Bestandteil des Grundgesetzes und damit der freiheitlich demokratischen Grundordnung sind, richtet sich die Agitation der NPD folgerichtig hiergegen. Hierzu zählten neben individuellen Freiheitsrechten vor allem das Prinzip der Gewaltenteilung und das Mehrparteiensystem.

Zur Wahl des Bundespräsidenten heißt es unter der Überschrift: „Ein Vertreter des volksfernen Parteiensystems – Präsidentenwahl: Mit Christian Wulff wird ein konfliktscheuer Schönwetter-Redner Bundespräsident“:

¹⁴ Artikel „Es war ein Freiheitskrieg“ in DS 02/2010, Seite 23

„In der Merkel-Republik ist der kompromißlerische, entscheidungsfeige, überzeugungslose und pragmatische Machtverwalter und Krisenmoderator zum bestimmenden Politiker-Typus geworden. Diese Negativauslese der Persönlichkeits- und Charakterlosen, die der Rechtsintellektuelle Edgar Julius Jung 1927 als 'Herrschaft der Minderwertigen' charakterisierte, gehört zum Parlamentarismus wie die Ausbeutung zum Kapitalismus.“ (DS 08/2010, Seite 6)

Der gewählte Präsident der Bundesrepublik Deutschland wird als CDU-Apparatschik bezeichnet und als „Türken-Wulff“ verunglimpft. (DS 08/2010, Seite 7)

NPD fordert Wiederherstellung des Deutschen Reiches

Die von der NPD verfolgten Ziele laufen auf einen anderen Staat hinaus. Welche Vorstellungen von diesem Staat die NPD hat, wird auf ihrer Homepage deutlich. Unverhohlen propagiert die NPD dort die Forderung nach Wiederherstellung des „Deutschen Reiches“. Gemeint ist dabei nicht die Weimarer Republik, sondern das 3. Reich. Dies wird auch an der Eigenbezeichnung von Angehörigen des „Nationalen Widerstandes“ (darunter fallen eben auch NPD-Mitglieder) als „Nationale Sozialisten“ deutlich. Der Sprachgebrauch erinnert nicht zufällig an das Wort „Nationalsozialisten“. Es zeigt einmal mehr, wo die NPD sich selbst politisch verortet. Und der territoriale Umfang des angestrebten „Reiches“ deutet sich an, wenn unter der Rubrik „Verkaufsempfehlungen“ eine Bildwandkarte von 1941 mit dem Hinweis angeboten wird, hier: *„ist zu sehen, wie klein doch selbst das Großdeutsche Reich war. Farblich markiert und zusortiert sind die ehemaligen Kolonien. Eine Zierde für jeden Raum.“* (DS 01/2010, Seite 27)

Die Strategie der NPD

Zur Durchsetzung ihrer Ziele hat die NPD das sogenannte 4-Säulen-Konzept entwickelt. Sie versteht darunter den Kampf um die Straße, den Kampf um die Parlamente, den Kampf um die Köpfe und den Kampf um den organisierten Willen. Nachdem Ende der 1990er Jahre der Kampf um die Straße (Demonstrationen) im Vordergrund gestanden hatte, gewann in den letzten Jahren der Kampf um die Parlamente für die NPD an Bedeutung. Der Einzug in zwei Landesparlamente ist für die Partei in zweierlei Hinsicht bedeutsam: Zum einen nutzt die NPD die Fraktionen als Sprachrohr, zum anderen ist sie existenziell auf die Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung angewiesen.

Dass das erweiterte ursprüngliche 3-Säulen-Konzept nicht bloße Theorie, sondern Grundlage für die Strategie der NPD ist, zeigen diverse Hinweise¹⁵ in der 'Deutschen Stimme', unter anderem ein Interview mit dem Parteivorsitzenden Udo Voigt über die künftige Strategie der NPD:

„Die vierte Säule in unserem strategischen Vier-Säulen-Konzept hat durch den Wähler Bestätigung erhalten. Der Kampf um den organisierten Willen konnte im Superwahljahr 2009 bei allen Wahlen für uns entschieden werden.“ (DS 02/2010, Seiten 3/4)

2010 hat es in Vorbereitung auf den außerordentlichen Bundesparteitag der NPD in Bamberg eine umfangreiche Strategiediskussion gegeben, deren Inhalte in der DS veröffentlicht wurden:

In einer Serie von Artikeln¹⁶ ging die Partei der Frage nach, wie sie ihre Position im politischen Wettkampf gestalten müsse, um die angestrebten Erfolge auch tatsächlich erringen zu können. Sie kommt dabei zu dem Schluss, drei Themenfelder seien prädestiniert, als gesellschaftliche „Türöffner“ der nationalen Opposition zu fungieren. Dabei fällt auf, dass die NPD vor allem mit den Ängsten von Menschen arbeiten will. Die Themen sollen sein:

¹⁵ zum Beispiel der Artikel „Kampf um die Köpfe“ in: DS 02/2009, Seite 16

¹⁶ Ausgabe 02/2010 Beginn der Artikelserie „Strategiediskussion 2010“ – Fortsetzung in weiteren Ausgaben der DS (Ausgaben 04 und 05)

1. Globalisierung (Angst vor Verlust des bisherigen Lebensstandards),
2. Islamisierung (Angst vor Verlust des bisherigen Lebensstils),
3. Gesellschaftlicher Verfall (Angst vor Isolation)“ (DS 02/2010, Seite 17)

Die NPD führt sich als „Anwalt“ der sozial Benachteiligten auf

Inhaltlich versucht sich die NPD als Anwalt der tatsächlich oder subjektiv sozial Benachteiligten zu gerieren. Hierbei greift sie teilweise auch auf örtliche Konflikte (zum Beispiel um Sexualstraftäter in Essen und Heinsberg) zurück, um sich in Diskussionen und die öffentliche Wahrnehmung zu drängen. In Sachsen sieht sich die NPD als „soziale Heimatpartei“, wie in einem Positionspapier der Sachsen-NPD („Der sächsische Weg“) erläutert wurde. In einem Interview mit dem Vorsitzenden der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag erklärt dieser:

„Der Schwerpunkt liegt auch künftig auf der Sozialpolitik. Wir werden weiter als Anwalt all jener auftreten, die fernab von Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Überfremdung eine lebenswerte Zukunft einfordern.“ (DS 10/2009, Seite 3)

Es zeigt sich – bei anderen Parteien auch – allerdings ein Unterschied, je nachdem, ob die NPD als Fraktion in einem Landtag vertreten ist oder nicht. Der Versuch, einen moderateren Ton anzuschlagen, der in dem Papier sichtbar wird, hat allerdings zum Teil zu scharfer Ablehnung in anderen Teilen der NPD und der Neonazi-Szene geführt. Der NPD in Sachsen wurde ein zu „bürgerlich-konservativer“ Kurs vorgeworfen. Um seinerseits inhaltliche Schärfe nach innen und außen zu demonstrieren, verfasste der NPD-Vorstand ein eigenes Positionspapier, das unter Anspielung auf den Namen des sächsischen Papiers den Titel „Der Deutsche Weg“ bekam. Darin umreißt der Vorstand seine Vorstellungen zum Selbstverständnis, zur Zielsetzung und zur Zielgruppe der Partei:

"2. Eigenes Selbstverständnis: Systemüberwindung

[...] kompromisslos Ausrichtung auf Überwindung des liberalkapitalistischen Systems und des bestehenden volksfeindlichen Parteienstaats

[...]

6. Zielgruppenanalyse

[...] Ein Gutteil der Nichtwähler findet auf dem Wahlzettel nicht das, was er sucht, da ihm keine politische Kraft radikal genug erscheint. [...] Diesen Menschen, die sich selbst nicht mehr in diesem System verorten, den Entrechteten und vom System Belogenen, müssen wir eine Stimme sein.

[...]

7. Traditionell bürgerliche Wähler – alleinige Ansprechpartner für die nationale Erneuerung?

Darüber hinaus bieten wir den sozial Ausgebeuteten, den Arbeitslosen, den am Existenzminimum lebenden Rentnern, den um die tägliche Existenz kämpfenden Selbständigen, Handwerkern, Bauern und dem in die Verarmung gestoßenen Mittelstand eine wirkliche Alternative [...] müssen wir durch stetigen Widerstand gegen das liberalkapitalistische System und seine sozialen Verwerfungen beweisen, dass wir zu echten radikalen. d.h. an der Wurzel packenden Veränderung willens und in der Lage sind.

[...]

8. Der deutsche Weg

Wie sieht der richtige Weg aus? Sowohl einseitige und unreflektierte NS-Nostalgie als auch ein latenter Anpassungsdruck an Wählerschichten, die einen gemäßigten Kurs vertreten, können nicht der erfolgversprechende Weg sein. [...] der Maosche Ausspruch, wonach ein echter Revolutionär sich in der Gesellschaft wie ein Fisch im Wasser bewegen müsse, darf für uns nur für das äußere Erscheinungsbild relevant sein. Inhaltlich [...] dürfen wir nicht versuchen, in die Mitte der Gesellschaft zu drängen, sondern müssen diese zu uns ziehen. [...] Da wäre es das falsche Signal, gerade jetzt den radikalen Weg einer nationalen und sozialen Erneuerung zu verlassen [...]. (Auszüge aus dem Grundsatzpapier des NPD-Parteivorstandes vom 26. April 2009, aus DS 6/2009, Seite 15 – 16)

In Nordrhein-Westfalen gibt es vergleichbare Positionspapiere nicht. Hier fehlt es an entsprechenden intellektuellen Kapazitäten. Auch der künftige Kurs des NPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen erscheint derzeit ungewiss. Der auf dem Landesparteitag am 19. September 2010 gewählte Landesvorstand besteht eher aus Funktionären der NPD, die dem Nationalsozialismus kritisch gegenüberstehen. Dies hat bereits zu Kontroversen mit Teilen der Neonazi-Szene geführt.

Die NPD versteht sich als radikal, sozial und national

Der Parteivorsitzende Udo Voigt gab in der 'Deutschen Stimme', Ausgabe 3/2009, Seite 14 – 15 ein Interview über seinen politischen Kurs:

„Meine Strategie ist beständig und lautet: RADIKAL-SOZIAL-NATIONAL! – RADIKAL im Sinne des Ausrottens des Übels an der Wurzel, SOZIAL im Sinne der Solidarität mit jedem deutschen Volksgenossen und NATIONAL im Bewusstsein dessen, dass nur der real würdige Gedanke der Volksgemeinschaft dem einzelnen Schutz vor Ausbeutung und Perspektive für eine Zukunft für sich und seine Familie bringen wird.

Als Zielgruppe müssen wir idealistisch gesonnene junge Menschen ansprechen, Arbeitnehmer, den Mittelstand, Arbeitslose und all die Menschen, die von der real existierenden repräsentativen Demokratie der BRD und ihrem liberalkapitalistischen System enttäuscht und bereit für eine Systemalternative sind.“


Neben Hartz-IV-Empfängern und Menschen, die sich als „Verlierer“ der Globalisierung fühlen, gehören auch Jungwähler und „Russlanddeutsche“ zur Zielgruppe der NPD:

„Gerade die Jung- und Erstwähler sind es doch gewesen, die uns in entscheidendem Maße beispielsweise den Weg in den sächsischen Landtag ebneten. Junge Menschen werden vor allem in ihrer Schulzeit entscheidend geprägt [...] Wir müssen daher vor allem den Kontakt zur Jugend suchen und diese Leute dort abholen, wo sie sind – vor den Schulhöfen.“ (DS 06/2010, Seite 3)



Haste Bock...

...für die NPD zu unterschreiben?

Landtagswahl 2010  **NPD**
Nationaldemokraten

Typisch ist in diesem Zusammenhang ein Plakat, mit dem zur Sammlung von Unterstützungsunterschriften aufgerufen wurde. Es erscheint in „jugendgerechtem Outfit“.

Bemerkenswert ist trotz der Bemühungen der NPD um Jugendliche die regional völlig unterschiedliche Entwicklung der Jugendorganisation der NPD – der 'Jungen Nationaldemokraten' (JN). Während in einigen Landesverbänden aktive und arbeitsfähige Strukturen bestehen, liegt der JN-Landesverband Nordrhein-Westfalen seit Jahren am Boden. Ein Grund hierfür dürfte die Existenz starker Gruppen von Autonomen Nationalisten (siehe

Kapitel 3.2.1 Neonazis) sein, die offenbar für jüngere und eher aktionsorientierte Jugendliche attraktiver sind, als die Jugendorganisation einer Partei, die an gewisse politische „Zwänge“ und Weisungen gebunden ist.

Globalisierungskritik und Bundeswehreinmärschen als Propagandathemen der NPD

Nicht nur wegen der Ähnlichkeit von Teilen ihrer Propaganda, sondern auch wegen ähnlicher Zielgruppen bei den Wählern wird 'DIE LINKE*' von der NPD bei Wahlen auch als echte Konkurrenz empfunden. Die NPD schneidet ihre Themen (sozialpolitische Themen, Auslandseinsätze, „raumorientierte Volkswirtschaft“ statt Globalisierung usw.) offensichtlich auch auf diese Klientel zu. Sie bietet allerdings Lösungen nur für die „Volksgemeinschaft“ an; im Duktus der NPD ist dies als Gemeinschaft der „rassisch reinen“ Deutschen zu verstehen. Insofern hat die Diskussion der NPD um die „Rasse“ nicht nur theoretische Bedeutung, sondern schlägt sich auch in den praktischen politischen Lösungsvorschlägen der NPD nieder.



NPD-Plakate gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr – rechts: Arbeit für Deutsche

Die Bündnispartner der NPD

Die NPD allein ist zu schwach, um ihre Strategie zielgerichtet und mit Erfolg zu betreiben. Der Parteivorsitzende ist seit Beginn seiner Amtszeit bemüht, Bündnispartner für die NPD zu finden. Zunächst richtete sich sein Blick auf die Neonazi-Szene. Das Angebot zur Zusammenarbeit haben zwar Teile der Neonazi-Szene angenommen, andere – vornehmlich die Autonomen Nationalisten – stehen einer Zusammenarbeit eher skeptisch bis ablehnend gegenüber. Dies verhindert jedoch im Einzelfall nicht die Zusammenarbeit.

NPD sieht sich als Teil einer gemeinsamen Bewegung

In ihrem politischen Kampf für ein anderes System sieht sich die NPD selbst als „parlamentarischen Arm“ des „Nationalen Widerstandes“ (DS 2/2009, Seite 16), als Teil einer gemeinsamen Bewegung von Neonazis und NPD. Deutlich wird dies an einem Zitat aus einem in der 'Deutschen Stimme' wiedergegebenen Interview mit einem führenden Aktivisten der Neonazi-Szene:

„Der nationale Widerstand hat einen parlamentarischen und einen außerparlamentarischen Arm. Die Partei verfügt über wirkungsvolle Sprachrohre in den Parlamenten und kann vom Staat erhebliche finanzielle Ressourcen durch Mandate und Wahlkampfkostentrückerstattung schöpfen. Die „Freien“ hingegen verfügen über eine außerordentlich aktivistische Szene, deren idealistische Arbeitskraft unbezahlbar ist.“ (DS 06/2010, Seite 3)

Dabei begreift sich die NPD als „Speerspitze des Nationalen Widerstandes“ (DS 8/2009, Seite 18). Der Begriff des „Nationalen Widerstandes“ findet sich in der von Neonazis auf Demonstrationen skandierten Parole „Hier marschiert der Nationale Widerstand!“ wieder.

Fusion mit dem bisherigen Bündnispartner DVU

Der zweite wichtige Bündnispartner der NPD war die DVU. Beide hatten den sogenannten „Deutschlandpakt“ geschlossen, eine Wahlabsprache, die bis Ende 2009 festlegte, welche der beiden Parteien zu den jeweiligen Wahlen auf Bundes- und Landesebene antritt. Nach anfänglichen Erfolgen für beide Parteien musste insbesondere die DVU mehrere Rückschläge bei verschiedenen Landtagswahlen hinnehmen. Die NPD sah die Gunst der Stunde gekommen, sich endgültig eines unliebsamen politischen Konkurrenten zu entledigen und beendete Mitte 2009 den Deutschlandpakt einseitig durch ihren nicht vertragsgemäßen Antritt zur Landtagswahl in Brandenburg. Das war – nicht nur in den Augen etlicher



Parteimitglieder – ein glatter Vertragsbruch, der von der Parteiführung als „Gebot der politischen Verantwortung, den Bündnispartner rechtzeitig der zu schwer gewordenen Bürde zu entledigen“ beschönigt wurde. Nachdem der Bruch das Verhältnis zwischen den Parteien zunächst belastet hatte, kam es bereits im Verlauf des Jahres wieder zu einer Annäherung, die in der Ankündigung

einer Fusion auf dem NPD-Landesparteitag mündete. Eine in der Folgezeit durchgeführte Mitgliederbefragung in beiden Parteien ergab eine deutliche Mehrheit für eine Fusion. Auf getrennten Parteitagungen im November 2010 beschlossen NPD und DVU eine Fusion beider Parteien. Einziges Zugeständnis der NPD war die Änderung des bisherigen Namenszusatzes „NPD – Die Nationalen“ in „NPD – Die Volksunion“.

Wie auch immer das jetzt begonnene juristische Tauziehen um den Vollzug der Zusammenlegung ausgehen wird: Eine Fusion auf Augenhöhe steht nicht zu erwarten, bestenfalls eine Art „freundliche Übernahme“ – eben doch die Beseitigung eines politischen Konkurrenten.

Erfolge und Misserfolge der NPD

Durch den „Deutschlandpakt“, die jeweiligen politischen Umstände und eine geschickte Propaganda begünstigt, zog die NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern in die Landtage ein. Bei allen übrigen Wahlen verfehlte die NPD die 5 %-Hürde zum Teil sehr deutlich. So auch bei der Bundestagswahl 2009, wo sie lediglich ihr Minimalziel erreichte: Sie erreichte genug Stimmen, um Geld aus der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung zu erhalten. In Nordrhein-Westfalen erzielte die NPD nahezu durchgehend die schlechtesten Wahlergebnisse bundesweit. Sie kommt hier über den Status einer rechtsextremistischen Splitterpartei nicht hinaus.

NPD scheitert bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Die NPD erzielte bei der Landtagswahl NRW 2010 am 9. Mai 2010 ein Ergebnis von landesweit 0,3 % (24.781) der Erst- und 0,7 % (55.831) der Zweitstimmen. Die NPD hat damit vor allem ihr wichtigstes Wahlziel, das Überschreiten der 1 %-Hürde für die Teilhabe an der staatlichen Parteienfinanzierung klar verfehlt. Auch ihr zweites Wahlziel, ein stärkeres Abschneiden als 'pro NRW' hat die NPD ebenso verfehlt.

Die Zukunft der NPD auf Bundesebene und in Nordrhein-Westfalen

Die größte Herausforderung für die NPD dürfte in nächster Zeit die Integration der bisherigen DVU-Mitglieder in die Partei sein. Da die NPD extremistischere Positionen vertritt als die DVU, dürften zahlreiche DVU-Mitglieder vor einem Übertritt zurückschrecken. Es ist damit zu rechnen, dass nur ein Teil der bisherigen DVU-Mitglieder tatsächlich aktiv wird und in die NPD übertritt. Möglicherweise wird ein Teil auch zur pro-Bewegung abwandern. Das gilt insbesondere für den (ehemaligen) DVU-Landesverband Nordrhein-Westfalen, der der Fusion mit der NPD ausgesprochen ablehnend gegenüber steht. Ein anderer Teil dürfte sich völlig zurückziehen. Der zu erwartende Mitgliederzuwachs für die NPD könnte sich in Nordrhein-Westfalen bei maximal 100 ehemaligen DVU-Mitgliedern bewegen.

Der NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen ist zusätzlich noch von persönlichen und politischen Kontroversen um die künftige Ausrichtung gelähmt. Die Kontroverse gipfelte in dem Vorwurf an mehrere Angehörige des neu gewählten Landesvorstandes, „Spitzel“ des Verfassungsschutzes zu sein. Ob es aber tatsächlich zu einer Umorientierung der Partei – ähnlich wie im Landesverband Sachsen – in Richtung einer „sozialen Heimatpartei“ (dieser vorübergehend eingeführte Namenszusatz der NPD wurde schon wieder verworfen) kommt, muss sich erst noch zeigen. In der Vergangenheit sind kaum Impulse von dem NRW-Verband ausgegangen.

Mit der Existenz von 'pro NRW' ist der NPD zudem politische Konkurrenz im eigenen „Lager“ entstanden, die in der Zukunft etwaige Wahlerfolge der NPD noch unwahrscheinlicher macht. Derzeit gibt es jedenfalls keine Anzeichen dafür, dass die NPD in Nordrhein-Westfalen über eine Existenz als rechts-extremistische Splitterpartei hinauswächst.

3.1.2 Bürgerbewegung pro Köln e.V. und Bürgerbewegung pro NRW

'pro Köln e.V.' und 'pro NRW'

	'pro Köln'	'pro NRW'
Gründung	1996	2007
Sitz	Köln	Düsseldorf
	2010	2010
Aktivisten	insgesamt bei 'pro Köln' und 'pro NRW' etwa 350	
Vorstand	Markus Beisicht, Vorsitzender; Judith Wolter, stellvertretende Vorsitzende; Markus Wiener, stellvertretender Vorsitzender; Karel Schiele, Schatzmeister	Markus Beisicht, Vorsitzender; Markus Wiener, Generalsekretär; Judith Wolter, Schatzmeisterin
Publikation	'PRO KÖLN – Informationen der Fraktion pro Köln im Rat der Stadt Köln'	'PRO NRW – Informationen der Bürgerbewegung pro NRW'
Internet	Homepage, verantwortlich Markus Beisicht	Homepage, verantwortlich Markus Beisicht
Rechtsform	Verein mit Mandaten im Rat der Stadt Köln	Partei, überwiegend personenidentisch mit 'pro Köln', Mandate in Kreistagen und Stadträten

Anhaltspunkte für die verfassungsfeindlichen Bestrebungen

'pro Köln' und 'pro NRW' werden vom Verfassungsschutz beobachtet, weil bei diesen Gruppierungen tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen. Diese tatsächlichen Anhaltspunkte ergeben sich aus einer Vielzahl von Äußerungen in den Infoblättern von 'pro Köln' und 'pro NRW' sowie durch Artikel, die im Archiv auf deren Internetseiten abgelegt sind, durch Redebeiträge auf Kundgebungen, DVD-Veröffentlichungen, aber auch durch Kontakte zu anderen, teilweise rechtsextremistischen, zumindest aber ausländerfeindlichen Organisationen im In- und Ausland.

Diese Faktenlage geht auch nach der Rechtsprechung über die Einschätzung eines bloßen Verdachts der Verfassungsfeindlichkeit hinaus. Das Oberverwaltungsgericht Münster zitiert die Entscheidung der Vorinstanz zustimmend:

„Insbesondere Parteiprogramm und Öffentlichkeitsarbeit ließen erkennen, das pro NRW Minderheiten namentlich Ausländer, Migranten und Muslime in menschenrechtswidriger Weise herabsetze und ausgrenze, mit dem Ziel, gesellschaftliche Verhältnisse herbeizuführen, in denen die Menschenwürde dieser Minderheiten nicht geachtet werde.“

'pro Köln' und 'pro NRW' missachten Menschenrechte

'pro Köln' und 'pro NRW' missachten mit ihren Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Ausländer werden durch 'pro Köln' und 'pro NRW' wegen ihrer Nationalität, Abstammung oder Religionszugehörigkeit pauschal herabgesetzt und diffamiert. Entsprechende Aussagen werden ständig wiederholt; im Fokus stehen fast ausschließlich die Themen „Ausländer/Migranten“, verbunden mit einer drastischen Wortwahl. So wird den Bürgern ein negatives Menschenbild über diese Personengruppen vermittelt, das ausschließlich an deren Nationalität, Religions-, Staats- oder Volkszugehörigkeit anknüpft. Eine differenzierte Betrachtung, die andere Aspekte einbezieht, wird fast vollständig ausgeblendet. Bestimmte Volks- und Religionsgruppen, insbesondere Muslime, werden als unerwünschte, nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse dargestellt. Mit dieser Art der Darstellung schüren 'pro Köln' und 'pro NRW' Ablehnung und Angst in der Bevölkerung.

Diese Einschätzung hat das Oberverwaltungsgericht NRW jüngst in einem Beschluss¹⁷ noch einmal ausdrücklich bestätigt: Aus den Verlautbarungen von 'pro NRW' ergebe sich,

„dass der Kläger [hier 'pro NRW'] bzw. seine Funktionäre [...] fortgesetzt mit pauschalierenden, plakativen Äußerungen Ausländer wegen ihrer Abstammung und/oder Religionszugehörigkeit ausgrenzend und als kriminell sowie nicht integrierbar dargestellt haben.“

Wenn sich 'pro Köln' und 'pro NRW' immer wieder geradezu demonstrativ zum Grundgesetz bekennen und sich gegen jede Form von Extremismus verwahren, wirkt dies taktisch motiviert. Zumindest ist das Grundrechtsverständnis von 'pro Köln' und 'pro NRW' nicht mit den Zielen, Werten und Inhalten des Grundgesetzes vereinbar.

Ausländerfeindlichkeit

'pro Köln' und 'pro NRW' schüren latente Ängste vor Überfremdung und haben auch 2010 fremdenfeindliche Ressentiments verbreitet. In einer Postkartenaktion gegen den EU-Beitritt der Türkei warnt 'pro NRW':

¹⁷ OVG Münster, Beschluss vom 9. Februar 2011 (5A 2766/09)

„[...] eine perspektivlose Jugend will nach Deutschland und nach Europa. Täglich kommen tausende nicht integrierbare Menschen zu uns.“

Das Thema „Einbürgerung“ veranlasste einen Ratsvertreter von pro Köln zu folgender Äußerung:

„Wer sich als Türke fühlt, der soll und darf auch Türke bleiben. Der bundesdeutsche Pass ist mehr als ein Bezugsschein für Hartz IV.“

Pauschal und undifferenziert wird der angebliche Missbrauch der Sozialsysteme durch Ausländer beklagt:

„Massenzuwanderung, zumeist in unsere sozialen Sicherungssysteme“¹⁸

Auf einer Linie mit der NPD liegt die Forderung der Jugendabteilung von 'pro NRW', 'Jugend pro NRW', „Ausbildungsplätze zuerst für Deutsche!“ (aus dem Flyer der 'Jugend pro NRW' „Eine starke Rechte für NRW“). Von der NPD ist die Parole „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ seit Jahren bekannt.

Ausländer werden ausgrenzend als kriminell und nicht integrierbar dargestellt. So heißt es in einem Infoblatt aus dem Jahr 2007 im Zusammenhang mit jugendlichen Tätern mit „Migrationshintergrund“:

„Bei dem Phänomen der kriminellen Jugendgangs handelt es sich eben nicht nur um ein soziales Problem, sondern auch um ein ethnisches.“

Islam als Feindbild

Auch in 2010 war der Schwerpunkt der Kampagnen von 'pro Köln' und 'pro NRW' darauf angelegt, Vorurteile über Muslime zu verbreiten, um Ängste zu wecken oder zu verstärken. 'pro NRW' ist teilnehmende Organisation bei der Initiative „Städte gegen den Islamisierung“. Auf der Homepage beschreibt die Initiative ihre Ziele wie folgt:

„'Städte gegen Islamisierung' widersetzt sich der multikulturellen Ideologie, die dazu führt, dass die hier ansässigen Muslime in zunehmenden Maße ihre eigene Werte auch in der Öffentlichkeit befolgen können, was de facto zu einer Institutionalisierung dieser Religion.“ [fehlendes Satzende im Original]

Im März 2010 veranstaltete 'pro NRW' im Rahmen dieser Initiative eine „Anti-Minarett-Konferenz“ in Gelsenkirchen. Einer der Hauptredner war der Fraktionsvorsitzende des 'Vlaams Belang'. Er bezeichnete den Islam als „Eroberungsreligion“ und als „Raubtier“, welches bereit sei, „sich auf das schwächste Opfer zu stürzen“. Seine Ausführungen gipfelten in der These:

„Wie Aids der physischen Wehrhaftigkeit eines Menschen schadet, so untergräbt die Multikultur die demografische Wehrhaftigkeit eines ganzen Volkes und einer Zivilisation.“

Hier klingt die ansonsten nur im orthodoxen Rechtsextremismus übliche Analogie eines homogenen Volkskörpers an, der von einer zerstörerischen Kraft von außen – hier „Multikultur“; gemeint sind Menschen außereuropäischer Herkunft – zersetzt werden. Menschen anderer Kulturkreise oder Religionszugehörigkeiten werden in diesem Sinne offensichtlich als tödliche Krankheit gesehen, die das Immunsystem des „Volkskörpers“ unwiderruflich schädigen. Als Gegenmittel bleibe die „Überlegenheit unserer eigenen Zivilisation zu verteidigen“ und die „dritte islamische Invasion“ gegen den „Erbfeind Europa“ zu stoppen.

¹⁸ 'pro NRW'-Homepage 23. September 2009

Auch Markus Beisicht, Vorsitzender von 'pro NRW' und 'pro Köln' polemisiert gegen den Islam und Muslime:

„Überall wird vor der islamistischen Herausforderung zurückgewichen: Eine Extrawurst beim Kantinenspeiseplan, Frauenschwimmen und Mädchensport, eine abgesagte Theateraufführung oder Weihnachtsfeier, Augen zu bei kulturellen Besonderheiten, wie 'Zwangsehe' oder 'Ehrenmord', gern mal eine schariakonformes Urteil und schon ist NRW wieder ein bisschen muslimischer.“

Vor dem Hintergrund der aktuellen Integrationsdebatte und der in ihr zum Ausdruck kommenden Überfremdungsängste werden legitime Fragen zum Islam dazu missbraucht, Islamfeindschaft zu schüren. Dahinter steht der Versuch von 'pro NRW' und 'pro Köln', diese in der Gesellschaft diskutierten Themen zu nutzen, um so die eigenen weitergehenden nationalistischen Sichtweisen und Forderungen über den rechtsextremistischen Rand hinaus bis weit in die Mitte der Gesellschaft zu verbreiten. Der „Kampf“ gegen „den Islam“ dient dabei als Türöffner. Dies hatte der Vorsitzende von 'pro Köln' und 'pro NRW' in einem Interview eingeräumt:

„Das Thema Islamisierung drückt die Menschen und es liegt uns politisch nahe, also haben wir es uns ausgesucht.[...]. Gerade in Großstädten kann man damit punkten! Wir haben die Marktlücke besetzt, und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten.“

Deshalb wird bewusst nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung unterschieden. Vielmehr erfolgt eine diskreditierende Gleichsetzung des Islams, der als „Politreligion“ bezeichnet wird, mit Kriminalität und Terrorismus.

In einem 'pro NRW'-Flyer „Nein zu Großmoscheen, Minaretten und Muezzinruf! Islamistische Terrorgefahr bekämpfen!“ wird diese Gleichsetzung von Islam und Terrorismus wie folgt suggeriert:

„Die kulturelle und ethnische Überfremdung unserer Städte steht in einem direkten Zusammenhang mit den Kölner Kofferbomber-Attentäter, der Sauerländer Terrorzelle oder den Duisburger Fanatikern!“

Beispielhaft dafür steht auch die im Zuge der Diskussion um eine von Salafisten betriebene Einrichtung in Mönchengladbach getroffene Feststellung des Vorsitzenden von 'pro Köln' und 'pro NRW':

„Die Unterscheidung zwischen bösen Salafisten und guten Muslimen ist im Großen und Ganzen Volksverdummung. Auch, wenn das von den Hütern der Political Correctness anders gewünscht ist. Es gibt keinen wesentlichen Unterschied zwischen Islam und Islamismus. Der Islam an sich ist freiheitsfeindlich und achtet die Menschenrechte nicht. Salafisten wie normale Muslime stellen die Scharia über das Grundgesetz.“

Der Kreisvorsitzende von 'pro NRW' in Bonn stellte bei einer anderen Gelegenheit fest:

„Die Krampfhaftigkeit, mit der die Altparteien den ethnischen Deutschen den Islam als muster-gültige Religion ohne Konflikte mit den demokratischen Normen europäisch-westlicher Herkunft verkaufen wollen, wirkt belustigend bis beängstigend.“

Weiter urteilte er:

„Der Islam ist ein Hätschelkind der überflüssigen Integrationsindustrie. Der naive bis romantisierende Blick vieler Europäer auf die koranische Lehre hängt ursächlich mit drei Faktoren zusammen: Falsch verstandene Neugier nach Exotik, einem grundsätzlichen Hang zu totalitären Ideologien oder auch blanker Angst vor der reichlich vorhandenen Gewaltpraxis dieser Religionsgemeinschaft.“

Ein als Förderer und Unterstützer der pro-Bewegung vor allem im Landtagswahlkampf in Erscheinung getretener deutsch-schwedischer Unternehmer, vorher als NPD-Sponsor und Mitglied der DVU bekannt und inzwischen zum „Internationalen Sekretär“ der pro-Bewegung bestimmt, bringt es auf den Punkt:

Wir brauchen [...] in Deutschland eine Rechte, die nicht Israel zum Feind erklärt sondern den Islam.“

Der Islam insgesamt wird als Feindbild von 'pro Köln'/'pro NRW' propagiert, um die Ausgrenzung einer ganzen Bevölkerungsgruppe und pauschale Schuldzuweisungen an diese zu rechtfertigen. Das Fundament dieses Feindbildes sind Verallgemeinerungen und die Reduzierung: Eine ganze Glaubensgemeinschaft wird so unter Generalverdacht gestellt und verantwortlich gemacht für eine Vielzahl gesellschaftlicher Missstände und Bedrohungen. Phänomene wie Zwangsheiraten, Ehrenmorde, Jugendgewalt und Terrorismus werden ausschließlich und undifferenziert mit dem Islam in Verbindung gebracht. Besonders deutlich wurde dies schon während einer Wahlkampf-Kundgebung im August 2009 in Köln in der Rede eines damaligen Stadtratskandidaten von 'pro Köln':

„Wer für die Islamierung [Anm: wörtliche Mitschrift] dieses Landes ist, der ist ganz klar für die Zwangsheirat egal in welchem Alter, für Ehrenmorde, für die Entrechtung der Frau, für die Beschneidung von Frauen, der ist auch dafür, dass Frauen schlechter behandelt werden als Tiere, der ist dafür, dass Frauen bestraft werden, wenn sie vergewaltigt werden, der ist für Auspeitschung, der ist für Steinigung, für Folterung und Hängen und der ist für die Auslöschung unserer Kultur.“

„[...] und ich garantiere Ihnen, die Reichskristallnacht wird wiederkommen. Allerdings werden diesmal in Köln Christen und Juden durch die Straßen getrieben, von den Islamisten verfolgt und getötet. Wollt Ihr das wirklich? Wenn Sie die Islamisierung und den Antisemitismus fördern wollen, dürfen Sie nicht 'pro Köln' wählen, wenn sie Demokratie und die Menschlichkeit wollen, müssen Sie 'pro Köln' wählen. Sie können am 30. August die Kandidaten in den Orient schicken. Die Fahrkarten dazu kaufen wir, allerdings ist das nur eine Einfachfahrkarte.“

Auf der Homepage des deutsch-schwedischen Sponsors heißt es:

„Der Islam verhüllt seine Frauen und treibt europäische Frauen in die Prostitution. Das ist die Demütigung, auf die wir uns einstellen können.“

Ferner veröffentlichte und verbreitete 'pro Köln' in 2009 eine DVD mit dem Titel „Hat pro Köln doch recht?“. In dem Film wird ein Diagramm eingeblendet, das angeblich auf einer Erhebung des Landeskriminalamtes (LKA) Berlin beruhen und Aufschluss über Gewaltdelikte in Berlin im Jahr 2003 geben soll. Von insgesamt 15.500 Gewalttaten sollen danach 12.200 von Muslimen, 2.950 von sonstigen Ausländern und lediglich 350 Delikte von Deutschen begangen worden sein. Tatsächlich gibt es eine solche Statistik des LKA Berlin nicht, auch die verwendeten Zahlen stammen nicht von dort. Die Statistik ist darüber hinaus hochgradig unseriös und in sich unschlüssig, weil nicht zwischen ethnischen oder religiösen Zugehörigkeiten unterschieden wird, sondern diese in unzulässiger, verfälschender Weise vermengt werden. Wo sind in der Statistik zum Beispiel die deutschen Muslime mit und ohne Migrationshintergrund eingeordnet?

In gleicher Weise werden angebliche Umfrageergebnisse zu öffentlichen Verkehrsmittel instrumentalisiert:

„Nicht nur in Köln, auch in anderen Städten, explodiert die Gewalt. In Berlin wagen laut Umfragen etwa 30 % der Befragten nicht mehr öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Weitere 30 % haben in U-Bahnen und Bussen Angst. Angst vor jungen Männern, die mehrheitlich dem Islam zuzuordnen sind.“ (Auszug aus 'pro Köln'-DVD „Den Niedergang unserer Stadt aufhalten“)

'pro Köln'/'pro NRW' nennen keine Quellen für derartige Umfrageergebnisse. Insofern wird auch hier eine vermeintliche Bedrohungslage in öffentlichen Verkehrsmitteln undifferenziert und pauschal auf den Islam als Ursache zurückgeführt.

Weiterhin wird auf der DVD die von 'pro Köln' und 'pro NRW' immer wieder thematisierte „Islamisierung Europas“ beschworen. Der Film zeigt apokalyptisch anmutende Bilder von Christen- und Minderheitenverfolgungen im vorderasiatischen Raum. 'pro Köln' schließt daraus auf eine Gefahr für deutsche Städte und Dörfer:

„Heute finden wir in jedem ehemals christlichen Dorf die Machtzeichen des Islam errichtet. Doch dem Unterwerfungsanspruch der Politreligion genügt das nicht. Neues Ziel: die Städte Westeuropas, darunter auch Köln.“

Man fürchtet „dass den blühenden Landschaften womöglich das gleiche Schicksal droht wie den ehemals paradiesischen Gegenden, aus denen die armenische, syrische und griechische Bevölkerung durch Muslime ausgerottet wurde.“ (Auszug aus 'pro Köln'-DVD „Hat pro Köln doch recht?“)

Die Botschaft, die 'pro Köln' und 'pro NRW' zu vermitteln versuchen, ist einfach: Der Islam ist eine Bedrohung für unsere Demokratie und Kultur, diese Religion und ihre Anhänger gehören nicht hierher.

Damit wird die Grenze zwischen legitimer Auseinandersetzung mit dem Islam und instrumentalisierender Islamfeindlichkeit mit extremistischen Zügen überschritten, weil eine ganze Bevölkerungsgruppe, nämlich diejenige, die den Islam als Religion ausübt, pauschal und undifferenziert von der Wahrnehmung elementarer Grundrechte – darunter der Religionsfreiheit – ausgeschlossen wird.

Was dies in letzter Konsequenz bedeutet, formuliert wiederum der vorgenannte „Internationale Sekretär“ der pro-Bewegung so:

„Wenn ein Türke hier von diesem barbarischen Glauben abschwört und zum Christentum konvertiert, dann ist er kein Problem. Das werden nicht viele sein, so dass Integration unproblematisch wäre. Heutige Integration ist ein Fass ohne Boden, sie ist unbezahlbar und sinnlos.“

Der Fraktionsvorsitzende des 'Vlaams Belang' agitierte auf der von 'pro NRW' im März 2010 veranstalteten „Anti-Minarett-Konferenz“ in Gelsenkirchen ähnlich:

„Es kommt jetzt drauf an, [...] den Islam zurückzudrängen zum Ort, an den er hingehört: der anderen Seite des Mittelmeeres.“

Auf einer 'pro NRW'-Demonstration vor der Merkez Moschee in Duisburg-Marxloh Ende März geht er sogar noch einen Schritt weiter und fordert:

„Wir müssen es wagen Europa für die Europäer einzufordern und warum nicht auch danach streben Istanbul wieder zu Konstantinopel zu machen.“

Diese Äußerungen sprechen Muslimen nicht nur ihr Grundrecht auf freie Religionsausübung ab, sondern negieren ein Existenzrecht und Bleiberecht dieser Bevölkerungsgruppe in ganz Europa. Beides steht in krassem Widerspruch zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Aktionen in der Öffentlichkeit und Kampagnen gegen Moscheen

Das Schlüssel- und Schwerpunktthema von 'pro Köln' und 'pro NRW' ist – vor dem Hintergrund ihrer islamfeindlichen Agitation – nach wie vor die Ablehnung von Moscheebauten.

Im Frühjahr 2010 war die Merkez Moschee in Duisburg-Marxloh das Ziel der Kampagnen von 'pro NRW'. Neben verschiedenen dezentralen „Mahnwachen“ vor muslimischen Einrichtungen im Ruhrgebiet und einer „Anti-Minarett-Konferenz“ in Gelsenkirchen folgte am „Aktionswochenende“ (26. bis 28. März 2010) ein Demonstrationzug unter dem Motto „Abendland in Christenhand“ in unmittelbarer Nähe zur Merkez Moschee. Trotz der gewohnten Unterstützung von ausländischen Parteien und Organisationen nahmen an der Veranstaltung nicht mehr als 150 Personen teil. Zu den ausländischen Unterstützern gehörten Parteien und Organisationen, wie der belgische 'Vlaams Belang' und die ihm nahestehende Gruppierung 'Voorpost', die österreichische FPÖ und Abspaltungen der französischen 'Front National'. Außerdem war der Auslandsbeauftragte der spanischen 'Falange' unter den Teilnehmern.

Für Mai 2011 haben 'pro Köln' und 'pro NRW' erneut eine Veranstaltung mit internationaler Beteiligung in Köln angemeldet.

Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen

Neben den abwertenden Äußerungen zu Ausländern oder Personen mit Migrationsgeschichte agitiert 'pro Köln' auch gegen sexuelle Minderheiten. Homosexuelle werden subtil verächtlich gemacht und durch diffamierende Formulierungen herabgesetzt. So werden Fördermaßnahmen für Homosexuellen-Projekte abgelehnt und durch eine entsprechende Wortwahl der Lächerlichkeit preisgegeben. Folgende beispielhafte Aussagen in einem Artikel auf der Homepage von 'pro Köln' sind geeignet, Aversionen und Vorurteile zu schüren:

*„Homo-Lobbyisten“
„ein besonderer Nutzen für das Fortbestehen des Gemeinwesens (Kindernachwuchs!) ist beim besten Willen nicht zu erkennen“
„Wunschlosglücklichmachung‘ für homosexuelle Senioren“
„zusätzliche 40.000 Euro müssen her, um nur ja viele Jugendliche auf den richtigen sexuellen Weg zu bringen“.¹⁹*

Ein Funktionär der FPÖ aus Österreich war im Frühjahr 2010 Teilnehmer der „Anti-Minarett-Konferenz“ von 'pro NRW' und bediente in seinem Redebeitrag mit einer Anspielung auf homosexuelle deutsche Politiker derartige Aversionen und Vorurteile:

„Wenn ich mir die Reden heute hier angehört habe, dann ist es mir anders gegangen als den deutschen Politikern, denen es warm in der Hose wird. Mir ist es warm im Herzen geworden [...]“

Diffamierung als Mittel der politischen Auseinandersetzung

Im politischen Diskurs bedienten sich 'pro Köln' und 'pro NRW' häufig einer massiven Polemik. Im Vordergrund steht dabei nicht eine legitime Kritik, sondern die herabsetzende, verächtlich machende Schmähung des politisch Andersdenkenden. Politische Gegner werden als „verbrauchte Altparteien“ oder „Blockwarte der Political Correctness“ verunglimpft, Polizisten als „uniformierte 'Gralshüter der Political Correctness'“ verhöhnt.

¹⁹ <http://www.pro-koeln-online.de/artikel4/homo-lobby.htm>

Das Stilmittel der Polemik begleitet nicht, wie sonst im politischen Diskurs üblich, die Argumentation in der Sache, sondern es ersetzt sie. So wird beispielsweise unter der Überschrift „Migrantengezeter zur konstituierenden Sitzung des Kölner Integrationsrates“ dessen Vorsitzender als „Berufstürke“ diffamiert, der dieses Gremium zur Lösung der eigenen sozialen Frage missbrauche.

Die durch das Bundesministerium des Innern ins Leben gerufene Islamkonferenz wird als „politische Selbstbefriedigung von Funktionären“ beschrieben. Dieses Zusammentreffen sei das geistige Ergebnis der 68er-Gutmenschen-Utopie, die das Zusammenleben in einer Gesellschaft auf Rappelkisten-Niveau regeln wolle. Weiter heißt es: *„Der Einzige, der von dieser opulenten Zusammenkunft etwas haben wird, das ist irgendein privilegierter Catering-Service.“*

Dies ist die auch aus anderen Beispielen bekannte Terminologie der pro-Gruppierung, die Gremien, die sich um das Thema Integration bemühen, verächtlich macht und ablehnt.

Kooperation mit Bündnispartnern aus dem Ausland

Die von 'pro Köln'/'pro NRW' immer wieder betonte Abgrenzung von jeder Form des Extremismus erscheint wenig glaubwürdig. Dies zeigen die Verflechtungen und Bündnisse, die 'pro Köln' und 'pro NRW' mit Parteien und Organisationen in den europäischen Nachbarländern pflegen. Einige dieser Parteien zählen zum rechtsextremistischen Spektrum. Wie das Oberverwaltungsgericht NRW jüngst in einem Beschluss festgestellt hat, erlauben diese Kontakte Rückschlüsse auf die Einstellung und das Verhalten der Aktivisten von 'pro Köln'/'pro NRW' im Inland

Neben der engen Zusammenarbeit und regelmäßigen Unterstützung durch die rechtsgerichtete belgische Regionalpartei 'Vlaams Belang' – die als Nachfolgeorganisation des rechtsextremistischen 'Vlaams Blok' angesehen werden kann, dessen Programm vom belgischen obersten Gerichtshof als diskriminierend und rassistisch eingestuft wurde – sowie der volksnationalistischen belgischen Gruppierung 'Voorpost', die eine kameradschaftsähnliche Struktur aufweist und bei der personelle Überschneidungen zum 'Vlaams Belang' vorhanden sind, bestehen Kontakte zu separatistischen und fremdenfeindlichen Organisationen in Spanien und Frankreich.

So war die stellvertretende Vorsitzende von 'pro Köln' und Schatzmeisterin von 'pro NRW' im Mai 2010 Gastrednerin bei einer Großveranstaltung der fremdenfeindlichen und ultrarechten spanischen Regionalpartei 'Plataforma per Catalunya'. Deren Vorsitzender ist häufiger Gast bei Veranstaltungen der pro-Gruppierungen und pflegt daneben enge Kontakte zum 'Vlaams Belang' und zur FPÖ in Österreich.

Der Generalsekretär von 'pro NRW' nahm im November 2010 an einer von internationalen Rechtsextremisten besuchten Tagung in Paris teil. In seinem Grußwort appellierte er an die Teilnehmer: *„Nur gemeinsam können wir die Überfremdung stoppen und die etablierten Volksverräter abwählen.“*

Den Wechsel in der Führung der rechtsextremistischen Partei 'Front National' aus Frankreich nahm der Vorsitzende von 'pro Köln' und 'pro NRW' zum Anlass, der Tochter des FN-Gründers und vormaligen Vorsitzenden Jean Marie Le Pen zur Nachfolge im Vorsitz zu gratulieren und ihrem Vater „für seine erfolgreiche Arbeit“ Respekt auszudrücken. Beisicht sei es wichtig, *„dass man in Frankreich wisse, die hässliche und hasserfüllte Berichterstattung über die Arbeit des Front National repräsentiere nicht die gesamte politische Szene in Deutschland“*, ließ 'pro NRW' auf ihrer Homepage vermelden.

Funktionäre, Aktivisten und Unterstützer von 'pro Köln' und 'pro NRW'

Die Funktionärs- und weite Teile der Mitglieder beider Gruppierungen sind nahezu identisch. Der Vorsitzende, mehrere seiner Vorstandskollegen und große Teile der Mitglieder kommen aus rechtsextremistischen Parteien oder aus Organisationen, bei denen Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen vorliegen bzw. vorlagen. Einige Personen gehörten beispielsweise zur

Gruppierung 'Deutsche Liga für Volk und Heimat*' (DLVH)²⁰. Die DLVH* gehörte vor Anfang der 1990er Jahre dem Kölner Stadtrat an und ist vor allem durch die Verbreitung eines „Steckbriefs“ aufgefallen, mit dem eine Belohnung für die Ergreifung einer Roma-Frau ausgesetzt worden war, die abgeschoben werden sollte. Das Oberlandesgericht Köln²¹ hat der Betroffenen ein Schmerzensgeld zugesprochen, weil es in dieser Aktion eine erheblich ins Gewicht fallende Persönlichkeitsverletzung, einen schweren Angriff auf die Ehre und Menschenwürde und eine Gefährdung der persönlichen Unversehrtheit sah. Andere gehörten der Partei 'Die Republikaner (REP)' an, die bis 2007 vom Verfassungsschutz beobachtet wurde.

Manfred Rouhs, Stadtverordneter von 'pro Köln', der gleichzeitig Vorsitzender der Partei 'pro Deutschland'*²² ist, war jahrelang bei den 'Jungen Nationaldemokraten', der Jugendorganisation der NPD, zwei Jahre als deren Landesvorsitzender, 1986 Bundestagskandidat für die NPD und, wie er selbst in einem Interview bestätigt, noch bis Januar 1987 Mitglied der NPD. Dass dies kein Einzelfall ist, zeigt ein weiteres Beispiel eines Stadtverordneten aus Ennepetal, der bis September 2010 Mitglied der NPD war und mittlerweile 'pro NRW' angehört. Auf der Homepage von 'pro NRW' wird er als „parteilooser Stadtrat“ angekündigt, seine parteipolitische Vergangenheit aber verschwiegen. Auch ein 'pro NRW'-Ratsmitglied aus Bonn sowie ein Kandidat für die Landtagswahl 2010 aus Solingen waren vorher in der NPD aktiv.

Ein ehemaliger 'pro NRW'-Jugendfunktionär („Bezirksjugendbeauftragter Rheinland“) und 'pro Köln'-Kandidat bei der Kommunalwahl 2009, der nach eigener Darstellung „nie einen Hehl“ aus seiner Gesinnung gemacht habe, hat sich nach seinem Austritt aus 'pro Köln' und 'pro NRW' der neonazistischen Kameradschaftsszene zugewandt, wie er selbst im Internet in einem Infoportal²³ mitteilte. Ein 'pro NRW'-Aktivist, der als Kandidat für die Landtagswahl nominiert war, hat sich nach eigenen Angaben gegenüber einer Solinger Tageszeitung noch 2009 an einem Aufmarsch der 'Freien Nationalisten' beteiligt.

Der jüngere Bruder eines 'pro NRW'-Ratsmitglieds, der als Aktivist auf einem Gruppenfoto der Jugend der „pro-Bewegung“ zu sehen war, hatte laut einem Fernsehbericht in 2009 Kontakte zu den rechtsextremistischen Autonomen Nationalisten und nahm an einem von ihnen mitgetragenen Aufmarsch teil. Bei ihm fand 2010 eine Hausdurchsuchung wegen des Verdachts auf Besitz von pyrotechnischen Materialien statt.

Im Mai 2010 wurde auf der 'pro NRW'-Homepage Andreas Molau als „patriotischer Publizist“ und neues Mitglied der pro-Bewegung vorgestellt. Er werde in Zukunft die Öffentlichkeitsarbeit unterstützen und sich insbesondere im Bereich der neuen Medien einbringen. Molau war bis vor seinem Eintritt hauptamtlicher Mitarbeiter der DVU und vorher einige Jahre Mitglied der NPD. 2008 war Molau NPD-Spitzenkandidat bei der Landtagswahl in Niedersachsen und zeitweilig konkurrierte er mit Udo Voigt um den Bundesvorsitz der Partei.

Der bereits im vergangenen Jahr als Förderer der pro-Bewegung in Erscheinung getretene, bereits mehrfach erwähnte deutsch-schwedische Unternehmer, der vorher als NPD-Sponsor und Mitglied der DVU bekannt geworden war und mittlerweile als „Internationaler Sekretär“ der pro-Bewegung fungiert, unterstützte tatkräftig den Landtags-Wahlkampf von 'pro NRW'. Neben einem Darlehen in beträchtlicher Höhe organisierte er eine Wahlkampf-Bustour für 'pro NRW'.

Die vorgenannten Beispiele machen deutlich, dass in der Vergangenheit und aktuell 'pro NRW' und 'pro Köln' eine nicht unerhebliche Zahl von ehemaligen Rechtsextremisten als Funktionäre, Aktivisten oder Unterstützer in ihre Strukturen eingebunden haben.

²⁰ Die DLVH wurde bis 2000 im Verfassungsschutzbericht NRW erwähnt, ist aber inzwischen – zumindest in Nordrhein-Westfalen – bedeutungslos

²¹ OLG Köln Beschluss vom 9. September 1996; Az.: 15 W 72/96

²² 'pro Deutschland' beabsichtigt mit seinem Landesverband Berlin 2011 bei der dortigen Landtagswahl anzutreten. Bei 'pro Deutschland' bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen

²³ <http://logr.org/fnkoeln/2009/08/18/neues-von-den-kolner-problemkindern-richtigstellung-von-rene-emmerich/>

NRW-Landtagswahl 2010

'pro NRW' trat bei der Landtagswahl (auf der Landesliste mit 36 Kandidaten sowie in 53 von 128 Wahlkreisen mit Direktkandidaten) erstmals an, konnte aber letztlich nicht den Erfolg erzielen, den sich die Partei erhofft hatte. Sie erreichte im Ergebnis 0,9 % der Erst- und 1,4 % der Zweitstimmen. Allerdings setzte sich 'pro NRW' – ähnlich wie schon bei der Kommunalwahl – auch bei der Landtagswahl deutlich gegenüber anderen rechtsgerichteten Parteien und vor allem gegenüber der NPD durch. In Köln, wo die pro-Gruppierung mit der Bürgerbewegung 'pro Köln' ihren Ursprung hat und zuletzt bei der Kommunalwahl 2009 noch 5,4 % erzielte, blieb sie deutlich hinter ihren Erwartungen zurück. Ihre besten Ergebnisse erzielte 'pro NRW' in Gelsenkirchen I (4,3 % Erst-, 4,0 % Zweitstimmen) und in Duisburg IV (4,6 % Erst-, 5,2 % Zweitstimmen).

Betrachtet man das Wahlergebnis der Landtagswahl von 1,4 % landesweit insgesamt, zeigt sich, dass die von 'pro NRW' angewandte Strategie der Konzentration auf die „Islamisierung“ und „Anti-Minarett-Kampagne“ als zentrale Themen letztlich nicht erfolgreich war. Die mit den Veranstaltungen verbundene Provokation und das Schüren von Überfremdungsängsten hat der Partei zwar die angestrebte mediale Aufmerksamkeit verschafft, letztlich sind die angestrebten Wahlerfolge aber ausgeblieben. Selbst das für eine kleine Gruppierung hohe Wahlkampfengagement (Plakatierung, Werbetour mit einem Bus) in der letzten Woche vor der Wahl hat nicht zu dem selbst genannten Ziel, dem Einzug in den Landtag geführt.

'Jugend pro Köln' und 'Jugend pro NRW'

Sowohl bei 'pro Köln' als auch bei 'pro NRW' ist eine Jugendabteilung angegliedert. 'Jugend pro NRW' und 'Jugend pro Köln' sind vornehmlich darauf ausgerichtet, Schüler und Jugendliche anzusprechen und zur Mitarbeit zu bewegen. Dabei gehen sie sehr geschickt auf junge Menschen ein, knüpfen an mögliche negative Erfahrungen, beispielsweise das „Abziehen von Handys“ (umgangssprachlich für Handyraub) und an kulturelle Konflikte mit ausländischen Jugendlichen an und holen Jugendliche mit Sprache („Hast Du auch den Eindruck, dass in unserem Land einiges schief läuft?“) und Themen („Massenarbeitslosigkeit“, „Bildungsmisere“, „steigende Überfremdung“) dort ab, wo sie die Jugendlichen mit ihren Ängsten und Sorgen vermuten:

„Oder willst Du weiter einfach zuschauen, wenn Wehrlose in der Schule oder auf der Straße 'abgezogen' werden und irgendwelchen fiesen Typen ihre Handys und das Pausengeld abliefern müssen? Oder ist es Dir egal, dass viele Mädchen als 'deutsche Schlampen' beschimpft werden, nur weil sie sich schicke Sachen anziehen?“ (Auszug Werbeblatt „pro Köln' wählen? Ja, natürlich!!!“ zur Kommunalwahl 2009)

Tatsächlich sind auch diese Kampagnen darauf angelegt, zwischen jungen Deutschen und Ausländern zu polarisieren. Beide Jugendorganisationen betreiben eigene Internet-Homepages, auf denen jeweils ein Jugendbeauftragter vorgestellt wird.

Neben der Publikation 'Objektiv' (Herausgeber ist der ehemalige Jugendbeauftragte von 'pro Köln', der jetzt Jugendbeauftragter des 'pro NRW'-Bezirksverbands Mittelrhein ist), die sich an Schüler und Jugendliche wendet und von der bisher vier Ausgaben erschienen sind, sowie einem Flyer mit dem Titel „Mach mich nicht an, Mehmet“, hat 'Jugend pro NRW' ein weiteres Flugblatt („Lass Dich nicht linken. Komm auf den rechten Weg“) veröffentlicht. Darin ist unter anderem die Forderung enthalten: „Maximal 30 % Kinder ausländischer Herkunft in den Schulklassen“. Andere Themen (zum Beispiel die Ablehnung von Großmoscheen, Ausländerkriminalität) sind weitgehend deckungsgleich mit denen von 'pro Köln' und 'pro NRW'.

2010 setzte 'Jugend pro NRW' einen Schwerpunkt auf Berufsschulen. In einem speziell auf junge Auszubildende ausgerichteten Flyer werden mangelnde Zukunftsperspektiven und die Ausstattung der Berufsschulen beklagt. Nebenbei – und darauf scheint es den Verfassern anzukommen – werden jedoch die bei 'pro NRW' üblichen Ressentiments („Hast du es satt, in der Schule gemobbt zu werden, nur weil du Deutscher bist?“ und „Maximal 30 % Ausländer pro Klasse“) vermittelt.

Darüber hinaus nutzen die pro-Gruppierungen intensiv das Internet. Neben den Homepages von 'pro Köln', 'pro NRW' sowie Präsentationen einzelner Bezirksverbände gibt es Seiten von 'Jugend pro Köln', 'Jugend pro NRW' und 'Christen pro Köln'. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Nutzung von sozialen Netzwerken, etwa YouTube, facebook und twitter.

Strategie von 'pro Köln' und 'pro NRW'

'pro Köln' und 'pro NRW' stilisieren sich selbst zur „Bürgerbewegung“. Der Begriff soll Bodenständigkeit sowie eine politische Kraft suggerieren, die sich aus der Gesellschaft heraus entwickelt und eine stetig steigende Zahl von Mitstreitern anzieht. Die Mitglieder gerieren sich als seriöse Bürger, die aus der „Mitte der Gesellschaft“ kommen. Ihre ideologischen Ansätze werden als „rechtspopulistisch“, „nonkonform“ oder „gegen die Political Correctness gewandt“ kaschiert.

Mitgliederzahlen und Teilnehmer bei Veranstaltungen werden regelmäßig übertrieben dargestellt, um die Bedeutung der „Bewegung“ künstlich zu steigern. So haben beispielsweise an der Demonstration gegen die Merkez Moschee in Duisburg im März 2010 nur 150 Personen teilgenommen – entgegen der Ankündigungen von über 2.000. Von den tatsächlichen Teilnehmern gehörte zudem gut ein Drittel zum Anhang der Partei 'Vlaams Belang', die aus Belgien angereist waren.

'pro Köln' und 'pro NRW' zielen – wie im parlamentsorientierten Rechtsextremismus etwa der NPD üblich – auf politischen Einfluss und eine Art Meinungsführerschaft (kulturelle Hegemonie) in der Gesellschaft. Es geht zunächst darum, über die kommunale Ebene (Stadt- und Kreisparlamente) Mandate und damit politischen Einfluss zu gewinnen, um in einem nächsten Schritt in den Landtag einzuziehen und später möglicherweise sogar die Bundespolitik zu erreichen.

Dazu passt das verstärkte Engagement von Manfred Rouhs sowie einiger weiterer 'pro Köln'-Mitstreiter für 'pro Deutschland*'. Die in 2005 aus Mitgliedern von 'pro Köln' und „ehemaligen Anhängern anderer nonkonformer Vereinigungen“ (Selbstdarstellung auf der Homepage) gegründete Partei, der Rouhs vorsteht, hat 2010 ihren Sitz von Köln nach Berlin verlegt und strebt nach eigener Aussage 2011 eine Beteiligung an den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus an. Die programmatische Ausrichtung von 'pro Deutschland*' ist weitgehend deckungsgleich mit der von 'pro Köln' und 'pro NRW'. Zentrale Aussagen und Themen (z.B. Islamfeindlichkeit) werden inhaltsgleich übernommen.

Bündnisbestrebungen – Plattform von Rechts

Der Vorsitzende Beisicht hatte bereits 2009 in einem Appell ('pro NRW'-Homepage 23. November 2009; Interview mit Beisicht) dazu aufgerufen, mit „anderen rechtsdemokratischen Parteien, islamkritischen Wählerinitiativen und Gruppen eine politische Plattform von Rechts“ zu schaffen.

Ein Ziel war dabei offensichtlich, wie mehrfach auf der Homepage von 'pro NRW' angekündigt, das Herbeiführen einer Zusammenarbeit mit einem ehemaligen Berliner CDU-Abgeordneten, der jedoch inzwischen eine eigene Partei gegründet hat und eine Kooperation mit der pro-Bewegung abgelehnt. Wie der Politiker, der auch über Kontakte zu dem Niederländer Geert Wilders verfügt, in einem Interview betonte, wolle er nicht mit Parteien kooperieren, die von einer breiten Wählerschaft nicht angenommen würden. Seine Partei sei kein Sammelbecken für Rückwärtsgewandte, und die pro-Parteien hätten durch verschiedene Aktionen der sachlichen Islamkritik geschadet. Weiter stellte der Berliner Abgeordnete fest: *„Wer ausgerechnet Le Pen zu einem 'Anti-Islamisierungskongress' einlädt, bestätigt eher das unsägliche Vorurteil, Islamkritiker gehören ins rechtsextreme Eck. Wenn pro-Parteien meinen, für ihre Politik ehemalige NPD-Funktionäre zu ihren Funktionären machen zu müssen, sind sie insgesamt nicht sehr glaubwürdig.“*

Neue alte Kontakte und nächste Ziele

Im Mai 2010 fand überraschend ein Spitzentreffen zwischen Funktionären von 'pro NRW' und der Partei 'Die Republikaner' (REP)²⁴ statt. Eine anschließende gemeinsame Erklärung, die sowohl auf der Homepage von 'pro NRW' als auch von der REP-Bundespartei veröffentlicht wurde, war mit „Schulterschluss der demokratischen Rechten“ überschrieben. Obwohl der REP-Bundesvorsitzende in der Vergangenheit eine Zusammenarbeit mit den pro-Gruppen abgelehnt hat, folgten im August und November 2010 weitere Treffen, die den „Ausbau der politischen Kooperation“ zum erklärten Ziel hatten. In einer „Stuttgarter Erklärung“ heißt es, die „Sarrazin-Debatte“ solle weitergeführt werden. Außerdem wolle man 2011 gemeinsame Großveranstaltungen mit internationalen Gästen im März in Stuttgart und im Mai in Köln durchführen. Ziel sei es, spätestens bei der Europawahl 2014 „gemeinsam in neuer Formation“ bundesweit anzutreten. Eine Bestätigung der vereinbarten Kooperation lieferten der REP-Landesvorsitzende aus Bayern und der REP-Bundesvorsitzende durch ihre Teilnahme und entsprechende Redebeiträge bei 'pro NRW'-Demonstrationen in Dortmund sowie in Mönchengladbach. Der nordrhein-westfälische REP-Landesverband hat sich von der Zusammenarbeit mit 'pro NRW' und 'pro Köln' bisher distanziert.

3.1.3 Deutsche Volksunion (DVU)

	Bund	NRW
Gründung	1987	1989
Sitz	Hamburg	Dortmund
Vorsitzender	Matthias Faust	Max Branghofer
Mitglieder		
2010	3.000	600
2009	4.500	800
Publikationen	keine	
Internet	Die DVU verfügte seit 1997 über eine Internetpräsenz ²⁵ auf Bundesebene; in Nordrhein-Westfalen nur der DVU Kreisverband Dortmund.	

Warum die DVU verfassungsfeindliche Bestrebung war

Die DVU war eine rechtsextremistischen Bestrebung im Sinne des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetzes.²⁶ Dies ergab sich in erster Linie aus den Aussagen im Parteiprogramm sowie den Medien der DVU, insbesondere der Internetpräsenz, Wahlwerbung und Flugblättern.

Dabei zeigt sich, dass die DVU im Wesentlichen die typischen rechtsextremistischen Agitationsfelder aufgegriffen hat, wobei Ausländerfeindlichkeit aber auch revisionistische Thesen, also die Umdeutung geschichtswissenschaftlicher Fakten, die Schwerpunkte gebildet haben.

²⁴ Die Partei "Die Republikaner" (REP) wird seit Ende 2007 nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet.

²⁵ Die ursprüngliche Homepage der DVU wurde zum 31.12.2010 geschlossen, 2 der 4 klagenden Landesverbände haben eine neue Internetpräsenz eingerichtet.

²⁶ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich die Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies ausdrücklich hervorgehoben.

DVU beschließt Auflösung und Fusion mit der NPD

Auf dem NPD-Bundesparteitag am 4. und 5. Juni 2010 hat allein der NPD-Bundesvorsitzende und nicht etwa der teilnehmende DVU-Bundesvorsitzende Faust die geplante Fusion von NPD und DVU bekannt gegeben.

Ein Hindernis – die Altschulden der DVU bei ihrem ehemaligen Vorsitzenden – war durch eine Großspende im Dezember 2010 aus dem Weg geräumt worden. Vor der Fusion sollte den Mitgliedern beider Parteien Gelegenheit gegeben werden, in einer Mitgliederbefragung über die geplante Fusion abzustimmen.

Der nordrhein-westfälische DVU-Landesverband stand der Fusion von Anfang an kritisch gegenüber. In beiden Parteien gab es aber eine deutliche Mehrheit für den geplanten Zusammenschluss. Nach der positiven Mitgliederbefragung fanden getrennte Parteitage von DVU und NPD statt. Auf dem Bundesparteitag der DVU am 12. Dezember 2010 in Kirchheim (Thüringen) wurde in Anwesenheit von deutlich weniger als 100 DVU-Mitgliedern die Auflösung der eigenen Partei zum 31. Dezember 2010 beschlossen. Auch hier sprach sich eine deutliche Mehrheit der Anwesenden für eine Fusion bzw. Selbstaflösung aus. Kurz vor dem eigentlichen Beschluss hatte der nordrhein-westfälische DVU-Landesvorsitzende die Veranstaltung verlassen.

Der Parteivorsitzende wurde ermächtigt, den sogenannten „Verschmelzungsvertrag“ mit der NPD zu unterzeichnen. Gemäß Satzung der DVU musste zuvor jedoch eine erneute Mitgliederbefragung durchgeführt werden. Hierbei soll es zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein.

Die Vorsitzenden der DVU-Landesverbände Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gestellt, mit dem der Vollzug der Fusion bzw. die Unterzeichnung des Fusionsvertrages verhindert werden sollte. Am 25. Januar 2011 entschied das Landgericht München I, dass der „Verschmelzungsvertrag“ nicht unterzeichnet werden darf und dass die Mitgliederbefragung bei der DVU wiederholt werden muss. Insofern ist die Verschmelzung formal noch nicht rechtsgültig vollzogen.

DVU-Landesvorsitzender wechselt zu pro NRW

Zu Beginn des Jahres 2011 sind die wenigen kommunalen Mandatsträger der DVU aus Dortmund bei 'pro NRW' eingetreten. Der übergetretene (ehemalige) DVU-Landesvorsitzende gehört zu den Klägern gegen die Fusion mit der NPD. Offensichtlich sieht aber auch er für die DVU keine politische Zukunft mehr.

Teil der DVU-Mitglieder wechselt zur NPD oder zieht sich zurück

Der automatische Wechsel der Mitgliedschaft zur NPD ist im Verschmelzungsvertrag nicht vorgesehen. Für die ehemaligen Mitglieder der DVU ergeben sich drei Perspektiven: Aufnahmeantrag bei der NPD, oder – dem DVU-Landesvorsitzenden folgend – Übertritt zu 'pro NRW'. Ein großer Teil der Mitglieder wird sich vermutlich – auch aus Altersgründen – gar nicht mehr an eine Partei binden.

3.2 Aktionsorientierter Rechtsextremismus

3.2.1 Neonazis

Ziel und Ideologie der Neonazis

Der Neonazismus stellt sich in die Tradition des historischen Nationalismus mit seinem staatlichen Elite- und Führerprinzip und knüpft teilweise an die NSDAP Adolf Hitlers an. Neonazis verfolgen die Errichtung eines „Vierten Reiches“, basierend auf den programmatischen Forderungen der NSDAP von 1920. Ideologische Grundlage ist ein rassenbiologisch geprägtes, völkisches Menschenbild, aus dem kollektivistische Vorstellungen für einen autoritären Staatsaufbau hergeleitet werden.

Eine der ideologischen Grundaussagen der NSDAP, die von Neonazis geteilt wird, lautet: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“ (25-Punkte Programm der NSDAP) Entsprechend wird der Einzelne vorrangig als Teil einer homogenen Volksgemeinschaft gesehen. Dies schließt auch die Vorstellung von der Höherwertigkeit der eigenen „Rasse“, der Minderwertigkeit und dem Ausschluss anderer „Rassen“ ein, mithin die politische Bekämpfung jeglicher „Überfremdung“ und „artfremder Einflüsse“. Verstärkend kommen Vorstellungen von einem antidemokratischen, autoritären Führerstaat mit einer Einheitspartei sowie elitäre und zentralistische Elemente der Machtausübung hinzu.

Neonazismus umfasst dementsprechend alle Aktivitäten und Bestrebungen, die ein offenes Bekenntnis zur Ideologie des Nationalsozialismus darstellen und sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, insbesondere gegen Parlamentarismus, Gewaltenteilung, Mehrparteiensystem, Ausübung der parlamentarischen Opposition und gegen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte richten. Zielrichtung ist eindeutig die Beseitigung der bestehenden Rechtsordnung bzw. der genannten Verfassungsgrundsätze.

Die unmittelbare Bezugnahme von Neonazis auf die NS-Ideologie lässt sich durch aktuelle Beispiele belegen. Sowohl im Jahre 2009, als auch im Jahre 2010 beendete ein führender Neonazi aus Dortmund seine Rede anlässlich der Demonstrationen der rechtsextremistischen Szene zum sogenannten „nationalen Antikriegstag“ mit einem Zitat aus Adolf Hitlers „Mein Kampf“ (11. Kapitel, „Volk und Rasse“):

„Meine Rede möchte ich mit einem Zitat eines Deutschen Politikers beenden: Alles auf der Erde ist zu bessern. Jede Niederlage kann zum Vater eines späteren Sieges werden. Jeder verlorene Krieg zur Ursache einer späteren Erhebung, jede Not zur Befruchtung menschlicher Energie, und aus jeder Unterdrückung vermögen die Kräfte zu einer neuen seelischen Wiedergeburt zu kommen, solange das Blut rein erhalten bleibt.“ (Internet, infoportal. dortmund, logr.org/dortmund/)

Die völkisch-rassistisch geprägte Weltanschauung von Neonazis verdeutlicht eine Veröffentlichung auf 'Freies Netz Köln - Infoportal Nationaler Sozialisten' im Internet:

„Der nationale Sozialismus ist zugleich Weltanschauung und Lebenshaltung [...]. Er geht vom Menschen in seiner biologischen Eigenart aus und bemüht sich vorurteilslos um die Erkenntnis der Wirklichkeit mit Hilfe eines biologischen, art- und naturgemäßen Denkens [...]. Er hat es sich zum Ziel gesetzt, eine Gemeinschaft von Menschen gleicher Art aufzubauen, deren Grundlage nicht menschliche Dogmen und ideologische Wahnvorstellungen sind, sondern die Gesetze des Lebens und der Natur. Als biologische Weltanschauung ist der nationale Sozialismus die Übertragung der Naturgesetze in die Welt, die Politik und Geschichte.“

Auch zur Holocaust-Leugnung gibt es Beispiele:

„Er ist einer von unzähligen Revisionisten, die die systematische Säuberung von Juden in der Zeit des II. WK [Weltkriegs, Anm. des Verfassers] bestreiten. Horst Mahler, einst antifaschistisches RAF-Mitglied, ist heute ein politischer Soldat für die Erkämpfung der Wahrheit über den Holocaust.“ (k-a-l.org, Beitrag aus März 2009 über den Holocaust-Leugner und NPD-Anwalt Horst Mahler, Internet)

Freie Kameradschaften und Führerprinzip

Aufgrund der vereinsrechtlichen Verbote von neonazistischen Gruppierungen in den 1990er Jahren organisiert sich die bundesweit etwa 5.000 Personen umfassende Neonazi-Szene ohne vereinsrechtliche oder anderweitig auszumachende Strukturen in sogenannten „Freien Kameradschaften“. Diese werden in der Regel von einer Führungsperson nach dem „Führerprinzip“ geleitet. Die Aktivitäten, etwa regelmäßige Treffen, sind langfristig angelegt. Die so geformte Gruppe ist auch in gewissem Maße innerhalb der rechtsextremistischen Szene bekannt. Hierbei ist der Stellenwert einer Kameradschaft in hohem Maße davon abhängig, welches Ansehen die Führungsperson genießt und über welche Kontakte dieser verfügt.

Unterhalb der Ebene der Freien Kameradschaften finden sich mehr oder weniger strukturlose Gruppen oder Zusammenschlüsse, die jedoch keine regelmäßigen Aktivitäten entfalten, keinen festen Mitgliederstamm umfassen oder nur sporadisch auf sich aufmerksam machen.

Aktionsformen der Neonazis – Autonome Nationalisten

Seit etwa 2005 ist innerhalb der neonazistischen Szene eine noch deutlichere Abkehr von den eher traditionell geprägten Strukturen festzustellen. Mit dem Phänomen der Autonomen Nationalisten tritt eine Aktionsform der Neonazis in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, die in ihrem Auftritt und Habitus sowie ihrer Kleidung stark an linksextremistischen Autonomen orientiert ist und sich der Stilelemente des politischen Gegners bedient. Letztlich wird versucht, klassische Themenfelder des Linksextremismus wie Antikapitalismus oder Antiglobalisierung für eigene Zwecke und die eigene Propaganda zu vereinnahmen. Dabei werden potenzielle Interessenten möglichst in ideologisch undogmatischer Weise angesprochen, indem beispielsweise das Internet verstärkt genutzt wird. Dort werden Angebote unter Verwendung von Graffiti- und Manga-Stil und sogar englischsprachiger Slogans eingestellt, die den Umgangston der Jugendlichen repräsentieren sollen und somit einen direkteren Zugang ermöglichen. Auffallend in diesem Phänomenbereich sind der hohe Anteil von Personen im Alter zwischen 16 und 23 Jahren sowie eine hohe Fluktuation innerhalb des Personenpotenzials.

Während sich die etablierten Gruppierungen der rechtsextremistischen Szene – die NPD und die traditionell organisierte Neonazi-Szene – dem Vorwurf ausgesetzt sehen, rückwärtsgewandt und nicht am Zeitgeist orientiert zu sein, setzen Neonazis, die sich im Phänomenbereich der Autonomen Nationalisten bewegen, auf ein provokantes und selbstbewusstes Auftreten. Dies schließt auch ein gewaltbejahendes Auftreten dort ein, wo ein vermeintliches Recht auf Selbstverteidigung gegen angebliche staatliche Repression oder den politischen Gegner gesehen wird. Das bislang vorherrschende legalistische Verhalten, welches das Gewaltmonopol des Staates bejahte und insbesondere im öffentlichen Auftreten um ein gesetzeskonformes Auftreten bemüht war, wird verstärkt durch eine kampfbereite

Haltung ersetzt. Innerhalb von Demonstrationen waren anfangs sogenannte „Schwarze Blöcke“ als deutlich von den übrigen Teilnehmern abgrenzbarer Teil feststellbar. Zwischenzeitlich wird jedoch das neue Erscheinungsbild aus schwarzen Kapuzenjacken, Sonnenbrille und schwarzen Kappen von fast allen Teilnehmern an Demonstrationen übernommen – eine Blockbildung und damit eine Abgrenzung der Autonomen Nationalisten gegenüber anderen Teilnehmern erfolgt daher nicht mehr.

Eine eigene, neue ideologische Ausrichtung dieser Neonazis ist bislang nicht feststellbar. Vielmehr sprechen Veröffentlichungen aus diesem Bereich davon, der Autonome Nationalismus sei eine Form der Agitation:

„Der Autonome Nationalismus bezeichnet eine Agitationsform, welche sich die letzten Jahre innerhalb der nationalen Bewegung entwickelt hat. Eine eigene Weltanschauung o.Ä. ist mit AN nicht gemeint. Der Grundgedanke ist eine Art „Do it yourself“-Aktivist, also jemand, welcher aktiv und vor allem kreativ politische Arbeit betreibt, ohne sich an feste Organisationen binden zu müssen. Dies hat zum einen den Vorteil, dass Strukturen, die offiziell überhaupt nicht existieren, nicht verfolgt oder gar verboten werden können, und zum anderen gibt es dem Aktivist mehr Freiheit und darauf aufbauend die Möglichkeit, seine eigenen Kreativität in seine Aktivitäten einfließen zu lassen.“ (<http://bayerischeruntermain.wordpress.com/ueber-uns/der-autonome-nationalismus-eine-agitationsform/>, 20.12.2010)

Entsprechend dieser selbst gegebenen Charakterisierung ist festzustellen, dass in den letzten Jahren eine Vielzahl von örtlich benannten Autonomen Nationalisten über das Internet oder durch Einzelaktionen auf sich aufmerksam machen. In den wenigsten Fällen verbirgt sich allerdings dahinter eine real existierende Gruppierung – häufig handelt es sich tatsächlich um die Initiative von Einzelnen, die kaum eine längerfristige Aktivität beinhaltet und wenig Personen im Umfeld anspricht. Insofern kann in diesem Bereich von einem leichten Anstieg des Interessenten-Potenzials ausgegangen werden, die Nachhaltigkeit des Verbleibs in der rechtsextremistischen Szene ist jedoch zweifelhaft.

Neonazis in NRW

Die Zahl der erkannten Neonazis in Nordrhein-Westfalen liegt für das Jahr 2010 mit etwa 640 Personen höher als im Vorjahr. Diese Zahl bildet die Entwicklungen im Phänomenbereich der Autonomen Nationalisten ab und beinhaltet das spontan mobilisierbare Personenpotenzial, welches sich durch die struktur-ungebundene Aktionsform besonders angesprochen fühlt.

Der überwiegende Teil dieses Personenpotenzials ist nach wie vor nicht in festen Strukturen organisiert. Der Trend, immer weniger an den traditionell bekannten Kameradschaften festzuhalten, ist auch im Jahr 2010 erkennbar. Weiterhin existieren in Aachen/Düren, Köln, Dortmund und im Rhein-Sieg-Kreis die sogenannten Freien Kameradschaften; auffallend ist, dass etwa in Dortmund führende Aktivist gleichzeitig auch als Autonome Nationalisten auftreten.

Die Kameradschaften arbeiten weiterhin anlass- und ereignisbezogen bzw. entsprechend der bestehenden persönlichen Kontakte mit den örtlichen NPD-Kreisverbänden zusammen – zum Beispiel in Aachen/Düren oder Dortmund/Unna. Jedoch wird dabei darauf geachtet, die Eigenständigkeit in der politischen Arbeit zu betonen. Oftmals treten dann ideologische – und nicht selten auch persönliche – Differenzen in Anbetracht der „gemeinsamen nationalen Sache“ in den Hintergrund.

Szene Aachen/Düren

Besonders aktiv und in der Öffentlichkeit wahrnehmbar agiert in der Region Aachen/Düren die die örtliche neonazistische Szene prägende rechtsextremistische Gruppierung 'Kameradschaft Aachener Land' (KAL). Die KAL ist 2002 aus dem Umfeld des NPD-Kreisverbandes Aachen entstanden, und es gibt noch immer Verflechtungen der KAL mit örtlichen Gruppierungen der NPD im Raum Aa-

chen/Düren. Der Kameradschaftsführer war bis zur Einleitung eines Parteiausschlussverfahrens gegen ihn im September 2010 zugleich stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Düren.



Zu den politischen Aktivitäten der Kameradschaft gehören die Teilnahme an Demonstrationen der rechtsextremistischen Szene sowie Kameradschafts- und Liederabenden und bislang auch die Unterstützung der NPD bei Wahlkämpfen. Die KAL sieht sich als Teil des „Nationalen Widerstandes“ gegen das zu überwindende System in Deutschland. Dies ergibt sich schon aus ihrer Selbstdarstellung im Internet:

Die Ablehnung des Staates und seiner Sicherheitsbehörden wird bereits bei Aufruf der Seite durch eine Behörde deutlich, die über die in aller Regel feststehende IP-Adresse der Behörde erkannt und mit folgendem Stoppschild begrüßt wird:



Rechts-Links-Konfrontation

Insbesondere in der ersten Jahreshälfte kam es in Aachen zu vermehrten Rechts-Links-Auseinandersetzungen. In diesem Zeitraum verzeichneten die Strafverfolgungsbehörden eine Vielzahl politisch motivierter Straftaten, zumeist Körperverletzungen und Sachbeschädigungen. In den Fällen, in denen rechte Tatverdächtige ermittelt werden konnten, sind diese dem Umfeld der 'Kameradschaft Aachener Land' (KAL) zuzurechnen. Das Konfliktpotenzial der regionalen Rechts-Links-Auseinandersetzung ergab sich dabei aus einer örtlich ebenfalls aktiven Antifa-Szene und gegenseitigen sogenannten „Outing-Aktionen“, bei denen die Betroffenen in ihrem sozialen Umfeld diskreditiert werden sollen. Über die gegenseitig vorgenommenen Outings hinaus steigerte sich die Auseinandersetzung bis zu gewaltsamen Aktionen.

Ein zentraler räumlicher Fixpunkt des politischen Gegners der rechten Szene ist das 'Autonome Zentrum' (AZ) in Aachen. Im Mai 2010 wurden zwei Brandsätze gegen die Eingangstür des AZ geworfen, wobei kein Gebäudeschaden entstand. Mitte Juli 2010 wurde vor dem Haupteingang des AZ eine Sprengstoffattrappe gefunden.

Bei einer überregional besuchten Demonstration der rechtsextremistischen Szene in Berlin am 1. Mai 2010 wurden an einer Polizei-Kontrollstelle selbst gefertigte Sprengsätze aufgefunden, deren Verwendung zu schweren, unter Umständen tödlichen Verletzungen hätte führen können. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Sprengmittel gegen den politischen Gegner oder gegen die Polizei eingesetzt werden sollten. Im Zuge der polizeilichen Untersuchungen wurden zwei Tatverdächtige aus dem Umfeld der KAL ermittelt, die sich der Sprengmittel vor der Polizei-Kontrollstelle entledigt haben. Das Landgericht Aachen verurteilte die beiden am 21. Februar 2011 zu Haftstrafen auf Bewährung.

Szene Dortmund

Im Großraum Dortmund/Hamm ist die Kameradschaft 'Nationaler Widerstand Ruhrgebiet' seit vielen Jahren aktiv. Sie verfügt über ein relativ großes Mobilisierungspotenzial in der Region und ist insbesondere regional mit eigenen Aktionen (Flugblatt-Aktionen, Standkundgebungen, kleineren Demonstrationen) regelmäßig aktiv. Darüber hinaus ist sie für die Organisation einer der größeren Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen verantwortlich: Seit mehreren Jahren findet jeweils am ersten Wochenende im September in Dortmund der sogenannte „nationale Antikriegstag“ mit überregionaler und internationaler Beteiligung aus der Neonazi-Szene statt.

Die führenden Aktivisten der Kameradschaft verfügen über vielfältige Kontakte innerhalb der regionalen und überregionalen Neonazi-Szene und gelten als Autonome Nationalisten. Eine Beeinflussung der Kameradschaft durch diese Aktionsform ist daher gegeben.

Szene Köln

Die 'Kameradschaft Walter Spangenberg' hat ihre Aktivitäten nach der Haftentlassung des führenden Aktivisten im April 2008 nach längerer Inaktivität 2009 wieder aufgenommen und auch im Jahr 2010 fortgesetzt. Als zahlenmäßig kleine Kameradschaft mit geringem Mobilisierungspotential ist sie stark auf ihren führenden Aktivisten fokussiert. Dieser bemüht sich um eine Vernetzung der neonazistischen Szenen im Rheinland und beabsichtigte bei der Landtagswahl 2010 als Kandidat für die NPD im Kreis Siegen-Wittgenstein anzutreten. Diese – auch in der NPD nicht unumstrittene Kandidatur – wurde kurz vor Abgabeschluss der erforderlichen Unterlagen zurückgezogen. Die typischen Verhaltensweisen Autonomer Nationalisten werden von der Kameradschaft eher wenig befürwortet.

Szene Rhein-Sieg-Kreis

In Bad Honnef ist die 'Freie Kameradschaft Sturm-Rhein-Sieg' ansässig, die seit Jahren von einem bundesweit bekannten Neonazi geführt wird. Dieser trat 2004 im Zusammenhang mit der sogenannten Volksfrontstrategie demonstrativ in die NPD ein. Als Volksfront wurde die Kooperation des partei-lich organisierten Spektrums in der NPD und DVU mit den freien Kräften der neonazistischen Kameradschaften verstanden – aus Sicht der NPD natürlich unter ihrer Führung. Die Kameradschaft verfügt über einen kleinen Aktivistenstamm und lebt vor allem von der Reputation ihres führenden Aktivisten in der bundesdeutschen Szene. Auch hier ist die Umsetzung von Strategien der Autonomen Nationalisten kaum feststellbar.

Neben den genannten Kameradschaften gibt es in Nordrhein-Westfalen die verschiedensten lokalen Aktionsformen von Neonazis. Einerseits existieren cliquenartige Personenzusammenschlüsse, die teilweise auch in die Skinhead-Szene Verbindungen haben können, andererseits ist – vor allem im Internet – eine Vielzahl von angeblichen Zusammenschlüssen Autonomer Nationalisten mit örtlichem Bezug bekannt. Oft sind es jedoch keine Personengruppen, die hinter diesen vermeintlichen Zusammenschlüssen von Autonomen Nationalisten stehen; die „Gruppe“ entpuppt sich nicht selten als Flugblatt- oder Aufkleber-Aktion eines Einzelnen. Die dazu verwendeten Flugblätter oder Aufkleber können über das Internet bei Szene-Vertrieben bestellt werden und sind in sofern kein Indiz für die Existenz einer schlagkräftigen Organisation vor Ort. Dabei ist zu beobachten, dass in Abhängigkeit zum thematischen Kontext oder zum angesprochenen Personenkreis eine Auswahl der „passenden“ Aktionsform stattfindet, ohne dass notwendigerweise unterschiedliche Personen als Verantwortliche oder Initiatoren auftreten.

Aktionen von Neonazis in Nordrhein-Westfalen

Die folgende exemplarische Auflistung von in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 durchgeführten Aktionen soll einen Überblick über Verhaltensweisen und Aktionsformen von Neonazis in Nordrhein-Westfalen geben.

Trauermarsch in Stolberg

Wie schon in den Jahren zuvor, fand am 3. April 2010 in Stolberg ein Trauermarsch für einen am 4. April 2008 bei einer Auseinandersetzung getöteten 19-jährigen statt. Der Täter, ein staatenloser Heranwachsender libanesischer Abstammung, wurde im Oktober 2008 wegen Totschlags zu einer sechsjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Obwohl nach dem abschließenden Ermittlungsergebnis kein Hinweis auf eine politisch motivierte Straftat vorliegt, wurde das Opfer unmittelbar nach der Tat von der rechtsextremistischen Szene als „Märtyrer der Bewegung“ vereinnahmt. Die Szene versucht weiterhin, den Tatort in Stolberg als eine „Gedenk- und Pilgerstätte“ zu etablieren. An der unter dem Motto „Mord – Wut – Widerstand“ durchgeführten Veranstaltung nahmen ebenso wie im Vorjahr rund 500 Personen teil. Damit wurde die Teilnehmerzahl aus dem ersten Veranstaltungsjahr wiederum um etwa 200 verfehlt.

Dortmund – Aktionen im Vorfeld des nationalen Antikriegstags am 4. September 2010

Bereits in den zwei Wochen vor der Demonstration zum 6. „nationalen Antikriegstag“ in Dortmund wurden nahezu täglich Flugblatt-Aktionen und kleinere Standkundgebungen von der örtlichen Neonazi-Szene durchgeführt. Hierzu zählten auch Aktionen an Schulen im Dortmunder Stadtgebiet, deren Zielsetzung im Internet auf einer Sonderseite zum Antikriegstag unter <http://logr-org./dortmund/2010/> beschrieben wurde:

Schnipsel und Plakate zum ersten Schultag

 Veröffentlicht am 30.08.2010 in 2010 , Berichte  1 Kommentar  Melden

Mit dem heutigen Montag sind in Nordrhein-Westfalen die Schulfreien vorbei und der Unterricht an den Lehrstätten beginnt wieder. Aus diesem Anlass fanden in der Nacht an etwa 30 Schulen im gesamten Dortmunder Stadtgebiet Schnipsel- und Plakataktionen statt. Weiterhin soll es auch im Kreis Recklinghausen zu mehreren Schnipselaktionen gekommen sein.

Gerade die Jugend ist von der bundesrepublikanischen Politik betroffen und schon heute der Leidtragende: Immer weiter wird an der Förderung junger Deutscher eingespart und auch die Bildung gekürzt, während der Staat auf der anderen Seite beispielsweise einen Afghanistan-Krieg führt, der Milliardenbeträge verschlingt. Um diese Tatsachen zu verschleiern, wird aber bewusst versucht, den politischen Protest als Randerscheinung zu verdrängen und den Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse zu kriminalisieren. Genau deshalb ist es wichtig, auch an Schulen Aufklärungsarbeit zu betreiben, um sowohl den Lügen der 68er-Lehrer, als auch der staatlichen Umerziehung etwas entgegenzusetzen. Viele Jugendliche haben erkannt, dass etwas in unserem Land nicht stimmt und sind auf der Suche nach Lösungsansätzen. Diese sind aber nicht bei den antideutschen Gruppierungen zu finden, die sich für eine Zerstörung historisch gewachsener Völker und Kulturen einsetzen, sondern einzig in der nationalen Freiheitsbewegung.

Am 3. September 2010 fand am Hauptbahnhof eine Standkundgebung als Auftakt für den darauffolgenden Demonstrationstag statt, in deren Verlauf auch Bands aus dem Neonazi-Spektrum auftraten. Im Internet wurde die Veranstaltung folgendermaßen angekündigt:

„Am Freitagabend (3. September) vor dem Antikriegstag wird vor dem Dortmunder Hauptbahnhof, oberhalb der Freitreppen, eine Kundgebung mit mehreren Live-Bands stattfinden. Gerade jugendliche Neuinteressenten, die sich durch die Aktionen im Vorfeld des Antikriegstages für nationale Politik interessieren oder über Freunde davon erfahren, bekommen so die Möglichkeit geboten, eine Veranstaltung mit Rechtsrockmusik zu besuchen. [...] Neben den musikalischen Unterhaltungen wird es Redebeiträge geben, die noch einmal über die anstehende Antikriegstagsdemonstration informieren und unsere Forderung nach einem Ende der imperialistischen Kriegstreiberei zum Ausdruck bringen. (<http://blog-antikriegstag.org/2010/0/>)“

Dortmund – Demonstration zum 6. nationalen Antikriegstag am 4. September 2010

Für den 4. September 2010 war von einem bekannten Aktivisten aus Dortmund zum sechsten Mal eine Demonstration zum „nationalen Antikriegstag“ unter dem Motto „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege – Für freie Völker in einer freien Welt“ angemeldet worden. Die Versammlung war zunächst durch die Polizeibehörde in Dortmund verboten worden. Zwar wurde das Verbot durch das VG Gelsenkirchen am 3. September 2010 bestätigt, das Bundesverfassungsgericht hob am Folgetag die Verbotsverfügung jedoch auf. Die Veranstaltung fand mit ca. 500 Teilnehmern unter Auflagen der Polizei als Standkundgebung statt. Bahnanreisende Szeneangehörige verließen in einer größeren Gruppe den Zug bei einem Halt kurz vor Dortmund und führten einen spontanen Demonstrationzug in Richtung Innenstadt durch, der jedoch als nicht angemeldete Kundgebung durch die Polizei unterbunden wurde. Auch in diesem Jahr fand eine Vielzahl von Gegenveranstaltungen aus dem bürgerlichen/linken Spektrum statt. Im zweiten Jahr in Folge konnte das Ziel einer öffentlichkeitswirksamen Demonstration durch das Dortmunder Stadtgebiet aufgrund der polizeilichen Maßnahmen nicht erreicht werden.

Wuppertal – Störung der Kinovorstellung „Das braune Chamäleon“ am 30. November 2010

„Das braune Chamäleon“ ist ein von einem Medienprojekt produzierter Filmbeitrag gegen Rechtsextremismus. Am 30. November 2010 betraten 15 – 20 der rechtsextremistischen Szene zuzurechnende Personen das Foyer des Premieren-Kinos in Wuppertal und skandierten rechte Parolen. Danach verließen sie das Gebäude und verummten sich vor dem Kino. Die im Kino anwesenden Angehörigen der linken Szene folgten den Rechtsextremisten, woraufhin sich eine Schlägerei entwickelte, bei der zwei Personen durch Pfefferspray leicht verletzt wurden. Anhänger der rechten Szene nahmen zudem Pflastersteine auf und warfen diese gegen das Kino, ohne dass hierbei Sachschaden entstand. Insgesamt wurden 13 Tatverdächtige durch die Polizei festgenommen.

Mahnwachen bzw. Standkundgebungen zum Thema Kinderschänder

Das Thema „Kein Freibrief für Kinderschänder“ oder „Todesstrafe für Kinderschänder“ wird durch die Neonazi-Szene ebenfalls immer wieder aufgegriffen. In 2010 beispielsweise mit kleineren Mahnwachen bzw. Standkundgebungen in Marl und in Heinsberg.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Eine Ausnahme von der strukturarmen Organisation der Neonazi-Szene bildet die bundesweit agierende 'Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.' (HNG) mit Sitz in Frankfurt/Main. Es handelt sich um einen Verein nach dem Vereinsgesetz. Ihre einzige Aufgabe sieht die HNG in der materiellen und ideellen Betreuung inhaftierter Gesinnungsgenossen. Dies geschieht im Wesentlichen durch die monatlich erscheinende Publikation 'Nachrichten der HNG', die sie den Inhaftierten kostenlos zukommen lässt und in der die Leser regelmäßig aufgefordert werden,

„die Eingriffe des BRD-Regimes in die politischen Grundfreiheiten national denkender Menschen möglichst lückenlos zu dokumentieren. [...] Um die Verantwortlichen später einmal zur Rechenschaft ziehen zu können, brauchen wir möglichst viele Informationen zu den hier benannten Vorfällen. Dazu gehören auch die Namen von Staatsanwälten, Einsatzleitern der Polizei oder Richtern, die mit dem jeweiligen Vorgängen zu tun haben.“

3.2.2 Rechtsextremistische Skinheads

Entstehung und Entwicklung der Skinhead-Szene

Die Skinhead-Szene entstand Ende der 1960er Jahre in Großbritannien. Jugendliche aus der Arbeiterschicht beehrten gegen vermeintliche oder tatsächliche soziale Missstände und steigende Arbeitslosigkeit infolge der zunehmenden Rationalisierung in der Industrie auf. Ihre Zugehörigkeit zur Subkultur dokumentierten Skinheads durch ihr Äußeres: kahlgeschorene Schädel, Bomberjacken, schwere Arbeitstiefel und Hosenträger. Die Aktivitäten der Skinheads der ersten Generation waren weitgehend unpolitisch und beschränkten sich im Wesentlichen auf Alkoholkonsum, den Besuch von Konzerten oder Fußballspielen und Gewalt. Die Skinhead-Szene vor allem in Großbritannien machte zunehmend mit immer härteren Gewaltexzessen von sich Reden, und damit nahm auch der gesellschaftliche und staatliche Druck auf die Subkultur zu. Dies hatte zur Folge, dass die erste Skinhead-Welle zu Beginn der 1970er Jahre verebbte.

Erst gegen Ende der 70er Jahre lebte die Skinhead-Kultur als Reaktion auf den kommerziellen Ausverkauf des in der Zwischenzeit entstandenen Punk auf. Kleidung, Musik und Verhalten der ersten Skinhead-Generation wurden aufgegriffen. Jedoch fanden nun viele Jugendliche Zugang zu der Subkultur, die vor allem durch die Gewalt angezogen wurden.

Die schlechte wirtschaftliche Situation Großbritanniens und die Verbindung der Themen Einwanderung und fehlende Arbeitsplätze für Jugendliche lösten eine zunehmende Politisierung dieser sogenannten Oi!-Bewegung aus, die durch die rechtsextremistische 'National Front' (NF) genutzt wurde. Ende der 1970er Jahre breitete sich die Skinhead-Subkultur in Europa und in alle Welt aus. Seit der Wiedervereinigung ist diese Szene auch in Deutschland eine bedeutende Größe.

Gewalt und Dresscode

Die Ursachen jugendlicher Gewalt sind vielschichtig und waren wiederholt Anlass soziologischer und kriminologischer Untersuchungen. Demnach wird die allgemeine Jugendkriminalität durch schwierige Familienverhältnisse, fehlende Erfolgserlebnisse und Misserfolge in Ausbildung und Beruf sowie durch gruppenspezifische Zwänge begünstigt. Diese Faktoren treffen häufig auch auf rechtsextremistische Straftäter zu.

Nach wie vor nimmt die Öffentlichkeit von der vielschichtigen Skinhead-Szene hauptsächlich den starken rechtsextremistischen Flügel wahr, der sich nicht nur über sein provozierendes Äußeres und eine aggressive Musik definiert, sondern auch über neonazistische Ideologieelemente. Anders als bei den Neonazis zeigen sich diese nicht in erster Linie in einer primär ideologischen Argumentation, sondern auch in spontanen gewalttätigen Aktionen.

Äußerlichkeiten wie Kleidung oder Haarschnitt lassen heute allerdings keine eindeutigen Schlüsse auf eine Zuordnung zur Skinhead-Szene mehr zu. Einerseits gibt es viele unpolitische Jugendliche, die ein vermeintlich Skinhead-typisches Aussehen zeigen, ohne dem rechtsextremistischen Teil der Szene anzugehören. Diese Jugendlichen fühlen sich dem unpolitischen Teil der Skinhead-Bewegung – den sogenannten Oi!-Skins zugehörig – dem größeren Teil der Szene. Andererseits verlieren die altbekannten Dresscodes seit einigen Jahren immer mehr an Bedeutung. Insbesondere für den rechts-

extremistischen Teil der Skinhead-Szene vereinfacht es den Alltag, nicht durch offensichtliches Tragen von einschlägig bekannten Zeichen oder Haarschnitten eine politische Zuordnung zu ermöglichen.

Rechtsextremistische Skinhead-Musikszene

Die Skinhead-Szene – wie auch jede andere Jugendsubkultur – wird von den sceneinternen Medien geprägt. Hierzu gehört insbesondere die Skinhead-Musik als ein wichtiges und identitätsstiftendes Element, sie wirkt als Integrations- und Aggressionsfaktor. Die mögliche Wirkung der Musik als Mittel der Indoktrination darf dabei nicht verkannt werden.

Dass Musik als Medium für die ideologische Beeinflussung von Jugendlichen verwandt werden soll, wird bereits in einem Zitat des Briten Ian Stuart Donaldson (auch als Ian Stuart bekannt) deutlich:

„[Musik] berührt die jungen Leute, die von den Politikern nicht erreicht werden. Viele finden die Politik, parteipolitisch gesehen, langweilig, was teilweise stimmt. Es ist doch viel angenehmer, mit anderen ein Konzert zu besuchen und Spaß zu haben, als in eine politische Versammlung zu gehen.“

Donaldson, Frontmann der britischen Band 'Skrewdriver', gründete 1987 die seit 2000 in Deutschland rechtskräftig verbotene 'Blood & Honour'-Organisation zur Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts durch Musik und zur Festigung der rechtsextremistischen Skinhead-Szene. Im September 1993 kam Donaldson mit zwei weiteren Bandmitgliedern bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Seitdem wird der schon zu Lebzeiten gefeierte „Skinhead-Führer“ in der Szene als Kultfigur verehrt.

Skinhead-Konzerte und sonstige Musikveranstaltungen (Lieder- oder Balladenabende) dienen der ansonsten weitgehend unorganisierten rechtsextremistischen Skinhead-Szene als Treffpunkt, um Pogo zu tanzen und Alkohol zu konsumieren, als Orte, an denen Kontakte geknüpft und ausgebaut werden und rechtsextremistische Propaganda verbreitet wird. Dabei üben die konspirative Vorbereitung der Konzerte und das Auftreten von Skinhead-Bands, die zum Teil strafrechtlich relevante Liedtexte darbieten, einen besonderen Reiz gerade auf jugendliche Teilnehmer aus. Auf den Konzerten werden auch Tonträger mit rechtsextremistischen Inhalten sowie Merchandising-Artikel (T-Shirts, Sweatshirts mit Bandaufdrucken etc.) verkauft. Auf den Konzertveranstaltungen werden die Lieder teilweise mit einer besonderen Art der Darstellung (zum Beispiel Zeigen des Hitlergrußes, Sieg-Heil-Rufe, Schwenken der Reichskriegsflagge) zur ideologisch-propagandistischen Interaktion mit der Zuhörerschaft vorgetragen. Die Bands spielen neben aktuellen, oftmals durch „verschärfte“ Passagen angereicherten Stücken auch indizierte Lieder, die innerhalb der Szene bestens bekannt sind. Für eine strafrechtliche Verfolgung der beschriebenen Handlungen fehlt es regelmäßig an einer dafür erforderlichen Außenwirkung.

Aufgrund von Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden, der Indizierung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien sowie einer allgemeinen sozialen Ächtung ist zu beobachten, dass politische Botschaften verhaltener formuliert und strafrechtlich relevante Textpassagen seltener werden.

Skinhead-Konzerte können verboten werden, wenn konkrete Anhaltspunkte für das Vorliegen von Straftaten bestehen. Das bloße „Skinhead-Sein“ mit dem damit verbundenen provokativen Outfit und Verhalten – auch wenn der überwiegende Teil der Gesellschaft dieses ablehnt – rechtfertigt noch keine Maßnahmen von Polizei oder Verfassungsschutz. Aber auch eindeutig rechtsextremistische Skinheadkonzerte können nur unter besonderen Voraussetzungen verboten oder aufgelöst werden.

So hat zum Beispiel der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg am 12. Juli 2010 entschieden, dass rechtsextreme Skinhead-Konzerte in der Regel unter den Schutz der Versammlungsfreiheit fallen, so dass ihr Verbot oder ihre Auflösung nur unter den engen Voraussetzungen des Versammlungsgesetzes in Betracht kommt (vgl. hierzu Urteil vom 12. Juli 2010, Az: 1 S 349/10).

In seiner Begründung führt der VGH Baden-Württemberg aus, dass Skinhead-Konzerte grundsätzlich nicht wie allgemeine Musikkonzerte bewertet werden könnten, da sie dadurch geprägt sind, dass mit der rechtsextremistischen Musik gleichzeitig eine politische Botschaft vermittelt werde, die über den bloßen Unterhaltungscharakter von Musik hinausgehe. Die Teilnahme Gleichgesinnter an einem solchen Konzert ist dann im Zweifel eine Versammlung. Der Artikel 8 des Grundgesetzes unterscheide nicht nach dem Inhalt der geäußerten Meinung, weshalb die rechtsextremistische Ausrichtung der in Rede stehenden Veranstaltung für sich gesehen rechtlich irrelevant sei und ein Verbot oder eine Auflösung eines rechten Konzertes nur nach den allgemeinen Bestimmungen erfolgen darf.

Auch wenn ein nordrhein-westfälisches Gericht bislang noch keine gleichlautende Entscheidung getroffen hat, werden die hiesigen Behörden die Rechtsauffassung aus Baden-Württemberg zu berücksichtigen haben.

Musikveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen

Im Jahr 2010 wurden in Nordrhein-Westfalen 7 Musikveranstaltungen unterschiedlicher Art bekannt. Es handelte sich um vier Skinhead-Konzerte, wobei die größte dieser Veranstaltungen von etwa 150 Teilnehmern besucht wurde, und um drei Liederabende.

Die Veranstaltungen verlaufen regelmäßig ohne Außenwirkung. Ihre Vorbereitung erfolgt in den meisten Fällen konspirativ mit SMS oder E-Mail, mit denen die Veranstaltungsorte kurzfristig bekanntgegeben wird. Dieses Verhalten der Organisatoren soll sicherstellen, dass geplante Veranstaltungen auch tatsächlich stattfinden können. Immerhin trägt der Veranstalter ein finanzielles Risiko – die Verhinderung eines Konzertes durch die Ordnungsbehörden hätte direkte wirtschaftliche Auswirkungen.

Die Organisation von Musikveranstaltungen in kleinerem Rahmen – sowohl in Bezug auf die Räumlichkeiten als auch auf den Teilnehmerkreis – stellt die Szene vor weniger Probleme als die Organisation von großangelegten Konzerten. Im Gegensatz zu dem im vergangenen Jahr gesunkenen Engagement von Personen, die bis dahin rege in die Organisation eingebunden waren, war in diesem Jahr wieder eine steigende Tendenz bei der Durchführung rechtsgerichteter Musikveranstaltungen festzustellen. Auch im zurückliegenden Jahr erfolgte die Organisation der Veranstaltungen nicht mehr ausschließlich durch Mitglieder der rechtsextremistischen Skinhead-Musikszene. Ebenso versuchten Personen aus dem erweiterten Neonazi-Spektrum Konzerte zu organisieren, um mit den erwarteten Einnahmen eigene Aktionen zu finanzieren. Die bekannt gewordenen Veranstaltungen verliefen jedoch weitgehend im kleinen Rahmen. Es ist nicht davon auszugehen, dass hier eine lukrative Finanzierungsquelle für die rechtsextremistische Szene entstehen kann. Vielmehr ist bei diesen Veranstaltungen eher von einem Ereignis auszugehen, das den Zusammenhalt der örtlichen Szene fördert.

Die Teilnehmer der rechtsextremistischen Konzert- oder Liederabende kommen aus allen Teilen Deutschlands und nehmen auch weite Anfahrten auf sich. Dies zeigt die Beteiligung von Personen aus Nordrhein-Westfalen an rechtsextremistischen Musikveranstaltungen bundesweit. Im Jahr 2010 wurde bei insgesamt 44 der bundesweit etwa 170 durchgeführten Veranstaltungen eine Beteiligung aus Nordrhein-Westfalen bekannt – sei es durch den Auftritt einer nordrhein-westfälischen Band, sei es durch Teilnehmer aus Nordrhein-Westfalen. 2009 lag die Beteiligung bei 29 der etwa 130 bundesweit durchgeführten Veranstaltungen. In dieser Zahl sind die in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Musikveranstaltungen enthalten.

Nach wie vor werden auch Konzertangebote im benachbarten Ausland wahrgenommen, weil die dortige Rechtslage die Durchführung derartiger Veranstaltungen erleichtert. Im Einzelnen verteilten sich die Veranstaltungen mit Beteiligung von Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen folgendermaßen:

Baden-Württemberg	6
Bayern	2
Hamburg	1
Mecklenburg-Vorpommern	2

Niedersachsen	2
Rheinland-Pfalz	3
Sachsen	5
Sachsen-Anhalt	2
Schleswig-Holstein	2
Thüringen	1
benachbartes Ausland	11

Skinhead-Bands in Nordrhein-Westfalen

Namentlich bekannt sind aus Nordrhein-Westfalen etwa 20 rechtsextremistische Skinhead-Bands. Dabei sind Bands, die mit Auftritten und CD-Veröffentlichungen aktiv in der Szene tätig sind – hier sind Bandmitglieder in Einzelfällen in organisierte Zusammenhänge eingebunden –, von den Bands zu unterscheiden, die sich als reine Studio-Projekte verstehen und keine Auftritte absolvieren. Außerdem ist in der recht unsteten und schnelllebigen Musikszene die Auflösung und Neugründung von Bands und das Betreiben von Nebenprojekten an der Tagesordnung, so dass hier eine ständige Bewegung herrscht.

Eine kontinuierliche und langjährige Aktivität in Nordrhein-Westfalen kann nur bei wenigen Bands – zum Beispiel 'Oidoxie' – festgestellt werden. Andere zeigen sporadische Aktivitäten mit längeren Phasen der Untätigkeit. Die Band 'Weisse Wölfe' zog vor allem Anfang der 2000er Jahre durch ihre CD „Weisse Wut“ und durch personelle Überschneidungen mit der Band 'Oidoxie' Aufmerksamkeit auf sich. Das wegen dieser CD anhängige Strafverfahren gegen Mitglieder der Band 'Weisse Wölfe' endete im November 2007 mit einem Freispruch für die Angeklagten. Das Gericht kam zu dem Schluss, dass weder die Absicht, die im Ausland produzierte CD „Weisse Wut“ in Deutschland zu verbreiten, noch die Mitgliedschaft der Angeklagten in der Band zum Zeitpunkt der Produktion für eine Verurteilung ausreichend belegt werden konnte.

Skinhead-Zusammenschlüsse in Nordrhein-Westfalen

Insgesamt ist der Skinhead-Szene eine straffe Organisationsstruktur fremd. Auch die Bemühungen von 'Blood & Honour', 'Combat 18' oder der 'Hammerskins' haben nicht zu festen Strukturen geführt. Zusammenschlüsse in der Skinhead-Szene – soweit es sie gibt – haben einen sehr engen regionalen Bezug und bestehen in einer losen Verbindung der örtlich ansässigen Skinheads. Es finden keine regelmäßigen und organisierten Veranstaltungen statt, wie es im Bereich der Kameradschaften üblich ist. Vielmehr gibt es anlassbezogene Treffen, gemeinsame Besuche von Musikveranstaltungen und Partys zu unterschiedlichen Gelegenheiten. Die Einbindung in eine solche regionale Gruppe schließt Aktivitäten in anderen, organisierten Zusammenhängen nicht aus, ist jedoch nicht Voraussetzung, um einen Zugang zur rechtsextremistischen Szene zu erhalten.

Vereinzelt verfügen Skinhead-Bands über ein stabiles Fanpotenzial, welches sich regelmäßig trifft oder mit der Band zu deren Auftritten unterwegs ist und Saalschutz-Aufgaben übernimmt. Diese Fangruppe setzt sich üblicherweise aus Personen des Band-Umfeldes oder auch guten Bekannten mit Bezug zur rechtsextremistischen Szene zusammen.

'Blood & Honour', 'Combat 18' und 'Hammerskins' in Nordrhein-Westfalen

Nach dem rechtskräftigen Verbot im Jahr 2001 sind bis heute keine Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen festzustellen, die den Fortbestand von Strukturen der 'Blood & Honour'-Organisation belegen würden. Zwar ist davon auszugehen, dass persönliche Kontakte/Freundschaften der damaligen 'Blood & Honour'-Mitglieder teilweise noch vorhanden sind, jedoch sind Organisationsstrukturen in Nordrhein-Westfalen nicht erkennbar.

Die Organisation 'Combat 18' gilt als „bewaffneter Arm“ von Blood & Honour. Sie wurde Anfang der 1990er Jahre als Schutztruppe gegen Übergriffe linker Gewalttäter in England gegründet. Combat bedeutet Gefecht, die Zahl 18 im Namen der Gruppe steht für den ersten und den achten Buchstaben des Alphabets (A.H.), die Initialen Adolf Hitlers. Einer der Slogans von 'Combat 18' lautet: "White revolution is the only solution" (Weisse Revolution ist die einzige Lösung).

Nach dem Unfalltod Ian Stuart Donaldsons übernahmen Mitglieder von 'Combat 18' zunehmend die Führung bei 'Blood & Honour'. Die Bedeutung von 'Combat 18' ist inzwischen aufgrund geringer Mitgliederzahlen und erneuter Streitigkeiten zwischen den Führungsaktivisten der Organisation erheblich gesunken. Einzelne Angehörige der rechtsextremistischen Szene in Nordrhein-Westfalen zeigen zwar eine gewisse Faszination für 'Combat 18', erkennbare Strukturen liegen aber nicht vor. Die Verwendung des Begriffes 'Combat 18' ist offensichtlich mit einem hohen Ansehen in der rechtsextremistischen Skinhead-Szene verbunden und erfolgt daher wahrscheinlich mit dem Ziel, das eigene Ansehen aufzuwerten.

Die 'Hammerskins' wurden Mitte der 1980er Jahre in den USA gegründet. Erklärtes Ziel ist es, weltweit alle weißen und rechtsextremistischen Skinheads in einer Hammerskin-Nation zu vereinen. 'Hammerskins' vertreten rassistische Grundeinstellungen und betrachten sich selbst als Elite der Skinhead-Bewegung. In Nordrhein-Westfalen liegen keine Erkenntnisse über die Existenz einer 'Hammerskin'-Organisation vor.

Ausblick

Obwohl die bekannte Personenzahl der Skinhead-Szene im Vergleich zum Vorjahr nicht gestiegen ist, bleibt sie ein wichtiges Beobachtungsfeld des Verfassungsschutzes.

Aus dieser unstrukturierten Szene stammen die Teilnehmer der unterschiedlichen Musikveranstaltungen. Auch Nachwuchs verschiedener rechtsextremistischer Organisationen kann aus dieser Szene und ihren Veranstaltungen rekrutiert werden. Ob überhaupt ein Übergang in organisierte Strukturen stattfindet, oder in welche Richtung sich ein vertieftes Engagement entwickelt, ist dabei zumeist völlig offen. Findet ein Jugendlicher zunächst über die lose Struktur der örtlichen Skinhead-Szene einen Zugang zu Konzerten, so können sich hieraus eine Ideologisierung und die aktive Beteiligung an der rechtsextremistischen Szene ergeben. Es können erste Kontakte zu örtlichen Kameradschaften entstehen, verbunden mit regelmäßiger Teilnahme an den Kameradschaftsabenden oder an Demonstrationen und anderen Aktivitäten. Dies ist jedoch keine zwangsläufige Entwicklung. Ein herausragendes Engagement rechtsextremistischer Parteien oder der Kameradschaften im Rahmen der Organisation von Skinhead-Konzerten kann bislang nicht festgestellt werden.

3.3 Rechtsextremistische Vertriebe und Versandhandel

Über die Musik versucht die rechtsextremistische Szene sowohl auf ideologisch Interessierte als auch erlebnisorientierte Mitglieder und Interessenten Einfluss zu nehmen. Die Texte dienen hierbei als Transportmittel für das rechtsextremistische Gedankengut. Rechtsextremistische Musik fördert in der Szene den Zusammenhalt und sorgt für eine Festigung der Ideologie. Gleichzeitig wird sie als Lockmittel zur Nachwuchswerbung eingesetzt. Insbesondere mit der kostenlosen Verteilung sogenannter „Schulhof-CDs“ an Schüler und Jugendliche versucht die rechtsextremistische Szene, diese häufig ideologisch noch nicht gefestigte Zielgruppe zum Einstieg in die rechtsextremistische Szene zu verleiten. Mit finanzieller und logistischer Unterstützung tragen rechtsextremistische Musikvertriebe regelmäßig zur Produktion der Tonträger bei.

Wirtschaftliche Interessen sind nach wie vor eine Hauptmotivation bei der Vermarktung von Musik mit rechtsextremistischen Texten sowie Szene-Artikeln. Viele Inhaber rechtsextremistischer Musikvertriebe bestreiten ihren Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Szene-Produkten oder betrachten den Handel als einen lukrativen Nebenverdienst zu ihrem anderweitig erzielten Einkommen. Einige

Vertriebe geben an, die Szene mit einem Teil ihrer Verkaufserlöse zu unterstützen. Damit versuchen sie sich als integraler Bestandteil der Szene darzustellen und den Käufern das Gefühl zu vermitteln, dass sie mit ihrem Kauf gleichzeitig die Bewegung unterstützen. Neben der Hoffnung auf einen guten Ruf als Förderer der Szene dürfte auch die Hoffnung auf eine Erweiterung des Kundenkreises und somit kommerziellen Erfolg eine Rolle spielen.

Nach zuletzt rückläufigen Entwicklungen ist die Anzahl rechtsextremistischer Skinhead-Musikvertriebe bundesweit von 68 im Jahr 2009 auf 77 angestiegen. Auch in Nordrhein-Westfalen ist ein leichter Anstieg von sechs auf sieben Versandhändler festzustellen. Dieser Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass ein zuvor lediglich als Produzent rechtsextremistischer Tonträger auftretendes Unternehmen nunmehr auch in das Vertriebsgeschäft eingetreten ist.



Ein Großteil der Händler nutzt weiterhin das Internet als Handelsplattform. Die virtuelle Verkaufsform hat sich bei rechtsextremistischen Vertrieben aus mehreren Gründen durchgesetzt. Neben wirtschaftlich und logistisch bedingten Vorteilen dürfte auch die Tatsache maßgeblich sein, dass sowohl Verkäufer als auch Käufer beim Onlinehandel keine persönlichen Konfrontationen mit dem politischen Gegner befürchten müssen. Durch die anonyme Abwicklung des Kaufvorgangs wird der Handel auch für Interessenten attraktiv, die aufgrund persönlicher Hemmschwellen vor einem Einkauf bislang zurückgeschreckt waren. Ladengeschäfte mit mutmaßlich rechtsextremistischer Produktpalette sind hingegen regelmäßig Ziele linksextremistisch motivierter Aktionen. Hierbei kommt es häufig zu Sachbeschädigungen zum Nachteil der Ladenbesitzer und Gebäudeeigentümer. Ferner sind Läden mit mutmaßlich rechtsextremistischem Warenangebot regelmäßig Ziel von Demonstrationen des politischen Gegners.



Warenangebot



Neben Tonträgern einschlägiger rechtsextremistischer Musikgruppen und Liedermacher bieten rechtsextremistische Vertriebe auch Kleidungsstücke, Aufnäher, Buttons und andere Devotionalien an. Ein Großteil des Umsatzes wird neben dem Handel mit Tonträgern mit dem Verkauf szenetypischer Textilien erzielt. Insbesondere das umfangreiche Angebot an Kleidungsstücken mit politischen Parolen findet innerhalb der Szene großen Anklang. Auch Kinderbekleidung mit meist nordischen Motiven und Schriftzügen sowie Unterwäsche mit Szeneparolen

sind erhältlich.

Der Anteil der Tonträger am Gesamtumsatz ist im Laufe der letzten Jahre zurückgegangen. Die Ursache liegt hauptsächlich in der Vervielfältigung auf privater Ebene (Brennen von CDs sowie Tausch von Musiktiteln über Internet-Tauschbörsen). Die Besitzer von Skinhead-Musikvertrieben haben auf diese Entwicklung reagiert und ihre Produktpalette erweitert. So gehören inzwischen auch Panzermodelle, Deko-Waffen, Elektroschocker, Pfefferspray, Artikel mit Bezügen zu nordischer Mythologie, Heidentum und Runenkunde, Tarnbekleidung und Sturmhauben sowie übliche Outdoor-Ausrüstung (Zelte, Decken, Schlafsäcke), Rucksäcke, Taschen und Trinkhörner zum Angebot. Bei mehreren Vertrieben können die Kunden zudem ihre Textilien mit individuellen Motiven und Schriftzügen bedrucken oder besticken lassen.

Neue „Schüler-CD des nationalen Widerstands“ als Mittel zur Nachwuchswerbung

Bereits im Jahr 2004 hatten Rechtsextremisten einen ersten Versuch unternommen, mittels einer in einer Auflage von bis zu 50.000 Exemplaren produzierten „Schulhof-CD“ Schüler und Jugendliche als Nachwuchs für die rechtsextremistische Szene zu werben. Zu einer flächendeckenden Verteilung der

Von: Bundesministerium für politische Bildung [mailto:kontakt@bundstag.de]
Gesendet: Dezember 2010
An:
Betreff: Gemeinnütziges Schüler-Projekt

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit diesem Schreiben möchten wir Ihnen ein neues gemeinnütziges Projekt vorstellen. Es handelt sich dabei um eine CD-ROM für den Computer, welche den Schülerinnen und Schülern den spielerischen Umgang mit politischen Ereignissen in unserem Land vermitteln soll. Besonders geeignet ist die CD für die 8. bis 10. Klassenstufe. Die CD kann als Präsentation oder zur Unterstützung im Unterricht eingesetzt werden.

Auf der offiziellen Projektseite können Sie die CD herunterladen. Bitte unterstützen Sie dieses Projekt und leisten Sie somit einen großen Beitrag für vollendete Meinungs(bildungs)freiheit in Deutschland.

Die Projektseite erreichen Sie unter: <<<http://www.>>>

Hier nun einige Informationen zur CD:

Eine Schüler-CD für den PC? Für was sollte die gut sein?

Diese Schüler-CD bietet Infomaterial, Musik, Sprüschablonen, Hintergrundbilder und vieles mehr. Sie ist hervorragend dafür geeignet, den Menschen (insbesondere der jungen Generation) ein objektives Bild über die politische Situation in Deutschland zu vermitteln. Mit dieser neuen Art der Informationsübertragung, ist es möglich sehr viele Jugendliche anzusprechen und zu erreichen. Probiert die CD doch einfach mal aus. Sie ist GRATIS und kann jederzeit heruntergeladen werden :-)

Wie spiele ich die CD ab?

Ihr könnt die CD-Image mit einem Brennprogramm auf CD brennen oder mit Programmen wie z.B. IsoBuster oder Daemon-Tools direkt öffnen und starten.

Welchen Inhalt hat die CD (Version 1.0.8)?

- CD beinhaltet insg. 270 Kontaktverweise zu Gruppen aus Deutschland, dem Ausland, zu Versänden bzw. Weltnetzradios, Infoportalen und der NPD
- Über 150 Bilder von verschiedenen Großveranstaltungen
- 24 Informationsvideos auf der CD verfügbar
- 4 Musikvideos
- Die CD beinhaltet 12 ausführliche politische Informationstexte, 5 Prospekte und 5 Flugblätter

CD kam es nach dem Erlass eines Allgemeinen Beschlagnahmebeschlusses durch das Amtsgericht Halle wegen des Verdachts einer schweren Jugendgefährdung nicht. Der Grundgedanke, mittels „Schulhof-CDs“ Schüler und Jugendliche zu werben, wurde in der Folgezeit wiederholt von der NPD sowie Gruppierungen des Neonazi-Spektrums aufgegriffen und umgesetzt. Insbesondere die NPD hat mehrfach im Vorfeld von Wahlen auf Bundes- und Landesebene CDs an potenzielle Jungwähler verteilt und die Inhalte auf ihrer Internetseite zum Download angeboten.

Seit dem September 2010 wird die an Schüler gerichtete CD „Jugend in Bewegung – Schüler-CD des nationalen Widerstands“ auf diversen rechtsextremistischen Internetseiten beworben. Über eine eigene eingerichtete Webseite, einen Kanal

bei der Videoplattform YouTube sowie die Verbreitung von Inhalten über den Microblogging-Dienst Twitter versuchen die Urheber des Projekts, den Bekanntheitsgrad ihrer Produktion weiter zu erhöhen. Darüber hinaus treten die Initiatoren per Email an Schulen heran und werben für ihre CD. Unter Angabe gefälschter Absenderdaten treten sie hierbei als ein „Bundesministerium für politische Bildung“ mit einer Kontaktadresse des Deutschen Bundestags auf und geben vor, dass es sich bei ihrem Produkt um ein „gemeinnütziges Schülerprojekt“ handle.

Bei der Schüler-CD handelt es sich um ein über das Internet bereitgestelltes Datenpaket, welches mit herkömmlichen Brennprogrammen auf handelsübliche CD-Rohlinge gebrannt werden kann. Ferner kann auch eine fertige CD bei einem Szene-Label bestellt werden. Die CD enthält unter anderem die Musikstücke zweier Schulhof-CDs der NPD, außerdem hat eine nordrhein-westfälische Kameradschaft eine eigene Musiksammlung unterschiedlicher Bands mit dem Titel „Rhythmen gegen das System“ beigetragen. Alle Musikdateien sind im mp3-Format abgelegt und können auf PC und mp3-fähigen Endgeräten abgespielt werden.



Darüber hinaus ist ein umfangreicher multimedialer Datenteil vorhanden, welcher beim Einlegen der gebrannten CD in das CD-ROM-Laufwerk des PCs automatisch gestartet wird. Über eine Oberfläche können mehrere Themenbereiche durch Anklicken geöffnet werden. Die Gestaltung der Oberfläche wirkt – im Gegensatz zu der im Jahr 2004 erschienenen Schulhof-CD „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund“ modern und ist optisch professioneller gestaltet.



Schüler-CD „Jugend in Bewegung“ (2010)



Schulhof-CD „Anpassung ist Feigheit“ (2004)

Mit einer Vielzahl von Videodateien und Textbeiträgen versuchen die Initiatoren, die rechtsextremistische Szene gegenüber Jugendlichen zu verharmlosen. Gleichzeitig zielen sie darauf ab, das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland zu diskreditieren und als handlungsunfähig darzustellen. Weiterhin stehen Globalisierungskritik sowie eine Umdeutung der Kriegsschuld mit der Darstellung Deutschlands als Kriegsoffer im Fokus. Gleichzeitig wird dem Betrachter der „Nationale Sozialismus“ als einzige Lösung präsentiert. Als weitere Inhalte befinden sich Plakate sowie zahlreiche als Sprühschablonen nutzbare Bilddateien mit rechtsextremistischen Parolen auf dem Datenträger.

Über eine eingebaute Aktualisierungsfunktion können die Inhalte mit einem Mausklick über das Internet auf den aktuellen Stand gebracht werden. Ferner besteht die Möglichkeit, mit der NPD, diversen rechtsextremistischen Gruppierungen im In- und Ausland sowie Szene-Vertrieben und Internetradios in Kontakt zu treten.

Rechtsextremismus im Internet

Rechtsextremisten verfolgen mit ihrer Präsenz im Internet insbesondere folgende Ziele:

- : Selbstdarstellung und Propaganda
- : Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung
- : szeneeinterne Kommunikation, informationelle Vernetzung und Mobilisierung
- : kommerzielle Zwecke.

Das Internet wird dabei von Rechtsextremisten auf vielfältige Art genutzt. Internetveröffentlichungen können mit entsprechenden, häufig kostenlosen Programmen inzwischen auch ohne besonderes technisches Vorwissen optisch ansprechend vorgenommen werden. Auf diese Weise kann mit wenig Aufwand ein großer Adressatenkreis erreicht werden. Auch Mobiltelefone mit Internetzugang werden von Rechtsextremisten für die Verbreitung von Informationen genutzt. Unter anderem werden sie zur kurzfristigen Information sowie zur Steuerung von Demonstrationsteilnehmern eingesetzt. Mittels Web-basierter Dienste wie dem weltweit verbreiteten Microblogging-Dienst Twitter können auch von unterwegs viele Empfänger erreicht werden.

Alle wesentlichen rechtsextremistischen Parteien einschließlich ihrer Landes-, Kreis- und Ortsverbände sowie Publikationen und sonstige rechtsextremistische Organisationen sind im Internet vertreten. Vielfach sind rechtsextremistische Webseiten untereinander verlinkt und erhöhen so ihren Bekanntheitsgrad innerhalb der Szene.

Speziell Weblogs – auf Webseiten geführte und öffentlich einsehbare Tagebücher – sind innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums weit verbreitet. Sie ermöglichen eine besonders schnelle und einfache Publikation von Informationen und können dank spezieller Software und Internetdienste schnell und einfach aktualisiert werden. Insbesondere der Weblogging-Dienst 'Logr.org*' wird von vielen – auch internationalen – neonazistischen Gruppierungen zur Publikation genutzt. Mutmaßlicher

Betreiber von 'Logr.org*' ist eine in der Szene bundesweit anerkannte Führungspersönlichkeit der AN, welche gleichzeitig einen Neonazi-/AN-Propaganda-Vertrieb betreibt.

Mit etwa 1.000 deutschsprachigen Homepages im Jahr 2010 ist die Zahl der Internetseiten mit rechtsextremistischen Inhalten im Vergleich zu den Vorjahren weitgehend unverändert geblieben. Gleichwohl ist eine regelmäßige Fluktuation des Angebots feststellbar. Insbesondere Webseiten von Einzelpersonen sind häufig nur kurzzeitig im Netz verfügbar. Dies liegt insbesondere daran, dass diese ihre Webseiten häufig über Anbieter von kostenlosem Speicherplatz ins Internet einstellen. Viele dieser Anbieter schließen in ihren Geschäftsbedingungen extremistische Inhalte aus und sperren solche Seiten, nachdem sie hierüber Kenntnis erhalten haben. Ferner werden Mobilisierungsseiten zu Demonstrationen häufig nur zeitnah vor dem anstehenden Ereignis geschaltet und nach der Durchführung der beworbenen Veranstaltungen wieder aus dem Netz entfernt.

Die inhaltliche Bandbreite rechtsextremistisch motivierter Internetpräsenzen ist umfangreich. Sie reicht von Seiten, die offen strafrechtlich relevante Inhalte zeigen, bis zu Seiten, deren rechtsextremistischer Hintergrund nur schwer erkennbar ist. Insbesondere auf revisionistischen Seiten wird versucht, über ein pseudowissenschaftliches Erscheinungsbild die wahren Absichten – Verharmlosung beziehungsweise Leugnung des Holocaust – zu verschleiern. Ferner machen sich Rechtsextremisten auch Themenfelder zu Eigen, die bislang überwiegend von der politischen Linken besetzt waren. Neben globalisierungskritischen Inhalten werden zum Beispiel Umwelt- und Tierschutzthemen aufgegriffen.

Nutzung moderner Web-Techniken durch Rechtsextremisten

Rechtsextremistische Internetangebote folgen der allgemeinen multimedialen Entwicklung des www (World Wide Web), indem sie vielfältige szenetypische Musik- und Videoinhalte auf ihren Seiten einbinden. Insbesondere auf Webseiten aktionsorientierter rechtsextremistischer Gruppierungen werden Videos von Demonstrationen und anderen Aktionen zum Download angeboten. Diese multimedialen Elemente sollen einerseits die Attraktivität der Seiten steigern, andererseits dienen sie als essentielles Mittel der Nachwuchswerbung in einer jungen Zielgruppe.

Auch innerhalb unpolitischer Videoportale und sozialer Netzwerke versuchen Rechtsextremisten, ihre Propaganda zu verbreiten. Das Ziel ist hierbei, über die rechtsextremistische Szene hinaus einen möglichst großen Adressatenkreis anzusprechen. Dies haben auch die Betreiber vieler bedeutender sozialer Netzwerke in Deutschland erkannt und mit der Kampagne „Soziale Netzwerke gegen Nazis“ ein Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt. Mit einer Aktionswoche im Oktober 2010 haben insgesamt 57 soziale Netzwerke gemeinsam auf die Gefahren durch den Rechtsextremismus im Web 2.0 hingewiesen.



Szeneinterne Kommunikation findet ferner in einschlägigen Internet-Foren statt. Viele rechtsextremistische Webseitenbetreiber bieten den Besuchern ihrer Homepage eine solche Diskussionsplattform, über die Szeneanhänger online miteinander kommunizieren können. Zu den bedeutendsten und meist frequentierten deutschsprachigen Foren zählt seit längerem das 'Thiazi'-Forum, in welchem regelmäßig strafrechtlich relevante Nutzerbeiträge festzustellen sind.

Die Internet-Kommunikation von Rechtsextremisten ist durch zwei gegensätzliche Zielrichtungen geprägt: während Propaganda und Selbstdarstellung auf einen möglichst großen Empfängerkreis abzielen, wird die interne Kommunikation zunehmend durch konspiratives Verhalten von der Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit abgeschottet. Neben Zugangbeschränkungen innerhalb einiger rechtsextremistischer Foren hat auch die verschlüsselte Kommunikation der Szenemitglieder untereinander zugenommen. So wird innerhalb der Szene gezielt darauf hingewiesen, Nachrichten über E-Mail- und Chat-Programme nur noch mittels Kryptierungswerkzeugen zu versenden und die Festplatten heimischer PC nach Möglichkeit zu verschlüsseln, um den Strafverfolgungsbehörden auch im Falle einer Beschlagnahme des Rechners keine Angriffsfläche zu bieten.

Exekutivmaßnahmen gegen rechtsextremistisches Internetradio 'Widerstand-Radio'

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung im Sinne des § 129 StGB wurden am 3. November 2010 unter Leitung des Bundeskriminalamts bundesweit 22 Objekte, darunter sieben in Nordrhein-Westfalen, durchsucht. Die Maßnahmen richteten sich gegen die Betreiber und Moderatoren des rechtsextremistischen Internetradios 'Widerstand-Radio', welchen zur Last gelegt wird, rechtsextremistische und antisemitische Inhalte über das Internet zu verbreiten. Gegen 18 Personen hat die Staatsanwaltschaft Koblenz zwischenzeitlich Anklage erhoben. Unter anderem werden den Angeklagten Volksverhetzung und die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

Bereits im März 2009 wurden gegen die Betreiber des rechtsextremistischen Internetradios 'European Brotherhood Radio' in mehreren Bundesländern, darunter auch Nordrhein-Westfalen, Durchsuchungsbeschlüsse und Haftbefehle vollstreckt. Ihnen wurden unter anderem die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sowie Volksverhetzung vorgeworfen. Am 30. November 2009 wurden die Beschuldigten durch das Landgericht Berlin zu Freiheitsstrafen von einem beziehungsweise zu zwei Jahren und neun Monaten verurteilt. Vier der insgesamt sieben Verurteilten haben hiergegen Rechtsmittel eingelegt, über die noch nicht entschieden ist.

3.4 Diskursorientierter Rechtsextremismus – Revisionismus

Schwerpunktt Themen des Revisionismus

Ein weiterer rechtsextremistischer Agitationsschwerpunkt ist das Themenfeld Revisionismus. Zentrales Anliegen der Revisionisten ist die politisch motivierte Umdeutung der Zeit des Nationalsozialismus durch leugnende, relativierende oder verharmlosende Darstellungen in einem pseudo-wissenschaftlichen Bild. Hierbei ist langfristige Zielsetzung die Rehabilitierung der nationalsozialistischen Ideologie.

Im Mittelpunkt der Versuche revisionistischer Geschichtsumschreibungen stehen eine Verharmlosung der deutschen Kriegsschuld und die Leugnung des Holocausts, des Völkermordes an den europäischen Juden. Immer wiederkehrend wird der Versuch unternommen, die Strafverfolgung von Revisionisten als Grundrechtseinschränkung bzw. als Kriminalisierung darzustellen. Insofern sehen sie sich in der Märtyrerrolle und prangern die Bundesrepublik Deutschland als „Unrechtsstaat“ an bzw. bezeichnen sie als „System der alliierten Fremdherrschaft“, in dem es unter anderem keine Meinungsfreiheit gibt.

Derartige Agitationsansätze finden sich seit Jahren auch auf der in den USA gespeicherten Domain 'National Journal', einer gleichnamigen deutsch-/englischsprachigen Homepage, die von einer Redaktionsgemeinschaft 'Die Freunde im Ausland' (DFiA) geleitet wird. Diese Internetseite umfasst neben den genannten Themenfeldern Artikel mit revisionistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Aussagen. So lauteten beispielsweise im März, April und Juli 2010 veröffentlichte Artikelüberschriften:

„An der Verfolgungs-Hysterie erkennt man das angeschlagene System“²⁷
 „Wir können von Hitlers Management-Stil und seinen Führungsqualitäten lernen“²⁸
 „Die Vertreter der Judenorganisationen hassen alle Menschen und kontrollieren die USA“²⁹

Beispielhaft für die Aufrechterhaltung der Kriegsschuldleugnung steht ein Vorwort von dem Herausgeber der zweimonatlich erscheinenden Publikation 'Deutsche Geschichte – Europa und die Welt' (Dr.

²⁷ Homepage des 'National Journal', 3. Oktober 2010

²⁸ Homepage des 'National Journal', 20. April 2010

²⁹ Homepage des 'National Journal', 10. April 2010

Gert Sudholt), Ausgabe Nr. 1/2010, Tenor: „Wir sind auf steinigem, aber ehrlichem Weg“. Darin wird auf den 20. Jahrgang dieser Zeitschrift eingegangen und in diesem Zusammenhang erklärt:

„Auf der Suche nach historischen Wahrheiten prallt der faustisch forschende Publizist immer öfter an Schranken bundesdeutscher Meinungszensur. Schranke bedeutet in diesem Fall die so genannte politische Korrektheit. Sie besteht in jener rechtskräftigen Geschichtsfestschreibung, die einst von den Alliierten gegen Deutschland zum Gesetz erhoben worden war und dann vom verkümmerten deutschen Spießertum untertänig übernommen wurde.“

Das Verlagsprogramm der von Dr. Sudholt geleiteten Verlagsgesellschaft Berg mbH (Sitz: Bayern) umfasst Schriften mit revisionistischen Inhalten, so auch die genannte Publikation.

Ein weiteres Beispiel für revisionistische Agitationsmuster, und zwar die Kriegsschuld- und Holocaustleugnung, findet sich in der Ausgabe Nr. 4, Juli/August 2010 der in Verden (NdS.) im Eigendruck herausgegebenen Zeitschrift 'Stimme des Reiches':

*„Geplante Unbildung
Unsere Kriegsgegner hegten nicht den Wunsch, deutsche Anliegen zu fördern, im Gegenteil. Sie hatten den Krieg zur Vernichtung des Deutschen Reiches und Verknechtung des deutschen Volkes durch Verblödung vom Zaun gebrochen.

Alliierte Greuelpropaganda anstatt wahrer Geschichte
Als Erstes litt die Charakterbildung durch allmähliche Übernahme der alliierten Kriegsgreuelpropaganda anstelle der geschichtlichen Wahrheit im Wege eines gezielten Trommelfeuers aller Medien und Bildungseinrichtungen [...]“*

Zu den regelmäßig vertretenen Autoren dieser Publikation zählen neben bekannten Revisionisten Aktivisten aus dem 2008 verbotenen Vlothoer Verein 'Collegium Humanum' (CH).

Bedeutung des Themenfeldes Revisionismus

Das Themenfeld Revisionismus, welches jahrelang zu den rechtsextremistischen Agitationsschwerpunkten zählte, hat vor dem Hintergrund der weltweit erfolgten konsequenten und verschärften Strafverfolgung von Volksverhetzungsdelikten, die schwerpunktmäßig via Internet verbreitet werden, deutlich an Bedeutung verloren. Gründe hierfür waren unter anderem die in Kraft getretenen strafgesetzlichen Änderungen zum § 130 StGB, durch die die sogenannte „einfache Auschwitz-Lüge“ als Volksverhetzung bzw. ein den öffentlichen Frieden störendes Billigen, Verherrlichen oder Rechtfertigen der national-sozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft für strafbar erklärt wurde. Dazu kommen die intensiviertere Beschlagnahme von einschlägigen Veröffentlichungen, die den Holocaust leugnen, sowie zahlreiche Verurteilungen von Protagonisten der Revisionistenszene und Einziehung derer finanziellen Ressourcen. So haben in Nordrhein-Westfalen auch die im Jahre 2008 erfolgten Maßnahmen (wie Beschlagnahme von Gebäude und Vermögenswerten) im Zusammenhang mit den Vereinsverboten des Vlothoer 'Collegium Humanum' (CH) und des 'Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten' (VRBHV) nachhaltig zu einem Rückgang revisionistischer Agitation und Aktivitäten geführt. Kampagnen sowie die Herstellung und der Vertrieb revisionistischer Schriften gingen erheblich zurück.

3.5 Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten

Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Juli 2001 das Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten gestartet. Mit dem Programm sollen die zahlreichen präventiven behördlichen Maßnahmen durch das Angebot an Rechtsextremisten ergänzt werden, die rechtsextremistische Szene mit staatlicher Hilfe wieder verlassen zu können.

Hierfür hat die Landesregierung im Bürger- und Service Center „Nordrhein-Westfalen direkt“ bei der Staatskanzlei eine telefonische Kontaktmöglichkeit geschaffen (Tel.: 0180 3 100 110). Hierbei wird eine Verbindung zu einer eigens ausgewählten Vertrauensperson des Innenministeriums – dem Aussteigerbetreuer – hergestellt, der für jeden einzelnen Ausstiegswilligen ein persönlich zugeschnittenes Ausstiegskonzept entwickelt und bei dessen Umsetzung hilft. Die Ausstiegshilfen umfassen die Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche, Unterstützung bei Qualifizierungsmaßnahmen (beispielsweise bei der Erlangung des Führerscheins oder eines Ausbildungsabschlusses), psychologische Hilfe, Eingliederung in Entziehungsmaßnahmen, die Hilfe bei Familienzusammenführung, Umzugshilfen und Haftbetreuung.

Bis Ende 2010 ist es durch die gemeinsamen Anstrengungen von Verfassungsschutz, Polizei, Justiz und Kommunen gelungen, über 200 Personen in das Programm aufzunehmen. Die Ausstiegswilligen sind zumeist arbeitslos und stammen aus belasteten Familiensituationen. Die Mehrheit der Aufgenommenen war bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten. Viele von ihnen haben die rechtsextremistische Szene endgültig verlassen.

Durch Arbeitstagen, regelmäßigen Informationsaustausch und Netzwerkpflge zwischen Verfassungsschutz, Staatschutzdienststellen der Polizei, Kommunen der AJS (Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Landesstelle NRW e.V.) und anderen Einrichtungen wird sichergestellt, dass das Aussteigerprogramm ein wichtiger und unverzichtbarer Baustein im Kampf gegen den Rechtsextremismus bleibt.

4 Linksextremismus³⁰

Linksextremismus bezeichnet das aktive Wirken für eine politische Überzeugung, die eine umfassende und tiefgreifende Umwälzung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse vorsieht. Am Ende dieser Veränderung soll ein klassenloses sozialistisches/kommunistisches Gesellschaftssystem stehen, in dem jeder Mensch – unabhängig von seiner Herkunft, seinem Geschlecht oder der Zugehörigkeit zu einer Religion oder einem Staat – frei von Herrschaft durch andere Menschen sein soll.

Verfassungsfeindlichkeit

Zum Erreichen ihrer Ziele wollen Linksextremisten den Kernbereich der durch das Grundgesetz vorgegebenen Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik abschaffen oder zumindest in Teilen aufheben. Sie verfolgen Ziele, die gegen die grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstoßen und sind deshalb verfassungsfeindlich.

Einig sind sich Linksextremisten aller Schattierungen darin, dass es die bürgerlich-kapitalistische Demokratie zu überwinden gilt. Die Verwirklichung linksextremistischer Utopien hätte die Aufhebung im Grundgesetz verankerter Werke und Inhalte zur Folge. Unsere garantierten Grundrechte und die parlamentarische Demokratie wären genauso beeinträchtigt wie Pluralismus, Gewaltenteilung und das Rechtsstaatsprinzip – je nach ideologischer Ausrichtung in unterschiedlicher Intensität.

Allgemein lassen sich im Linksextremismus ebenso wie im Rechtsextremismus drei grundlegende Formen des Extremismus erkennen:

- : der parlamentsorientierte Linksextremismus,
- : der aktionsorientierte Linksextremismus und
- : der diskursorientierte Linksextremismus.

Dem parlamentsorientierten Linksextremismus geht es vor allem um die Erlangung von Einfluss im parlamentarischen Raum bzw. auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Im Extremfall soll der demokratische Verfassungsstaat unter formaler Beachtung demokratischer Regeln und zum Teil unter Ausnutzung des grundgesetzlich garantierten Schutzes der Parteien (Parteienprivileg) abgeschafft werden. Man versucht so, auf parlamentarischem Weg und durch die Teilnahme an Wahlen politischen Einfluss zu gewinnen, um die ideologischen Vorstellungen durchzusetzen. Allerdings hindert sie diese Vorgehensweise nicht daran, teilweise sehr intensiv mit aktionsorientierten Gruppen zusammenzuarbeiten oder dies sogar als „zweites Standbein“ zu betrachten.

Die derzeit bestehenden linksextremistischen Parteien verfolgen verschiedene ideologische Richtungen. Ihre unterschiedlichen Ansätze verhinderten bisher in der Regel ein gemeinschaftliches Auftreten.

Nicht alle linksextremistischen Parteien legen ihren Schwerpunkt auf parlamentarische Repräsentanz. Obwohl sie bei Wahlen kandidieren, sind sie sich ihrer geringen Erfolgssaussichten bewusst und wollen daher ihre politischen Ziele vor allem über den außerparlamentarischen Kampf erreichen. Durch Bündnisarbeit und Einflussnahme auf soziale Bewegungen wollen sie auf Veränderungen hinwirken.

³⁰ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

Einer der umstrittensten Punkte dabei ist die Anwendung von Gewalt als Mittel zum gesellschaftlichen Umsturz. Häufig wird die politisch motivierte Gewalt als legitimes und geeignetes Mittel angesehen, um linksextremistische Vorstellungen zu verwirklichen. Aus taktischen Erwägungen sieht man in der derzeitigen gesellschaftlichen Lage aber davon ab. Falls aber eine sogenannte „revolutionäre Situation“ soweit fortgeschritten sein sollte, dass Gewalt als dienlich erachtet wird, um den angestrebten Umsturz zu verwirklichen, würde sie von denjenigen, die Gewalt grundsätzlich bejahen, – zumindest den programmatischen Aussagen zufolge – auch angewandt.

Überwiegend keine Probleme mit der Ausübung von Gewalt hat der aktionsorientierte Linksextremismus, der im sichtbaren öffentlichen Raum Machtansprüche ausdrücken möchte. Zum sichtbaren öffentlichen Raum gehört vor allem die „Straße“. Insbesondere Autonome legen daher ihren Aktionsschwerpunkt auf die Organisation und Durchführung von Demonstrationen und vergleichbaren öffentlichen Veranstaltungen.

Maßgeblich für Autonome ist dabei eine grundsätzliche Protest- und Verweigerungshaltung gegenüber dem politischen und gesellschaftlichen System. Wahlen werden grundsätzlich abgelehnt. Dasselbe gilt für verbindliche Strukturen. Autonome mischen sich überall dort in aktuelle Konflikte ein, wo es ihren persönlichen Bedürfnissen und Grundüberzeugungen entspricht. Die aktionistischen Schwerpunkte liegen vor allem in den Themenfeldern Antifaschismus, Antirassismus, Antiglobalisierung, Anti-imperialismus und Anti-Kernkraft. Obwohl Institutionalisierungen und organisiertes Vorgehen mit Verbindlichkeitsgrad autonomen Vorstellungen grundsätzlich zuwider laufen, ist insbesondere im Vorfeld von Großereignissen eine aktionsorientierte Vernetzung der Szene zu beobachten.

Mit militanten Aktionen wollen Autonome chaotische Zustände verursachen, um die Unregierbarkeit des Staates herbeizuführen. Insbesondere Gewalt gegen tatsächlich oder vermeintlich rechtsextremistische Personen und Strukturen sowie gegen die Polizei und andere staatliche Institutionen gilt als legitimes Mittel im Einsatz für autonome Zielsetzungen. Die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung gesellschaftlicher Utopien steht konträr zu dem von der Mehrheit der Gesellschaft als gültig angesehenen Konsens, dass Entwicklung durch demokratische Abstimmung erreicht wird. Gewaltsames Vorgehen missachtet die durch demokratische Prozesse getroffenen Entscheidungen der Mehrheit der Gesellschaft.

Der gesellschaftspolitische Diskurs wird nicht nur von Parteien, sondern auch von linksextremistischen Organisationen bzw. Kleingruppen beeinflusst, die zum Beispiel über Periodika und Gesprächszirkel intellektuell und propagandistisch agieren. Mit ihren Veröffentlichungen bestätigen derartige Publikationen und Gruppen das linksextremistische Weltbild ihrer Anhänger und tragen dadurch zum Zusammenhalt der Szene bei.

4.1 Parlamentsorientierter Linksextremismus

4.1.1 DIE LINKE* – Landesverband Nordrhein-Westfalen (DIE LINKE.NRW³¹)

Gründung	Oktober 1990
Sitz	Düsseldorf (Landesgeschäftsstelle)
Sprecherin/Sprecher	Katharina Schwabedissen, Hubertus Zdebel
Publikationen	'LANDESINFO Nordrhein-Westfalen' Zeitschriften der Parteigliederungen/Zeitschriften für regionale Bereiche)
Internet	eigene Homepage/eigene Seiten der regionalen Gliederungen (Kreisverbände)

'DIE LINKE*' ist eine Partei mit vielen Facetten. Die Mitglieder der Partei sind in der Mehrzahl keine Extremisten. Es ist auch nicht die Bewertung einzelner, isoliert betrachteter Aspekte in der politischen Zielsetzung der Partei, die die Anhaltspunkte für den Verdacht einer linksextremistischen Bestrebung begründen. Diese ergeben sich vielmehr unter anderem aus der Gesamtschau der programmatischen Grundlagen, der Bezugnahme auf kommunistische Vordenker, dem Verständnis der Menschenrechte und ihrem Verhältnis zur Diktatur in der DDR. Die Partei steht einerseits in Kontinuität mit der sozialistischen Staatspartei SED ('Sozialistische Einheitspartei Deutschlands'). Und sie hat sich andererseits in Ost und West zu einem auf Kommunal- und Länderebene mitregierenden politischen Faktor entwickelt, wozu die Fusion zwischen der mehrheitlich in Ostdeutschland verankerten PDS mit der protest- und gewerkschaftsorientierten WASG ('Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative') wesentlich beigetragen hat.

Der in der Satzung der 'LINKEN*' verankerte Pluralismus dient dem Ziel, linke innerparteiliche Strömungen unter einem Dach zu versammeln. Deshalb bietet die Partei ein ambivalentes Bild, das in seiner Spannweite von einem reformorientierten Politikverständnis einerseits und marxistisch-leninistischen Denkmustern andererseits geprägt ist.

Die Partei in Nordrhein-Westfalen ist teilweise durchdrungen von (ehemals) orthodoxen Linken (K-Gruppen, Troztkisten, DKP) und wird stark beeinflusst durch die beiden Strömungen bzw. Zusammenschlüsse 'Antikapitalistische Linke*' (AKL) und 'Sozialistische Linke*' (SL). Dies hat sowohl innerparteilich als auch außerhalb der Partei zu der Einschätzung geführt, bei dem nordrhein-westfälischen Landesverband handele es sich um einen vergleichsweise dogmatischen Landesverband mit einer besonders großen Nähe zu marxistisch-sozialistischem Gedankengut.

Anhaltspunkte für den Verdacht linksextremistischer Bestrebungen

Dennoch sind sowohl der überwiegende Teil der Mitglieder als auch große Teile der politischen Forderungen nicht als extremistisch anzusehen. 'DIE LINKE*' lässt aber innerhalb der Partei Zusammenschlüsse zu und fördert diese teilweise sogar, bei denen entweder Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung vorliegen oder zumindest den Verdacht dafür begründen.

Diese extremistischen bzw. extremismusverdächtigen Zusammenschlüsse und Strömungen sieht 'DIE LINKE*' als wichtige Bestandteile der Partei an. Sie erhalten durch die Satzung spezielle Rechte und finanzielle Unterstützung. Es handelt sich dabei insbesondere um die Strömung 'Antikapitalistische

³¹ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

Linke* (AKL), und die Zusammenschlüsse 'Sozialistische Linke*' (SL), 'Linksjugend [solid]' und 'Kommunistische Plattform' (KPF). Ihnen gemeinsam ist, dass sie

- : marxistische Grundlinien in ihrer Programmatik fortführen und auf die Programmatik der Partei zu übertragen versuchen,
- : sich nicht immer klar von der Gewalt distanzieren, die von linksextremistischen militanten Autonomen ausgeht,
- : die SED-Diktatur in der DDR nicht konsequent als Unrechtsstaat ablehnen, sondern in Teilen sogar positiv darstellen,
- : für die Zusammenarbeit mit extremistischen Organisationen national wie international stehen,
- : ein kollektivistisches Menschenbild und ein kollektivistisches Grundrechtsverständnis propagieren.

4.1.1.a Sozialistische Linke* (SL)

Die SL versteht sich selbst als „Zentrum“ zwischen den innerparteilichen Flügeln, das sowohl an linkssozialdemokratische wie auch reformkommunistische Traditionen auf der Grundlage marxistischer Gesellschaftsanalyse anknüpft.

Überwindung des demokratisch-institutionellen Systems

Unklar bleibt in den programmatischen Aussagen der SL, inwieweit mit der Überwindung des „Kapitalismus“ eine Wirtschafts-, Gesellschafts- und politische Ordnung angestrebt wird, die den vom Grundgesetz – trotz dessen grundsätzlicher Neutralität in der Frage der Wirtschaftsordnung – gesetzten Rahmen überschreitet. Insbesondere geht es darum, ob auch demokratische Strukturprinzipien zur Disposition stehen. Die im Gründungsaufwurf der SL enthaltene Forderung nach einer politischen Linken, die „einen neuen Anlauf unternimmt, die Vorherrschaft des Kapitals zu überwinden“ und „zugleich realistisch und radikal, an die Wurzel gehend“ agiert,³² lässt offen, ob (nur) ein konkretes Wirtschaftssystem abgelehnt oder zugleich elementare Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates in Frage gestellt werden, also die Überwindung des Wirtschaftssystems mit der Überwindung des ihm zugrundeliegenden demokratisch-institutionellen Systems verbunden werden soll.

Eigentums- und Entschädigungsfrage

In diesem Kontext bleibt die Eigentumsfrage auch zentraler Bestandteil der Programmatik. Es gibt eine Fülle von Forderungen nach Verstaatlichungen, Vergesellschaftungen und weitreichenden Regulierungen. Das Thema „Entschädigungen“ taucht jedoch nicht auf. Die Umsetzung der systemverändernden bzw. -überwindenden Ansätze in den Positionen des Programms in Gänze erscheint ohne die Missachtung zumindest einzelner Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nur schwer vorstellbar. Die Forderung nach einer Überwindung des Kapitalismus³³ mit dem Ziel, einen demokratischen Sozialismus zu etablieren, ist allein noch nicht zwingend extremistisch. Das Grundgesetz sieht keine bestimmte Wirtschaftsordnung vor, soweit die Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG), die freie Wahl des Berufs, des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte (Art. 12 GG), die allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 GG) und die Eigentumsgarantie (Art. 14 GG) gewährleistet sind. Allerdings drängt sich der Verdacht auf, dass die bis dato verfasste Gesellschaftsanalyse in traditionellen Marxismuskategorien verhaftet bleibt und sich eine Programmatik daraus nicht ableiten lässt, die einen „demokratischen Sozialismus“ unter Beibehaltung der genannten Freiheiten gewährleistet.

³² Gründungsaufwurf der 'Sozialistischen Linken': realistisch und radikal.

³³ Dieser Kapitalismus wird nach der sogenannten „Dimitroff-Formel“ als bloße Ausprägung des Faschismus verstanden, genau wie es die bürgerliche Demokratie sein soll. Mit der Überwindung des Kapitalismus erfolgt mithin gleichzeitig die Überwindung des Faschismus und eben auch der bürgerlichen Demokratie.

Gemäß dem Marx'schen „Basis-Überbau-Modell“ besteht ein direkter und kausaler Zusammenhang zwischen der Ökonomie einer Gesellschaft (hier: Kapitalismus) und ihrer politischen Verfasstheit. Das heißt: Die rigorose Veränderung der wirtschaftlichen Grundlage der Gesellschaft schließt notwendigerweise in dieser Perspektive auch die rigorose Veränderung der politischen Grundlage der Gesellschaft ein.

Verhältnis zu Grundrechten

Die Grundrechte des demokratischen Verfassungsstaates werden von der SL zwar verteidigt, im Vergleich zu den sozialen Fragen aber als nachrangig bewertet.³⁴ Hierzu passt die Haltung der SL, sich in Bezug auf die Länder des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, namentlich Bolivien, Venezuela (sowie eingeschränkt Kuba) „nicht durch instrumentelle Menschenrechtskampagnen irre machen [zu] lassen“.³⁵ Die Begrifflichkeit der „instrumentellen Menschenrechtskampagnen“ legt nahe, dass die Akzeptanz der Universalität von Menschenrechten und die Forderung nach ihrer weltweiten Verwirklichung nicht konsequent nachvollzogen werden.

4.1.1.b Antikapitalistische Linke (AKL)

Die 'Antikapitalistische Linke*' (AKL) will verhindern, dass die Partei auf ein explizit sozialistisches Ziel verzichtet und einen „regierungsorientierten Pragmatismus“, entwickelt.³⁶ Auch hier bleiben das Verhältnis zur Verfassung und die inhaltliche Tragweite der Forderung „*Wir wollen einen Sozialismus für Alle [...] Freiheit durch Sozialismus! – Für eine sozialistische Demokratie*“³⁷ vage. Aber selbst Forderungen aus dem Gründungsaufwurf werden als „Übergangsforderungen innerhalb des kapitalistischen Systems“ gesehen.³⁸

Im Gründungsaufwurf der AKL heißt es, „*grundlegende Veränderungen der Wirtschaftsordnung*“ seien „*unter den gegebenen Kräfteverhältnissen schwer erreichbar*“.³⁹ Dies legt nahe, dass die angestrebten „grundlegenden Veränderungen der Wirtschaftsordnung“ sowie die Etablierung anderer Kräfteverhältnisse umfassendere Auswirkungen auf die Verfasstheit des demokratischen Staates haben könnten.

Unter Antifaschismus versteht die AKL in klassisch marxistisch-leninistischer Diktion auch den „Widerstand gegen die strukturellen Bedingungen von Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung“; schließlich seien es die „bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse“, die „faschistoiden Entwicklungen und Gefahren den Boden bereiten“.⁴⁰ Verbunden mit dem Anspruch, bei politischen Projekten „zugleich die Perspektive für eine grundlegend andere Gesellschaftsordnung zu öffnen“,⁴¹ wird deutlich, dass eben nicht nur das konkrete marktwirtschaftliche System abgelehnt, sondern eine neue gesellschaftliche, also auch politische Ordnung, verlangt wird.

³⁴ Koordinierungskreis der 'Sozialistischen Linken', 15.06.2007, *In die Offensive kommen – für eine starke LINKE!*

³⁵ *Eine Revolution für das Grundgesetz*, 8.12.2007,

³⁶ *Hier und im Folgenden: Für eine antikapitalistische Linke*, (Gründungsaufwurf der AKL), veröffentlicht im März 2006 auf www.antikapitalistische-linke.de.

³⁷ *„Es ist Zeit für Widerstand!“, Stellungnahme der Antikapitalistischen Linken zur Finanzmarktkrise*, veröffentlicht am 7.11.2008 auf www.antikapitalistische-linke.de.

³⁸ *„Der Kampf um den Kurs der Partei. Politische Strömungen innerhalb der LINKEN“*, Diskussionsabend der LINKEN. Kreisverband Soest, veröffentlicht auf www.linksueberholen.de.

³⁹ *Gründungsaufwurf der AKL*.

⁴⁰ *„Die Linke bewegen – Gesellschaft verändern!“*, Abschlusserklärung der bundesweiten Konferenz der 'Antikapitalistischen Linken' in Erfurt am 10.03.07, veröffentlicht auf www.antikapitalistische-linke.de.

⁴¹ *„Keine Privatisierung der Berliner Sparkasse! Eine Erwiderung auf die „Dessauer Erklärung“ der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Linkspartei.PDS“ vom 21.02.2007*, veröffentlicht auf www.antikapitalistische-linke.de.

Verhältnis zur SED-Diktatur in der DDR

Im Umgang mit der Geschichte der DDR und des Sozialismus wehrt sich die AKL in erster Linie gegen eine „Diskreditierung gegenwärtiger oder vergangener Sozialismusversuche“, an denen sich antikapitalistische Politik nicht beteiligen dürfe und fordert, dass der DDR-Bezug des Chemnitzer PDS-Programms von 2003 im neuen Programm der 'LINKEN*' beibehalten werden soll.⁴² Danach standen unter anderem „die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und das spätere Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten“, „im berechtigten Gegensatz zur Weiterführung des Kapitalismus in Westdeutschland“.

Bewertung der Staatssicherheit der DDR („STASI“)

Dem AKL-Koordinierungskreis gehört die nordrhein-westfälische Politikerin und innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Ulla Jelpke, an. Diese richtete im Mai 2010 anlässlich der Jahrestagung der Mitarbeiter der DDR-Auslandsaufklärung (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit an die „lieben Genossinnen und Genossen“ ein „Grußwort an Aufklärer“:

„Viele von Euch wurden für ihren mutigen Einsatz für den Frieden nach dem Ende der DDR mit Gefängnis bestraft. Die Spione des BND – eines von Altnazis aufgebauten aggressiven imperialistischen Dienstes – gingen dagegen für ihre Operationen gegen den Sozialismus straffrei aus. Diese Ungleichbehandlung ist bis heute ein himmelschreiendes Unrecht, das ein bezeichnendes Verständnis auch auf den sogenannten »demokratischen Rechtsstaat« wirft, den die Spitzel von BND und Verfassungsschutz angeblich verteidigen.“⁴³

Verhältnis zu extremistischen Organisationen

Weiterhin fordert die AKL ein engeres Verhältnis der 'LINKEN*' zur orthodox-kommunistischen DKP und wendet sich insbesondere gegen den Beschluss, auf Landes- und Bundeslisten keine Mitglieder anderer Parteien zu platzieren. „Die Abgrenzung gegenüber marxistischen Strömungen in der Partei und kommunistischen Parteien wie der DKP nach außen“, seien der Beginn einer Spaltung, „die von den herrschenden Kräften gewollt ist“.⁴⁴

Abgrenzung gegenüber Reformkräften in der Partei

Innerparteilich grenzt sich die AKL vor allem gegenüber der „so genannten Reformlinken in der Linkspartei“ ab.⁴⁵ Enger gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der KPF; einige KPF-Vertreter, allen voran Sahara Wagenknecht, unterzeichneten auch den Gründungsaufwurf der AKL und arbeiten aktiv in dieser mit.⁴⁶

⁴² „Die Linke bewegen – Gesellschaft verändern!“, Abschlusserklärung der bundesweiten Konferenz der 'Antikapitalistischen Linken' in Erfurt am 10.03.07, veröffentlicht auf www.antikapitalistische-linke.de.

⁴³ Ulla Jelpke, „Gruß an die Aufklärer“ vom 15.05.2010, veröffentlicht auf ulla-jelpke.de.

⁴⁴ „Politische Erklärung“, wurde im Anschluss an die Konferenz der 'Antikapitalistischen Linken' in der Partei 'DIE LINKE*' am 2. März in Kassel wurde von einer Gruppe von Teilnehmerinnen und Teilnehmern erarbeitet. Veröffentlicht auf www.antikapitalistische-linke.de.

⁴⁵ „Offener Brief an die 'Sozialistische Linke'“, Offener Brief an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops der 'Sozialistischen Linken' am 19. August 2006. Veröffentlicht auf www.antikapitalistische-linke.de

⁴⁶ Die Mitgliedschaft von Sarah Wagenknecht in der KPF ruht seit Februar 2010.

4.1.1.c Kommunistische Plattform (KPF)

Es geht der 'Kommunistischen Plattform' laut ihrer Gründungserklärung darum, „[k]ommunistisches Gedankengut in die Programmatik und die praktische Politik der Partei ein[z]u bringen“. Dafür wollen die Anhänger „[i]n den Grundorganisationen der SED-PDS aktiv als Parteimitglieder mit kommunistischer Überzeugung wirken.“⁴⁷ Sie beziehen sich dabei auf den Satz von Marx/Engels: „Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.“

Ihr Selbstverständnis formuliert die KPF NRW wie folgt:

„Die Kommunistische Plattform ist ein offen tätiger Zusammenschluß von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei 'DIE LINKE'. Die Bewahrung und Weiterentwicklung marxistischen Gedankenguts ist wesentliches Anliegen der Kommunistischen Plattform. Die Plattform tritt für den Sozialismus als Ziel gesellschaftlicher Veränderungen ein.“ Eine wesentliche Aufgabe bleibe, für die „Verankerung der eindeutigen gesellschaftlichen Alternative zum kapitalistischen Gesellschaftssystem“ einzutreten, was „auch gegen den Zeitgeist gerichteten Umgang mit bisherigen Erfahrungen des Sozialismus“ einschlieÙe.“⁴⁸*

Grundlage bilden Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin sowie die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung:

„Die auf der Grundlage der Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung erarbeiteten Wesenszüge und objektiven Gesetze des Imperialismus“⁴⁹ sind nach Auffassung der KPF auch im 21. Jahrhundert noch gültig, womit die von jenen erarbeiteten Theoriegebäude zur Grundlage allumfassender Erklärungsansätze ökonomischer und politischer Prozesse erklärt und verbindlich gemacht werden.

Mit der Behauptung, das „Gesellschaftssystem Kapitalismus“ trage Besatzung, Folter, Mord und Vertreibung in sich „wie eine Wolke den Regen“,⁵⁰ wird der Ausgang gesellschaftlicher und historischer Prozesse auf die altbekannte Formel von Rosa Luxemburg „Sozialismus oder Barbarei“ reduziert, wobei „nur die sozialistische Alternative die Zivilisation zu bewahren in der Lage“ sei.⁵¹ Die KPF ist und bleibt, so der Beschluss ihrer 14. Bundeskonferenz 2009, „dem historischen und dialektischen Materialismus“⁵² verpflichtet. In den Verlautbarungen der KPF lässt sich ein Geschichtsbild erkennen, das in seinen vorgeblich objektiven Gesetzmäßigkeiten Grundlage für den rigorosen Dogmatismus, den absoluten Wahrheitsanspruch wie auch das rigide Freund-Feind-Denken bildet.

Verhältnis zur SED-Diktatur in der DDR

Allgemein wird ein äußerst positiver Bezug auf die DDR genommen, sie sei „das Beste, was wir je hatten“⁵³ und ihre Verfassung sei „die demokratischste Verfassung, die es jemals in Deutschland“ gegeben habe.“⁵⁴ Die DDR sei „der legitime Versuch, [...] eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, [...] ohne kapitalistische Ausbeutung und soziale Not“, wie es in einer Erklärung ehemaliger Mitarbeiter

⁴⁷ Offener Brief, s. Fn. 47.

⁴⁸ Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, Schwerpunktaufgaben der Kommunistischen Plattform in den nächsten Monaten, Beschluss der 1. Tagung der 14. Bundeskonferenz der KPF, Berlin, 26. April 2008; auf: www.die-linke.de.

⁴⁹ Juni 2007, „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“, Ausbeutung und Krieg; auf: www.die-linke.de.

⁵⁰ Januar 2009, „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“, „Shalom und Salam“ – Bericht über eine Podiumsdiskussion,

⁵¹ Mai 2008, „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“, Bericht des Bundessprecherrates; auf: www.die-linke.de.

⁵² Mai 2009, „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“, Schwerpunktaufgaben der Kommunistischen Plattform bis November 2009, Beschluss der 3. Tagung der 14. Bundeskonferenz. Historischer und dialektischer Materialismus ist der Kern des marxistischen Geschichtsbildes, wonach der Verlauf der Geschichte notwendig auf eine kommunistische Gesellschaft zuführt; auf: www.die-linke.de.

⁵³ Oktober 2009, „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“, Auskünfte über ein geliebtes Land; auf: www.die-linke.de.

⁵⁴ April 2008, „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“, „Wir erinnern – Politischer Kalender“, auf: www.die-linke.de.

der Staatssicherheit in den „Mitteilungen“ heißt.⁵⁵ Es wird wiederholt Interessenverbänden ehemaliger DDR-Eliten und Funktionären die Möglichkeit eingeräumt, in den „Mitteilungen“ zu publizieren oder sie erhalten in der Publikation solidarischen Zuspruch.

Diese Haltung zur Diktatur in der ehemaligen DDR spiegelt sich auch im Programmentwurf, der die DDR insgesamt nicht als Unrechtsstaat bewertet und die Nichtvereinbarkeit dieses Systems mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland anerkennt:

„Viele Ostdeutsche setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes, antifaschistisches Deutschland ein.“ (Programmentwurf, Seite 6)

Neben dem sprachlichen Duktus, der an DDR-Verlautbarungen anknüpft („friedliebende DDR“), wird wieder der antifaschistische Gründungsmythos der DDR bemüht. Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen des SED-Regimes werden lediglich auf stalinistische Verzerrungen zurückgeführt und reduziert, ohne jedoch eine grundsätzliche Abkehr vom Marxismus-Leninismus zu formulieren.

Verhältnis zu den Grundrechten

Zwar werden die vorhandenen Freiheits- und Bürgerrechte nicht offen abgelehnt, da diese „Fortschritt“ erleichtern könnten; dennoch gelte es, ihr „unvermeidliches Illusionspotenzial“ aufzudecken.⁵⁶ Die Bürger- und Freiheitsrechte müssten als „Ordnungsreglement einer herrschaftsförmig organisierten Gesellschaft“ angesehen werden und reflektierten „im Wesentlichen die ökonomische Basis, also die kapitalistischen Produktionsverhältnisse“.⁵⁷

Diese Sichtweise tritt auch in der Programmatik der KPF zutage, wenn die Menschenrechte unter Vorbehalt gestellt werden. Dort heißt es, dass Widerstand immer dann angezeigt sei, wenn „die friedenspolitischen Prinzipien der ‘LINKEN*’ mittels abstrakter Menschenrechtsforderungen geopfert werden sollen“.⁵⁸ Hierdurch werden Menschenrechte im Hinblick auf einen höheren Zweck – hier die friedenspolitischen Prinzipien einer Partei – relativiert.

Stellung der KPF in der Partei

Das Verhältnis der KPF zum Parteivorstand ist ambivalent: Einerseits gerät die Parteiführung aufgrund der KPF regelmäßig in Schwierigkeiten in der Öffentlichkeit. Andererseits bindet die KPF die orthodox-kommunistischen Mitglieder an ‘DIE LINKE*’. Das Verhältnis der KPF zur Partei ist aber auch gekennzeichnet durch gegenseitige Unterstützung und strukturell bedingte Verbundenheit. Die KPF ist zwar formal eine gesamtdeutsche Vertretung von Kommunisten innerhalb der ‘LINKEN*’; durch ihren starken Bezug auf die Geschichte der DDR und des Sozialismus stellt sich die KPF aber vor allem als Vertreterin derjenigen Mitglieder der ‘LINKEN*’ auf, die in Fragen der Ideologie, der Identität, der Struktur und des Milieus ihre weltanschauliche Heimat in der DDR gesehen haben.

⁵⁵ Oktober 2007, „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“, *Geschichtsklitterung in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle*; auf: www.die-linke.de

⁵⁶ Januar 2008, „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“, *Terrorismusverdacht und Bürgerrechte*; auf: www.die-linke.de.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Dezember 2008, „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“, *Schwerpunktaufgaben der Kommunistischen Plattform in den nächsten Monaten, Beschluss der Bundeskonferenz am 22. November 2008*; auf: www.die-linke.de.

4.1.1.d Linksjugend [‘solid]

Einen „grundsätzlichen Systemwechsel“ will auch die 'Linksjugend [‘solid]', die Jugendorganisation der Partei 'DIE LINKE*', wobei die parlamentarische Demokratie eher als „untaugliches Vehikel“ für den Wechsel gesehen wird. Das parlamentarische System wird nur „als Mittel zum Zweck“ betrachtet. In ihrem auf dem 1. Bundesparteitag am 5. April 2008 beschlossenen Programm heißt es:

„Als SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen kämpfen wir für eine libertäre, klassenlose Gesellschaft jenseits von Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat. [...] Die berühmten zwei Gräben Reform oder Revolution bilden für uns keinen Widerspruch. Wir streiten für einen grundsätzlichen Systemwechsel. [...] Wir wollen die Bühne des Parlamentarismus für den Kampf um eine gerechtere Welt nutzen, aber uns nicht der Illusion hingeben, dass dort der zentrale Raum für reale Veränderungen sei.“

Das Oberverwaltungsgericht Münster führte insoweit aus, mit der „Linksjugend [‘solid]' lehnt eine weitere der Partei zuzurechnende Gruppierung tragende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung offen ab. Sie spricht dem Parlament [die] zentrale Rolle bei der politischen Willensbildung ab, in dem sie den Parlamentarismus als Kasperletheater zur Legitimation kapitalistischer Verhältnisse [...] verunglimpft.“⁵⁹

'Linksjugend [‘solid]' ist in Nordrhein-Westfalen für die Partei eher Instrument für Wahlkämpfe, Demonstrationen und Veranstaltungen. Der Einfluss auf die politischen Leitlinien dürfte eher gering sein.

Extremistische Einflussnahme auf den Programmentwurf und die Programmdiskussion

Am 20. März 2010 stellten die damaligen Vorsitzenden der Partei, Oskar Lafontaine und Lothar Bisky, einen Entwurf für ein Parteiprogramm vor. Der Entwurf scheint den radikalen Flügel in der Partei zu stärken, der Reformflügel ist in dem Programmentwurf kaum zu erkennen. Gegenüber den „Programmatischen Eckpunkten“ von 2007 (Beitritt der WASG in die Linkspartei.PDS) ist hier sogar eine dogmatische Verschärfung festzustellen.

Deutlich wird dies durch die positive Bezugnahme auf Marx und auch Engels:

„DIE LINKE knüpft an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung und aus anderen emanzipatorischen Bewegungen an.“ (Programmentwurf, Seite 5)

„Doch erst die Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals verwirklicht die sozialistische Perspektive der Freiheit und Gleichheit für alle Menschen. Dies haben insbesondere die sozialistischen Theoretiker Marx und Engels gezeigt.“ (Programmentwurf, Seite 5)

Einer der Sprecher des Marxistischen Forums Sachsens analysierte in der Tageszeitung 'junge Welt' aus marxistischer Sicht:

⁵⁹ Urteil vom 13.02.2009 (Az:16 A 845/08)

„Methodisch steht der erste Programmentwurf in der Tradition marxistischer Programmatik [...]. Er leitet nicht [...] die politischen Aufgaben und Grundsätze aus abstrakten Werten (Freiheit, Gerechtigkeit/Gleichheit, Solidarität) ab, sondern aus der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus.“⁶⁰

Der Sprecher erklärte weiterhin: Der Entwurf *„bekennt sich dabei sinngemäß gleich am Anfang zum kategorischen Imperativ des 25jährigen Karl Marx: 'Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden'.“⁶¹*

Bei der Spitze der 'LINKEN*' in Nordrhein-Westfalen ist der Entwurf für das Grundsatzprogramm auf große Zustimmung gestoßen. Gegenüber DPA erklärte NRW-Parteisprecher Wolfgang Zimmermann: *„Mit dem Entwurf kann ich sehr gut leben.“* Er sehe inhaltliche Übereinstimmungen zwischen dem Landtagswahlprogramm der NRW-Linken und dem Programmentwurf der Bundespartei.⁶²

Kein klares Bekenntnis zum Grundgesetz

Teile der Partei 'DIE LINKE*' stellen weiterhin die „Systemfrage“, ohne ein alternatives politisches System im Sinne des Grundgesetzes zu beschreiben. Ein Mitglied des Bundesvorstandes und stellvertretender Landessprecher des nordrhein-westfälischen Landesverbandes beschreibt die Alternative wie folgt:

„Die Alternative zu einer solchen [kapitalistischen] Gesellschaft heißt Sozialismus [...]. Enteignung und Entmachtung der Herrschenden ist wahrscheinlich nur selten ein Akt der Regierung. Sie wird ein Ergebnis eines Kampfes der Nicht-Herrschenden um Wiederaneignung sein, in dessen Verlauf verschiedene Formen der Gegenmacht entstehen – vom besetzten Werkstor bis zu Räten der Selbstverwaltung im Betrieb und der Kommune. In diesem Prozeß der wirklichen Kämpfe müssen sich die Vorschläge nach 'mehr Wirtschaftsdemokratie' einordnen.“⁶³

Ein anderes politisches System schwebt offenbar auch der einen Vorsitzenden der Bundespartei, Gesine Löttsch, vor, wenn sie vor der am 8. Januar 2011 durch die Tageszeitung 'junge Welt' in Berlin veranstalteten Rosa-Luxemburg-Konferenz in der Zeitung gescheiterte und mögliche „Wege zum Kommunismus“ beschreibt.⁶⁴ Wörtlich heißt es dort:

„Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Regierung oder in der Opposition.“

Verhältnis zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung

Teile der Partei 'DIE LINKE*' haben nach wie vor ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Einzelne Funktionäre und Mitglieder der Partei 'DIE LINKE*' solidarisieren sich mit gewaltbereiten Autonomen und wirken mit ihnen bei Demonstrationen zusammen.

Die nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke forderte:

⁶⁰ Artikel „Antikapitalismus verteidigen – Analyse. Zum ersten Entwurf für ein Parteiprogramm der Linkspartei: Taugliche Handlungsorientierung linker Politik ergänzt durch das Wertepalaver der Modernesozialisten“, in *junge Welt* v. 11.05.2010, Seite 10/11 abgerufen am 14.05.2010 auf www.jungewelt.de.

⁶¹ ebd.

⁶² DPA-Meldung v. 22.03.2010, 12.56 Uhr.

⁶³ Artikel „Die Linke bleibt links“, in *junge Welt* v. 20./21.03.2010, Seite 3.

⁶⁴ *junge Welt* vom 3.1.2011 (Seite 10/11).

„dass die Partei DIE LINKE auf allen Ebenen ihre Bündnisse mit der DKP, anderen sozialistischen und kommunistischen Vereinigungen und insbesondere den außerparlamentarischen Bewegungen ausbaut statt aufkündigt.“⁶⁵

Jelpke fordert weiter „die Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kräfte“ unter Einschluss der „Autonomen Antifaschisten“.⁶⁶ Sie bezieht also auch ausdrücklich solche „Autonome“ mit ein, die Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung, insbesondere mit dem politischen Gegner „Rechts“ und dem Staat (vor allem der Polizei) ansehen.

Im Rahmen der erwähnten Rosa-Luxemburg-Konferenz moderierte Ulla Jelpke eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Wo bitte geht's zum Kommunismus? Linker Reformismus oder revolutionäre Strategie – Wege aus dem Kapitalismus“, an der eine ehemalige Terroristin der 'Bewegung 2. Juni' bzw. der RAF teilnahm. Ohne Widerrede von Frau Jelpke blieb dabei folgendes Statement des ehemaligen RAF-Mitglieds:

„Das kapitalistische Gewaltmonopol fällt nicht einfach, aber jede Rechtsordnung ist temporär, auch die derzeitige ist historisch. Konkret bedeutet das, wenn Deutschland Krieg führt und dann als Antikriegsaktion Bundeswehrmaterial abgepackelt wird, dann ist das eine legitime Aktion. Genauso wie Sabotage im Betrieb an Rüstungsgütern, wie wilde Streiks, militante Antifa-Aktionen und Gegenwehr bei Polizeiattacken. Eine revolutionäre Partei muss sich dahinter stellen und nicht den bürgerlichen Pazifismus und dessen Gesetze in Front gegen die Aktionen bringen. Wenn es notwendig ist, muss die bürgerliche Rechtsordnung überschritten werden. [...] Nur so kann die Ohnmacht vor der Allmacht des Staates gebrochen werden. Wir können den Kapitalismus nicht wegbeten. Ohne Konfrontationen keine Veränderung!“⁶⁷

Das ambivalente Verhältnis der Partei zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung wird beispielhaft durch Äußerungen im Zusammenhang mit dem Castor-Transport Anfang November 2010 nach Gorleben deutlich. Namhafte Mitglieder unterstützten die Kampagne „Castor? Schottern!“, die dazu aufrief, den Transport durch Entfernen des Schotters an den Gleisen zu verhindern bzw. aufzuhalten. So erklärte die innen- und rechtspolitische Sprecherin der Fraktion 'DIE LINKE*' im Landtag von Nordrhein-Westfalen:

„Auch Mitglieder unserer Fraktion und der Landespartei werden im Wendland aktiv sein, um sich an den verschiedenen geplanten Aktionen zu beteiligen. Wir sind solidarisch mit allen geplanten Protestformen. [...] Der Protest gegen den Castor-Transport ist legitim und dringend erforderlich.“⁶⁸

Und der stellvertretende Landessprecher der 'LINKEN*' erklärte:

⁶⁵ *junge Welt* vom 3.3.2008, Seite 8.

⁶⁶ Ulla Jelpke, MdB, in einer Rede anlässlich einer Gedenkkundgebung am 19. April 2008 in Berlin zum 122. Geburtstages des ehemaligen Vorsitzenden der KPD Ernst Thälmann.

⁶⁷ „Wo bitte geht's zum Kommunismus?“ v. 9.01.2011, Artikel auf www.scharf-links.de, abgerufen am 20.01.2011.

⁶⁸ Pressemitteilung Fraktion 'DIE LINKE*' im Landtag NRW vom 4.11.2010

„Die LINKE bedankt sich bei allen Demonstranten und Demonstrantinnen und sie gratuliert ausdrücklich der Kampagne Castor-Schottern zu ihrem großen politischen Erfolg. Sie drückte die Bereitschaft und die Pflicht zum zivilen Ungehorsam aus, ohne den heute die Atomfreunde in aller Welt nicht zu stoppen sind. Wohl noch nie ist es einer sozialen Protestbewegung gelungen, innerhalb von wenigen Monaten die Sprache um ein neues Wort als Synonym für Recht auf Widerstand zu bereichern. Wir schlagen das Wort Schottern als Wort des Jahres 2010 vor.“⁶⁹

Fazit

Der Partei ist es auch im vorliegenden Programmentwurf nicht gelungen, ihre Ziele überzeugend im Sinne des Grundgesetzes zu beschreiben und auszugestalten. Der gewichtige Einfluss auf die Programmatik der Partei, der von den extremistischen Strömungen und Einschlüssen, die ihren festen Platz in der Partei haben, ausgeht, ist deutlich. Nicht zuletzt die ausdrücklich positive Wertung des Programmentwurfs von Seiten linksextremistischer Publizistik unterstützt diese Einschätzung.

Bei Teilen der Partei 'DIE LINKE*' liegen Anhaltspunkte für den Verdacht vor, dass sie eine Gesellschaft anstreben, die von einer umfassenden staatlichen Kontrolle, Regulierung und Steuerung geprägt ist. Einzelne wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen und Absichten zielen in der Gesamtschau – unter positiver Bezugnahme auf die extremistischen Positionen von Marx, Engels und Luxemburg – auf eine dem Grundgesetz widersprechende Überwindung des politischen Systems. Dies muss sich die Partei 'DIE LINKE' zurechnen lassen, wenn und soweit sie sich nicht von diesen Positionen distanziert. Insgesamt ist festzustellen, dass in der Partei ein eher kollektivistisches Menschenbild und ein kollektivistisches Grundrechtsverständnis verbreitet ist. Damit wird der grundrechtlich gewährleistete individuelle Freiheitsanspruch der Bürgerinnen und Bürger relativiert.

Teile der Partei 'DIE LINKE*' haben nach wie vor ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Durch die partielle Zusammenarbeit mit der gewaltbereiten autonomen Szene wird Gewalt als Teil des „antifaschistischen Kampfes“ zumindest geduldet.

4.1.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

	Bund	NRW
Gründung	1968	Bezirk Rheinland Westfalen und Ruhr Westfalen
Sitz	Essen	
Vorsitzende	Bettina Jürgensen	
Mitglieder		
2010	rd. 4.000	rd. 1.500
2009	rd. 4.000	rd. 1.500
Publikationen	'unsere Zeit' (uz); 'Marxistische Blätter'	
Internet	Eigene Homepage	

Hintergrund und Verfassungsfeindlichkeit der DKP

Die 'Deutsche Kommunistische Partei' (DKP) ist neben der MLPD eine Kernorganisation des orthodox-kommunistischen Linksextremismus. Die Partei versteht sich als politische Nachfolgerin der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen 'Kommunistischen Partei Deutschlands' (KPD), bekennt sich als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“ zum Marxismus-Leninismus und strebt die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft an.

⁶⁹ www.dielinke-nrw.de.

„Ziel der DKP ist der Sozialismus/Kommunismus. Unter der Voraussetzung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und der gesamtgesellschaftlichen Planung der Produktion kann in einem längeren historischen Prozess eine Ordnung menschlichen Zusammenlebens entstehen, 'worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist'. (K. Marx/F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848) Für dieses Ziel die Arbeiterklasse und die Mehrheit der anderen Werktätigen zu gewinnen – darum geht es der DKP.“ (Auszug aus dem Programm der DKP, beschlossen auf dem 17. Parteitag der DKP am 8. April 2006)

Ziele: Klassenkampf, Revolution, Systemüberwindung

Nach ihrer Vorstellung soll die Arbeiterklasse als maßgebende gesellschaftsverändernde Kraft durch einen klassenkämpferisch-revolutionären Akt die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse, den Parlamentarismus und den politisch-gesellschaftlichen Pluralismus überwinden. Gewaltanwendung wird dabei nicht ausgeschlossen. Über die Zwischenstufe des Sozialismus wird eine klassenlose kommunistische Gesellschaft angestrebt, in der alle wesentlichen Antagonismen (Gegensätze), insbesondere der zwischen Kapital und Arbeit, aufgehoben sein sollen. Individualgrundrechte, das heißt individuelle Freiheitsrechte, haben dabei keinen Platz.

Aktionsschwerpunkte der DKP im Jahr 2010

Landtagswahl am 9. Mai 2010

Die DKP sieht im Landtagswahlprogramm der Partei 'DIE LINKE.NRW*' derzeit die einzige fortschrittliche Alternative zu den herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnissen, um die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung Sozialismus zu verändern. Daher rief die DKP zur Wahl der Partei 'DIE LINKE*' auf und verzichtete darauf, eine eigene Landesliste aufzustellen. Lediglich in zwei Wahlkreisen in Düsseldorf und Köln traten Direktkandidaten der DKP an und erzielten jeweils 0,1 % der Wählerstimmen. Das Kalkül der örtlichen DKP-Gruppen sah vor, auf eine „revolutionäre Vertreterin der sozial benachteiligten Arbeiterklasse vor Ort“ zu setzen und so auf sich aufmerksam zu machen.

19. Parteitag in Frankfurt am Main am 9. und 10. Oktober 2010

Bereits 2009 begann nach der Bundestagswahl in der DKP eine programmatische Debatte, deren Kern die Wahlempfehlung des Parteivorstandes für die Partei 'DIE LINKE*' zur Bundestags- und Landtagswahl und der Verzicht auf eigene Wahllisten war. Dies wurde von den orthodox-kommunistischen Kräften der Partei kritisiert.

Der bisherige Vorsitzende Heinz Stehr kandidierte auf dem 19. Parteitag nicht mehr. Bettina Jürgensen, die Mitglied des Landesverbandes Schleswig-Holstein ist, wurde zur neuen Vorsitzenden der Partei gewählt. Darüber hinaus wurden erstmalig drei Stellvertreter gewählt: Erste Stellvertreterin ist Nina Hager (Berlin). Die weiteren Posten nehmen Patrik Köbele (Essen) und Leo Meyer (München) ein.

Im Gegensatz zu den vom bisherigen Vorstand favorisierten und im Januar 2010 durch das Parteisekretariat veröffentlichten „Politischen Thesen“, die aufgrund ihres programmatisch-reformerischen Charakters parteiintern heftig kritisiert worden waren, hat man bei der Neuwahl des Vorstands bewusst allen Strömungen in der Partei durch die Bestellung eines dritten Stellvertreters Rechnung tragen wollen. Dies kam dem orthodox-kommunistischen Flügel, der den revolutionären Anspruch einer kommunistischen Avantgarde-Partei nach dem Vorbild Lenins wahren will, zugute. Mit einer theorieorientierten Konferenz, die für 2011 geplant ist, soll darüber hinaus der Dialog in der Partei gefördert und die Einheit der Partei gestärkt werden.

Für die kommenden zwei Jahre hat sich die Partei auf ihrem 19. Parteitag mit einer „Politischen Resolution“ und einem „Aktionsorientierten Forderungsprogramm“ eine aktuelle programmatische Basis für ihre zukünftige politische Arbeit gegeben. Sie will sich in außerparlamentarischen Bewegungen und insbesondere in Betrieben und Gewerkschaften als „Vertreterin der Arbeiterklasse“ noch stärker positionieren. Dabei will sie ihre Identität als eigenständige revolutionäre Partei wahren und ihren Charakter einer Kaderpartei betonen. Beispiele hierfür sind – auch wenn medial kaum wahrgenommen – die bundesweiten Flugblatt-Aktionen vor Betrieben und Verwaltungen am 10. und 11. September 2010 zum „Heißen Herbst“, die im Vorfeld gewerkschaftlicher Aktionen durchgeführt wurden.

uz-Pressesfest

Die Erhaltung der wöchentlich erscheinenden Parteizeitung 'unsere zeit' (uz) als wichtiges Medium der politischen Informationsarbeit der DKP ist ein zentrales Anliegen der Partei. Seit Jahren ist allerdings die Finanzierung der Zeitung ein Problem. Um die Attraktivität des Parteiorgans inhaltlich zu verbessern, sollen verstärkt parteiinterne Diskussionen und Beiträge zur Förderung der sozialistischen/kommunistischen Bildung der Arbeiter im Klassenkampf auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene veröffentlicht werden. Abonnements der Parteimitglieder und anderer Sympathisanten sollen die Finanzierung zusätzlich sichern.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht alle zwei Jahre das traditionelle 'uz-Pressesfest'. Die 17. Auflage des Fests soll als „Volksfest der DKP – Fest der Solidarität“ vom 24. bis 26. Juni 2011 im Revierpark Wischlingen in Dortmund stattfinden. Es soll einen zusätzlichen Beitrag leisten, um linke Kräfte programmatisch und politisch zu bündeln.

Fazit: Programmatische Festigung, aber weiterhin politische Bedeutungslosigkeit

Seit dem Mauerfall 1989/90 vollzieht die DKP einen – kontrovers diskutierten – Spagat zwischen Reformismus und marxistisch-leninistischer Orthodoxie, der sich bereits im Parteiprogramm aus dem Jahr 2006 spiegelt.

Der aktuelle Vorstand ist das personifizierte Ergebnis der Programmdiskussion und stellt einen Kompromiss dar, der die Strömungen innerhalb der DKP einen und Fraktionierungstendenzen verhindern soll.

Mit der Wahl von Bettina Jürgensen zur Parteivorsitzenden sind noch keine Änderungen in der politischen Ausrichtung und Arbeitsweise der Partei zu erkennen. Die Sorge einer Spaltung der DKP konnte durch programmatische Beschlüsse mit deutlichen Mehrheiten für die kommenden zwei Jahre zwar abgewendet werden. Interessant wird allerdings sein, welche Ergebnisse die geplante programmatisch-theoretische Konferenz bringen wird, die für 2011 geplant ist.

Die DKP erzielt weiterhin keine nennenswerten Erfolge bei Wahlen und bleibt daher als politische Kraft unbedeutend. Allerdings spekuliert sie durch die Präsenz vor Ort und durch das Aufgreifen lokaler Themenfelder auf künftigen wahlpolitischen Zuspruch, obwohl die Beteiligung an Wahlen in parlamentarischen Systemen nur als Mittel zum Zweck gesehen wird.

Ein kritischer Punkt für die DKP ist und bleibt ihr innerparteiliches Verhältnis zur Partei 'DIE LINKE*', die zwar als einzige ernsthafte wahlpolitische Alternative zum jetzigen politischen System angesehen, aber gleichzeitig wegen ihrer „Zugeständnisse an den bürgerlichen Parlamentarismus“ als „reformistisch“ kritisiert wird.

4.1.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Gründung	1982	
Sitz	Gelsenkirchen	
Vorsitzender	Stefan Engel	
Nebenorganisationen	'Rebell*' und 'Rotfuchse*' (Jugend- bzw. Kinderorganisation der MLPD)	
Vorfeldorganisationen	Zahlreiche Gruppierungen mit nomineller Eigenständigkeit dienen der Partei als struktureller Unterbau, darunter der 'Frauenverband Courage e.V.*' und die kommunalen Wahlbündnisse 'AUF*'.	
Mitglieder	Bund	NRW
2010	ca. 2.000	ca. 650
2009	ca. 2.000	ca. 650
Publikationen	'Rote Fahne' (RF)	
Internet	Die Partei verfügt über eine umfangreiche Internetpräsenz; 'Rote Fahne News' als Online-Nachrichtenmagazin	

Hintergrund und Verfassungsfeindlichkeit

Die 1982 aus dem 'Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands' (KABD) hervorgegangene 'Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands' (MLPD) bekennt sich nach wie vor zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung und verbindet nach eigener Aussage „den Kampf um die Forderungen der Arbeiter- und Volksbewegungen mit dem Ziel der internationalen sozialistischen Revolution“. Die Zielsetzung der MLPD ist durch eindeutig verfassungsfeindliche Aussagen geprägt.

Ziel: Revolution, Diktatur des Proletariats, Kommunismus

Bereits die Präambel in den Parteistatuten verdeutlicht dies:

„Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland. Ihr grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“.

Die angestrebte Gesellschaftsordnung soll durch eine Revolution erreicht werden, in deren Verlauf sich die *„Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei [gemeint ist die MLPD] zum bewaffneten Aufstand erheben, den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, die Diktatur des Proletariats errichten und gegen die Konterrevolution verteidigen“* müsse.

In einem „15 Punkte Programm“ der Partei wird ausgeführt: Es „muss die Herrschaft der internationalen Monopole gestürzt und der Sozialismus aufgebaut werden. Nicht nur in Deutschland: Den vereinigten sozialistischen Staaten der Welt gehört die Zukunft.“

Im Parteiprogramm der MLPD wird dies konkretisiert: „Der Sozialismus stellt eine Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Kommunismus dar.“ Erforderlich sei ein „systematischer ideologisch-politischer Kampf um das sozialistische Bewusstsein zur Überwindung der bürgerlichen Ideologie“.

Aktionsschwerpunkte der MLPD

Das gesamte Aktionspotenzial der MLPD fußt auf dem geschlossenen marxistisch-leninistischen Weltbild einer klassischen kommunistischen Kaderpartei. Dies zeigt sich auch in der dogmatisch un-

antastbaren Stellung des seit der Parteigründung amtierenden Vorsitzenden. In Nordrhein-Westfalen verfügt die Partei über einen Landesverband.

Das Hauptaugenmerk der politischen Arbeit legt die Partei neben der Frauen- und Jugendpolitik, die sie mit vermeintlich eigenständigen organisatorischen Gruppen umzusetzen versucht, vorwiegend auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sowie die Beteiligung an sozialen Protesten. Da sich die MLPD in einer fortdauernden Verfolgungssituation durch den Staat und seine Organe wähnt, agiert sie auf kommunaler Ebene verdeckt. Hier unterstützt die Partei angeblich unabhängige Personenwahlbündnisse mit der Bezeichnung 'AUF*' (für: „alternativ, unabhängig, fortschrittlich“), die jedoch zum Teil personell mit der MLPD verflochten sind.

Die MLPD plädiert für eine „zentralistische Demokratie“. Nach ihrem Verständnis bilden Gruppen vor Ort in den Kommunen, in Bürgerbewegungen, in Gewerkschaften, Betrieben und Wohngebieten die „operativen Kräfte für die Gewinnung der Massen“.

Landtagswahl am 9. Mai 2010

Die MLPD hat sich nicht an der Landtagswahl beteiligt. Obwohl sie sich von der Partei 'DIE LINKE*' und der 'Deutschen Kommunistischen Partei' (DKP) wegen „reformerischer“ bzw. „revisionistischer“ Politikansätze abgrenzt, hat sie eine Wahlempfehlung für die Partei 'DIE LINKE.NRW*' abgegeben. Mit deren Wahlprogramm konnte sich die MLPD identifizieren, da sie darin eine Alternative zu den herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnissen sah.

Ferner hat die Partei zur Unterstützung von Direktkandidaten der DKP in einzelnen Wahlkreisen aufgerufen, obwohl – so die MLPD – die DKP für den gescheiterten „realen“ Sozialismus in der DDR steht und sie sich als alleinige revolutionäre Arbeiterpartei versteht, die den „echten“ Sozialismus in Deutschland will.

3. Landesdelegiertentag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen Anfang Juli 2010

Die straffe Parteiorganisation, ihr Selbstverständnis als elitäre und verschwörerische Kaderpartei zeigt sich darin, dass Ort und Datum des 3. Landesdelegiertentags 2010 nicht bekannt gegeben wurden.

Wesentliche erst im Nachgang veröffentlichte Ergebnisse des Delegiertentags:

- : Die MLPD prangert die Schließung der Zechen im Steinkohlebergbau bereits bis 2014 an und propagiert einen neuen „Massenkampf im Bergbau“.
- : Sie sieht ferner „ihre Rolle als revolutionäre Kraft im Linkstrend [...], sei es in Frauenarbeit, in Betrieb und Gewerkschaft, in der Umweltpolitik, in der Jugendarbeit oder in der internationalen Arbeit“.

Der Landesvorsitzende und der Finanzverantwortliche wurden in ihren Ämtern bestätigt. Gemeinsam sind sie mit einem weiteren Mitglied die Sprecher der 3. Landesleitung.

Kinder- und Jugendarbeit

Mit dem „Reader zur Einführung in die jugendpolitische Linie der MLPD“, herausgegeben im Oktober 2009 vom Vorsitzenden des parteinahen Verlages 'Neuer Weg', wird die Rolle des Nachwuchses revolutionärer Kräfte für die Partei unterstrichen. Basierend auf zentralen Schlüsselbegriffen der Parteiarbeit (Kleinarbeit, Kritik-Selbstkritik) sollen Kinder und Jugendliche so früh wie möglich im Sinne einer „proletarischen Denkweise“ in Abgrenzung zur „kleinbürgerlichen Denkweise“ politisch sozialisiert und zukünftige Generationen auf den Sozialismus/Kommunismus vorbereitet werden.

Mit der Kinderorganisation 'Rotfüchse' im Jugendverband 'Rebell' sollen bereits Kindern im Grundschulalter die kommunistischen Grundprinzipien vermittelt werden. Sommercamps (in Thüringen) und internationale Pfingstjugendtreffen (zum 15. Mal in 2011 in Gelsenkirchen geplant) dienen neben sonstigen Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche dazu, das Bewusstsein einer klassenlosen Einheitsgesellschaft attraktiv zu vermitteln.

Internationalismus

Vom 1. bis 3. Oktober 2010 fand in Düsseldorf der „9. Frauenpolitische Ratschlag“ mit rund 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus über 30 Nationen statt. Die MLPD beteiligte sich an der Organisation und betrieb Infostände. Nationaler Ausrichter war der 'Frauenverband Courage e.V.' der MLPD, der für die Einbindung von Frauen in den „revolutionären Prozess zur Schaffung einer gesellschaftspolitischen Alternative“ steht.

Mit Blick auf die für den 4. bis 8. März 2011 geplanten „Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen“ zum 100. internationalen Frauentag in Venezuela beteiligt sich 'Courage e.V.' an der Formulierung und Bündelung frauenpolitischer Interessen auf internationaler Ebene, um die sozialistische Revolution auch international zu fördern.

Am 16. Oktober 2010 richtete die Partei im Anschluss an die „7. Herstdemonstration gegen die Regierung“ der von der MLPD unterstützten Montagsdemonstrationsbewegung in Berlin ein internationales Kulturfest aus. An dem Fest nahmen 2.500 Personen teil, darunter viele Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen. Neben der MLPD waren etwa 30 internationale Organisationen beteiligt. Das Kulturfest war Tribüne für die Vorstellung der am 6. Oktober 2010 gegründeten 'International Coordination of Revolutionary Parties and Organizations' (ICOR). Die ICOR ist ein Verbund von ca. 70 Gruppierungen, Organisationen und Parteien weltweit, der sich zum Ziel gesetzt hat, die internationale proletarische Revolution durch ein politisches Netzwerk voran zu bringen. Durch einen Informations- und Erfahrungsaustausch soll grenzüberschreitend die Solidarität innerhalb der Arbeiterklasse unter Nutzung moderner Kommunikationsmittel gestärkt werden. Initiator und Hauptkoordinator der ICOR ist der Vorsitzende der MLPD, Stefan Engel.

Fazit: MLPD bleibt politisch isoliert und bedeutungslos

Die MLPD engagiert sich auf kommunaler und internationaler Ebene. Im Sinne von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao versteht sie die Aufgabe, eine sozialistische Alternative zum jetzigen politischen und gesellschaftlichen System zu schaffen, nicht ausschließlich national, sondern international.

Der konspirative Umgang mit dem 3. Landesdelegiertentag zeigt beispielhaft den Charakter einer als elitär verstandenen, mitunter verschwörerisch anmutenden Kaderpartei. Auch sind Rhetorik und Strategie der MLPD typisch für eine kommunistische Partei: Man will nach einer Initialzündung branchen- und bewegungsübergreifend die Massen in einen gemeinsamen Aufstand gegen die herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse führen.

Kinder- und Jugendarbeit der Partei bzw. durch ihre Neben- und Vorfeldorganisationen dienen letztlich der Indoktrinierung und Instrumentalisierung, um junge Menschen gleichgerichtet auf den revolutionären Umsturz und eine künftige sozialistisch-kommunistische Gesellschaft einzuschwören.

Die Partei ist im Ergebnis eine politisch kaum wahrnehmbare Splittergruppierung, die bei Wahlen – sofern sie sich daran überhaupt beteiligt – keine politisch relevanten Ergebnisse erzielt. Ihre ideologische Formelhaftigkeit und der sektenähnliche Charakter unterstreichen weiterhin ihre weitgehende Isolierung – sogar im linksextremistischen Spektrum.

4.2 Aktionsorientierter Linksextremismus

Anhaltspunkte für den Verdacht linksextremistischer Bestrebungen und ideologische Orientierung

Die gemeinsame ideologische Basis der linksautonomen Szene bilden fundamentalanarchistische und kommunistische Theoriefragmente. Anarchismus ist wegen der von ihm verfolgten Abschaffung regelbasierter hierarchischer, staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar. Dasselbe gilt für den Kommunismus wegen seines monopolistischen Herrschaftsanspruchs, seines kollektivistischen Menschenbilds und der mangelnden Akzeptanz individueller Grundrechte. Linksautonome lehnen die bürgerliche Gesellschaft daher ab und verfolgen die Vision einer selbstbestimmten Lebensweise in einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Gewalt ist dabei ein grundsätzlich akzeptiertes Mittel im politischen Kampf gegen den Staat und den politischen Gegner, was mit dem staatlichen Gewaltmonopol als Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ebenfalls unvereinbar ist.

Handlungsmuster und Aktionsformen

Die linksautonome Szene betreibt ihre politische Betätigung zum einen „offen“, zum Beispiel durch Agitation mit Flugblättern, Plakaten, Internetaufrufen und Szenepublikationen. Zum andern wird aber der Kampf auch gewaltorientiert geführt, indem vor allem bei Demonstrationen und sonstigen Aktionen des rechten politischen Spektrums gewalttätige Auseinandersetzungen und Sachbeschädigungen beabsichtigt oder zumindest billigend in Kauf genommen werden. Zeit- und ortsgebundene Auseinandersetzungen mit einer gewissen „Tradition“ – wie in Berlin und Hamburg – mit besonders schweren Gewalttaten in großer Zahl (etwa Brandstiftungen) gibt es in Nordrhein-Westfalen allerdings nicht.

Vernetzungsstrukturen der autonomen Szene

Die linksautonome Szene besitzt keine Strukturen im herkömmlichen Sinne. Autonome praktizieren das radikal-basisdemokratische Konzept einer „Politik der ersten Person“, und lehnen damit Hierarchien, Informationshoheiten und Stellvertreterrollen bei der Meinungsbildung auch und vor allem bei szeneeinternen Zusammenkünften ab. Obwohl auch szeneeintern die mangelnde Bereitschaft zu klaren Absprachen kritisiert wird, verwendet man jedoch gerade diese Unverbindlichkeit als taktisches Stilmittel bei der Mobilisierung für Kundgebungen und Vorbereitungen von Aktionen.

Vollversammlungen und Netzwerke



„Autonome Vollversammlungen“ (AVV) sollen seit 2009 einer stärkeren Vernetzung der linksautonomen Szene auf lokaler und regionaler Ebene dienen. Mit Blick auf die Auseinandersetzungen zwischen den antideutschen und antiimperialistischen Spektren innerhalb der linksautonomen Szene könnten auf diese Weise auch die unterschiedlichen ideologischen und aktionsbezogenen Ansätze der verschiedenen Gruppierungen zumindest auf örtlicher Basis überwunden werden.

Daneben haben sich viele linksautonome Gruppierungen im Rahmen des Netzwerks 'Interventionistische Linke*' (IL) bzw. des '...ums Ganze!*' -Bündnisses positioniert. Obwohl die beiden gruppenübergreifenden Zusammenhänge auch in der linksautonomen Szene nicht selten als gegenseitige Konkur-

renz wahrgenommen werden, gibt es durchaus Gruppierungen, die sich in beiden Bündnissen engagieren: „[...] wir beteiligen uns auch an Projekten der IL. Wir sehen uns nicht als Konkurrenzprojekt. Wenn es inhaltlich passt, dann machen wir auch gerne etwas mit denen zusammen, und sonst machen wir eben unsere eigenen Sachen.“⁷⁰

Bisher drei „Autonome Vollversammlungen“

In Wuppertal, Bochum und Düsseldorf fanden in der 2. Jahreshälfte 2010 drei AVV mit jeweils 60 – 80 Teilnehmern statt. Bereits in der ersten AVV wurde als Ziel herausgestellt, „dass sich verschiedene soziale Kämpfe mit Hilfe einer offenen AVV leichter gegenseitig ergänzen, sich aufeinander beziehen und kennenlernen können. Verschiedene inhaltliche Schwerpunkte können gebündelt und miteinander verknüpft werden. Eine sensibilisierte, gemeinsame Basis soll hier entstehen, auf der solidarisch und auf Augenhöhe über Gemeinsamkeiten und Unterschiede diskutiert werden kann [...]“⁷¹



Die bisherigen AVV kamen über die Selbstdarstellung der teilnehmenden Gruppierungen, ihrer jeweiligen Situation und ihren Schwerpunkten nicht hinaus.

Die 'Interventionistische Linke'

Das IL*-Netzwerk ist keine exklusive Struktur der linksautonomen Szene, sondern schließt mehrere linkspolitische Strömungen ein, die auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen abzielen und zum Teil auch revolutionäre Denkansätze verfolgen. Die Themenpalette reicht von der Antifa- über die Antimilitarismus- und Antikapitalismus- bis zur Anti-Kernkraft-Kampagne. Wesentlich ist die aktionsorientierte Begleitung und Mitorganisation von Protesten, deren taktisches Mittel der „zivile Ungehorsam“ möglichst vieler Teilnehmer ist. Dabei grenzt sich die IL* nicht von gewaltsamen Handlungsoptionen ab, sondern stellt es den sich beteiligenden Gruppen frei, an welchen Aktionen sie sich beteiligen.

Strukturelle Ansätze existieren auf der Basis von Arbeitsgemeinschaften zu jeweils aktuellen Kampagnen, die sich vor allem an der Mobilisierung zu Großereignissen wie den Protesten gegen politische Gipfeltreffen und CASTOR-Transporten sowie selbstinszenierten Aktionstagen zeigen.

„Innerhalb der IL gibt es verschiedene Vorstellungen über den weiteren Organisationsprozess. Einige IL-Gruppen bevorzugen ein Netzwerk für den Informationsaustausch und zur Absprache von Aktivitäten, andere IL-Gruppen favorisieren den Aufbau einer bundesweiten revolutionären Organisation.“⁷²

Die IL* war maßgeblich an der „CASTOR? Schottern!“-Kampagne gegen den CASTOR-Transport im November 2010 beteiligt. Andere Versuche, Proteste zu organisieren, etwa ein geplanter „Bankenaktionstag“ oder Aktivitäten zur „Klimagerechtigkeit“, scheiterten an der mangelnden Mobilisierungsfähigkeit der beteiligten Gruppen. Trotz der unterschiedlichen Ziele der IL*-Gruppen verfolgen personelle Brückenköpfe der IL* eine spektrübergreifende Politik, die mitunter an autoritäre Kadertaktiken kommunistischer Bünde der 1970er Jahre erinnert.

⁷⁰ Artikel „Wir werben für ein linksradikales Projekt“ - JungleWorld Nr. 48 Seite 20

⁷¹ „Vollversammlungen für autonome Politik in NRW“ - in: indyMedia v. 22.11.2010
<http://de.indymedia.org/2010/11/295056.shtml>, abgerufen 7.12.2010

⁷² Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und Neuss (Antifa KOK), „Interview mit AktivistInnen zu gegenwärtigen linksradikalen Organisationsansätzen“ – in: ak wantok [Hg.], „Perspektiven autonomer Politik“ Seite 201, 202 (Unrast-Verlag, Münster 2010)



Die Verankerung der IL* innerhalb der linksautonomen Szene in Nordrhein-Westfalen wird seit Herbst diesen Jahres dadurch augenfällig, dass Gruppierungen bei Solidaritätsbekundungen und Mobilisierungsaufrufen mit den Namenszusatz 'Interventionistische Linke*' oder der zusätzlichen Abkürzung „(IL*)“ versehen sind.

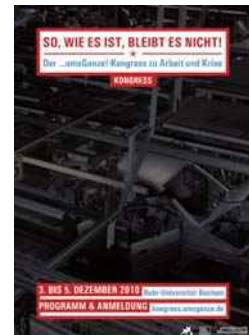
Das '...ums Ganze!*' -Bündnis

Im Gegensatz zur IL* versteht sich '...ums Ganze!*' als loses Bündnis, das in seiner politischen Zielrichtung hauptsächlich von antideutschen beziehungsweise antinationalen Gruppierungen kommunistischer Ausprägung getragen wird. Dabei werden sowohl die auf Waren- und Güterwirtschaft basierenden Gesellschaftsmodelle als auch marxistisch-leninistische Ansätze abgelehnt:

„Wenn wir über Alternativen zum Kapitalismus reden, dann in doppelter Ausrichtung: Einerseits gegen das verselbstständigte, unnötige Verhältnis der Kapitalverwertung, andererseits gegen den Realsozialismus als schlechten, autoritären Versuch seiner Aufhebung.“⁷³

'...ums Ganze!*' veranstaltete vom 3. bis 5. Dezember 2010 einen Kongress in Bochum, bei dem unterschiedliche Ansätze der Gesellschaftskritik in Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops thematisiert wurden.

Ausgehend von der Diskussion politischer Inhalte werden bei derartigen Treffen die Grundlagen für überregionale Mobilisierungen und Vernetzungen gelegt.



„Erste Libertäre Medienmesse für den deutschen Sprachraum“ (LiMesse)



Mit der LiMesse wurde erstmals in Nordrhein-Westfalen eine Messeplattform für Herausgeber und Verleger von Büchern, Zeitschriften, sonstiger Literatur und elektronischen Medien ins Leben gerufen.

Etwa 40 verschiedene Verlage und Projekte präsentierten vom 3. bis 5. September in Oberhausen hauptsächlich anarchistisch-

gesellschaftskritische Themenliteratur und Medienarbeit. Auch bei der linksautonomen Szene fand das Programm mit Lesungen und Vorträgen zum Verlags- und Veröffentlichungswesen sowie zur Medienarbeit Anklang.

Diese Art der Messe stellt auch außerhalb von Nordrhein-Westfalen einen neuen Trend dar. Es bleibt abzuwarten, ob davon die angestrebten Impulse für die linksextremistische bzw. anpolitisierte Szene ausgehen werden.

⁷³ HerrKlaus23, „ums Ganze! TV Folge 8 - So wie es ist bleibt es nicht - Kongress“ (Trailer zum „So, wie es ist, bleibt es nicht! Der ums Ganze!-Kongress zu Arbeit und Krise“) - in: YouTube v. 18.11.2010 <http://www.youtube.com/watch?v=89f-L4q9LcQ>, abgerufen 9.12.2010

Relevante Themenfelder im Jahr 2010

Themenfeld Antifaschismus



Zentrales Themenfeld der autonomen Szene war und ist auch weiterhin der „Antifaschismus“. Die Aktivitäten der Autonomen Antifa – als prägender Teil der aktionsorientierten Szene – gehen dabei weit über öffentliche Meinungsbekundungen hinaus. Gewalt sowohl gegen das rechtsextremistische bzw. „rechtspopulistische“ Spektrum als auch gegen die Polizei bei Demonstrationen, wird als legitimes Mittel zur Bekämpfung des bürgerlichen und kapitalistischen Systems verstanden.⁷⁴ Die Autonome Antifa wendet sich in ihrem „antifaschistischen Kampf“ vor allem gegen Veranstaltungen rechtsgerichteter Gruppierungen mit dem Ziel, diese – gegebenenfalls auch mit Gewalt – zu stören oder zu verhindern, gegen Organisationen, Institutionen und Szeneobjekte rechtsgerichteter Gruppierungen und gegen Einzelpersonen, die tatsächlich oder vermeintlich der rechtsgerichteten Szene angehören oder denen eine Unterstützung der Szene unterstellt wird.

Die Grundrechte der Meinungs-, Versammlungs- und politischen Organisationsfreiheit der Anhänger des „rechten“ Spektrums werden negiert. Die Polizei und „die Rechten“ werden als – gegebenenfalls auch mit Gewalt – zu bekämpfende Gegner betrachtet. Bereits die Polizeipräsenz bei Demonstrationen wird als „strukturelle Gewalt“ empfunden, die „Gegengewalt“ als „legitimen revolutionären Akt“ rechtfertigt. Dass es aus verfassungsrechtlichen Gründen Aufgabe der Polizei ist, auch Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene zu gewährleisten, wird als „Schutz der Rechten“ interpretiert. In diesem Kontext sind im Jahr 2010 folgende Ereignisse herausragend:

Protestaktionen gegen Veranstaltungen im Ruhrgebiet, insbesondere von ‘pro NRW’ und der NPD im Ruhrgebiet vom 26. bis 28. März 2010

Vom 26. bis 28. März 2010 führten ‘pro NRW’ mehrere dezentrale Veranstaltungen in Städten des Ruhrgebietes unter dem Motto „Abendland in Christenhand!“ und die NPD unabhängig davon eine Veranstaltung in Duisburg durch. Im Vorfeld mobilisierte eine überregionale Gemengelage linksextremistisch beeinflusster Netzwerke und zivilgesellschaftlicher Gruppen, Parteien und Gewerkschaften dagegen. An den Protestveranstaltungen nahmen insgesamt etwa 6.000 Personen teil. Etwa 1.000 Personen beteiligten sich an Blockaden, darunter ca. 100 gewaltbereite Linksextremisten. Die Protestaktivitäten verliefen im Wesentlichen friedlich; nur in geringem Umfang kam es zu Körperverletzungen und versammlungstypischen Straftaten.

Im Zusammenhang mit der am 26./27. März 2010 von ‘pro NRW’ veranstalteten „Internationalen Konferenz“ mit dem Thema „Minarettverbot in Europa“ sowie einem Parteitag in Gelsenkirchen in Schloss Horst wurden in der Nacht zum 24. März zwei Glasfassaden des Schlosses großflächig mit Farbe beschmiert. Zu der Aktion bekannte sich in einem Selbstbeziehungsschreiben die Antifa.

Zwei Tage später griffen Antifa-Aktivistinnen die Polizei bei dem Versuch an, die Straße für Anreisende zu einer ‘pro NRW’-Mahnwache zu sperren. Am 28. März kam es bei der Abreise von Teilnehmern einer NPD-Kundgebung vom Duisburger Hauptbahnhof zu einer Prügelei, als NPD-Anhänger von einer Gruppe Antifa-Aktivistinnen angegriffen und erheblich verletzt wurden.

⁷⁴ Vgl. Pfahl-Traughber: „Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie Eine Analyse zu ideengeschichtlichen Hintergründen und strategischen Funktionen eines Kampfbegriffs“.

Rechtsextremistische Aufmärsche am 2. und 3. April 2010 in Stolberg

Die Protestveranstaltungen bürgerlicher nichtextremistischer Bündnisse am 2. und 3. April 2010 in Stolberg gegen die dortigen jährlich wiederkehrenden rechtsextremistischen Aufmärsche verliefen störungsfrei. Am 2. April wurde eine Spontanversammlung von etwa 50 Linksautonomen an einer polizeilichen Absperrung in unmittelbarer Nähe zum Aufzugsweg der Rechten durch die Polizei aufgelöst. Am Folgetag nahmen an Kundgebungen etwa 500 Personen sowie 50 Antifa-Aktivisten teil. In geringem Umfang kam es zu versammlungstypischen Straftaten unter Beteiligung von Linksautonomen. Lokale Antifa-Gruppierungen unternahmten zwei Blockadeversuche des rechten Aufzugsweges, die von der Polizei allerdings unterbunden wurden.

Angriffe auf NPD-Stände und 'pro NRW'-Wahlkampfveranstaltungen

Im Vorfeld der Landtagswahl am 9. Mai 2010. beschädigten Aktivisten örtlicher Antifa-Gruppierungen Infostände von 'pro NRW' und der NPD und bedrohten Wahlkämpfer und Anhänger beider Parteien.

Aktionen gegen den „Antikriegstag“ in Dortmund am 3. und 4. September 2010

Der mittlerweile in der rechtsextremistischen Szene schon traditionelle „Antikriegstag“ Anfang September in Dortmund ist auch für die linksextremistische Antifa-Szene ein jährlicher Fixpunkt ihrer Antifachismusarbeit“. In diesem Jahr bildeten sich drei Bündnisse, die die Gegenveranstaltungen dominierten: die beiden bürgerlich geprägten, aber auch linksextremistisch beeinflussten Bündnisse „Dortmund stellt sich quer!“ und „Bündnis Dortmund gegen rechts!“ sowie das antideutsche Bündnis 'S4*'.⁷⁵ Aufgrund entsprechender Szeneverlautbarungen wurde mit der Anreise gewaltbereiter Linksextremisten von außerhalb der Bündnisstrukturen, mit Blockaden der rechten Demonstrationswege (ähnlich wie in Dresden im Februar⁷⁶) und versammlungstypischen Straftaten gerechnet.

Die Demonstrationen an beiden Tagen verliefen jedoch friedlicher als erwartet. Rund 100 Antifa-Aktivisten verummumteten sich und versuchten, die anschließende Umschließung der Polizei zu durchbrechen. Darüber hinaus kam es zu Blockadeaktionen und vereinzelt Flaschenwürfen im Rahmen einer Spontanversammlung des linken Spektrums mit über 500 Teilnehmern. Im Vorfeld kam es in einem Fall aufgrund bestehender Rivalitäten zwischen Antifa-Aktivisten und Antideutschen zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung.

Beteiligung an Blockadeaktionen in Bad Nenndorf am 14. August 2010

In mehreren Städten Nordrhein-Westfalens wurde für eine Teilnahme an Aktionen gegen einen sogenannten „Trauermarsch“ der rechtsextremistischen Szene am 14. August in Bad Nenndorf mobilisiert. 1.000 Gegendemonstranten demonstrierten friedlich. Während der Veranstaltung versuchten Linksextremisten, Polizeiabsperrungen zu durchbrechen, um den Aufzug der Rechten zu stören. Zu direkten Zusammenstößen der Lager ist es aufgrund der massiven Polizeipräsenz jedoch nicht gekommen. Um den Aufzugsweg der Rechtsextremisten zu blockieren, täuschten Linksautonome eine Ankettkaktion vor und erweckten den Eindruck, sie hätten sich in einer Pyramide gegenseitig gefesselt.

⁷⁵ „S4“ steht für den für 4. September

⁷⁶ Zum Hintergrund: Die von Rechtsextremisten beabsichtigte Demonstration in Dresden am 13./14. Februar 2011 anlässlich der Bombardierung der Stadt im Februar 1945 wurde durch die Blockade des Aufzugsweges durch Gegendemonstranten in wesentlichen Teilen verhindert.

Übergriffe auf Rechtsextremisten

Mehrfach kam es – auch außerhalb von Versammlungen – zu tätlichen Angriffen von Antifa-Aktivisten auf Angehörige der rechtsextremistischen Szene:

- : Am 13. Juni 2010 verprügelten vier Vermummte den NPD-Landesvorsitzenden in der Nähe seines Wohnortes in Bochum.
- : Während des „Bochumer Musiksommers“ am 4. September wurden acht Personen aus dem NPD-Umfeld von 15 zum Teil Vermummten blitzartig mit Schlagstöcken, Baseballschlägern und Holzlatten attackiert.
- : Nach einem ähnlichen Muster verlief ein Angriff von Antifa-Aktivisten auf NPD-Anhänger bei deren Abreise zu einer NPD-Kundgebung in Velbert-Nevigis am 30. Oktober. NPD-Anhänger wurden mit den mitgeführten Schlagwerkzeugen bedroht und Bahnwaggons beschädigt.

Diese geschilderten Einzelfälle spiegeln die Zunahme von Gewaltdelikten in der politisch motivierten Kriminalität im Bereich Linksextremismus wider, insbesondere bei den Körperverletzungsdelikten.⁷⁷

„Outing“-Aktionen

„Outing“-Aktionen sind in der Auseinandersetzung von Links- und Rechtsextremisten nicht neu. Dabei werden Nachbarschaft oder Arbeitgeber über die Aktivitäten von tatsächlichen oder vermuteten Rechtsextremisten informiert mit dem Ziel, die betreffenden Personen sozial zu isolieren und unter Druck zu setzen. Antifa-Gruppierungen bedienten sich auch 2010 dieser Methode, vor allem im Ruhrgebiet. „Outings“ wurden im Jahr 2010 aus Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Oberhausen und Witten bekannt.

Aber auch in anderen Regionen gehören „Outing“-Aktionen zu beliebten Handlungskonzepten. So kursierten beispielsweise im Januar 2010 in Erfstadt Flugblätter zu einer Person aus dem Umfeld des rechtsextremistischen Spektrums. In Bielefeld erschienen am 19. Oktober an der Universität Flugblätter über einen dort studierenden Neonazi. Und im November wurden dort Flugblätter verteilt, die sich auf eine Person bezogen, bei der zufällig eine Namensgleichheit mit einem anderen bekannten Neonazi bestand.

Auch im Internet finden immer wieder „Outing“-Aktionen statt. Im Juni 2010 war für kurze Zeit ein Download verfügbar, der Fotografien von etwa 40 Personen aus dem Umfeld der rechtsextremistischen Szene in und um Aachen sowie Detailkenntnisse zu den abgebildeten Personen enthielt.

Schmieraktionen und Sachbeschädigungen

Neben „Outings“ wurden Sachbeschädigungen durch Wandschmierereien im direkten Umfeld von tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten verübt:

- : In der Nacht vom 1. auf den 2. Januar 2010 wurden in Unna die Scheiben einer Wohnung eingeworfen, in der zwei Personen aus der Neonazi-Szene lebten. Darüber hinaus wurde die Hauswand durch Farbwürfe beschädigt.
- : In Viersen wurde am 12. Januar die Haustür eines NPD-Ratsmitglieds durch einen Steinwurf beschädigt und sein Garagentor mit dem Schriftzug „Nazi sein heißt Probleme kriegen“ versehen.
- : In ähnlicher Form wurde Ende Mai in Aachen die Hauswand einer Person des rechtsextremistischen Spektrums mit deren Namen und dem Zusatz „Du Nazischwein“ beschmiert.

⁷⁷ Vgl. im Einzelnen zur Entwicklung der PMK Links in dem Beitrag des LKA

„Hacking“-Angriffe

Im Vorfeld der Mobilisierung gegen Kundgebungen der rechtsextremistischen Szene am 2. und 3. April 2010 in Stolberg wurde die Internetpräsenz von zwei daran beteiligten Gruppierungen aus dem Neonazi-Spektrum mittels eines Hacking-Angriffs unerreichbar gemacht. Ein Szenekommentar lautet:

„Wir haben [...] die Websites der neonazistischen 'Kameradschaft Aachener Land' und der 'Freien Nationalisten Euskirchen' erfolgreich lahmgelegt. Seit dem Mittag führen Aufrufe der beiden Seiten ins Leere. [...] Unsere Aktion verstehen wir als virtuellen Beitrag im Kampf gegen neonazistische Propaganda! – Am Samstag den Nazi in 'real-life' die Straße in Stolberg streitig machen!“⁷⁸

Themenfeld Antikernkraft

Hintergrund der Proteste gegen Atomenergie und CASTOR-Transporte

Das Themenfeld Antikernkraft stand im Jahr 2010 durch den zwölften CASTOR-Transport nach Gorleben und die damit im Zusammenhang stehenden Gegenaktionen im Fokus. Der im Jahr 2000 zwischen der damaligen Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vereinbarte Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie bis zum Jahr 2021 („Atomkonsens“) wurde 2010 durch eine neue Vereinbarung dahingehend verändert, dass die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke – je nach deren Alter – um weitere acht bzw. 14 Jahre verlängert wurden. Gleichzeitig wurde das Moratorium zur Erkundung einer Endlagerstätte für Atommüll in Gorleben durch den Bund für beendet erklärt. Die politischen Entscheidungen wurden von der weit überwiegend bürgerlich geprägten, bisher friedlich agierenden Antikernkraft-Protestbewegung als Aufkündigung eines gesellschaftlichen Konsenses empfunden.

Mobilisierung im Vorfeld des CASTOR-Transports



Logo der Kampagne „Castor? Schottern!“⁷⁹

Der zwölfte Transport vom französischen La Hague ins niedersächsische Zwischenlager Gorleben vom 5. bis 9. November 2010 wurde zu einem Kristallisationspunkt für den bundesweiten Protest sowohl bürgerlicher als auch extremistischer Antikernkraftgegner, die sich an Blockaden und Sachbeschädigungen gegen die Bahn („Entschotterung“) beteiligten.

Anfang September 2010 gründete sich im Vorfeld des geplanten CASTOR-Transports die Kampagne „Castor? Schottern!“ als bundesweites Bündnis von Protestgruppen der Antiatom-, Klima- und Umweltbewegung, von globalisierungskritischen Netzwerken bis hin zur linksautonomen Szene. Das Netzwerk der 'Interventionistischen Linken*' nahm dabei eine führende Rolle ein. Insgesamt unterzeichneten über 1.700 Gruppen, Institutionen und Einzelpersonen den Aufruf, darunter auch Bundes- und Landtagsabgeordnete der Partei 'DIE LINKE*'.⁸⁰ Das Bündnis „Castor? Schottern!“ gab zweimal

⁷⁸ „Datenantifa bekennt sich zu Angriffen auf regionale Nazi-Websites“, abgerufen am 30.03.2010

⁷⁹ www.castor-schottern.org

⁸⁰ www.castor-schottern.org/unterzeichnerinnen, abgerufen 10.01.2011. Zu den Unterstützern der Kampagne mit Bezug nach Nordrhein-Westfalen zählen: 'Interventionistische Linke*', 'internationale sozialistische linke – isl', 'Interventionistische Linke Köln*', 'Antifa-KOK Düsseldorf/Neuss', 'Redaktion Graswurzelrevolution', 'Rote Antifa Duisburg', 'Antifaschistische Aktion Leverkusen', 'ASJ NRW' 'Antifa Wipperfürth', 'ASJ Bonn'; daneben auch führende Politikerinnen und Politiker der Partei DIE LINKE*.

eine gleichnamige Zeitung mit einer Auflage von 30.000 Exemplaren heraus, deren Redaktion sich in Düsseldorf befindet.⁸¹

Das Themenfeld Antikernkraft war lange Zeit kein vorrangiges Betätigungsfeld der linksautonomen Szene. Hauptziel der Kampagne in 2010 war, den massenhaften Rechtsbruch (Sachbeschädigung, gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr) bis in das bürgerliche Lager hinein zu tragen und dort als akzeptabel zu etablieren. Tausende Menschen sollten am Transporttag den Schotter aus dem Gleisbett entfernen und damit die Transportstrecke unpassierbar machen:

„Gemeinsam mit Euch und hunderten, tausenden von Menschen wollen wir während des Castortransportes mit der großen Aktion ‘Castor? Schottern!’, Steine aus dem Gleisbett räumen und damit die Castorschiene im Wendland unbefahrbar machen.“⁸²

Die Initiatoren der Kampagne nahmen damit offenbar bewusst die strafrechtliche Verfolgung ihrer Handlungen in Kauf. Sie wiesen darauf hin, dass:

„es möglich [ist], dass Schottern als Straftat unmittelbar mit Ingewahrsamnahmen oder danach mit einem Ermittlungsverfahren geahndet wird. Unser Schutz dagegen ist die Masse. Wenn wir mit hunderten, tausenden Menschen auf die Schiene treffen, werden wir so viele sein, dass eine Strafverfolgung einzelner unsinnig wird.“⁸³

„Auch wenn wir wissen, dass die ‘Castor? Schottern!’-Aktion nicht vom Gesetzbuch gedeckt ist: Unsere Aktion ist legitim und richtig!“⁸⁴ An derartigen Aufrufen zu Rechtsbrüchen haben sich auch linksextremistische bzw. derart beeinflusste Szenezusammenhänge beteiligt:

„Die Kampagne ‘Castor Schottern’ ist ein (!) kleiner, aber massenhafter Übergang vom Protest zum Widerstand – unter Übertretung bestehender gesetzlicher Regelungen.“⁸⁵

Bewertung des Transports

Die Teilnehmer an den Aktionen gegen den CASTOR-Transport setzten sich aus allen Spektren des Protestpotenzials zusammen, wobei lediglich ein kleiner Teil Linksextremisten waren. Dabei war eine zunehmende Bereitschaft bürgerlicher Kernkraftgegner zu verbotenen Aktionsmustern festzustellen. Die Initiatoren der Kampagne „Castor? Schottern!“ bewerteten die Mobilisierung für Gorleben trotz des durchgeführten Transportes als großen Erfolg, da es gelungen sei, mit großer Öffentlichkeitswirkung eine große Zahl von Menschen zu mobilisieren.⁸⁶ Nach ihrer Auffassung soll der Protest und der damit verbundene Aufruf zum Rechtsbruch nur der Auftakt zu zukünftigen Aktionen sein:

⁸¹ Impressumsangabe: „Redaktion: Castor? Schottern!, c/o Büro für ständige Einmischung, Corneliusstraße 108, 40215 Düsseldorf, V.i.S.d.P.: Anton Stahl“; Unter dieser Adresse befindet sich sowohl der linksautonome Szenetreff „Linkes Zentrum Düsseldorf“ als auch das Kreisverbandsbüro der Partei ‘DIE LINKE’

⁸² Zeitung „Castor? Schottern!, Oktober 2010, Seite 1

⁸³ 2. Zeitung „Castor? Schottern!, Oktober 2010, Seite 4

⁸⁴ anti atom aktuell Nr. 212, Seite 32 (33), Quelle: www.castor-schottern.org; veröffentlicht auch nahezu wortgleich in der Zeitung „Castor? Schottern!, Oktober 2010, Seite 1

⁸⁵ Artikel vom Mitglied des ‘Koordinierungskreises antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und Neuss’ (Antifa KOK); in: Sozialistische Zeitung Nr. 11, 25. JG, November 2010, Seite 8

⁸⁶ Z.B. <http://www.castor-schottern.org/pressemitteilungen/120> und <http://de.indymedia.org/2010/11/293911.shtml>, beides abgerufen 11.1.2011

„Die Kampagne ‘Castor Schottern’ verfolgt innerhalb der breiten Anti-Atom-Bewegung das IRO-Prinzip: intervenieren, radikalieren, organisieren. Wir intervenieren, wir sind mittendrin, statt nur danebenstehend kluge Kommentare abzusondern. Wir radikalieren, wir verändern den Diskurs weg von der Hilflosigkeit zum Handeln. Und wir organisieren durch unsere Trainings und unsere Vernetzungsarbeit.“⁸⁷

Andere Protagonisten der Kampagne äußerten sich ähnlich:

„Die radikale Linke hat bewiesen, dass sie die Akteurin in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sein kann, die den Unterschied macht und die gesellschaftliche Meinung nach links bewegen kann [...] Es ist deutlich geworden, dass die klare Kommunikation des Aktionsziels und der angewandten Mittel elementar für eine breite Einbindung der Menschen ist.“⁸⁸

Bei künftigen CASTOR-Transporten muss daher mit ähnlichen Aktionsformen gerechnet werden. Abzuwarten bleibt dabei, ob und in welchem Umfang die noch ausstehende juristische Bewertung der Kampagne „Castor? Schottern!“ Einfluss auf die Intensität möglicher zukünftiger Auseinandersetzungen haben wird. Die Kampagne „Castor? Schottern!“ bleibt Thema in der Szene, wie sich bei einer Demonstration in Ahaus am 21. November 2010 zeigte. Unter diesem Motto wurde gegen einen für Dezember 2010 geplanten CASTOR-Transport vom Zwischenlager Ahaus in die Russische Föderation protestiert.

Themenfeld Antimilitarisierung

Kampagne „Bundeswehr Wegtreten“

Die seit mehreren Jahren bundesweit agierende linksextremistisch motivierte Kampagne „Bundeswehr Wegtreten“ richtet sich vor allem gegen die Beteiligung der Bundeswehr und der NATO an internationalen Militäreinsätzen. Durch spektakuläre Aktionen gegen Einrichtungen und Veranstaltungen der Bundeswehr soll eine erhebliche Öffentlichkeitswirkung erzielt werden, zum Beispiel bei Gelöbnissen, Konzerten und Veranstaltungen zur Nachwuchswerbung. Aber auch zivile Unternehmen, die Auftragnehmer der Bundeswehr sind, geraten in den Fokus. „Bundeswehr Wegtreten“ schreibt auf seiner Homepage zu seiner Motivation und Zielrichtung:

„Seit geraumer Zeit stiften AntimilitaristInnen und FriedensaktivistInnen Unruhe bei Reklame-Einsätze der Bundeswehr. Ihr Schwerpunkt sind die Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr an Arbeitsämtern, Messen, Schulen und Universitäten, sowie die ‘KarriereTreffe’ der Bundeswehr in den Innenstädten. Zielsetzung der Initiative Bundeswehr-Wegtreten ist es, die Bundeswehr in ihrem Streben nach mehr gesellschaftlicher Akzeptanz bei ihrer Selbstinszenierung im öffentlichen Raum anzugreifen. Das Motto: Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen!“⁸⁹

Störung des „Sommer-Biwaks“ der Bundeswehr in Hannover

An einem Aktionstag gegen das traditionelle Sommerfest der Bundeswehr am 7. August in Hannover nahmen 250 Personen teil, wovon die Hälfte dem linksextremistischen Spektrum zuzurechnen war. Wie in den Vorjahren störten die Demonstranten die Veranstaltung, sie belästigten die Gäste bei deren Ankunft und Abfahrt, warfen Farbbeutel und brannten Feuerwerkskörper ab. Darüber hinaus ver-

⁸⁷ Artikel vom Mitglied des ‘Koordinierungskreises antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und Neuss (Antifa KOK)’; in Sozialistische Zeitung Nr. 11, 25. JG, November 2010, Seite 8

⁸⁸ Gruppe ‘Für eine linke Strömung Berlin – organisiert in der Interventionistischen Linken’ (F.e.I.S.), „Das Labor des Widerstandes“; auf: <http://fels.nadir.org/de/527/labor-des-widerstandes>, abgerufen am 9.12.2010

⁸⁹ <http://www.bundeswehr-wegtreten.org/>, abgerufen am 4.01.2011

anstellten sie ein „Die-In“ auf dem Festgelände, bei dem sich die Teilnehmer mit roter Farbe bespritzten und wie tot umfielen. Wesentliche Impulse für diese Protestaktivitäten gingen auch von Aktivistinnen aus Köln und Bielefeld aus. Die im Vergleich zum Vorjahr zunehmende Anzahl an Straftaten verdeutlicht die steigende Konfrontationsbereitschaft der antimilitaristischen Szene.

Aktion „GAME OVER für die Bundeswehr auf der Gamescom“

Der Bundeswehrstand auf der Kölner Messe „Gamescom“, einer Leitmesse für interaktive Spiele, wurde am 22. August 2010 von etwa 30 Vermummten angegriffen. Unter dem Motto „Game Over – es gibt kein zweites Leben – Bundeswehr wegklicken“ wurde der Messestand durch Bewerfen und Ausrollen von Toilettenpapierpapier angegriffen und unbrauchbar gemacht. Die Täter flüchteten unerkannt.

Störung von Berufsinformationsveranstaltungen an Schulen und Arbeitsämtern

Veranstaltungen zur Nachwuchswerbung und zum Berufsangebot bei der Bundeswehr in verschiedenen Städten des Landes wurden mehrfach durch Lärm und Verteilen von Informationsmaterial erheblich gestört. Mitunter wurden Mitarbeiter der Bundeswehr auch durch Verschließen der Eingangstüre eines Berufsinformationszentrums an der Durchführung ihrer Veranstaltung gehindert. Dazu führt „Bundeswehr Wegtreten“ aus:

„Unter dem Motto ‘Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen’ versuchen wir der Bundeswehr ihre Rekrutierungs- und Werbeaufträge zu vermasseln und Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Aktionen die auch bundesweit aufgegriffen werden. Dabei ist die Durchsetzung ‘militärfreier Zonen’ gegen eine fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft ein Ziel, das wir mit einer Mischung aus Überzeugungs- und echter Handarbeit erreichen wollen. So müssen Werbeoffiziere in Schulen, Universitäten und Arbeitsagenturen auch mal lautstark und spektakulär vertrieben werden. Hierbei suchen wir immer wieder die Zusammenarbeit mit von der Bundeswehr heimgesuchten Gruppen: Erwerbslosen, Schüler_innen, Student_innen, Lehrer_innen, Sportvereine, Kirchengemeinden usw.“⁹⁰

„DHL-Kampagne“

Seit Anfang 2009 wurden im Rahmen der linksextremistisch motivierten „DHL⁹¹-Kampagne“ bundesweit eine Vielzahl von Straftaten begangen, darunter auch Brandstiftungen an DHL-Fahrzeugen. Hintergrund war die Bewerbung des Logistikdienstleisters DHL auf eine Ausschreibung der Bundeswehr, wobei die Kampagne das Firmenkürzel „DHL“ in „Deutsche Heereslogistik“ umdeutete.

Im November 2009 zog DHL Medienberichten zufolge seine Bewerbung auf die Ausschreibung der Bundeswehr zurück, was die Kampagne als Erfolg wertet.⁹² Allerdings weist die Kampagne darauf hin, dass die Deutsche Post/DHL weiterhin die Feldpost und Paketsendungen bis 50 kg für die Bundeswehr befördert, was als Aufruf zu ihrer Fortsetzung verstanden werden kann.⁹³

In der Nacht vom 17. auf den 18. April wurde ein Brandanschlag auf einen Parkplatz der Deutschen Post in Drensteinfurt verübt, bei dem acht Fahrzeuge der Deutschen Post AG zerstört und vier weitere beschädigt wurden. In einem Selbstbeziehungsschreiben bekannten sich 'Friedfertige Philatelistinnen und antimilitaristische Aktivistinnen' zu dem Anschlag und stellten diesen in einen Zusammenhang mit der DHL-Kampagne.

⁹⁰ <http://bewegung.taz.de/organisationen/bw-weg/ueber-uns> Stand 3.11.10

⁹¹ DHL steht für die Firmengründer Dalsey, Hillblom und Lynn.

⁹² <http://dhl.blogspot.de/> unter Hinweis auf u. a. die Financial Times Deutschland vom 22.11.2010, abgerufen 11.01.2011.

⁹³ <http://dhl.blogspot.de/>, abgerufen 11.01.2011.

Themenfeld Antirepression

In der linksautonomen Szene wird nahezu jedes andere Kernthema – sei es Antikapitalismus, Antifaschismus, Antirassismus, Antimilitarisierung, Studiengebühren, Ökologie, Schaffung autonomer Freiräume ohne kommunalen oder staatlichen Zugriff – mit dem Thema Antirepression verknüpft.

Aktionsorientierter Linksextremismus äußert sich häufig nicht nur in demonstrativen Aktionen, sondern geht weit darüber hinaus und mündet nicht selten in Sachbeschädigungen, verbotenen Eingriffen in den Straßen- oder Schienenverkehr, Bewerfen von Personen mit Gegenständen und tätliche Auseinandersetzungen. Diese Handlungen zwingen den Staat in seiner Funktion als Garant öffentlicher Sicherheit und Ordnung zu Gegenmaßnahmen, die wiederum szeneseitig als ungerechte „staatliche Unterdrückung“, „Repression“ und „Polizei- oder Amtswillkür“ interpretiert werden.



Solidaritätskampagnen zu Gunsten von Personen oder Objekten, die einer vermeintlich „repressiven Maßnahme“ ausgesetzt sind, können ein hohes Potenzial an Personen und Aktionen ansprechen. 2010 gab es allerdings keine bundesweit relevante, öffentlichkeitswirksame Kampagne zum Thema Antirepression.

Hausbesetzung und Schaffung eines „Autonomen Zentrums“ in

Köln-Kalk

Wichtiger Bestandteil linksautonomer Politik ist die Schaffung örtlicher Bezugspunkte, die frei vom Zugriff hierarchischer Institutionen, insbesondere von staatlichen und kommunalen Einflüssen sind. Aus diesem Grund versuchte die linksautonome Szene in Köln bereits seit einiger Zeit, ein „Autonomes Zentrum mit Tanzfläche“ durchzusetzen.

Im April 2010 wurde das seit mehreren Jahren leerstehende Gebäude einer Werkskantine auf dem ehemaligen KHD-Gelände besetzt und zum „Autonomen Zentrum Köln-Kalk“ (AZ Köln-Kalk) umfunktioniert. Danach wurden die Räumlichkeiten für Konzerte, Parties und politische Veranstaltungen genutzt, deren Themen im subkulturellen und gesellschaftskritischen Bereich mit linksautonomen Schwerpunkten lagen. Das Publikum besteht seither aus einer alternativen Mischszene, die über die linksautonome Szene hinausweist. Gegen eine befürchtete Räumung am 29. Juli 2010 wurden am Vortag mehrere Hundert Personen über Mail-Listen, Internetblogs und Twitter mobilisiert. Die Aktivist*innen versammelten sich innerhalb weniger Stunden im AZ Köln-Kalk, um sich gegen eine eventuelle Räumung zu wehren.

Antirepression als Reflex auf Polizeieinsätze bei Antifa-Aktionen

Wie auch schon gelegentlich in Vorjahren, stellten 2010 Antifa-Aktivist*innen einen Zusammenhang zwischen ihren Aktivitäten und deren angeblicher Unterdrückung durch die Polizei her. Hier zeigt sich ein nahezu programmiert wirkendes, reflexgesteuertes Denk- und Verhaltensmuster, das regelmäßig und unabhängig vom konkreten Ereignis folgende Kette von Abläufen nach sich zieht:

Der Anmeldung einer Demonstration der rechtsextremistischen Szene folgen Gegenaktionen der Antifa, die auf die Störung oder sogar Verhinderung abzielen und daher oft den Charakter von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten annehmen. Die Polizei ergreift Gegenmaßnahmen, um die grundgesetzlich zugesicherte Demonstrationsfreiheit zu sichern.

Die Antifa versucht die polizeilichen Maßnahmen zu unterlaufen. Um dabei nicht erkannt zu werden, verummern sich die Akteure zum Teil. Als Folge strafbewehrter Handlungen wendet die Polizei lageangepasste Zwangsmaßnahmen gegen die Antifa-Aktivist*innen an. Die Zwangsmaßnahmen werden von

der Antifa als „überzogene und ungerechtfertigte Repression“ uminterpretiert. Auf diese Weise pflegen linksautonome Aktivisten ihr Feindbild einer Polizei, die angeblich jede Form von Straßenprotest mit Gewalt unterdrückt und politisch Andersdenkende schikaniert.

Zwei Beispiele für derartiges Vorgehen der Antifa:

Am 26. März 2010 versuchten Aktivisten der 'Antifaschistischen Jugend Bochum' (AJB) bei einer Demonstration gegen 'pro NRW' in Bochum eine Polizeikette zu überrennen. 14 Tage später wurde eine ursprünglich geplante Antifa-Kundgebung gegen eine NPD-Demonstration zu „Antirepressions-Demo“:

„Wir demonstrieren [...] – aus gegebenem Anlass – nicht nur für eine befreite Gesellschaft und für den Wahlboykott, sondern wollen auch die am 26.03. stattgefundenen Polizeigewalt zum Thema machen. Die Demo wird deswegen auch an der Polizeiwache vorbei ziehen um den Bullen mit einem klaren und deutlichen 'Fuck You!' zu sagen was wir von ihnen halten. [...] gegen Polizeigewalt und Repression, für eine soziale Revolution!“⁹⁴

Nach der Beschädigung eines NPD-Wahlkampfstandes zur Landtagswahl durch die Antifa in Bochum kam es auf der Polizeiwache zu einer Auseinandersetzung mit dem Täter, der in Gewahrsam genommen wurde. Die AJB rief am 24. Juli zu einem Solidaritätskonzert für „Opfer von Polizeiübergriffen“ auf, um Geld für das Strafverfahren zu sammeln.

Themenfeld Antirassismus

Das Themenfeld Antirassismus hat gegenüber den sonstigen Themenfeldern an Bedeutung eingebüßt. Das zeigt sich auch daran, dass weder eine nennenswerte bundesweite Aktion oder Kampagne in 2010 noch eine „Aktionswoche gegen Abschiebung“ – wie noch im Jahr 2009 – in Nordrhein-Westfalen stattgefunden hat. Aktivitäten in diesem Zusammenhang beschränkten sich zumeist auf die Verhinderung bzw. Verzögerung von Abschiebungsmaßnahmen und die Betreuung von illegal eingereisten Personen. Vorrangige Demonstrationsziele im Jahr 2010 waren der Düsseldorfer Flughafen, die Abschiebejustizvollzugsanstalt in Bünde und die Frauenhaftanstalt in Neuss.

Flughafen Düsseldorf

Am 17. März 2010 demonstrierte im Flughafen Düsseldorf eine Flüchtlingsinitiative und die örtliche autonome Szene aus Anlass der Abschiebung von 145 Kosovaren. Etwa 30 Demonstranten trommelten in den Terminals und skandierten Parolen bis zum Start des Abschiebeflugzeuges.

Am 2. September 2010 fand am gleichen Ort eine Demonstration gegen die an diesem Tag geplante Abschiebung von 85 Serben statt, von denen 27 Personen abgeschoben wurden. Nachdem zuvor im Internet zu einer Demo unter dem Motto „Protest gegen Sammelabschiebungen in Düsseldorf“ aufgerufen wurde,⁹⁵ demonstrierten etwa 30 als Urlauber getarnte Personen im Flughafengebäude. Die Demonstranten liefen mit themenbezogenen Transparenten wiederum teils trommelnd, teils Parolen skandierend durch das Terminal.

Abschiebejustizvollzugsanstalt Büren

Am 25. September 2010 demonstrierten etwa 100 Personen, überwiegend aus dem ostwestfälischen Raum, vor der JVA Büren gegen Abschiebungen. Nach mehreren Redebeiträgen fuhren die Demonstranten mit Bussen und Pkw in einem Konvoi in Richtung Paderborn, wo sich ein neuer Demonstrationzug mit etwa 200 Teilnehmern formierte. und eine Kundgebung vor dem dortigen Amts- und Landgericht abgehalten wurde.

⁹⁴ 'Antifaschistische Jugend Bochum', „Bochum: Polizeigewalt ermöglicht pro-NRW-Mahnwache“ - in: www.ajb.blogspot.de, abgerufen 30.03.10.

⁹⁵ Aufruf des Antifa KOK Düsseldorf; auf: <http://inonet.bundschuhfanzine.de/index.php?/categories/17-Kundgebung>, abgerufen 10.01.2011; die linke Szene Köln hatte sich diesem Aufruf angeschlossen.

Frauenhaftanstalt Neuss

In zeitlicher Nähe zum jährlichen „Frauenaktionstag gegen Gewalt gegen Frauen“ am 25. November findet seit mehreren Jahren eine Demonstration in Neuss vor dem dortigen sogenannten „Frauenabschiebeknast“ statt. Am 4. Dezember 2010 hat dort ein „Aktionsbündnis für globale Bewegungsfreiheit“ unter dem Motto „No Border! No Nation! keep the ball rolling“ mit ca. 150 Personen demonstriert. Nach einer Auftaktkundgebung zogen die Teilnehmer durch die Neusser Innenstadt und führten vor dem Amtsgericht eine Sympathiekundgebung für die dort inhaftierten Frauen sowie eine Abschlusskundgebung durch.

Fazit: Themenfelder Antimilitarismus und Antikernkraft zunehmend im Fokus!

„Antifaschismus“ bleibt weiterhin für die linksautonomen Szene das Themenfeld, dem angesichts der Vielzahl der zumeist „von Rechts“ angemeldeten Demonstrationen und sonstigen Veranstaltungen die größte Aufmerksamkeit gilt und in dem das größte Konfliktpotential durch Rechts-Links-Konfrontationen liegt.

Die Entwicklungen in den Themenfeldern Antimilitarismus und Antikernkraft werden wesentlich durch die aktuellen Ereignisse im Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und den Atomülltransporten bestimmt.

Zu befürchten ist, dass Veranstaltungen bzw. Einrichtungen der Bundeswehr und der der NATO weiterhin Zielscheibe von Linksautonomen bleiben werden. Dies gilt sowohl für Veranstaltungen mit beabsichtigter Öffentlichkeitswirkung, wie Konzerte, aber vor allem auch für Werbemaßnahmen von Bundeswehroffizieren in Arbeitsagenturen und Schulen. Potenziell muss bei jeder dieser Veranstaltungen mit Angriffen oder zumindest spektakulären Aktionen mit symbolischer Öffentlichkeitswirkung gerechnet werden.

Teile der linksextremistischen Szene – auch aus Nordrhein-Westfalen – haben das Thema Antikernkraft für sich instrumentalisiert. Die Intensität und Breite der Proteste (Blockaden, Aufrufe zum „CASTOR schottern“) deutet darauf hin, dass es über linksextremistische Potenziale hinaus zunehmend auch ein „bürgerliches“ Protestpotential gibt, das bereit ist, mögliche strafrechtlich relevante Nötigungs- und Sachbeschädigungsdelikte als legitimen Ausdruck seiner politischen Arbeit zu verstehen. Im Hinblick auf zukünftige CASTOR-Transporte wird daher zu beobachten sein, ob die linksextremistische Szene aus den „Grenzüberschreitungen“ im bürgerlichen Bereich „Gewinn“ für ihre Arbeit ziehen kann.

Abzuwarten bleibt, ob der durch die linksautonome Szene selbst gesetzte Anspruch der zunehmenden Vernetzung im Hinblick auf zukünftige Großveranstaltungen eingelöst werden kann.

5 Ausländerextremismus⁹⁶

Der Verfassungsschutz beobachtet im Ausländerextremismus Bestrebungen, die

- : gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes bzw. eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben,
- : durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- : gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Schwerpunktmäßig liegen die Bestrebungen in den beiden letztgenannten Bereichen. Dabei ist die Tatbestandsvoraussetzung der Gewaltanwendung schon dann erfüllt, wenn ausländische Gruppierungen von hier aus gewaltsame Aktionen im Heimatstaat vorbereiten, etwa durch Aufrufe zur Gewalt oder durch die Beschaffung finanzieller oder sonstiger Mittel.

Der Ausländerextremismus ist durch eine Vielzahl von Vereinigungen von unterschiedlicher Organisationsstruktur und Größe geprägt. Den Schwerpunkt bilden in Nordrhein-Westfalen die extremistischen Organisationen aus der Türkei. Die sehr unterschiedlichen Zielrichtungen ausländerextremistischer Organisationen lassen sich im Wesentlichen unterteilen in nationalistische Bestrebungen, linksextremistische Bestrebungen und ethnisch motivierte Autonomie- beziehungsweise Unabhängigkeitsbestrebungen. Dabei sind die Übergänge fließend: So sind einige Organisationen ursprünglich linksextremistischer Ausrichtung nach jahrelanger Entwicklung heute vorrangig von ethnisch begründetem Unabhängigkeitsstreben geprägt.

5.1 Türkische Organisationen

5.1.1 Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.*

Leitung	Sentürk Dogruyol	
Mitglieder	Bund	NRW
2010	ca. 7.000	ca. 2.000
2009	ca. 7.000	ca. 2.000
Publikation	'Türk Federasyon Bülteni' ('Bulletin der Türkischen Föderation')	
Internet	türkischsprachige Homepage	

Hintergrund

Die unter der Bezeichnung 'Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.*' ('Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu') bekannte ADÜTDF* ist die anhängerstärkste Gruppierung der 'Ülkücü-Bewegung' außerhalb der Türkei. Die 'Ülkücü-Bewegung' ist auch unter der Bezeichnung „Graue Wölfe“ bekannt. Die Bewegung basiert auf einem übersteigerten Nationalbewusstsein, das die türkische Nation sowohl politisch-territorial als auch eth-

⁹⁶ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit der Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

nisch-kulturell als höchsten Wert ansieht. Neben dem Türkentum, das an erster Stelle steht, kommt dem Islam als einer die türkische Identität ergänzenden Komponente besondere Bedeutung zu. Die sogenannte türkisch-islamische Synthese wird von den Anhängern in der Aussage zusammengefasst: „Islam ist unsere Seele, Türkentum ist unser Leib“, was das stark religiös gefärbte Nationalismusverständnis zum Ausdruck bringt. Ein weiteres Element der Ideologie ist der Panturkismus. Die politischen Ziel- oder Wunschvorstellungen orientieren sich deshalb zum einen am Osmanischen Reich mit seinem türkisch-islamischen Charakter, zum anderen gehen sie in Richtung Panturkismus, also einer Vereinigung aller Türken (turksprachigen Völker) unter der Führung einer großen und mächtigen Türkei.

Die Demokratie gefährdende Ülkücü-Ideologie lebt im Wesentlichen von Feindbildern, zu denen in unterschiedlichen Kombinationen variable Verschwörungstheorien entwickelt werden. Zu den ideologischen Feinden gehören vor allem Kurden, Amerikaner, Juden und Armenier, aber auch Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten, zum Beispiel Homosexuelle.

Der sogenannte Ülkücü-Eid, der auf zahlreichen einschlägigen Web-Seiten nachzulesen ist, macht die Kernaussage der Ideologie deutlich:

*„Ich schwöre bei Allah, dem Koran, dem Vaterland, bei meiner Flagge
Meine Märtyrer, meine Frontkämpfer sollen sicher sein
Wir, die idealistische türkische Jugend, werden unseren Kampf gegen
Kommunismus, Kapitalismus, Faschismus und jegliche Art von Imperialismus fortführen
Unser Kampf geht bis zum letzten Mann, bis zum letzten Atemzug,
bis zum letzten Tropfen Blut
Unser Kampf geht weiter, bis die nationalistische Türkei, bis das Reich Turan erreicht ist
Wir, die idealistische türkische Jugend, werden niemals aufgeben, nicht wanken,
wir werden siegen, siegen, siegen
Möge Allah die Türken schützen und sie erhöhen“*

Durch ihr teilweise extrem nationalistisches Gedankengut verfolgt die ADÜTDF* Bestrebungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2) bzw. das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1 Grundgesetz) richten und erfüllt damit die Voraussetzungen zur Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW.

Struktur

Die ADÜTDF*, die 1978 in Frankfurt/Main als 'Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.' gegründet wurde, hat sich 2007 in 'Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.*' umbenannt. Zudem wurde eine 'Türkische Konföderation in Europa' (ATK) als europäische Dachorganisation gegründet. Ihr gehören die nationalen Vereinigungen aus Deutschland und aus weiteren europäischen Staaten an. Die ADÜTDF* ist die deutsche Vertretung der in der Türkei ansässigen 'Partei der Nationalistischen Bewegung' ('Milliyetçi Hareket Partisi' – MHP). 1969 von Alparslan Türkeş gegründet, wird sie seit dessen Tod 1997 von Devlet Bahçeli geführt. Die MHP, die von 1999 bis 2002 an der türkischen Regierung beteiligt war, konnte bei den zuletzt am 22. Juli 2007 durchgeführten Parlamentswahlen ihren Stimmenanteil von zuvor 8,3 % auf 14,3 % fast verdoppeln. In Deutschland werden etwa 150 Vereine mit rund 7.000 Mitgliedern der ADÜTDF* zugerechnet. Rund 70 Vereine befinden sich in Nordrhein-Westfalen.

Finanzierung

Die ADÜTDF* finanziert sich im Wesentlichen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und den Verkauf von Publikationen.

Veranstaltungen

Im Zweijahresrhythmus führt die ADÜTDF* eine Großveranstaltung durch. Zuletzt versammelten sich am 30. Mai 2009 auf dem 26. Kongress rund 7.000 Teilnehmer in der Essener Grugahalle. Als Gäste nahmen auch Vertreter der MHP und deren Vorsitzender, Detlev Bahçeli, teil. Neben einem breiten Musik- und Kulturprogramm wurde der Vorstand gewählt. Die Wahl bestätigte den Generalvorsitzenden der ADÜTDF*, Sentürk Dogruyol, in seinem Amt.

Im Jahre 2010 wurden von zahlreichen Mitgliedsvereinen der ADÜTDF* in der gesamten Bundesrepublik Saalveranstaltungen durchgeführt, die auch in Nordrhein-Westfalen teilweise von mehr als tausend Personen besucht wurden. Diese boten in der Regel ein kulturelles und politisches Programm, wobei letzteres durch Reden hoher ADÜTDF*-Funktionäre geprägt war.

Internetaktivitäten jugendlicher Ülkücü-Anhänger

Das Internet ist für die Darstellung des türkisch-nationalistischen Gedankengutes insbesondere bei den jugendlichen Anhängern der 'Ülkücü-Bewegung' erkennbar von großer Bedeutung. In zahlreichen offen zugänglichen Videoportalen, aber auch in einem Netzwerk türkisch-nationalistischer Webseiten präsentieren Jugendliche ihre extremistischen Forderungen und Positionen. Die hier bekannten Videos sind überwiegend in türkischer Sprache aufgezeichnet. Sie enthalten extrem kurden-, homosexuellen-, jüden-, armenier- und USA-feindliche Aussagen sowie obszöne und beschimpfende Darstellungen. Sie hetzen gegen das friedliche Zusammenleben der verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppierungen und fördern damit auch in der Bundesrepublik Deutschland das Entstehen von Parallelgesellschaften mit dem entsprechenden Konfliktpotenzial. Bis auf ganz wenige Ausnahmen haben gewalttätige Auseinandersetzungen, die hierauf zurückzuführen sind – zumindest in Deutschland – nicht stattgefunden.

Gewaltbereitschaft

Die ADÜTDF* stellt sich als gesetzestreu dar, und ihre offiziellen Vertreter haben bereits vor einigen Jahren Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer ideologischen Überzeugungen abgelehnt.

Im Zusammenhang mit den türkisch-kurdischen Auseinandersetzungen im Grenzgebiet des Nord-Irak kam es auch in Nordrhein-Westfalen im Oktober/November 2007 zu zahlreichen pro-türkischen Demonstrationen, die zwar nicht von der ADÜTDF* angemeldet wurden, bei denen aber vereinzelt, insbesondere von jugendlichen Teilnehmern der Veranstaltungen, durch das mit der Hand gezeigte Wolfssymbol auf die Bewegung aufmerksam gemacht wurde. In der Zeit dieses verstärkten Demonstrationsaufkommens kam es auch in Nordrhein-Westfalen zu vereinzelt gewalttätigen Übergriffen national gesinnter türkischer Jugendlicher auf kurdische Einrichtungen. Ähnliche Zusammenstöße waren seitdem nicht mehr zu verzeichnen.

Bewertung

Aufgrund der Vielfalt und auch der Vielzahl der hier bekannten Internetauftritte liegt die Vermutung nahe, dass die Ülkücü-Bewegung mit ihren Positionen und Forderungen das Entstehen einer extremistischen, isolierten Jugendbewegung in Deutschland fördert. Insbesondere unter den türkisch-stämmigen Jugendlichen der zweiten und dritten Migrantengeneration gibt das Erstarken eines übersteigerten türkischen Nationalbewusstseins Anlass zur Sorge, da dies die Integration der Jugendlichen in die Lebens- und Gesellschaftsverhältnisse in Deutschland behindert. Ob die Beeinflussung der Jugendlichen allein durch das Internet oder auch in den Vereinen bzw. durch Mitschüler erfolgt, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Zurückliegende Vorfälle an Kölner Schulen lassen vermuten, dass der Einfluss von Mitschülern nicht zu unterschätzen ist.

5.1.2 Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front; Türkische Volksbefreiungspartei/-Front – Revolutionäre Linke

Leitung	Nach dem Tod von Dursun Karataş wurde noch kein Nachfolger benannt	
Mitglieder	Bund	NRW
2010	650	200
2009	650	200
Publikationen	'Kurtuluş' ('Befreiung'), 'Yürüyüş' ('Der Marsch')	
Internet	mehrsprachige Homepage	

Hintergrund

Die in der Türkei und Deutschland verbotene 'Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front' ('Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi' – DHKP-C) verfolgt das Ziel, das bestehende türkische Staatssystem durch eine bewaffnete Revolution zu zerschlagen, um ein sozialistisches System zu errichten. Hierzu bedient sie sich in der Türkei auch terroristischer Methoden. So war die Organisation im Vorfeld des NATO-Gipfels im Juni 2004 in Istanbul für die Bombenexplosion in einem Linienbus mit vier Toten und zahlreichen Verletzten verantwortlich. Im Juli 2004 wurde nach Angaben der türkischen Sicherheitskräfte durch die Tötung des mutmaßlichen Attentäters ein Anschlag auf das Justizministerium in Ankara vereitelt; der Täter soll Mitglied der DHKP-C gewesen sein. In Deutschland wurden von der Organisation – allerdings letztmalig 1998 – Gewaltaktionen gegen Anhänger des Oppositionsflügels und Spendenerpressungen verübt.

Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen

Mit ihrem Bestreben gefährdet die DHKP-C sowohl die innere Sicherheit als auch die auswärtigen Belange der Bundesrepublik (§ 3 Absatz 1 Nr. 1 und Nr. 3 VSG NRW). Wegen der gleichermaßen vorhandenen Gewaltbereitschaft unterliegt auch die weniger bedeutende Abspaltungsgruppe 'Türkische Volksbefreiungspartei/-Front' (THKP/-C) der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden.

Die DHKP-C und die THKP/-C sind Nachfolgeorganisationen der in der Bundesrepublik seit 1983 verbotenen 'Devrimci Sol' und als solche seit dem 1. Februar 2000 rechtskräftig verboten. Ein Streit zwischen den seinerzeitigen Vorsitzenden begründete die bis heute andauernde Rivalität zwischen beiden Organisationen, ohne dass ernsthafte ideologische Differenzen zu erkennen wären. Unter der Bezeichnung DHK-C – 'Devrimci Halk Kurtuluş Cephesi' agiert der militärische Arm der DHKP-C. Die politischen Aktivitäten werden seit dem Verbot 1983 konspirativ fortgesetzt. Im Mai 2002 hat der Rat der Europäischen Union die DHKP-C auf die europäische Liste der Terrororganisation gesetzt.

Struktur

Deutschland ist neben der Türkei das wichtigste Betätigungsgebiet der DHKP-C. Die Organisation verfügt über feste Strukturen. Dem Deutschlandverantwortlichen sind Gebietsverantwortliche nachgeordnet. Die eingesetzten Funktionäre treten zur Tarnung unter Decknamen auf. Als örtliche oder regionale Basis dienen der DHKP-C Vereine, deren Satzungen keinen Rückschluss auf die Organisation zulassen. In Nordrhein-Westfalen verfügt die DHKP-C über solche Stützpunkte unter anderem in Bielefeld, Dortmund, Duisburg und Köln.

Als der verbotenen DHKP-C nahestehend wird der 'Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei' (TAYAD) angesehen, der in Deutschland auch unter dem Namen jeweiliger regionaler TAYAD-Komitees öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchführt. Wegen personeller Verflechtungen wird auch bei der 'Anatolischen Föderation e. V. Köln', die aus dem 'Ver-

band anatolischer Volkskulturvereine e. V.' hervorgegangen ist, eine Nähe zur DHKP-C angenommen.

Finanzierung

Die DHKP-C finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und den Verkauf von Publikationen. Wie in den Vorjahren konnte das selbst gesetzte Ziel der Spendenkampagne bei Weitem nicht erreicht werden.

Medieneinsatz

Neben den Publikationen 'Kurtuluş' ('Befreiung') und 'Yürüyüş' ('Der Marsch') nutzt die DHKP-C intensiver als die übrigen linksextremistischen türkischen Organisationen das Internet für Aufrufe und politische Erklärungen. Sie verfügt über eine mehrsprachige Homepage.

Ungeklärte Nachfolge des Generalsekretärs

Der Gründer und langjährige Generalsekretär der DHKP-C, Dursun Karataş, verstarb am 11. August 2008 in den Niederlanden im Alter von 55 Jahren. Karataş war die Leit- und Integrationsfigur der Organisation und stand für ihren Zusammenhalt. Bis heute ist weder ein offizieller noch ein inoffizieller Nachfolger von Dursun Karataş bekannt geworden.

Aktivitäten

Das ganze Jahr über organisierte die DHKP-C in der Bundesrepublik und auch in Nordrhein-Westfalen kleinere Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen im Zusammenhang mit den in der Bundesrepublik inhaftierten Funktionären der Partei. In der Regel nahmen hierbei weniger als 30 Personen teil.

Am 10. April 2010 führte die DHKP-C anlässlich des 16. Jahrestages ihrer Parteigründung eine Veranstaltung in Wuppertal mit mehreren hundert Teilnehmern durch. Etwa 1.000 Teilnehmer verzeichnete ein von der 'Anatolischen Föderation' veranstaltetes Fest am 17. Oktober in Dortmund, das neben politischen Beiträgen auch von musikalischen Darbietungen geprägt war.

In der Zeit vom 16. – 27. November führte die DHKP-C einen sogenannten „Langen Marsch für die Freilassung der politischen Gefangenen“ durch. Anhänger der DHKP-C hielten im Rahmen dieses Marsches kleinere Kundgebungen mit Informationsständen in über 20 deutschen Städten ab (unter anderem Berlin, Hamburg, Stuttgart, München, Magdeburg), die allesamt friedlich verliefen. Beginn des Marsches war in Düsseldorf. Die Abschlussveranstaltung, zu der sich etwa 60 Teilnehmer versammelten, fand in Köln statt.

Strafverfolgungsmaßnahmen

Am 24. Februar 2010 wurden in Köln und Düsseldorf zwei mutmaßliche Führungsfunktionäre der DHKP-C festgenommen und darüber hinaus sieben Objekte in Nordrhein-Westfalen – darunter auch der Sitz der DHKP-C-nahen 'Anatolischen Föderation' in Wuppertal – durchsucht. Den Festgenommenen wird vorgeworfen, als hochrangige Führungsfunktionäre der DHKP-C in Europa Mitglieder der innerhalb der DHKP-C bestehenden terroristischen Vereinigung in der Türkei zu sein (§ 129b StGB). Darüber hinaus wird einem Beschuldigten versuchte schwere räuberische Erpressung vorgeworfen.

Der andere Beschuldigte soll sich zudem wegen des Einschleusens von Ausländern strafbar gemacht haben.

Der Prozess gegen drei Führungsfunktionäre der DHKP-C, die seit November 2008 inhaftiert waren, endete am 16. Dezember 2010 mit der Verurteilung der drei Angeklagten zu Haftstrafen zwischen 3 Jahren und 9 Monaten und 7 Jahren und 9 Monaten.

Gegen ein weiteres Mitglied der DHKP-C wurde am 9. Dezember 2010 vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf das Urteil gesprochen. Der Angeklagte, der sich im Dezember 2009 der Polizei stellte, wurde wegen seiner Mitgliedschaft in der DHKP-C und der Verabredung zum Totschlag zu einer Haftstrafe von 2 Jahren und 9 Monaten verurteilt.

Ein weiterer Prozess begann am 15. Januar 2009 vor dem OLG Düsseldorf gegen einen im Jahr 2007 verhafteten Führungsfunktionär und Mitbegründer der DHKP-C. Dieser Prozess dauert an.

Bewertung

Die Probleme in den zurückliegenden Jahren bei der Mitgliedermotivation und bei der Finanzierung der Organisation bestehen fort. Hinzu kommt nach wie vor die konsequente Verfolgung und Verhaftung von Führungsfunktionären durch die Sicherheitsbehörden, die die Organisation verunsichern und schwächen.

5.1.3 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK); Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL) und unterstützende Organisationen

Seit dem 26. November 1993 in Deutschland vom Bundesministerium des Innern mit einem Betätigungsverbot belegt.

Sitz	Nord-Irak	
Europavertretung	wenige weisungsberechtigte Funktionäre mit wechselnden Aufenthaltsorten / CDK 'Koordinasyon Civata Ekolojik – Demokratik a Kurd Li Ewropa'	
Vorsitz	Remzi Kartal	
Höchstes Entscheidungsorgan	Generalversammlung	
Mitglieder	Bund	NRW
2010	ca. 11.500	ca. 2.000
2009	ca. 11.500	ca. 2.000
Publikationen	'Serxwebun' (Unabhängigkeit), erscheint monatlich; 'Sterka Ciwan' (Stern der Jugend), erscheint monatlich; 'Newaya Jin' (Erlebnisse der Frauen), erscheint zweimonatlich; 'Kurdistan-Report', Auflage bis 15.000; Tageszeitung 'Yeni Özgür Politika'	
Medien	'ROJ-Gruppe' mit Sitz in Brüssel mit den Fernsehsendern 'ROJ-TV' mit dänischer Sendelizenz und 'MMC TV', Sendelizenzgeber unbekannt, sowie dem Radiosender 'Denge Mezopotamya'; 'NEWROZ TV' mit Sitz in Stockholm / Schweden	
Internet	Zahlreiche Internetauftritte über mehrere Server	

Von dem aus der 'Arbeiterpartei Kurdistans' (PKK) hervorgegangenen 'Volkskongress Kurdistan' (KONGRA-GEL) gehen in Westeuropa weiterhin keine offen gewalttätigen Aktionen aus. Vielmehr bemüht er sich durch entsprechende Propaganda um die politische Anerkennung seiner Forderungen. Diese Forderungen sind primär auf die Einräumung von kulturellen und politischen Freiheitsrechten für die kurdische Minderheit in der Türkei sowie auf die Situation ihres in Haft befindlichen Führers Abdullah Öcalan ausgerichtet.

Gleichzeitig finden in der Türkei und der nordirakischen Grenzregion – trotz der nach außen bekundeten Bereitschaft zur einseitigen Waffenruhe – militante Auseinandersetzungen statt. In Deutschland beschaffte Gelder werden sowohl für die Finanzierung dieses Kampfes als auch zur Finanzierung der Propaganda eingesetzt.

Hintergrund

Die 'Arbeiterpartei Kurdistans' (PKK), die heute unter der Bezeichnung 'Volkskongress Kurdistans' (KONGRA-GEL)⁹⁷ agiert, wurde im November 1978 in der Türkei gegründet. Sie strebte ursprünglich einen eigenen kurdischen Nationalstaat an, der die Gebiete Südostanatoliens (Türkei), den Nord-Irak, Teile des westlichen Iran und Gebiete im Norden Syriens umfassen sollte. In diesem Gebiet sollen etwa 20 bis 25 Millionen Kurden, davon etwa 12 bis 15 Millionen in der Türkei, leben. Im Januar 2000 wurde dieses Ziel aufgegeben; stattdessen strebt die Partei die Stärkung demokratischer und kultureller Rechte der Kurden in den jeweiligen Siedlungsgebieten an. Die PKK unterhält in der Türkei militärische Kräfte, die seit Januar 2000 unter der Bezeichnung 'Volksverteidigungskräfte' (HPG) agieren.

Seit dem 26. November 1993 sind der PKK und ihrer Nebenorganisation 'Nationale Befreiungsfront Kurdistans' ('Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan' – ERNK) die Betätigung in Deutschland verboten. Das Bundesministerium des Innern hat am 30. Juli 2004 festgestellt, dass sich „das gegen die PKK verhängte vereinsrechtliche Betätigungsverbot [...] auch auf den KONGRA-GEL erstreckt“. Außerdem wird die PKK in der Liste der Europäischen Union über terroristische Organisationen geführt. Das Verbot umfasst auch weitere Organisationen des KONGRA-GEL, nämlich die ERNK-Nachfolgeorganisation CDK 'Koordinasyon Civata Ekolojik-Demokratik a Kurd Li Ewropa', zu Deutsch: 'Koordination der kurdischen ökologisch-demokratischen Gesellschaft in Europa' und die 2005 gegründete KCK ('Koma Civaken Kurdistan') beziehungsweise deren Vorgängerin, die 'Koma Komalen Kurdistan' – KKK. Die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Kurden wird auf 500.000 bis 600.000 geschätzt, etwa 200.000 davon leben in Nordrhein-Westfalen.

Obwohl in Westeuropa seit Ende März 1996 ein Kurswechsel zu friedlichem Verhalten erkennbar ist, stellt die PKK wegen einer Reihe gewalttätiger öffentlicher Aktionen und wegen der fortlaufenden innerorganisatorischen Gewalttaten nach wie vor eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar, was ihre Beobachtung gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 1 VSG NRW begründet.

Ihre Ziele verfolgt die PKK in der Türkei auch heute noch mit Waffengewalt, wie die bis in das Jahr 2010 andauernden Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und Guerilla-Einheiten sowie terroristische Anschläge in der Türkei zeigen. Damit gefährdet die Organisation die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland, so dass auch aus diesem Grunde eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nach § 3 Absatz 1 Nr. 3 VSG NRW erforderlich ist.

Gründungsmitglied und Führer der PKK war Abdullah Öcalan, der trotz seiner Inhaftierung seit Februar 1999 formal bis November 2003 als Generalsekretär an der Spitze der Organisation stand. Erst als im Zuge innerorganisatorischer Veränderungen der KONGRA-GEL als Nachfolge der PKK gegründet wurde, trennte man sich auch formal vom ehemaligen Vorsitzenden Abdullah Öcalan und von dem militärischen Flügel, der 'Volksbefreiungsarmee Kurdistans'. Abdullah Öcalan bleibt Identifikationsfigur der PKK-Anhänger. Nachrichten über seinen Gesundheitszustand oder die Bedingungen seiner Haft erregen die Gemüter und können auch demonstrative Gewalttaten und Demonstrationen auslösen.

Der Finanzbedarf der PKK ist nach wie vor erheblich, um die Aktionsfähigkeit der Organisation im In- und Ausland zu erhalten. Insbesondere die militärischen Aktivitäten der Guerillakräfte in der Auseinandersetzung mit dem türkischen Militär kosten viel Geld. Wichtigste Geldquelle bleibt die jährliche Spendensammlung, die durch regelmäßige Zahlungen von Anhängern und durch Erlöse aus dem Zeitschriftenverkauf ergänzt wird.

⁹⁷ Seit 2009 ist der KONGRA-GEL in der Türkei vermehrt dazu übergegangen, wieder unter dem ursprünglichen Namen PKK aufzutreten.

Situation in der Türkei

Der politische Kurs der Türkei gegenüber der kurdischen Bevölkerung bleibt ambivalent. Die gerade Ende 2009 im türkischen Parlament geweckten Erwartungen an Fortschritte in der Kurdenpolitik brachten 2010 keine nennenswerte Entspannung.

Die Öffnung für kurdische Belange betreibt Ministerpräsident Erdogan schon seit 2005, indem er – auch gegen den erbitterten Widerstand nationalistischer Türken und des Militärs – ausdrücklich von einem „Kurdenproblem“ sprach oder sich sogar in kurdischer Sprache öffentlich äußerte. Der politische Disput gipfelte 2008 in einem Parteiverbotsverfahren gegen die regierende AKP, das jedoch nicht zustande kam. Am 13. November 2009 kündigte die türkische Regierung an, man wolle den seit 25 Jahren anhaltenden Kurdenkonflikt beenden. Demnach sollen Kommunen im Kurdengebiet das Recht erhalten, ihre vor Jahren durch türkische Namen ersetzten alten Ortsnamen wiedereinzuführen. Kurdische Politiker dürften sich in Wahlkampfauftritten wieder in ihrer Sprache an das Wahlvolk wenden. Alle bisherigen Einschränkungen der einst im offiziellen Gebrauch verbotenen kurdischen Sprache sollen abgeschafft werden. Man wolle „die politischen Rechte aller Bürger ausbauen“. Das Motto des Regierungsplans für die Kurden laute „Mehr Freiheit für alle“. Im Januar 2010 machte der türkische Innenminister deutlich, dass die türkische Regierung weiterhin auf Reformen setze, um den Kurdenkonflikt beizulegen.

Demgegenüber verhärteten sich im weiteren Verlauf des Jahres 2010 die politischen Auseinandersetzungen zwischen der Türkei und den Kurden. Auch die militärischen Auseinandersetzungen eskalieren im April und Mai 2010, als erhebliche Truppenkontingente in die Operationsgebiete in den kurdisch besiedelten Landesteilen der Türkei und in die Gebiete entlang der irakischen Grenze verlegt wurden. Im Juni 2010 wurde seitens des KCK der seit März 2009 ausgerufene einseitige Waffenstillstand offiziell für beendet erklärt. Nach Ansicht des Vorsitzenden des Exekutivrates der KCK bieten die Ansichten der AKP zur Kurdenfrage keinerlei Raum für eine Lösung. Trotzdem verkündete am 13. August 2010 der Exekutivrat der KCK erneut eine einseitige Waffenruhe, die zwei Mal verlängert wurde und nun bis zu den Wahlen in der Türkei im Juni 2011 andauern soll. Wie in bisherigen Fällen handelt es sich bei der Waffenruhe lediglich um einen Verzicht auf ein offensives Vorgehen etwa durch Anschläge. Die PKK behält sich das Recht vor, bei Angriffen durch die türkischen Streitkräfte vor ihrerseits Gewalt anzuwenden.

Organisation in Europa

Zur politischen Vertretung auf europäischer Ebene und für Propagandazwecke hat der KONGRA-GEL eine Reihe Organisationen gegründet. Dazu gehört als offizielle Europavertretung die 'Koordinasyon Civata Ekolojik-Demokratik a Kurd Li Ewropa' – 'Koordination der kurdischen ökologisch-demokratischen Gesellschaft in Europa' (CDK). Sie hat die Aufgabe, die in Europa lebenden Kurden durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Propagandatätigkeit zu informieren und für den – im Sprachgebrauch der PKK – „Befreiungskampf“ zu begeistern. Die wichtigsten Neben- bzw. Teilorganisationen, mit denen der KONGRA-GEL in Deutschland vertreten ist, sind die 'Kurdische Frauenbewegung in Europa' (AKKH), ehemals 'Union der freien Frauen' (YJA), und der 'Demokratische Jugendföderalismus Kurdistans' – ('Komalen Ciwan').

Die Partei ist eine straff geführte Kaderpartei. Um unentdeckt zu bleiben, leben ihre führenden Funktionäre – zumindest ab Gebietsleiter⁹⁸ aufwärts – konspirativ. Sie wechseln in der Regel täglich ihren Aufenthaltsort, benutzen Decknamen und sind nur unter Telefonanschlüssen zu erreichen, die auf unverdächtige Personen angemeldet sind. Vornehmlich halten sie sich in Deutschland, Belgien, Frankreich und den Niederlanden auf. Sie widmen ihre Arbeitskraft ausschließlich der Partei. Dabei sind sie für die Verbreitung von Parteibeschlüssen und Reden von Parteifunktionären, den Start und die Steuerung von Kampagnen und für Demonstrationen zuständig. Zudem sind sie verantwortlich für die Spendensammlung und überwachen den Verkauf von Zeitungen und Eintrittskarten für Großver-

⁹⁸ Deutschland ist in drei Regionen („Saha“) – Nord, Mitte und Süd aufgeteilt. Der Bereich „Saha-Mitte“, zu dem auch Nordrhein-Westfalen gehört, ist in 7 Gebiete („Bölge“) unterteilt.

anstaltungen, wie dem jährlichen internationalen kurdischen Kulturfestival. Im Zuge von innerorganisatorischen Demokratisierungsbemühungen wurde seitens der CDK die Einrichtung von Volksräten für das Jahr 2010 als vorrangige Aufgabe angesehen. In zahlreichen CDK-Gebieten fanden Volksratskongresse statt.

Wie in den Vorjahren mussten sich auch 2010 PKK-Funktionäre in Strafverfahren wegen Brandstiftung, Anstiftung zur Brandstiftung oder Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung verantworten. Dabei wurden Haftstrafen zwischen 1 und 3 Jahren verhängt.

Anschläge der 'Freiheitsfalken Kurdistans'

In den Städten und touristischen Zentren in der Türkei ist seit 2004 eine Stadtguerilla aktiv, die sich 'Freiheitsfalken Kurdistans' (TAK) nennt. Deren mutmaßliche Mitglieder berufen sich bei ihren Aktionen auf Abdullah Öcalan, agieren aber nach eigenen Angaben unabhängig vom KONGRA-GEL. Am 8. Juni 2010 sind in einem Vorort von Istanbul bei einem Bombenanschlag auf einen mit Polizisten besetzten Minibus mehrere Personen verletzt worden. Am 31. Oktober 2010 zündete ein Attentäter auf dem Taksim-Platz in Istanbul einen Sprengsatz. Er tötete sich selbst und verletzte mindestens 30 Personen, davon zahlreiche Polizisten. Zu beiden Anschlägen bekannte sich die TAK. Seit 2006 ist die TAK von der Europäischen Union als Terrororganisation gelistet.

Anschläge in Nordrhein-Westfalen

Am 4. März 2010 kam es in Belgien zu Exekutivmaßnahmen, unter anderem beim Fernsehsender 'ROJ-TV'. Als Reaktion hierauf verübten unbekannte Täter am 6. März 2010 einen Brandanschlag auf das Generalkonsulat der Republik Türkei in Münster. Sie warfen mehrere Molotow-Cocktails an die Fassade des Konsulatsgebäudes und sprühten den Schriftzug „ROJ-TV“ auf ein Rolltor. Am 9. März 2010 warfen unbekannte Täter Brandsätze gegen den Haupteingang und die Fassade eines türkischen Kulturvereins in Rheine.

Medieneinsatz

Die PKK bedient sich eines verzweigten Mediennetzes, das der Information in der kurdischen Anhängerschaft der PKK dient. Es umfasst Fernseh- und Radiosender und mehrere Zeitungen. Veröffentlichungen dieser Medien werden oft durch die Nachrichtenagentur 'Firat' aufbereitet. Die Medien verbreiten im Wesentlichen Beiträge über die Ziele und Aktivitäten der PKK. In der Zeitung 'Yeni Özgür Politika' finden sich zudem Hinweise auf kleinere regionale Veranstaltungen und ganzseitige Aufrufe zur Teilnahme an Großveranstaltungen. Weitere Zeitungen und Zeitschriften, die Propaganda für die PKK betreiben, sind die 'Serxwebun' ('Unabhängigkeit'), der deutschsprachige 'Kurdistan-Report' und der 'Sterka Ciwan' ('Stern der Jugend'). Auf die weibliche kurdische Anhängerschaft ausgerichtet ist die Zeitschrift 'Newaya Jin' ('Erlebnisse der Frauen').

Zudem wird auf verschiedenen Internetseiten PKK-Propaganda betrieben. Außerdem bieten sie die Plattform für Selbstbeichtigungserklärungen nach Anschlägen oder werben für Protestveranstaltungen. Daneben nehmen Kontakte und Nachrichten in sozialen Netzwerken immer stärkeren Raum für die Kommunikation zwischen den Anhängern ein.

Seit März 2004 ist der Fernsehsender 'ROJ-TV' in Betrieb. Er arbeitet mit einer dänischen Sendelizenz. Schwerpunkt der Programmgestaltung sind kulturelle Sendungen, Diskussionsrunden, Sendungen, an denen sich die Zuschauer telefonisch beteiligen können, und Nachrichtenbeiträge, in denen vorrangig Vertreter der PKK zu Wort kommen. Zum Sendeverbund gehören neben 'ROJ-TV' auch der Fernsehmusiksender 'MMC TV' mit Sitz in Dänemark und der Radiosender 'Denge Mezopotamya' ('Stimme Mesopotamiens') mit Sitz in Belgien, der ein ähnliches politisches Programm wie 'ROJ-TV'

sendet. Dieser Senderverbund wird als PKK-nah bewertet. Der Betrieb des Senders wurde mit Verbotsverfügung vom 19. Juni 2008 vom Bundesministerium des Innern in Deutschland verboten. Die Verbotsverfügung wurde damit begründet, dass der Betrieb des Senders gegen deutsche Strafgesetze verstoße und sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richte. Gegen die Verbotsverfügung wurde Anfechtungsklage beim Bundesverwaltungsgericht erhoben. Das Bundesverwaltungsgericht hat im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes den Sendebetrieb bis zur Entscheidung in der Hauptsache zugelassen. Eine abschließende Entscheidung konnte bislang nicht ergehen, da das Bundesverwaltungsgericht sich mit der Frage der Vereinbarkeit der europäischen Fernsehrichtlinie mit der Verbotsverfügung an den europäischen Gerichtshof gewandt und das Verfahren zunächst ausgesetzt hat. In einem weiteren Verfahren gegen 'ROJ-TV' in Dänemark hat ein dortiges Gericht im Oktober entschieden, dass die bis dahin gesperrten Firmengelder wieder freigegeben werden müssen.

Massenorganisationen

Neben der CDK hat die PKK in Europa die Bildung sogenannter Massenorganisationen initiiert. Sie sollen bestimmte Personen- und Berufsgruppen als weiteres Unterstützungspotential gewinnen, ohne dass aus dem Organisationsnamen unmittelbar eine Verbindung zur PKK hergeleitet werden kann. Folgende Organisationen sind hier bekannt und aktiv:

- : 'Demokratischer Jugendkonföderalismus Kurdistans' ('Komalen Ciwan')
- : 'Föderation der Aleviten Kurdistans' (FEDA, früher: FEK),
- : 'Föderation der Yezidischen Vereine Kurdistans' (FKE, früher: YEK),
- : 'Islamische Bewegung Kurdistans' (HIK oder KIH),
- : 'Kurdische Frauenbewegung in Europa' (AKKH),
- : 'Union der Student/Innen aus Kurdistan' (YXK).

Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM)

Zur Förderung der kulturellen Belange der kurdischen Bevölkerung in Deutschland wurde am 27. März 1994 die 'Föderation kurdischer Vereine in Deutschland' (YEK-KOM) gegründet. Der Sitz ist Düsseldorf. Gemäß der Vereinssatzung sieht die YEK-KOM ihre Aufgabe in der Pflege der kurdischen Kultur, Sprache und Tradition. Daneben will sie für Völkerverständigung und Freundschaft werben. Nach ihrem Selbstverständnis vertritt YEK-KOM jedoch auch die politischen Interessen der PKK in Deutschland. So forderte YEK-KOM am 15. Jahrestag des PKK-Verbots dessen Aufhebung. YEK-KOM ist nicht vom Betätigungsverbot gegen die PKK und deren Nachfolgeorganisationen erfasst. Die dem Dachverband angeschlossenen Vereine haben eine Nähe zur PKK als gemeinsame Grundlage.

Als Dachorganisation zahlreicher Mitgliedsvereine in der Bundesrepublik Deutschland ist YEK-KOM in die Strukturen der 'Konföderation kurdischer Vereine in Europa' (KON-KURD) eingebunden. YEK-KOM finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge von Vereinen und durch Spenden. Auf dem 16. Jahreskongress der YEK-KOM im Februar 2010 in Dortmund wurde der Vorstand erweitert und neu gewählt. Der bisherige Vereinsvorsitzende wurde in seinem Amt bestätigt. Inhaltlich haben die Mitglieder beschlossen, den Protest gegen die Haftbedingungen Öcalans fortzusetzen und die Kurdenpolitik in Deutschland und Europa weiterhin anzuprangern. Dabei soll auf die rechtsstaatlichen Mittel der Gewaltlosigkeit und des Demonstrationsrechts Wert gelegt werden. Dies korrespondiert mit der Strategie, in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland gewaltfrei für das politische Anliegen der Kurden zu werben.

Weiterhin arbeiten YEK-KOM-Funktionäre mit Nachdruck an Kontakten und Zugängen zur deutschen Politik, um die kurdischen Interessen dort vorzubringen. Kontakte bestehen hier insbesondere zur Partei 'DIE LINKE*'. Dies geschieht sowohl auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene. Schließlich werden auch Kontakte zu Vertretern des Europaparlamentes gepflegt. Des Weiteren versucht die Organisation Mitglieder in aussichtsreicher Position auf den entsprechenden Parteilisten zu platzieren.

Die Situation der etwa 16 YEK-KOM-Mitgliedsvereine in Nordrhein Westfalen stellt sich ambivalent dar. Durch Neugründungen und Schließungen von Vereinen schwankt die Zahl der Mitgliedsvereine im Jahresverlauf. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die örtlichen YEK-KOM Vereine als maßgebliche Anlaufstelle von kurdischen Volkszugehörigen mit PKK-Affinität fungieren. Weiterhin sorgen die örtlichen Vereine für eine überregional breit gestreute Unterstützung von Protestaktionen. Oftmals werden in den örtlichen Vereinen Demonstranten mobilisiert und Busse organisiert, um die Proteste zu unterstützen.

Initiativen und Veranstaltungen

Mit Demonstrationen und Festivals wird versucht, einerseits die Aufmerksamkeit auf die Lage der Kurden in den Siedlungsgebieten zu richten; andererseits dienen sie dazu, unter den im Ausland lebenden Kurden die Zugehörigkeit zur kurdischen Kultur lebendig zu halten und zu festigen. Zu internationalen oder bundesweiten Großdemonstrationen und Festivals können zum Teil mehrere zehntausend Anhänger mobilisiert werden. Öffentlichkeitswirksame Aktionen als Reaktion auf Exekutivmaßnahmen gegen die Organisation sowie zu den Haftbedingungen von Abdullah Öcalan und dem Konflikt mit den türkischen Sicherheitskräften bildeten neben den jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen im Jahr 2010 die Schwerpunkte.

Unter den Großveranstaltungen ragt das „18. Internationale Kurdische Kulturfestival“, das am 18. September 2010 von der YEK-KOM im Rhein-Energie-Stadion in Köln veranstaltet wurde, heraus. An der Veranstaltung unter dem Motto „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“ nahmen etwa 40.000 Personen aus Deutschland und dem benachbarten Ausland teil. Der überwiegende Teil des Programms bestand aus kulturellen Beiträgen. Viele Kurden nutzten das Festival, um Familienangehörige und Bekannte zu treffen. In diesem Jahr war die Organisation des Festivals geprägt von Problemen bei der Suche nach einem geeigneten Veranstaltungsort, da Veranstaltungen dieser Größenordnung unter dem Eindruck des Geschehens bei der Love-Parade vor neuen Anforderungen an die Sicherheit standen.

Eine Reihe weiterer Kultur- und Sportveranstaltungen zog bis zu 20.000 Teilnehmer an. Dazu gehörten die Feiern zum Newroz-Fest – dem kurdischen Neujahr – und das „Mazlum Dogan“-Sportfest am 10. Juli 2010 in Köln. Das Kölner Südstadion war geschmückt mit Bildern von Märtyrern, zahlreichen Fahnen und verschiedenen politischen Spruchbändern. Neben den sportlichen Wettkämpfen gab es ein kulturelles Rahmenprogramm, aber auch politische Reden und Videobotschaften.

Das Newroz-Fest wurde in diesem Jahr in Form von zwei Demonstrationsmärschen mit anschließender Kundgebung in Düsseldorf durchgeführt.

An die kurdischen Frauen richtet sich das „Zilan-Frauenfestival“, das am 26. Juni 2010 im ostwestfälischen Lemgo ausgerichtet wurde. Das Festival unter dem Motto „Den Befreiungskampf steigern – die Vergewaltigungskultur überwinden“ wurde in diesem Jahr von lediglich etwa 1.500 Teilnehmer/Innen besucht. Damit wurden die Teilnehmerzahlen der Vorjahre, an denen bis zu 4.000 Teilnehmer/Innen gezählt wurden, deutlich unterschritten.

Bewertung

Die in den vergangenen Jahren eingeführten Prinzipien der KCK, wonach eine organisationsinterne Demokratisierung eingeführt werden soll, haben sich auch 2010 nicht nachhaltig und flächendeckend durchgesetzt. Letztlich hält die KCK an einer hierarchischen Struktur und dem Kaderprinzip fest.

Dabei kommt es maßgeblich auf einzelne Führungspersönlichkeiten und deren persönliche Durchsetzungskraft in den von ihnen geleiteten Gebieten an. Der Erfolg ihrer Tätigkeit wird vor allem daran gemessen, in welchem Umfang die Vorgaben der PKK und ihrer führenden Kader erfüllt werden. Insbesondere bei der Durchführung der für die Partei existenziell wichtigen jährlichen Spendenkampag-

ne, die weiterhin die bedeutendste Einnahmequelle der PKK ist, wird alles daran gesetzt, die Vorgaben der Partei einzuhalten. Die erzielten Einnahmen – es geht dabei um mehrere Millionen Euro – werden für den bewaffneten Kampf in den kurdischen Siedlungsgebieten, den Funktionsapparat und die aufwändige Propaganda eingesetzt.

Der militärische Konflikt zwischen türkischen und iranischen Militärkräften auf der einen und der kurdischen Guerilla auf der anderen Seite bestimmt neben dem immer wiederkehrenden Thema „Haftbedingungen von Abdullah Öcalan“ die Stimmungslage der Anhängerschaft in Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Daneben wird das Aktionsverhalten auch durch die aktuellen Lageentwicklungen in der Türkei und den kurdischen Siedlungsgebieten beeinflusst.

Die PKK nutzt weiterhin die in Deutschland vorhandenen Strukturen, um die Fortführung der militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem militärischen Arm der PKK (HPG) und dem türkischen Militär unterstützen zu können sowie der PKK politischen Kadernachwuchs zuzuführen.

In Europa soll der Friedenskurs der Organisation nach den Vorgaben der verantwortlichen Kader unbedingt beibehalten werden. Gleichwohl gibt es weiterhin Hinweise, wonach eine Abkehr vom betont gewaltfreien Verhalten in Deutschland anlassbezogen möglich ist und von der Europaführung geduldet wird. Gewalttätige Aktionen, insbesondere kurdischstämmiger Jugendlicher, die zeitweise hoch emotionalisiert sind, belegen dies.

5.2 Tamilische Befreiungstiger

Interessenvertretung	'Tamil Coordination Committee' (TCC)	
Sitz in Deutschland	Oberhausen	
Mitglieder	Bund	NRW
2010	ca. 1.000	ca. 300
2009	Ca. 800	ca. 300
Internet	englischsprachige Homepage	

Hintergrund

Erklärtes Ziel der 'Tamilischen Befreiungstiger' ('Liberation Tigers of Tamil Eelam' – LTTE) ist seit 1972 die Errichtung eines unabhängigen sozialistischen Staates „Tamil Eelam“ auf dem überwiegend von Tamilen bewohnten Nord-Ost-Territorium von Sri Lanka.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele führte die LTTE seit 1983 einen erbitterten Guerillakrieg gegen die singhalesische Zentralregierung und verübte unter Inkaufnahme des Todes von Zivilisten Terroranschläge gegen srilankische und indische Ziele. Damit verfolgen die in Deutschland lebenden Anhänger der LTTE Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungsmaßnahmen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden; sie erfüllen damit die Voraussetzungen zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz nach § 3 Absatz 1 Nr. 3 VSG NRW.

Die stetig eskalierende Gewalt in Sri Lanka war einer der Auslöser dafür, dass die EU die LTTE am 29. Mai 2006 auf die Liste der terroristischen Organisationen setzte.

Eine Besonderheit ist hierbei, dass diese Listung mit einer politischen Erklärung verbunden wurde, die die Listung als nicht endgültig bezeichnete und ihre Rücknahme in Aussicht stellte, sollte die LTTE dauerhaft der Gewalt abschwören und sich erkennbar nachhaltig für den Friedensprozess einsetzen.

Situation in Sri Lanka

Die über die Jahre von verschiedensten Seiten – z.B. der norwegischen Regierung – unternommenen Bemühungen zur Befriedung des jahrzehntelangen blutigen Bürgerkrieges auf Sri Lanka waren im Jahr 2006 endgültig gescheitert. Ab dem Frühjahr 2006 eskalierte der Konflikt, und ein seinerzeit nur noch formal bestehendes Waffenstillstandsabkommen mit den Separatisten wurde durch die Zentralregierung im Januar 2008 aufgekündigt.

Im Mai 2009 beendete die srilankische Armee eine im Januar 2009 begonnene Offensive mit der Einnahme der letzten von der LTTE kontrollierten Gebiete im Nordosten Sri Lankas. Am 16. Mai 2009 erklärte die Regierung die Rebellen für besiegt und den Bürgerkrieg für beendet. Nach Militärangaben wurde der Führer der LTTE, Velupillai Prabhakaran, zwei Tage später, am 18. Mai, auf der Flucht erschossen. Der Krieg hat nach aktuellen Schätzungen der UNO bis zu 100.000 Menschen das Leben gekostet.

Auch eineinhalb Jahre nach Ende des Bürgerkrieges lässt sich nicht zuverlässig beurteilen, ob der bewaffnete Kampf der LTTE ein dauerhaftes Ende gefunden hat, da der Ausnahmezustand sowie die Anwendung des 1979 erlassenen Anti-Terror-Gesetzes in Sri Lanka anhalten. Hinweise auf eine Fortsetzung der Kämpfe im Untergrund sind indessen nicht bekannt geworden.

Struktur in Deutschland

Die LTTE tritt in Deutschland nicht unter ihrem Namen auf. Ihre Ziele und Interessen werden hier durch das 'Tamil Coordination Committee' (TCC) mit Sitz in Oberhausen vertreten. Die LTTE-Sektion Deutschland wird durch konspirative Zellen gebildet, die sich nach außen völlig abschotten. Hieran hat sich trotz der veränderten militärischen Lage in Sri Lanka nichts verändert.

Der LTTE nahestehende Organisationen sind:

- : 'Tamil Youth Organization*' (TYO), Sitz: Hamm;
- : 'Tamil Rehabilitation Organization e. V.*' (TRO), Sitz: Wuppertal;
- : 'Tamil Student Organization e.V.*' (TSV), Sitz: Neuss;
- : 'Tamilische Bildungsvereinigung e.V.*' (TBV), Sitz: Stuttgart

Finanzierung

Das Hauptziel der LTTE im Ausland und damit auch in Deutschland ist es, Geld für den „Befreiungskampf“ in der Heimat zu beschaffen. Ohne die regelmäßige finanzielle Unterstützung aus dem Ausland wäre die LTTE nicht in der Lage gewesen, kontinuierlich für ihre Ziele einzutreten und den paramilitärischen Apparat in Sri Lanka aufrecht zu erhalten.

Über die Höhe der Gelder, die von der LTTE jährlich für den Kampf, aber auch für die Versorgung von Flüchtlingen in der Heimat akquiriert werden, liegen keine gesicherten Angaben vor.

In erster Linie finanziert sich die Organisation durch Spendensammlungen. So leisten viele Auslands-Tamilen einen „Solidaritätsbeitrag“ und spenden regelmäßig für die LTTE. Inwieweit die Spenden freiwillig oder auch unter einem gewissen Druck geleistet werden, lässt sich nur schwer einschätzen. Nachdem im Jahre 2009 ein deutlicher Rückgang der Spendenbereitschaft zu verzeichnen war, nimmt diese seit 2010 wieder zu.

Die der LTTE nahestehenden Organisationen richteten und richten zahlreiche Kultur-, Sport- und Gedenkveranstaltungen aus. Durch den Verkauf von Eintrittskarten, Büchern, DVDs und CDs werden teilweise erhebliche Einnahmen erzielt. Es besteht der Verdacht, dass sie der Finanzierung des „Be-

freiungskampfes“ dienen. Bei entsprechenden Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen konnten regelmäßig 500 bis 2.000 Besucher festgestellt werden.

Festnahme von Führungsfunktionären der LTTE/Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen

Am 3. März 2010 wurden bundesweit polizeiliche Maßnahmen gegen die Führungsebene der LTTE durchgeführt. Dabei wurden sechs Funktionäre der LTTE wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung in Deutschland verhaftet, ihre Wohnungen bzw. Aufenthaltsorte in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens und die Räumlichkeiten des 'Tamil Coordination Committee' (TCC) in Oberhausen durchsucht sowie Bargeld und Beweismittel sichergestellt. Im Nachgang zu diesen Maßnahmen wurde am 3. November 2010 ein weiterer, mit internationalem Haftbefehl gesuchter, LTTE-Führungsfunktionär am Flughafen Düsseldorf verhaftet.

Aufgrund der Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern nach polizeilichen Maßnahmen gegen führende LTTE-Funktionäre konnte damit gerechnet werden, dass sich die deutsche Sektion der LTTE relativ schnell neu organisieren wird. Auch die festgestellten Aktivitäten belegen, dass die LTTE trotz der Festnahmen und Durchsuchungen über funktionierende Strukturen in Deutschland verfügt.

Die Ungewissheit über die künftige Ausrichtung der Organisation, die zentrale Frage welche Strukturen innerhalb der Organisation aktuell in Sri Lanka noch bestehen und die bundesweit erfolgten Exekutivmaßnahmen haben die Anhängerschaft der LTTE auch in Nordrhein-Westfalen verunsichert. Insoweit ist es nicht verwunderlich, dass die noch im Jahre 2009 festgestellte erhebliche Zunahme von Demonstrationen durch Tamilen einhergehend mit einer zunehmenden Emotionsgeladenheit im Berichtsjahr deutlich abnahm.

Gleichwohl zeigt sich aber, dass die LTTE hier weiterhin aktionsfähig ist und auch noch 2010 über erhebliche Mobilisierungskräfte innerhalb der tamilischen Diaspora in Deutschland verfügt. So fand am 22. Mai 2010 in Düsseldorf unter der Teilnahme von etwa 1.400 meist tamilisch-stämmigen Personen eine Demonstration zum Thema „Gedenktag für die Opfer in Sri Lanka in den letzten Jahren“ mit anschließender Kundgebung vor dem nordrhein-westfälischen Landtag statt.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen das Gedenken an die im vergangenen Jahr bei militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Guerillakräften der LTTE und der sri-lankischen Armee ums Leben gekommenen Tamilen sowie die Menschenrechtssituation in Sri Lanka.

Als jährlich wiederkehrende Saalveranstaltung fand am 28. November 2010 in Dortmund der sogenannte „Heldengedenktag“ für die gefallenen Kämpfer der LTTE mit etwa 4.000 Teilnehmern statt. In der Vergangenheit war diese jährlich stattfindende Veranstaltung jeweils von rund 5.000 Personen besucht worden.

Einschätzung und Perspektive

Zwar durchlebte die LTTE seit ihrer militärischen Niederlage in Sri Lanka im Mai 2009 weltweit eine Schwächeperiode, in der insbesondere ihre Anhänger an der Basis Zweifel am Fortbestand der Organisation hatten, vor allem daran, jemals einen tamilischen Staat errichten zu können. Diese Tiefphase scheint die Organisation inzwischen aber – auch in Deutschland – durchschritten zu haben.

Innerhalb der LTTE-nahen tamilischen Community fand im Jahre 2010 weltweit eine spürbare, wenngleich auch von Flügelkämpfen begleitete Restrukturierung und Rückbesinnung auf die alten Ziele statt. Während moderate Kräfte das Ziel eines souveränen „Tamil Eelam“ im Norden und Osten Sri Lankas mit demokratischen und gewaltfreien Mitteln zu erreichen suchen, sehen die Gegner des demokratischen Weges nur in der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes eine Chance auf ein unabhängiges „Tamil Eelam“. Daneben gibt es aber auch Versuche weiterer, kleinerer Gruppen, Einfluss auf die künftige Ausrichtung der LTTE zu nehmen.

Dieses Ringen um die Meinungsführerschaft und Vorherrschaft in der Organisation geht unverändert weiter, womit sich zeigt, dass der LTTE jedenfalls derzeit offenbar noch eine zentrale Führung fehlt. Diese wäre aber notwendig, um den Konflikt hinsichtlich der künftigen Ausrichtung schnell zu lösen, damit die weltweite Gefolgschaft mit einer – möglichst alle Anhänger einigenden – realistischen Perspektive weiterhin gebunden werden kann.

6 Islamismus

Der Islamismus ist eine Form des politischen Extremismus, der in Teilen der verfassungsmäßigen Ordnung in Deutschland widerspricht. Im Gegensatz zum Islam ist der Islamismus eine politische Ideologie. Er leitet jedoch – anders als säkulare antidemokratische Ideologien wie Marxismus oder Nationalsozialismus – seine politischen Ordnungsvorstellungen aus der Religion ab. Dabei wird eine einseitige und meist rückwärtsgewandte Auslegung der islamischen Quellen vertreten. In vielen Fällen steht eine solche Auslegung dem Grundgesetz mit den dort verbürgten Rechten von Gleichheit, Freiheit und Menschenwürde entgegen. Deshalb müssen Organisationen, die tatsächliche Anhaltspunkte für eine islamistische Bestrebung erkennen lassen, vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Hierzu gehören aber nicht nur gewalttätige oder gewaltbereite islamistische Organisationen, sondern auch solche, die auf Gewalt verzichten und stattdessen auf legalem Wege die Verbreitung, Etablierung und letztendliche Durchsetzung ihrer extremistischen politischen Vorstellungen anstreben.

Die Mehrheit der hier lebenden Muslime praktiziert ihre Religion friedlich und innerhalb der geltenden Gesetze und Regeln. Lediglich ein sehr kleiner Teil von weniger als einem Prozent wird von den Verfassungsschutzbehörden dem islamistischen Spektrum zugeordnet.

Weitgehendes Einvernehmen besteht bei islamistischen Bestrebungen über den Gegner, der der Errichtung der „islamischen Ordnung“ im Wege steht. Neben allem, was nicht als islamisch gilt, sind dies insbesondere: der „Westen“, mit seinen wirtschaftlichen (Kapitalismus) und politischen (Demokratie) Merkmalen, und der Zionismus. Die Feindschaft gegenüber dem Zionismus und Israel führt bei den Anhängern islamistischer Bestrebungen in der Regel zu einem heftigen Antisemitismus. Historische und aktuelle politische sowie militärische Konfrontationen zwischen christlich geprägtem Okzident bzw. humanistisch geprägtem Westen und islamisch geprägtem Orient sowie wirtschaftliche und politische Ungleichheiten in islamischen Ländern, die mit dem Westen kooperieren, dienen Islamisten zur Untermauerung ihres Feindbildes.

Islamistische Bestrebungen in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen aufzuklären ist einer der Schwerpunkte der Arbeit des Verfassungsschutzes. Besonderer Stellenwert ist dabei dem transnationalen islamistischen Terrorismus beizumessen. Doch auch die langfristige Wirkung gewaltfreier islamistischer Bestrebungen darf nicht unterschätzt werden. Über die islamistischen Bestrebungen die Öffentlichkeit in geeigneter Form zu informieren ist eine weitere wichtige Aufgabe des Verfassungsschutzes, der er mit seinen Berichten und anderen Publikationen nachkommt.

6.1 Islamistisch motivierter transnationaler Terrorismus mit antiwestlicher Stoßrichtung

6.1.1 Jihadisten / al-Qaida und ihr Umfeld

Hintergrund

Die Bezeichnung „Jihadisten“ (islamistische Terroristen, auch Mujahidin) ist ein Sammelbegriff, unter dem unterschiedlich strukturierte Gruppierungen zusammengefasst werden. Sie bilden organisierte, teilweise aber auch nur lose zusammenhängende Netzwerke von Personen mit ähnlichen Grundüberzeugungen, die sich durch ihre Gewaltorientierung auszeichnen. Sie betrachten sich als Kämpfer für den Islam. Ihr Name leitet sich von dem Begriff „Jihad“ ab, den sie einseitig als Aufruf zum gewaltsamen Widerstand gegen alle „Feinde des Islam“ auslegen.

Jihadisten verhalten sich höchst konspirativ. Sie sammeln sich um einzelne – zum Teil lokale – Führungspersönlichkeiten, die wiederum über vielfältige Kontakte zu anderen lokalen und internationalen

Jihadisten verfügen. Dadurch entstehen Beziehungsgeflechte, die bei Bedarf aktiviert werden, etwa um logistische oder finanzielle Unterstützung zu leisten. Ideologischer Ausgangspunkt der meisten dieser Gruppierungen ist die von Usama bin Ladin gegründete Organisation 'al-Qaida' (Die Basis).

Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen

Weil sie durch Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen weltweit agieren und insbesondere die USA und ihre Verbündeten mit Terror bedrohen, gefährden Mitglieder und Unterstützer der Jihadisten-Netzwerke die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland (§ 3 Absatz 1 Nr. 3 VSG NRW). Sie gefährden zudem die innere Sicherheit, da terroristische Aktionen gegen Ziele in Deutschland nicht ausgeschlossen sind, so dass sich die Beobachtung inländischer Aktivitäten auch auf § 3 Absatz 1 Nr.1 VSG NRW stützt.

Entwicklungsgeschichte

Die Entstehung des Mujahidin-Phänomens geht auf die sowjetische Invasion in Afghanistan im Jahr 1979 zurück. Der Widerstand gegen die Besatzung (1979 bis 1989) formierte sich unter religiösen Vorzeichen. In Trainingslagern wurden die Freiwilligen auf den Kampf gegen die sowjetische Armee vorbereitet. Dies legte die Basis für eine Terrorausbildung, die die Afghanistankämpfer später auch in ihren jeweiligen Heimatländern zum Einsatz brachten.

Die von Usama bin Ladin gegründete 'al-Qaida' trat in dieser Zeit erstmals in Erscheinung. Ihr Zweck war zunächst die logistische Unterstützung der afghanischen Kämpfer mit Geld, militärischer und religiöser Ausbildung sowie mit freiwilligen Kämpfern überwiegend arabischer Herkunft. Darüber hinaus nahm bin Ladin auch als Kommandeur an Kämpfen gegen die Sowjettruppen teil und wird deshalb von den Mujahidin als Führer und Symbolfigur für den „gerechten Kampf“ der Muslime bis heute verehrt.

Die Jihadisten sind vom Hass auf Israel, die USA, ihre westlichen Verbündeten sowie die mit dem Westen kooperierenden Regierungen islamischer Staaten getrieben. Der „Westen“ wird pauschal für Unterdrückung, Korruption, Unterentwicklung und den Niedergang „sittlicher (islamischer) Werte“ verantwortlich gemacht. Im Februar 1998 bildete sich unter der Führung von 'al-Qaida' ein internationaler Zusammenschluss, die 'Islamische Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler', der Organisationen aus Ägypten, Pakistan, Bangladesh und inzwischen auch aus dem Irak, aus Algerien und Usbekistan angehören. Das Netzwerk von Usama bin Ladin umfasst damit nicht mehr nur arabischstämmige Kämpfer. Bin Ladin bezeichnete es als individuelle Pflicht eines jeden Muslim, Amerikaner und ihre Verbündeten – Zivilisten und Militärpersonal gleichermaßen – zu töten, wo immer sich die Möglichkeit dazu biete, bis die heiligen Stätten der Muslime von den „Ungläubigen“ befreit seien. Nach diesem Aufruf sind zahlreiche Anschläge weltweit verübt worden. Zu den Anschlägen mit einer hohen Zahl von Opfern zählen unter anderem die Terroranschläge am 11. September 2001 in New York/Washington, am 11. März 2004 in Madrid und am 7. Juli 2005 in London.

Struktur

Das transnationale terroristische Netzwerk 'al-Qaida' unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von anderen islamistischen terroristischen Gruppierungen: Es ist nicht auf ein Territorium begrenzt und hat keine festen Organisationsstrukturen. Usama bin Ladin selbst ist in terroristischen Kreisen heute in erster Linie Symbolfigur und Vorbild. Vor allem bei Jugendlichen, die sich zur jihadistischen Ideologie hingezogen fühlen, wird er wie ein Popstar verehrt – nicht zuletzt, weil er sich bislang einer Festnahme entziehen konnte.

Die Triebfeder der unzähligen Terrorzellen weltweit ist allerdings nur vordergründig die gleiche Ideologie. Betrachtet man die Konflikte, an denen sich islamistische Terroristen weltweit beteiligen, so fällt auf, dass vom Maghreb über den Nahen Osten und Tschetschenien bis nach Süd-Ost-Asien ganz unterschiedliche Motive den gewaltsamen Kampf bestimmen können. Regional definierte, machtpolitische und ethnische Interessen stehen deutlich im Vordergrund. Die führenden Köpfe der internationalen Terrorszene versuchen jedoch unterschiedlichste Konflikte im Sinne ihrer Jihad-Ideologie zu deuten. Dabei sind sie in zweierlei Hinsicht erfolgreich: Sie münzen regionale ethnische und/oder soziale Konflikte in religiöse Konflikte um und stellen sie in den Kontext einer globalen Auseinandersetzung zwischen „Glauben“ und „Unglauben“. Dadurch radikalisieren sie die beteiligten Konfliktparteien in ihrem Sinne.

Im Bereich des internationalen islamistischen Terrorismus ist bereits seit einigen Jahren zu beobachten, dass ehemals festgefügte globale Netzwerkstrukturen, die einst in den Trainingslagern der 'al-Qaida' in Afghanistan entstanden waren, immer weiter schwinden. Stattdessen hat sich weltweit eine Vielzahl kleiner, lokaler und autonomer Terrorzellen gebildet. Sie haben die Ideologie 'al-Qaidas' verinnerlicht und agieren in ihrem Sinne. 'al-Qaida' hat durch die „Dezentralisierung des Terrors“ die Funktion als Koordinierungsstelle von Anschlägen eingebüßt. Das weltweite Terrornetzwerk musste sich auf die weitgehende Zerschlagung seiner früheren Führungs- und Kommunikationsstruktur, vor allem in den vermuteten Hochburgen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, einstellen. Es bleibt aber in eingeschränktem Maße handlungsfähig, da ideologische Leitlinien und Ziele immer noch durch Führungsfiguren wie Usama bin Ladin und seinen Stellvertreter Ayman al-Zawahiri über das Internet medienwirksam bekannt gemacht werden können.

Finanzierung

Jihadisten- beziehungsweise Mujahidin-Netzwerke finanzieren sich aus unterschiedlichen Quellen. Spenden, Gewinne aus legalen Geschäften (zum Beispiel aus dem Pkw-Handel) sowie Profite aus illegalen Aktivitäten wie Schmuggel, Waffen-, Diamanten- und Drogenhandel, Handel mit gefälschten Pässen oder Kreditkartenbetrug haben große Bedeutung. Für finanzielle Transaktionen werden häufig Bankkonten in sogenannten „off-shore“-Ländern (ohne Bankenaufsicht) oder andere verdeckte Methoden des Geldtransfers genutzt.

Entwicklungen in Deutschland und „home-grown“-Netzwerke

Seit 2001 haben sich die Profile islamistischer Terroristen deutlich verändert. Längst stellen nicht mehr nur aus dem Ausland eingereiste Attentäter eine Bedrohung für die Sicherheit europäischer Staaten dar. Spätestens mit den Anschlägen von Madrid im März 2004 und London im Juli 2005 ist deutlich geworden, dass sich der islamistische Terrorismus verselbstständigt hat. Waren die Attentäter von Madrid Nordafrikaner mit teils kriminellem Hintergrund, die lange Zeit in Spanien gelebt hatten, handelte es sich bei den Attentätern von London um Briten pakistanischer und jamaikanischer Herkunft, die in zweiter und dritter Generation – scheinbar integriert – in England lebten. Auch der Islamist, der 2004 den niederländischen Filmemacher Theo van Gogh ermordete, war in den Niederlanden aufgewachsen. Diese Beispiele stehen stellvertretend für eine neue Generation islamistisch motivierter Attentäter, sogenannte home-grown-Terroristen. Der Begriff bezeichnet Zuwanderer der zweiten oder dritten Generation oder auch Konvertiten zum Islam, die in westlichen Gesellschaften aufgewachsen, mit dem westlichen Wertesystem vertraut sind und ohne direkte Weisung aus dem Ausland Terroranschläge durchführen.

Auch in Nordrhein-Westfalen sind jihadistisch orientierte Personengruppen bekannt geworden, die im Wesentlichen durch junge Männer der zweiten oder dritten Einwanderergeneration aus islamischen Ländern gebildet werden. Diese Jugendlichen und jungen Heranwachsenden führen bis zu einem bestimmten Punkt in ihrem Leben einen eher unauffälligen und „typisch deutschen“ Lebensstil. Ohne einen zunächst von außen erkennbaren Grund verändern sie sich dann komplett und radikalieren sich innerhalb kürzester Zeit.

Da viele der jungen Leute in Deutschland geboren worden sind und möglicherweise die arabische Sprache gar nicht oder nur unzureichend beherrschen, wird bei ihnen gezielt für den Besuch von Sprachschulen im Ausland geworben. Auch der Koran soll bei einem Aufenthalt in einem islamischen Land intensiv studiert werden. Für eine Auslandsreise zum Sprach- und Koranstudium wird Unterstützung bei den Formalitäten der Reise angeboten. Sportliche Betätigung – der Besuch von Fitnessstudios und das Erlernen von Kampfsportarten – wird als sehr wichtig angesehen.

Ein Interesse, sich dem gewaltsamen Jihad anzuschließen und eine entsprechende Ausbildung zu erhalten, war in der Vergangenheit in einigen Fällen nachweislich vorhanden. In diesen Kreisen besteht ein – zwar äußerst geringes, aber gefährliches – Personenpotenzial für jihadistische Propagandaaktivitäten oder sogar Vorbereitungshandlungen für Anschläge auch in Deutschland.

Jihadisten haben in Deutschland eine Infrastruktur aufgebaut, die unter anderem zur Versorgung mit gefälschten Papieren, zur Ausstattung mit Mobiltelefonen und zum Sammeln von Spenden genutzt wird. Daneben versuchen einige Jihadisten, junge Muslime für eine Kampfausbildung im Ausland zu motivieren. Sympathisanten und Unterstützer islamistischer Organisationen oder bestimmte Personengruppen, etwa Studenten, werden zum Teil gezielt angesprochen. Dies kann zum Beispiel im Bekannten- oder Freundeskreis geschehen. Auch politische oder religiöse Veranstaltungen bieten unter Umständen die Möglichkeit, Personen für die eigenen Ideen zu gewinnen. So kann etwa das Freitagsgebet in der Moschee zur Verbreitung islamistischer Propaganda missbraucht werden. Dies ist etwa dann der Fall, wenn der Imam (Vorsteher) einer Moschee den Jihad als militanten Kampf gutheißt oder wenn entsprechende Überzeugungen in die Predigt auch nur latent einfließen. Bei anschließenden Diskussionen unter den Moscheebesuchern können sich im Laufe der Zeit Personengruppen herauskristallisieren, die von der Idee des militanten Jihad angetan sind und für Vorhaben von jihadistischen Rekrutoren und Vermittlern geeignet scheinen. Feststellbar ist allerdings, dass sich Imame in Deutschland nur in verhältnismäßig wenigen Moscheen entsprechend geäußert haben. Seit einiger Zeit sind auch dort die Prediger deutlich zurückhaltender und vermeiden eindeutig islamistische Parolen, teilweise distanzieren sie sich davon.

Wenn Jihadwillige sich eine Zeit lang als ausreichend fest im Glauben und entschlossen genug für militärische Handlungen gezeigt haben, versuchen einige von ihnen über Umwege in ein Trainingscamp zu gelangen, wo sie neben weiterer religiöser Unterweisung eine militärische Ausbildung erhalten können. Die von Deutschland aus operierenden Unterstützer der Terrornetzwerke sind häufig in Straftaten der allgemeinen oder organisierten Kriminalität verwickelt. Durch organisierte Schleusungen und Fälschungsdelikte werden terroristische Zwecke in bestimmten Zielländern unterstützt und lukrative Geschäfte gemacht. Dabei wird in der Regel äußerst professionell, arbeitsteilig und konspirativ vorgegangen. Wie zahlreiche Gerichtsverfahren in den vergangenen Jahren gezeigt haben, wird Deutschland – und damit auch Nordrhein-Westfalen – als Ruhe- und Rückzugsraum und zur logistischen Vorbereitung von Mitgliedern und Unterstützern der terroristischen Netzwerke genutzt. Spätestens die missglückten Anschläge auf zwei Regionalzüge am 31. Juli 2006 und die durch die Festnahmen der „Sauerlandattentäter“ im September 2007 erfolgte rechtzeitige Aufdeckung und Verhinderung von Anschlägen zeigen aber auch, dass Anschlagversuche selbst in Deutschland erfolgen können. Neben der abstrakt hohen Gefährdung für US-amerikanische, britische, israelische und jüdische Einrichtungen in Deutschland muss heute auch von einer Gefährdung deutscher Interessen im In- und Ausland ausgegangen werden. Seit Anfang 2009 und weiter 2010 gibt es eine Reihe von Hinweisen aus ausländischem Informationsaufkommen zu angeblich geplanten terroristischen Anschlägen der 'al-Qaida' in Europa. Die Hinweise werden durch die Aussagen von Islamisten gestützt, die sich derzeit im Gewahrsam ausländischer Staaten befinden.

Das Engagement Deutschlands und der Ausbau der militärischen Verantwortung der Bundeswehr in Afghanistan werden dabei von 'al-Qaida' und anderen, dem globalen Jihad verpflichteten Gruppierungen und Organisationen als herausragendes Argument instrumentalisiert, um den Kampf gegen Deutschland zu rechtfertigen.

Aktuelle Entwicklungen

Folgende Themen waren 2010 im Fokus des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen:

- : Der sogenannte home-grown-Terrorismus spielt bei der für Deutschland bestehenden terroristischen Bedrohung neben mutmaßlichen Anschlagplanungen im Ausland nach wie vor eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Über Sprachreisen in islamisch geprägte Länder und das Internet wird weiterhin vor allem bei jungen Menschen für den Jihadismus – die gewaltbereite Strömung im Islam – Interesse geweckt und geworben.
- : Das Internet allgemein gewinnt für den Islamismus weiter in großem Umfang an Bedeutung. Bekannt geworden sind zahlreiche Droh- und Propagandavideos, die 2010 im Netz zugänglich gemacht wurden. Aber auch soziale Netzwerke und Videokanäle werden gezielt genutzt. Rückläufig waren allerdings im Jahr 2010 die Verlautbarungen von 'al-Qaida'-Chef Usama bin Ladin und seinem Stellvertreter Ayman al-Zawahiri. Bin Ladin äußerte sich lediglich zur Flutkatastrophe in Pakistan und zur Geiselnahme von fünf französischen Staatsbürgern, die durch die maghrebini-sche Regionalorganisation von 'al-Qaida' im Niger entführt wurden. Er drohte mit der Tötung der Geiseln, sollte Frankreich nicht seine Armeeeinheiten aus Afghanistan abziehen. Des Weiteren ging er auf das sogenannte Burka-Verbot in Frankreich wie auch auf eine angeblich imperialistische Politik Frankreichs in Nord- und Westafrika ein. Hinzugekommen sind Botschaften im Internet von Anwar al-Awlaki, einem Prediger jemenitischer Herkunft mit US-amerikanischer Staatsangehörigkeit. Obwohl er als geistiges Oberhaupt von 'al-Qaida' auf der Arabischen Halbinsel' (AQAH) gilt, tritt er in seinen Botschaften nicht als AQAH-Mitglied, sondern als unabhängiger islamischer Gelehrter auf. In einer Videobotschaft von März 2010 rief er zum Jihad gegen die USA auf und forderte in den USA lebende Muslime auf, sich daran zu beteiligen. Im Mai forderte er alle Muslime in US-Streitkräften dazu auf, Kameraden zu töten, die kurz vor ihrem Einsatz im Irak oder in Afghanistan stehen. Im November rief er erneut zur Tötung von US-Amerikanern auf. Die Predigten von al-Awlaki haben auch eine britische Studentin beeinflusst, die im Mai 2010 einen britischen Abgeordneten mit Messerstichen schwer verletzte.
- : Weiterhin auszugehen ist von einer abstrakt hohen Bedrohungslage für Deutschland, und damit auch für Nordrhein-Westfalen. Das bisherige Ausbleiben eines Anschlages führt nicht zur Entspannung der Gefährdungslage. Eine auf Dauer angelegte Strategie 'al-Qaidas' und ihr nahestehender Gruppierungen gegen deutsche Interessen ist weiterhin anzunehmen.
- : Zu beobachten ist darüber hinaus eine Internationalisierung der islamistischen Szene und eine gleichzeitige Dezentralisierung. Seit dem Beginn der NATO-Operation „Enduring Freedom“ in Afghanistan sind neun Jahre vergangen. Der Verbleib von 'al-Qaida'-Chef Usama bin Ladin und seines Stellvertreters Ayman al-Zawahiri ist nach wie vor ungeklärt. Das internationale terroristische Netzwerk verliert zwar Jahr für Jahr wichtige Führungspersonen, von einer nachhaltigen Zerschlagung des Terrornetzwerks um bin Ladin kann jedoch nicht ausgegangen werden.

Terroristische Netzwerke verfügen nach wie vor über die Fähigkeit, Terrorakte mit hohen Opferzahlen zu planen und durchzuführen. Die Motivation hat sich durch die weiter andauernde Präsenz von ausländischen Soldaten – insbesondere in Afghanistan – nicht entscheidend abgeschwächt. Eine kaum einschätzbare Gefährdung – auch für Deutschland – geht weiterhin von operativ nicht angebundenen Zellen oder Einzelpersonen aus, die sich durch die Propaganda der Organisationen zu mehr oder weniger durchgeplanten Einzeltaten motivieren lassen. Hierzu zählten:

- : der Versuch eines nigerianischen Staatsangehörigen, am 25. Dezember 2009 während eines Fluges einer US-amerikanischen Fluggesellschaft von Amsterdam nach Detroit kurz vor der Landung einen am Körper getragenen Sprengsatz zu zünden.
- : Unbekannte Täter versendeten in der Nacht vom 28. auf den 29. Oktober 2010 zwei Pakete mit Druckern, die Sprengstoff mit zündfähigen Sprengstoffvorrichtungen enthielten. Eines der Pakete wurde über Deutschland (Flughafen Köln/Bonn) befördert und in Großbritannien sichergestellt. Bei den Explosionen, die in Flugzeugen stattfinden sollten, wären diese erheblich beschädigt oder zerstört worden. Später bekannte sich die Organisation 'al-Qaida' auf der Arabischen Halbinsel' (AQAH) zu den versuchten Anschlägen. Die AQAH wurde im Januar 2009 als Zu-

sammenschluss von 'al-Qaida im Jemen' (AQJ) und 'al-Qaida'-Kräften aus Saudi-Arabien gegründet. Die bis dahin ausschließlich im Jemen aktive AQJ erweiterte hierdurch ihren terroristischen Aktionsradius auf Saudi-Arabien und strebt offenbar mittlerweile eine Internationalisierung an.

: Am 11. Dezember 2010 wurde von einem brennenden Fahrzeug im Zentrum von Stockholm berichtet. Zehn Minuten später ereignete sich eine Explosion in wenigen hundert Metern Entfernung. Diese Explosion wurde von Sprengmitteln ausgelöst, die eine Person am Körper trug. Kurz vor diesen Ereignissen war eine E-Mail an schwedische Medien und den schwedischen Sicherheitsdienst übermittelt worden. Diese enthielt Audiodrohbotschaften in schwedischer, englischer und arabischer Sprache, die auf die Mohamed-Karikaturen und die schwedischen Truppen in Afghanistan Bezug nahmen. Der mutmaßliche Attentäter, ein 28-jähriger Schwede mit irakischer Herkunft und Familienvater, war für seine Nachbarn „der nette Mann von nebenan“. Niemand will ihm eine solche Tat zugetraut haben.

Jihadismus im Internet

Das Internet ist mittlerweile das wichtigste Kommunikationsmittel, mit dem der transnationale islamistische Terrorismus seine Vorstellungen und Ziele propagiert. Lange Zeit waren vor allem arabische Fernsehsender von Terroristen genutzt worden, um Videos und Tonbänder zu verbreiten. 2010 wurde arabischen TV-Sendern wie 'al-Jazeera' oder 'al-Arabiya' jedoch nur noch in Einzelfällen Video- oder Audiomaterial zugespielt. Diese Funktion ist mittlerweile jihadistischen Medienstellen und Internetforen zugefallen. Akteure des internationalen islamistischen Terrorismus setzen das Internet aber auch zum Informationsaustausch und zur verdeckten Kommunikation ein. Insbesondere für terroristische Netzwerke, die häufig über Landesgrenzen hinweg unerkannt Kontakte halten und Informationen austauschen müssen, ist das Internet unentbehrlich geworden.

Das Internet ist nicht nur im Bereich des internationalen islamistischen Terrorismus von herausragender Bedeutung. Auch im gewaltlosen Islamismus finden Netzwerkbildung und Ideologietransfer im Netz statt. Das Internet ermöglicht eine schnelle, grenzüberschreitende und sichere Kommunikation und eröffnet damit fast unbegrenzte Nutzungsmöglichkeiten.

Viele islamistische Organisationen verfügen über eigene, teils mehrsprachige Homepages, auf denen sie ihre Ideologie verbreiten und Mitglieder werben. Der internen Kommunikation von Jihadisten und anderen Islamisten dient zudem eine Vielzahl einschlägiger Internetforen und „Chatrooms“. Jihadistische Kreise nutzten 2010 auch intensiv Videoportale zum Austausch von Gewalt verherrlichendem Filmmaterial. Diese Portale bieten in der Regel auch die Möglichkeit zum Meinungs austausch und zur Bildung virtueller Freundeskreise. Auf diese Weise sind im jihadistischen wie auch im sonstigen islamistischen Bereich Netzwerke entstanden, die aufgrund der Reichweite des Internets und des hohen Grads an Anonymisierbarkeit besonders personenstark sind.

Vielfältige Nutzungsmöglichkeiten

Das Internet eignet sich wie kein anderes Medium zur Verbreitung von Propaganda und zum Ideologietransfer. Jihadisten kommunizieren im Internet verdeckt, betreiben Netzwerkbildung, sammeln Spenden oder rekrutieren Freiwillige für den Jihad. Auch die Vorbereitung auf Kampfeinsätze erfolgt vielfach mit Hilfe des Internets. Anleitungen zum konspirativen Verhalten, zum Bau von Waffen, zur Herstellung von Giften und Sprengsätzen – alle wesentlichen Informationen und Anleitungen zur Vorbereitung und Durchführung von Anschlägen lassen sich über das Internet beziehen. Damit fungiert es als eine Art „virtuelles Trainingslager“. Jihadisten nutzen das Internet darüber hinaus zur Selbstinszenierung und zur psychologischen Kriegsführung. Sie verbreiten dort Bekennerschreiben und -videos ebenso wie Bilder und Videos von Bombenanschlägen, Entführungs- und Hinrichtungssopfern. Solche Szenarien erregen weltweit Aufsehen und verbreiten Angst und Schrecken. Auch Internetbotschaften, in denen mit Anschlägen gedroht wird, sollen die Bevölkerung verunsichern wie das Video

des deutschen 'al-Qaida'-Mitglieds Bekkay Harrach anlässlich der Bundestagswahl 2009, in dem er vor Anschlägen auf deutschem Boden im Falle eines fortgesetzten Afghanistan-Engagements warnte.

Ideologietransfer

Akteure des internationalen Terrorismus nutzen das Internet exzessiv zur Verbreitung ihrer Jihad-Ideologie. Sie dient den in unterschiedlichen Gebieten der Welt autonom agierenden Terrornetzwerken als gemeinsame Basis, als eine Art einigendes Band. Da eine zentrale Befehlsstruktur fehlt, ist die Inspiration und Motivation zur Durchführung immer neuer Anschläge für den Fortbestand des internationalen Terrorismus von existenzieller Bedeutung. Ein wesentliches Ziel der Internetpropaganda ist es deshalb, die Ideologie des gewaltsamen Jihad am Leben zu erhalten. So werden neben jihadistischer Literatur, Tonträgern und Videos regelmäßig auch Verlautbarungen von Führungsfiguren des internationalen Terrorismus ins Netz gestellt. Darin wird in Anspielung auf erfolgte Terrorakte oder unter Androhung neuer Anschläge die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt. Gleichzeitig wird die weltweite Anhängerschaft ideologisch „justiert“. Ziel ist es, die potenziellen Unterstützer auf dem „richtigen“ Kurs zu halten und möglichst viele neue Sympathisanten zu gewinnen. Vor allem Berichte über Gewalt an Muslimen in Krisenregionen, wie dem Irak und Afghanistan, sollen der Welt die systematische Unterdrückung und Geißelung der muslimischen „Umma“ (der Glaubensgemeinschaft der Muslime) vor Augen führen. Emotionalisierende Fotos von verletzten oder getöteten Zivilisten, vor allem von Kindern, Frauen und alten Menschen, wecken beim Betrachter Betroffenheit und lassen bei empfänglichen Personenkreisen Terrorakte als eine legitime Form des Widerstands gegen die „ungläubigen Aggressoren“ erscheinen. Vor diesem Hintergrund finden sich in den Verlautbarungen der unterschiedlichen jihadistischen Gruppierungen häufig auch Aufrufe zur Teilnahme am gewaltsamen Jihad.

Eine charismatische Führungsfigur des internationalen Jihadismus mit hoher Präsenz im Internet und Vorbildcharakter für die jihadistische Szene weltweit ist der amerikanische Jihad-Ideologe jemenitischer Herkunft Anwar al-Awlaki. Er soll Verbindungen zu den Attentätern des 11. September 2001 haben. Im Internet sind neben Videobotschaften auch Predigten und religiöse Traktate aus der Feder al-Awlakis zu finden, die in Einzelfällen nachweislich zur Radikalisierung von Einzelpersonen beigetragen haben. Die jihadistische Internet-Propaganda wurde im Spätsommer 2010 durch die angekündigte Koran-Verbrennung des US-amerikanischen Pastors einer kleinen christlich-fundamentalistischen Gemeinde in Florida angeheizt. Die Drohung, öffentlich Koran-Ausgaben zu verbrennen, wurde in zahlreichen Internetbeiträgen als Beweis für den Hass des Westens auf den Islam gesehen und als Rechtfertigung für den gewaltsamen Jihad gegen die vermeintlich Ungläubigen gedeutet.

Wie im Vorjahr nutzten Führungspersonen des internationalen Jihadismus das Internet auch, um Stellung zu organisationsinternen Konflikten, zu vermeintlichen Strategiewechseln oder zu Geschehnissen der Weltpolitik zu nehmen. Das Internet erwies sich in diesen Fällen einmal mehr als ein Medium, das ihnen einen direkten Kontakt zu ihrer teils zersplitterten Anhängerschaft und gleichzeitig zur Weltöffentlichkeit garantierte.

Deutschlandbezüge in der Jihad-Propaganda

Nach einem deutlichen Anstieg deutschsprachiger bzw. deutschlandbezogener jihadistischer Internet-Propaganda im Vorjahr waren auch 2010 fortlaufend Internetverlautbarungen aus dem jihadistischen Spektrum feststellbar, die in deutscher Sprache verfasst waren oder Deutschland thematisierten.

Allein 2009 waren mehr als 20 Audio- oder Videobotschaften von 'al-Qaida' oder anderen jihadistischen Gruppierungen mit Bezügen zu Deutschland veröffentlicht worden. Die Welle deutschsprachiger jihadistischer Propaganda des Jahres 2009 stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Bundestagswahl des Jahres. Bereits zu Beginn des Jahres 2009 und verstärkt ab Anfang September hatten zum Teil deutschsprachige Akteure unterschiedlicher jihadistischer Gruppierungen, wie der 'al-Qaida', der 'Taliban', der 'IJU' und der 'IBU', in Internetbotschaften das deutsche Engagement in Afghanistan kritisiert. Während die 'Taliban' explizit klarstellten, Anschläge gegen Deutsche oder deut-

sche Einrichtungen ausschließlich in Afghanistan verüben zu wollen, blieb in den abstrakten Drohungen anderer Terrororganisationen zunächst offen, wo und in welcher Form sie Angriffe gegen die Bundesrepublik befürworteten. Erst in zeitlicher Nähe zur Bundestagswahl konkretisierten sich die Terrordrohungen. In der Videobotschaft des in Deutschland aufgewachsenen Bekkay Harrach, einem Mitglied von 'al-Qaida', wurde erstmals ein zeitlicher Rahmen für mögliche Terroranschläge in Deutschland genannt. In den sich unmittelbar anschließenden zahlreichen Terrorbotschaften anderer jihadistischer Gruppen wurden später insbesondere durch die Einblendung von Fotos deutscher Politiker sowie von Wahrzeichen deutscher Großstädte potenzielle Anschlagstziele ins Blickfeld gerückt. Diese jihadistischen Videos mit vielfältigen Deutschlandbezügen wurden in den Wochen nach ihrer Veröffentlichung überwiegend durch Einzelpersonen des jihadistischen Spektrums im Netz verbreitet und in Chats oder auf Videoportalen zustimmend kommentiert.

Auch 2010 konnte eine Reihe von Internetbotschaften jihadistischer Gruppierungen festgestellt werden, die eindeutige Deutschlandbezüge aufwiesen. So traten in Videoproduktionen jihadistischer Gruppierungen wie der 'Islamischen Bewegung Usbekistan' (IBU) und der 'Islamischen Jihad Union' (IJU) zahlreiche deutschsprachige Redner auf. Allein die IBU veröffentlichte 2010 im Internet mehrfach Propagandavideos, in denen zwei deutschsprachige, zuvor in Nordrhein-Westfalen ansässige junge Männer als Sprecher und Akteure auftraten. Auch der angebliche „Märtyrer-Tod“ des deutschen Konvertiten Eric Breininger, nach dem seit 2008 von Deutschland aus gefahndet worden war und der im April 2010 vermutlich bei Gefechten mit der pakistanischen Armee starb, wurde über einen längeren Zeitraum hinweg propagandistisch verarbeitet. Neben einem mehr als hundert Seiten umfassenden Dokument, das im Internet als seine Autobiographie kursierte, nahm die Szene den Tod Breiningers immer wieder zum Anlass, Propaganda-Videos mit Bildeinblendungen des „Märtyrers“ Abudul Ghaffar El Almani, alias Eric Breininger, zu versehen und seinen Einsatz für die islamische Sache als vorbildhaft zu loben.

Auch jihadistische Online-Magazine griffen Themen mit Deutschlandbezug auf, dabei stets unter Hinweis auf das angeblich anti-islamische Wirken der deutschen Politik und die „unrechtmäßige“ Präsenz deutscher Truppen in Afghanistan. Auch anhand deutschsprachiger Textpassagen oder Untertitelungen in jihadistischen Propagandavideos ließen sich regelmäßig Deutschlandbezüge feststellen. In diesem Zusammenhang fielen die Aktivitäten der 'Deutschen Taleban Mujahedin' ins Auge, einer vermeintlich aus deutschstämmigen bzw. deutschsprachigen Kämpfern bestehenden Gruppierung, die sich nach eigenen Angaben den afghanischen Taliban verschrieben hat. Die 'Deutschen Taleban Mujahedin' wandten sich in einer Reihe von Internetverlautbarungen immer wieder an ein deutschsprachiges Publikum, um insbesondere junge Muslime vom bewaffneten Jihad zu überzeugen und zu einer Ausreise in die Kampfgebiete zu bewegen. In ihren Videoveröffentlichungen richteten sie unspezifische Drohungen gegen ausländische Truppen in Afghanistan, ohne Deutschland konkret zu drohen. Allerdings kritisierten die 'Deutschen Taleban Mujahedin' in ihren Propagandavideos zum Teil auch explizit die deutsche Politik. So warfen sie der Bundesregierung vor, sich zusammen mit ihren Verbündeten an der „Besatzung“ Afghanistans zu beteiligen. In einem Propagandavideo wurde Deutschland auch für seine Freundschaft mit Israel kritisiert. Dazu wurde eine Rede der deutschen Bundeskanzlerin, in der sie die Nähe Deutschlands zu Israel betont, mit Bildern getöteter palästinensischer Kinder kontrastiert.

Selbstinszenierung und psychologische Kriegsführung

Terroristen nutzen das Internet auch, um in den eigenen Reihen und beim „Feind“ den Eindruck weltweiter Handlungsfähigkeit und ungebrochener Schlagkraft zu erzeugen. Fotos und Videos von Kampfhandlungen und Bombenanschlägen sollen die Anhängerschaft in der Überzeugung stärken, als Teil einer siegreichen Gemeinschaft für eine edle Sache zu kämpfen. Diesem Zweck dienen beispielsweise die Beiträge von 'al-Furqan', der Medienproduktionsfirma des 'Islamic State of Iraq' (ISiI). Deren Schwerpunkt liegt auf der Produktion von Videos, die Anschläge gegen Militärfahrzeuge sowie Exekutionen vermeintlicher Kollaborateure dokumentieren. Die Beiträge vermitteln durchweg den Eindruck, als führten Jihadisten im Irak ausschließlich erfolgreiche Terroroperationen durch und schädigten ihre Gegner unentwegt und in einem solchen Ausmaß, dass ihr endgültiger Sieg nur noch eine Frage der Zeit sei.

Neben 'al-Furqan' sorgt mittlerweile eine Reihe weiterer Medienproduktionseinheiten, darunter die für 'al-Qaida' produzierende 'al-Sahab', dafür, dass jihadistische Propaganda in großem Stil und auf technisch hohem Niveau hergestellt bzw. aufbereitet wird. Immer mehr jihadistische Organisationen und Gruppierungen nennen bestimmte Medienproduktionseinheiten ihr Eigen oder nehmen deren Dienste in Anspruch. Wiederum andere Medienstellen haben sich auf den Vertrieb jihadistischer Propaganda spezialisiert. Sie sorgen dafür, dass Videos, Audios und anderes Material auf einschlägigen Internetforen verbreitet werden. Die Reihe von Medieneinheiten mit überwiegend regionalen Bezügen, beispielsweise die für die IBU publizierende 'Jund Allah', die in Nordafrika zu verortende 'al-Andalus' oder die türkischsprachige 'Taifatul Mansura', wird seit 2010 durch weitere Medienstellen ergänzt, darunter im türkischsprachigen Bereich die 'Cihad Medya-Informationsstelle' und im arabischen Bereich das 'al-B(a)lag Medienzentrum'. Beide haben sich die Unterstützung des „medialen Jihad“ auf ihre Fahnen geschrieben. Vielfach kompensieren solche Medieneinheiten aber auch Imageverluste, die terroristische Gruppierungen in Kampfgebieten erleiden. Häufig sollen gesteigerte Aktivitäten im Netz über Popularitätseinbußen bei der Bevölkerung hinwegtäuschen.

Terroristen nutzen das Internet darüber hinaus als Instrument der psychologischen Kriegsführung. So führten Mitglieder unterschiedlicher jihadistischer Gruppierung auch 2010 Geiseln im Internet vor, um Forderungen an die Regierungen der jeweiligen Heimatländer zu stellen. Mit der Zurschaustellung von Gefangenen verfolgen jihadistische Gruppierungen mehrere Ziele. Zum einen soll der Handlungsdruck auf die Gegner erhöht werden. Dies gilt insbesondere für die Folterung und Tötung von Gefangenen und Entführungsoptionen vor laufender Kamera und die anschließende Zurschaustellung im Netz. Durch die Betrachtung der Gewalthandlungen soll sich beim Gegenüber ein Gefühl der Bedrohung einstellen. Er soll sich schutzlos und unterlegen fühlen, Vertrauen in seine Umgebung verlieren und die Handlungsfähigkeit seiner Regierung in Zweifel ziehen. Anschlag- und Bekennervideos, Fotos von Verletzten und Getöteten, auf denen grausamste Details in Großaufnahme zu sehen waren, kursierten auch 2010 massenhaft im Netz.

Als Ausdruck von Stärke und Schlagkraft wollen es Terrororganisationen verstanden wissen, wenn sie sich nach erfolgten oder auch missglückten Terrorattacken zu diesen Aktionen bekennen. So veröffentlichte 'al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel' (AQAH) nach den versuchten Paketbombs-Anschlägen auf amerikanische Frachtmaschinen im November 2010 ein Selbstbeziehungsschreiben, in dem die Operationen als großer Erfolg bezeichnet wurden. Die Organisation kündigte gleichzeitig an, das technische Know-how zum Bau von Paketbomben anderen islamistischen Terrororganisationen weltweit zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Ankündigung versuchte die AQAH ganz offensichtlich einen starken psychologischen Druck auf alle vom Jihadismus bedrohten Staaten aufzubauen.

Ein Mittel, die Entschlusskraft von Selbstmordattentätern unter Beweis zu stellen und die Opfer solcher Anschläge zu verhöhnern, ist die Veröffentlichung sogenannter „Videotestamente“ oder „Märtyrer“-Videos im Anschluss an einen Anschlag. Auch 2010 wurden nach Selbstmordanschlägen insbesondere im afghanischen Krisengebiet Videovermächnisse der Täter im Internet veröffentlicht. Oft handelte es sich dabei um Zusammenschnitte verschiedener Komponenten: der Stellungnahme des künftigen „Märtyrers“ zu seiner Tatmotivation, der Dokumentation der Anschlagsdurchführung sowie von Fotos oder Videos der Leiche des Selbstmordattentäters. Auch der Selbstmordanschlag vom 11. Dezember 2010 in Stockholm fand einen starken Niederschlag auf jihadistischen Internetforen. Bereits kurz nach der Tat kursierten angebliche Testamente des Attentäters in schwedischer, englischer und arabischer Sprache. Einige User bereiteten die im Netz kursierenden Tonbotschaften propagandistisch auf, indem sie sie mit Texttafeln versahen oder mit weiterem Bild- und Textmaterial zusammenschnitten. Auf diese Weise entstand eine Vielzahl im Netz kursierender Propagandavideos, die den sogenannten „Anschlag von Stockholm“ als Tat eines Märtyrers verherrlichten.

Ein weiteres Instrument der psychologischen Kriegsführung via Internet ist die Aufzählung von Tötungen und terroristischen Aktionen in „Erfolgslisten“. Die besondere Gefährlichkeit und Schlagkraft der jeweiligen Terrorgruppe soll auf diese Weise glaubhaft gemacht werden. Längst sind es jedoch nicht mehr die Terrorgruppen selbst, die über „Erfolge“ ihrer Kämpfer berichten, sondern fanatisierte Einzelpersonen mit vermeintlichem Insiderwissen, die auf Foren oder eigenen Kanälen regelmäßig über erfolgte Angriffe sowie die Zahl der verwundeten und getöteten „Feinde“ berichten. Auch Vorbereitungshandlungen für Terroranschläge werden teils akribisch dokumentiert, um sie anschließend ins

Netz zu stellen. Entsprechende Videos und Verlautbarungen sollen außerdem den Eindruck erwecken, eine ungemein große Zahl von Terrorgruppen sei vor Ort aktiv. Wenn neue Terrorgruppen im Internet auftauchen, sich zu Attentaten bekennen oder neue ankündigen, ist nicht immer sofort erkennbar, ob es sich um tatsächliche Personenzusammenschlüsse oder nur um Erfindungen handelt.

Zunehmende Professionalisierung

Die jihadistische Internetszene ist diffus, unübersichtlich und unkontrollierbar. Dies liegt vor allem daran, dass Akteure und Sympathisanten des internationalen Terrorismus regen Gebrauch von den technischen Möglichkeiten des Internets machen. Beim Ideologietransfer via Netz arbeiten Akteure und Sympathisanten des internationalen Terrorismus Hand in Hand. Terroristische Gruppen propagieren und rekrutieren entweder auf ihren eigenen Websites oder nutzen dazu fremde jihadistische Seiten. Dort stellen sie zum Beispiel Propagandamaterial von 'al-Qaida' ein oder richten Links zu ihren Seiten ein. Der Informationsfluss wird aber zu einem erheblichen Teil von Internet-Nutzern in Gang gehalten, die selbst keiner bestimmten Gruppe angehören. Sie verweisen auf ihren Webseiten, Blogs oder Videokanälen auf entsprechendes Propagandamaterial, verlinken zu 'al-Qaida'-nahen Seiten oder senden aus jihadistischen Webseiten kopierte Informationen an andere Adressen. Insbesondere die Verlautbarungen charismatischer jihadistischer Führungspersonen werden von gleichgesinnten Nutzern bearbeitet. Sie schneiden Videos aus Versatzstücken zusammen, ergänzen sie mit teils selbst erstelltem Material und publizieren im Anschluss ein Produkt, dem der Eindruck anhaftet, es sei von jihadistischen „Größen“ autorisiert worden.

2009 war auch eine rege Übersetzertätigkeit fremdsprachlichen Propagandamaterials ins Deutsche feststellbar. So wurden Videos und Audios entweder synchronisiert oder mit deutschen Untertiteln versehen. Auch die grafische Aufbereitung von Videomaterial hat vielfach ein hohes Maß an Professionalität erreicht.

Ebenso machte sich bei den Sicherheitsvorkehrungen, die islamistische Extremisten im Internet treffen, eine zunehmende Professionalisierung bemerkbar. Im jihadistischen Bereich sind Internetseiten in der Regel nur für einen begrenzten Zeitraum unter ein und derselben Adresse abrufbar. Der häufige Wechsel von Website-Adressen dient vor allem dazu, Spuren im Netz zu verwischen. Bestimmte Webseiten sollen einem Kreis von Insidern vorbehalten bleiben. Solche versteckten Webseiten (Blackboards) können nur durch Kenntnis des konkreten Namens, nicht aber von Suchmaschinen gefunden werden. Eine andere Möglichkeit ist es, den Zugriff auf bestimmte Seiten einzuschränken, beispielsweise durch Kennungen und Passwörter. Darüber hinaus werden alle Möglichkeiten der Verschlüsselung angewendet, um einschlägige Inhalte unerkannt ins Internet zu stellen. Mit Hilfe spezieller Programme können Informationen zum Beispiel in Bild- und Musikdateien versteckt werden (Kryptografie). Die entsprechende Software kann aus dem Internet heruntergeladen werden.

Internetforen, Chatrooms und Videokanäle

Nachdem in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 die wichtigsten jihadistischen Foren abgeschaltet worden waren und kurzzeitig weniger bekannte Foren in den Vordergrund gerückt waren, kam im Frühjahr 2009 wieder Bewegung in die Struktur der verbliebenen Foren. Zu den wichtigsten Neuerungen des Vorjahres zählte der Zusammenschluss eines englischsprachigen, eines arabischsprachigen und eines deutschsprachigen islamistischen Forums zum 'Netzwerk der Unterstützer des Jihads'. Das entsprechende deutschsprachige Forum existiert seit 2010 nicht mehr. Daneben hatte bereits 2009 eine Verlagerung der Aktivitäten in andere jihadistische Internetforen stattgefunden, von denen sich einige von unbedeutenden Präsenzen zu zentralen Verbreitungsorganen der Propaganda sowie zu Diskussionsplattformen jihadistischer Internetuser entwickelt haben. Im deutschsprachigen Bereich findet der Kommunikationsaustausch jihadistisch gesinnter Einzelpersonen in Foren und Chats statt. Die teils passwortgeschützten, mehrsprachigen jihadistischen Foren bieten nicht nur die Möglichkeit der Kommunikation in offenen oder geschlossenen Bereichen, sie versorgen ihre Nutzer auch mit aktuellen Informationen und Nachrichten aus der terroristischen Szene und stellen Video- und Audio-

material zum Download bereit. Nach dem Erscheinen neuer Online-Magazine mit jihadistischer Ausrichtung im Jahr 2009, sind 2010 weitere Online-Publikationen hinzugekommen. Dazu zählt auch das erste englischsprachige Online-Magazin von 'al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel' (AQAH), von dem bis Ende 2010 insgesamt drei Ausgaben ins Netz gestellt wurden. Dieses Magazin hat sich die „Verteidigung des Propheten Muhammad“ zur Aufgabe gemacht und veröffentlicht Themen rund um den kämpferischen Jihad, darunter auch Bombenbauanleitungen und Tipps für ausreisewillige Jihadisten. Die Publikation neuer urdusprachiger Online-Magazine zeigt darüber hinaus, dass sich der internationale Jihadismus, nachdem er sich lange Zeit vor allem auf arabische Rezipienten konzentriert hat, nun seinen Adressatenkreis bewusst zu erweitern versucht.

Diese Tendenz spiegelt sich auch im Bereich der teils vielsprachigen Internetforen wider. So spielen im jihadistischen Bereich neben den arabischsprachigen Foren auch türkischsprachige Foren eine immer wichtigere Rolle. Dabei ist nicht nur der Trend einer Vernetzung der Medienarbeit von arabischen und türkischen Jihadisten zu erkennen, sondern auch eine deutliche Aufwertung türkischer Foren als Multiplikatoren jihadistischer Propaganda. In dieser Entwicklung spiegelt sich die generell wachsende Bedeutung des türkisch geprägten Jihadismus wider.

Gefahr der Selbst-Radikalisierung

Durch die Nutzung des Internets können sich Radikalisierungsprozesse beschleunigen und kaum vorhersehbar entwickeln. Eine besondere Gefahr der beschriebenen Propaganda-Aktivitäten ist, dass sie auch auf Einzelpersonen ohne jihadistische Anbindung fanatisierend wirken können. Die Bereitschaft, Anschläge durchzuführen, setzt nicht immer eine gezielte Rekrutierung voraus. Sie kann auch die Folge einer intensiven und einseitigen Beschäftigung mit aggressiv-islamistischer Propaganda sein, die allein das Internet massenhaft bietet. Die Zahl jihadistischer Propagandaseiten geht in die Tausende und auch die Vernetzung der User von Internetforen und Videokanälen nimmt ständig zu. Gleichzeitig wächst die Gemeinde der Internetnutzer weltweit kontinuierlich, so dass sich künftig nicht nur die jihadistische Propaganda im Netz vervielfachen, sondern auch der Empfängerkreis wachsen wird. Die Verinnerlichung von Internet-Propaganda kann zu einer Selbst-Radikalisierung insbesondere junger Menschen führen. Der „self-made-Terrorist“, der sich durch das Lesen von Jihad-Propaganda selbst radikalisiert, sich aus dem Internet mit technischem Wissen zur Durchführung von Anschlägen versorgt und schließlich selbstständig einen Anschlag plant und durchführt, ist bereits zur realen Bedrohung geworden. So sollen die beiden jungen Männer, die für die fehlgeschlagenen Kofferbomben-Attentate in Nordrhein-Westfalen im Juli 2006 verantwortlich sind, gezielt Informationen zum kämpferischen Jihad im Netz gesucht und schließlich auch die Bomben nach einer Anleitung aus dem Internet zusammengebaut haben. Darüber hinaus arbeiten Akteure des internationalen Jihadismus gezielt daran, junge Menschen für den kämpferischen Jihad zu gewinnen. In einer Flut von Videobotschaften forderten sie auch 2010 junge Muslime in unterschiedlichen Sprachen dazu auf, den gewaltsamen Jihad zu unterstützen. Dabei wurde zum Teil auch gezielt darauf hingewirkt, moralische Bedenken und Zweifel potenzieller Jihadisten zu zerstreuen. Auch mit dem internationalen Jihadismus sympathisierende Einzelpersonen stellen mit dem Ziel der Radikalisierung technisches Know-how im Internet zur Verfügung.

Die Rolle von Frauen und Kindern

Lange galt die jihadistische Internet-Community als eine ausschließlich Männern vorbehaltene Szene. Der vor wenigen Jahren einsetzende Trend zu mehr weiblichem Engagement in der jihadistischen Internet-Szene hat sich fortgesetzt. Im Jahr 2010 waren jihadistisch gesinnte Frauen in einschlägigen Foren und Chats aktiv, verbreiteten Gewalt verherrlichendes Propagandamaterial, warben für das Übersiedeln in Kampfgebiete oder riefen zum Jihad gegen „Ungläubige“ auf. Verschiedentlich traten auch 2010 wieder Frauen oder Verwandte von Selbstmordattentätern in Internetverlautbarungen auf, um das Märtyrertum zu verherrlichen und den gewaltsamen Jihad als erstrebenswertes, gottgefälliges Werk zu verteidigen. In diesem Sinne äußerte sich auch die Ehefrau des sogenannten „Attentäters von Khost“, der sich auf einer US-amerikanischen Militärbasis in Khost/Afghanistan im Dezember

2009 in die Luft gesprengt und dabei insgesamt acht Menschen getötet hatte, zum Attentat ihres Mannes. In einem Interview, das auf einer türkischsprachigen jihadistischen Internetseite im Januar 2010 veröffentlicht worden war, bezeichnete sie das Attentat ihres Mannes als eine Tat, die sie mit Stolz erfülle. 2009 hatte die Videobotschaft der deutschen Ehefrau eines in Afghanistan getöteten Jihadisten für Aufsehen gesorgt, die im Internet das „Martyrertum“ ihres Mannes gepriesen hatte.

Im Interesse einer vermeintlich islamischen Geschlechtertrennung auch im virtuellen Raum bieten einige jihadistische Internet-Foren sogenannte „Schwestern-Räume“ an, in denen sich gleichgesinnte Frauen über den Jihad und andere Themen austauschen können.

Wie im Vorjahr benutzten 2010 verschiedene jihadistische Gruppierungen Kinder für ihre Jihad-Propaganda. So sollten beispielsweise ins Internet gestellte Fotos von verwundeten oder getöteten Kindern die angeblichen Gräueltaten der „Ungläubigen“ an den Muslimen dokumentieren. Zu diesem Zweck wurden grausame Fotos verletzter oder missgebildeter Kinder in großer Zahl in Umlauf gebracht. Von solchen Darstellungen versprechen sich Jihadisten eine stark emotionalisierende Wirkung. Einige Terrororganisationen warben für ihre Ziele mit Videos und Fotos von bewaffneten Kindern beim Kampftraining. Paradoxiertweise versuchten sich jihadistische Gruppierungen in mehreren Internet-Veröffentlichungen einen betont kinderfreundlichen Anstrich zu geben. So werden in Videos verschiedener Terrorgruppen immer wieder auch Kinder eingeblendet, die den Jihad preisen oder sich an Waffen probieren. 2010 richtete gar eine somalische Terrororganisation ein „Kinderfestival“ für den Jihad-Nachwuchs aus, das im Internet dokumentiert wurde. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch ein Video der usbekischen Terrororganisation IBU, das 2009 im Netz auftauchte. Darin wirbt ein von Kindern umringter Jihadist dafür, mit Frauen und Kindern zu ihm ins Kampfgebiet zu ziehen, da sein Aufenthaltsort sehr „familienfreundlich“ sei. In einem Propagandavideo der IBU vom August 2010 wird der Aufenthalt im Kampfgebiet von einem deutschsprachigen Protagonisten der IBU als „Urlaub“ bezeichnet. Dazu wird dieser in entspannter Stimmung lachend an einem Wasserfall gezeigt.

6.1.2 Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQM)

Hintergrund

Vorläufer der 'al-Qaida im Islamischen Maghreb'⁹⁹ war die 'Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf' ('Groupe Salafist pour la Prédication et le Combat' – GSPC), die 1998 durch Hassan Hattab gegründet worden war. Sie ist bis heute die schlagkräftigste algerische Terrorgruppe und besteht aus unzähligen Klein- und Kleinstgruppen. Sie lehnt eine Aussöhnung mit dem algerischen Regime strikt ab und hat sich im Jahre 2006 offiziell dem terroristischen Netzwerk um Usama bin Ladin angeschlossen. Seither nennt sie sich 'al-Qaida im Islamischen Maghreb' (AQM).

Situation in Nordrhein-Westfalen

Hier lebende Einzelmitglieder der Vorgängerorganisation sind möglicherweise nach wie vor in europaweite Netzwerke zur finanziellen und logistischen Unterstützung der im Ausland, insbesondere in Algerien, operierenden Gesinnungsgenossen eingebunden. Immer wieder wird AQM in der Presse auch im Zusammenhang mit Hinweisen auf mögliche Anschläge in Europa genannt. Strukturen der AQM sind in Nordrhein-Westfalen jedoch nicht festgestellt.

⁹⁹ Als Maghreb (arab.: "Westen", der islamischen Welt) werden die nordafrikanischen Staaten Marokko, Tunesien und Algerien bezeichnet. Einige zählen auch Libyen und Mauretanien dazu.

6.1.3 Islamische Bewegung Usbekistans (IBU)

Hintergrund

Mit dem Ziel, das Regime Islam Karimovs in Usbekistan zu stürzen und an dessen Stelle einen islamischen Staat auf Grundlage der Scharia zu errichten, wurde 1998 in Afghanistan die 'Islamische Bewegung Usbekistans' ('Islamic Movement of Uzbekistan' – IBU) gegründet. Seit einigen Jahren ist die IBU hauptsächlich im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet aktiv und beteiligt sich dort am Kampf gegen die ISAF-Truppen und die Sicherheitskräfte der afghanischen Regierung. Dabei unterhält sie enge Kontakte zu 'al-Qaida' und den Taliban.

Situation in Deutschland

Etwa seit Beginn des Jahres 2009 bemüht sich die IBU verstärkt, Rekruten aus Deutschland zu werben, indem sie im Internet deutschsprachige Videos veröffentlicht. Als Sprecher treten darin regelmäßig die Brüder Yassin und Mounir C. auf, die in Nordrhein-Westfalen geboren und aufgewachsen sind. Unter Hinweis auf eine vermeintlich bestehende religiöse Verpflichtung, fordern die beiden Brüder deutschsprachige Muslime dazu auf, ins afghanisch-pakistanische Grenzgebiet zu reisen, um sich dort auf Seiten der IBU am Jihad in Afghanistan zu beteiligen. Zwar folgten diesem Aufruf auch einige Personen aus Deutschland, aber nicht allen gelang die Einreise ins Kampfgebiet. Sie wurden vielmehr durch pakistanische Sicherheitskräfte aufgegriffen und an der Fortsetzung ihrer Reise mit dem Ziel eines Anschlusses an die IBU gehindert.

6.1.4 Islamische Jihad Union (IJU)

Hintergrund

Die 'Islamische Jihad Union' (IJU) spaltete sich 2002 von der IBU ab. Ihre Aktivitäten orientieren sich am international ausgerichteten, globalen Jihad im Sinne von 'al-Qaida', zu der sie ebenso enge Kontakte pflegt wie zu den afghanischen Taliban. Dennoch versteht sich die IJU als eine eigenständige Organisation, die Ausbildungs- und Trainingslager im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet Waziristan unterhält.

2010 sind einige Personen aus Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern, die sich Organisationen wie der IBU, der IJU oder anderen 'al-Qaida'-nahen Gruppierungen, etwa den 'Deutschen Taliban Mujahidin' angeschlossen hatten, durch US-amerikanische Drohnen in Waziristan getötet worden.

Situation in Deutschland

Ihre Mitglieder rekrutiert die IJU sowohl aus den zentralasiatischen Staaten und dem Kaukasus als auch aus der Türkei und Deutschland. Insbesondere in Deutschland lebende türkischstämmige Personen sowie deutsche Konvertiten gehören zur Zielgruppe der Organisation. Neue Mitglieder versucht die Organisation durch Text- und Videobotschaften im Internet anzuwerben, die teilweise in türkischer, aber auch in deutscher Sprache verfasst sind.

Am 4. März 2010 wurden die vier Mitglieder der sogenannten Sauerlandgruppe zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Im Auftrag der IJU, der sich drei der vier Verurteilten angeschlossen hatten, plante die Gruppe unter Verwendung selbst hergestellter Sprengmittel Anschläge gegen US-amerikanische Einrichtungen beziehungsweise gegen US-Bürger in Deutschland.

6.2 Islamistisch motivierter Terrorismus mit regionaler Ausrichtung

6.2.1 Ansar al-Islam (Unterstützer des Islam)

Hintergrund

Die 'Ansar al-Islam' ('Unterstützer des Islam') ging 2001 aus der 'Jund al-Islam' ('Armee des Islam') hervor. 'Ansar al-Islam' ist eine ursprünglich nur im Nordosten des Irak aktive kurdisch-islamische Organisation, in der sich eine Reihe kurdischer Splittergruppen zusammen fand. Die Anhänger streben die Errichtung eines islam(ist)ischen Staates vorrangig im Nordirak an und kämpften zunächst gegen die dortigen, sehr viel einflussreicheren säkularen, also nicht religiös ausgerichteten, Parteien. Im Dezember 2001 übernahm der im norwegischen Exil lebende Mullah Krekar die Führung der Gruppierung. Mittlerweile ist Krekar in seiner Führungsposition von Abdullah al-Shafi abgelöst worden. Die 'Ansar al-Islam' zeichnet im Irak für eine Vielzahl schwerster Terrorakte und Selbstmordanschläge verantwortlich.

Ideologie

'Ansar al-Islam' zielt darauf ab, ein islamistisches Kurdistan zu schaffen, das auf einem radikalen Islam nach dem Vorbild der Taleban in Afghanistan beruht. Die Gruppierung versucht, den in ihrem Machtbereich lebenden Menschen den Kontakt zu säkularen Parteien zu verbieten und verleiht ihren Forderungen mit brutalen Gewaltaktionen gegen Andersdenkende Nachdruck.

Seit längerer Zeit sieht sich die 'Ansar al-Islam' als Teil des sunnitisch-terroristischen Widerstandes im Irak. Ihr ursprüngliches Ziel, die Errichtung eines eigenen kurdisch-islami(sti)schen Staates im Nordirak, geriet vorerst in den Hintergrund. Stattdessen passte sie sich weitgehend den Zielsetzungen des übrigen Widerstandes an, dessen terroristische Bestrebungen sich primär auf die gewaltsame Vertreibung der Koalitionstruppen aus dem Irak sowie die gewaltsame Beseitigung des irakischen Staates und seiner neugeschaffenen Institutionen erstreckten. Es gibt konkrete Hinweise darauf, dass 'Ansar al-Islam' über Verbindungen zum Terrornetzwerk 'al-Qaida' verfügt. Auch bei der 'Ansar al-Islam' ist eine verstärkte Kommunikation im Internet festzustellen.

Situation in Deutschland

In Deutschland sollen sich etwa 130 Aktivisten überwiegend in Süddeutschland aufhalten. Allerdings konnten vermehrt Umzüge in andere Bundesländer, auch nach Nordrhein-Westfalen, festgestellt werden. Obwohl die Anhänger in Deutschland weitgehend als logistische Unterstützer für die Kerngruppe im Irak fungieren, ist hinsichtlich einer potentiellen Bedrohung der inneren Sicherheit Deutschlands durch sie keine Entwarnung zu geben.

6.2.2 Tschetschenischer Separatismus

Hintergrund

Mit dem Zerfall der UdSSR 1991 und im Zuge der Unabhängigkeit der südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbeidschan und Georgien entstand auch in Tschetschenien eine separatistische Bewegung mit dem Ziel einer Loslösung von Russland – die 'Tschetschenische Republik Ichkeriya'

(CRI)/'Tschetschenische Separatistenbewegung' (TSB)¹⁰⁰. Durch den ersten Tschetschenien-Krieg (1994 – 1996) radikalisierten sich die islamistischen Tendenzen innerhalb der tschetschenischen Gesellschaft, und insbesondere seit dem zweiten Tschetschenien-Krieg (ab 1999) werden Gewaltaktionen auch außerhalb des Kaukasus verübt. Die TSB ist für zahlreiche Gewaltaktionen gegen militärische und zivile Einrichtungen in Russland verantwortlich, darunter die Geiselnahmen 2002 im Musicaltheater in Moskau mit über 130 Toten und 2004 in einer Schule in Beslan mit über 330 Toten.

Ziel der militärisch strukturierten tschetschenischen Separatistenbewegung ist es, die russische Armee mit Gewalt zum Rückzug aus Tschetschenien zu zwingen und die Macht zu ergreifen. Anschließend soll mit der Errichtung eines unabhängigen islamischen Staates auf dem Gebiet Tschetscheniens begonnen werden.

Aktivitäten in Deutschland

Die Unterstützerbewegung der CRI/TSB im Bundesgebiet setzt sich vorwiegend aus Tschetschenen und Türken tschetschenischer Abstammung zusammen. Die Unterstützung besteht vorrangig in Propaganda für die Bewegung, Spendensammlung und sonstiger logistischer Hilfe.

6.2.3 HAMAS (Harakat al-Muqawama al-Islamiya – Islamische Widerstandsbewegung)

Mitglieder	Bund	NRW
2010	300	70
2009	300	70
Internet	Englischsprachige Homepage	

Hintergrund und Ziele

Die HAMAS ('Bewegung des islamischen Widerstandes') ist heute eine der einflussreichsten und stärksten Organisationen unter den sunnitischen Palästinensern. Sie hat sich den kompromisslosen Kampf gegen Israel zur „Befreiung“ des gesamten historischen Palästina und die Errichtung eines islamistischen Staates auf dem Gebiet Palästinas zum Ziel gesetzt.

Unter den islamistischen Organisationen in Deutschland sind insbesondere die HAMAS sowie die aus dem Libanon gegen Israel operierende schiitische 'Hizb Allah' ('Partei Gottes') von Bedeutung. Daneben sind säkulare palästinensische Gruppierungen unter dem Dach der 'Palästinensischen Befreiungsorganisation' (PLO) wie die 'Volksfront für die Befreiung Palästinas' (PFLP) und die 'Demokratische Front für die Befreiung Palästinas' (DFLP) zu nennen.

Öffentlich aktiv wurde die sunnitische extremistische HAMAS 1987 mit Beginn der ersten Intifada. Sie hat sich aus dem palästinensischen Teil der 'Muslimbruderschaft' entwickelt. Die HAMAS bekämpft den Staat Israel mit terroristischen Mitteln, wobei insbesondere die zahlreichen Selbstmordattentate und Raketenangriffe auf israelisches Gebiet zu nennen sind. Sie lehnt den Alleinvertretungsanspruch der PLO für die Palästinenser ab und boykottierte zunächst alle zwischen dem Staat Israel und der PLO geschlossenen Verträge. Für die Hardliner innerhalb der Organisation ist ein Friedensschluss mit dem Staat Israel auch heute noch undenkbar.

Seit Ende 2006 eskalierte der interne Konflikt zwischen Anhängern der – ebenfalls zur PLO gehörenden – 'Fatah'-Partei und der HAMAS im Gaza-Streifen, der zu blutigen, bürgerkriegs-ähnlichen Auseinandersetzungen mit zahlreichen zivilen Opfern führte. Die folgende politische und territoriale Spaltung der Palästinenser in das von der 'Fatah' regierte Westjordanland und den von der HAMAS kon-

¹⁰⁰ Die 'Tschetschenische Separatistenbewegung' – TSB wird künftig als 'Nordkaukasische Separatisten Bewegung' – NKSB geführt.

trollierten Gaza-Streifen erschwert auch aktuell trotz anhaltender diplomatischer Bemühungen der USA, der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und Russlands eine positive Entwicklung im Friedensprozess. Die seit ihrer Machtübernahme von der HAMAS kontrollierten Behörden im Gaza-Streifen haben inzwischen ihre Ankündigung umgesetzt, ein von einer rigiden, islamistischen Auslegung der Scharia geprägtes Rechtssystem einzuführen. Dabei werden Zug um Zug alle Bereiche des öffentlichen Lebens (so auch Straf- und Familienrecht) mit der extremistischen ideologischen Ausrichtung der Organisation in Einklang gebracht.

Die HAMAS ist eingebunden in ein weltweites Netzwerk von Organisationen, die die 'Muslimbruderschaft' repräsentieren oder ihr nahe stehen. Neben Organisationen, die vor allem propagandistisch oder auch logistisch im Sinne der HAMAS tätig sind, gibt es solche, die überwiegend Spendensammlungen und Finanztransaktionen zugunsten der HAMAS durchführen.

Situation in Deutschland

Die Gefahr, die derzeit von den in Deutschland lebenden HAMAS-Anhängern ausgeht, ist als eher gering anzusehen. Wiederholt wurden von maßgeblichen HAMAS-Führern Gewaltaktionen außerhalb Israels und der besetzten palästinensischen Gebiete abgelehnt. Gleichwohl kann nicht ausgeschlossen werden, dass es – etwa anlässlich einer israelischen Militäraktion – auch in Nordrhein-Westfalen zu spontanen Gewaltakten gegen israelische, jüdische oder amerikanische Einrichtungen durch stark emotionalisierte jugendliche Palästinenser kommen kann.

Am 31. Mai 2010 stoppten Einheiten der israelischen Streitkräfte in internationalen Gewässern einen Schiffskonvoi pro-palästinensischer Aktivisten, die nach eigenem Bekunden trotz der israelischen Seeblockade den Gazastreifen mit Hilfsgütern versorgen wollten. Bei der Militäraktion wurden mehrere Menschen getötet oder verletzt. In der Folge kam es bundesweit zu zahlreichen Mahnwachen und Demonstrationen, an denen sich neben Anhängern säkularer palästinensischer Organisationen auch HAMAS-Anhänger beteiligt haben. In Nordrhein-Westfalen gab es Kundgebungen unter anderem in Aachen, Bonn, Duisburg, Düsseldorf, Köln, Münster, Recklinghausen und Wuppertal.

Al-Aqsa e.V., Yatim Kinderhilfe e.V.

Die HAMAS finanziert sich zu einem erheblichen Teil über die Sammlung von Spendengeldern. Hierzu waren von ihr in der Vergangenheit in Deutschland regelrechte Spendensammelvereine gegründet worden. Die in Nordrhein-Westfalen eingetragenen Vereine 'al-Aqsa e.V.' (Aachen) und 'Yatim Kinderhilfe e.V.' (Essen) sind deshalb 2002 bzw. 2005 wegen finanzieller Unterstützung der HAMAS verboten worden. Nach wie vor betrachtet die Organisation jedoch Deutschland als einen Ort, an dem sie Spenden sammeln und neue Mitglieder gewinnen kann.

6.2.4 Hizb Allah (Partei Gottes)

Mitglieder	Bund	NRW
2010	900	350
2009	900	350

Hintergrund

Die 'Hizb Allah' wurde 1982 nach dem Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon gegründet. Sie entwickelte sich auf Grund massiver iranischer Unterstützung rasch zu einer militanten Sammlungs-

bewegung libanesischer Schiiten mit Schwerpunkten im Bekaa-Tal, Süd-Libanon und in den Vororten von Beirut. Die 'Hizb Allah' strebte zunächst jahrelang die Errichtung eines „islamischen (Gottes)Staates“ nach iranischem Vorbild im Libanon an. Vom iranischen Staatsmodell, wie es unter Ajatollah Khomeini geprägt wurde und wie es die Partei zunächst auch für den Libanon propagierte, hat sich die Organisation mittlerweile gelöst. Inzwischen ist diese Forderung zugunsten einer pragmatischeren Haltung in den Hintergrund getreten. Eingebunden in die politischen und gesellschaftlichen Strukturen des Libanon strebt sie heute vor allem danach, ihre Möglichkeiten der Einflussnahme zu festigen und zu verstärken, ohne ihren Anspruch auf die „islamische Herrschaft“ über Jerusalem aufzugeben.

Die 'Hizb Allah' hat sich unter anderem die Zerstörung des Staates Israel und die „Herrschaft des Islam“ über Jerusalem zum Ziel gesetzt. Sie stellt damit eine Bedrohung für den Staat Israel dar. Seit Jahren ist sie für Terroranschläge im Norden Israels verantwortlich. Sie hat bislang keine gewaltsamen Aktionen in Deutschland durchgeführt, nutzt Deutschland und Nordrhein-Westfalen jedoch als Ruhe- und Rückzugsraum. Öffentlich tritt sie wenig in Erscheinung.

Situation in Deutschland

Bereits seit rund 20 Jahren versucht die 'Hizb Allah'-Führung von Beirut aus, in Deutschland eine effiziente Organisationsstruktur unter ihren Anhängern aufzubauen. Diese Bestrebungen sind jedoch nach wie vor nicht abgeschlossen. Auch im vergangenen Jahr dauerten interne Streitigkeiten und Rivalitäten zwischen den hier lebenden Anhängern an.

In der Folge des 11. September 2001 reduzierte die 'Hizb Allah' ihre öffentlichen Aktivitäten deutlich. 'Hizb Allah'-Funktionäre und schiitische Geistliche forderten ihre Anhänger immer wieder dazu auf, die in Deutschland geltenden Gesetze und Regeln zu beachten. Die Anhänger sind seither öffentlich kaum mehr in Erscheinung getreten. Hierzu hat sicherlich auch die sporadisch aufkommende Diskussion über ein mögliches Verbot von 'Hizb Allah'-Vereinen und -Einrichtungen beigetragen.

Den 'Hizb Allah'-Anhängern dient das 'Islamische Zentrum*' ('Imam-Mahdi-Zentrum') in Münster seit mehr als 20 Jahren als eine Begegnungsstätte in Nordrhein-Westfalen. Es steht in enger Verbindung zu dem iranisch gesteuerten 'Islamischen Zentrum Hamburg*' (IZH) und stellt eine Anlaufstelle für 'Hizb Allah'-Anhänger im Westen Deutschlands dar. Schon seit einigen Jahren hat es jedoch aufgrund rückläufiger Besucherzahlen an Bedeutung verloren. Die Aktivitäten der 'Hizb Allah' haben sich seither auf andere Orte in Nordrhein-Westfalen verlagert, an denen zum Teil auch eigene Moscheevereine unterhalten werden.

Rund 500 'Hizb Allah'-Anhänger und regimetreue Iraner aus dem ganzen Bundesgebiet beteiligten sich am 4. Dezember 2010 an der alljährlichen Demonstration zum Jerusalem-Tag (Ghods-Tag) in Berlin. Der Ghods-Tag war 1979 von Ayatollah Khomeini ausgerufen worden und soll an die „Besetzung“ Jerusalems durch Israel erinnern.

Betätigungsverbot des TV-Senders 'Al-Manar'

Die in Nordrhein-Westfalen lebenden Anhänger der 'Hizb Allah' beobachten die Ereignisse im Libanon mit ständiger Aufmerksamkeit. Eine wichtige Informationsquelle ist für sie der über Satellit empfangbare TV-Sender 'Al-Manar', über den die 'Hizb Allah' ihre Anhänger auch in Deutschland erreicht. Am 11. November 2008 hatte das Bundesministerium des Innern für das Bundesgebiet ein Betätigungsverbot gegen den Sender erlassen, das auf die Ausstrahlung vom Ausland her jedoch keine Auswirkungen haben konnte. Im Programm des Senders wird weiterhin regelmäßig dem Staat Israel das Existenzrecht abgesprochen und zu dessen Vernichtung aufgerufen. Daneben wird antiisraelische und antijüdische Hetzpropaganda verbreitet, der bewaffnete Kampf gegen Israel als „islamischer Widerstand“ propagiert und der dabei zu erleidende „Martyrertod“ glorifiziert.

6.3 Gewalt befürwortende, aber nicht anwendende islamistische Organisationen

6.3.1 Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei)

Mitglieder	Bund	NRW
2010	300	70
2009	300	70

Hintergrund

Die 'Hizb ut-Tahrir' (HuT) wurde 1952 von dem Rechtsgelehrten Scheikh Taqi al-Din al-Nabhani, einem ehemaligen Mitglied der ägyptischen und palästinensischen 'Muslimbruderschaft' gegründet. Es handelt sich um eine pan-islamistische Bewegung, die sich an alle Muslime richtet. Vorrangiges Ziel der Organisation ist die Wiedereinführung des Kalifats in einem islamischen Staat (Kalifat bezeichnet die Stellvertretung des Propheten Muhammad, in der der Kalif an dessen Stelle die Gemeinschaft der Muslime leitet). Die HuT kennzeichnet ein besonders stark ausgeprägter Antisemitismus. Juden gelten – wie Christen – als Ungläubige, deren Lebensform abzulehnen ist und mit denen möglichst kein Kontakt gehalten werden sollte, da sie ein Bündnis eingegangen seien, um den Islam zu zerstören.

Struktur

Die Organisation, die einen streng hierarchischen Aufbau hat, ist heute weltweit aktiv und international vernetzt. Ihre Anhängerschaft verhält sich streng konspirativ abseits der öffentlichen Wahrnehmung. Neue Mitglieder werden bevorzugt innerhalb der gesellschaftlichen Elite geworben, was sich aus der Kaderstruktur herleitet sowie der Auffassung, dass die Partei eine Vorreiterrolle für den Aufbau des islamischen Staates spielt. Von den Mitgliedern wird strikter Gehorsam erwartet; Positionen und Meinungen, die von der Parteiführung vertreten werden, sind für alle Mitglieder verbindlich. In Deutschland ist die HuT in verschiedene Regionen aufgeteilt; in diesen Regionen existieren streng voneinander abgeschottete Kleinstgruppen (Zellen), die sich durch ein äußerst konspiratives Verhalten auszeichnen.

Situation in Deutschland

Am 15. Januar 2003 hat das Bundesministerium des Innern ein Betätigungsverbot gegenüber der Organisation erlassen, das letztinstanzlich am 25. Januar 2006 durch das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) bestätigt wurde. Trotz des Verbotes ist davon auszugehen, dass die Organisation ihre Aktivitäten in bekannt konspirativer Weise fortsetzen wird. Nach wie vor hat der vermutliche Europaverantwortliche der Organisation seinen Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen, was darauf schließen lässt, dass der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der Organisation strategische Bedeutung zukommt.

Öffentlich wahrzunehmen ist die Organisation durch Verbreitung von Propaganda im Internet. Hierzu bedient man sich in erster Linie im europäischen Ausland befindlicher Server. Öffentliche Auftritte von Führungsfunktionären sind hingegen nicht mehr festzustellen. Dies dürfte vor dem Hintergrund des Betätigungsverbotes mit der Furcht vor möglichen staatlichen Sanktionen in Zusammenhang stehen.

Seit Anfang des Jahres hat das internationale HuT-Medienbüro die bisher nur in englischer, türkischer und arabischer Sprache angebotene Website „Hizb ut-Tahrir Media Office“ auch in deutscher Sprache online gestellt. Dies unterstreicht nochmals die Bedeutung des deutschsprachigen Raumes (Deutschland, Schweiz, Österreich) für die Organisation. Mediensprecher für den genannten Bereich ist ein in Österreich ansässiger Führungsfunktionär der HuT. Die Website informiert die interessierten Nutzer über die Organisation im Allgemeinen und über deren Aktivitäten.

6.3.2 Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)

Sitz	Köln	
Verbandsführer	Metin Kaplan (am 12. Oktober 2004 in die Türkei abgeschoben)	
Mitglieder	Bund	NRW
2010	750	350
2009	750	350
Publikationen	'Ümmet-i Muhammed' (Die Stimme Muhammeds), 'Beklenen Asr-i Saadet' (Das erwartete Zeitalter der Glückseligkeit), 'Der Islam als Alternative' (D.I.A.), 'Barika-i Hakikat' (Das Aufleuchten der Wahrheit)	
Fernsehprogramm	HAKK-TV	

Hintergrund

Der im Dezember 2001 durch das Bundesministerium des Innern verbotene 'Kalifatsstaat' ('Hilafet Devleti'), der sogenannte 'Kaplan-Verband', galt in Deutschland als die verbal radikalste unter den islamistischen Organisationen. Bis zu dessen Abschiebung in die Türkei stand er unter der Führung des selbsternannten Kalifen Metin Kaplan. Der 'Kalifatsstaat' propagiert den revolutionären Sturz des laizistischen türkischen Staatssystems, um an dessen Stelle einen islamischen Gottesstaat zu errichten. Er ging aus dem 1984 von Cemaleddin Kaplan gegründeten 'Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.' (ICCB) hervor. Cemaleddin Kaplan, der auch als „Khomeini von Köln“ bekannt war, propagierte den Koran als Grundlage der Staatsverfassung für die gesamte Menschheit und den Islam als Träger der Weltherrschaft in einem einzigen, weltumfassenden Staat.

Verbot des 'Kalifatsstaates'

Seit November 2002 sind der 'Kalifatsstaat' sowie 17 weitere Ortsvereine, vier davon in Nordrhein-Westfalen, rechtskräftig verboten. Der Verband verstoße – so das Bundesverwaltungsgericht – gegen die im Grundgesetz verankerten Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenwürde. Die Organisation verstehe sich als real existierender Staat mit eigener Staatsgewalt unter Führung des „Kalifen“, dessen Grundlage ausschließlich der Wille Allahs sei. Der Kalifatsstaat beanspruche für sich im Unterschied zu anderen Religionsgemeinschaften das Recht zur Gewaltanwendung.

Er verbreitete sein Gedankengut über verbandseigene Zeitungen sowie über eine wöchentlich ausgestrahlte Fernsehsendung und nutzte auch das Internet zu Propagandazwecken. Die ehemalige Homepage des Verbandes wurde verboten. Inzwischen gibt es aber wieder neue Internetseiten, die dem „Kalifatsstaat“ zugerechnet werden können. Auch verbandseigene Publikationen wurden nach dem Verbot vertrieben. Es besteht der Verdacht, dass Personen aus der zweiten Reihe den Zusammenhalt unter den Mitgliedern des ehemaligen 'Kalifatsstaates' aufrechterhalten.

Im Oktober 2004 wurde Metin Kaplan in die Türkei abgeschoben, wo er wegen Hochverrats zunächst zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Er hatte zum gewaltsamen Sturz der türkischen Regierung aufgerufen, um in der Türkei einen Gottesstaat zu errichten. Im Zuge mehrerer Berufungs- und Revisionsverfahren wurde die lebenslange Haftstrafe aufgehoben, weil keine verfassungswidrige Straftat vorliege. Kaplan habe die geplante Straftat nicht ausgeführt. Am 3. Juli 2010 verurteilte der Oberste Gerichtshof in Istanbul Metin Kaplan schließlich zu 17,5 Jahren Haft.

Infolge der Abschiebung und Verurteilung Metin Kaplans kam es zu Richtungs- und Nachfolgestreitigkeiten innerhalb der Gruppierung. Diese Auseinandersetzungen mündeten schließlich in eine Spaltung der Anhängerschaft in zwei konkurrierende Fraktionen. Im Gegensatz zu früheren Zeiten kam es bisher aus keiner der Fraktionen zu öffentlichkeitswirksamen Reaktionen auf die Verurteilung von Metin Kaplan im Hochverratsprozess in der Türkei.

6.3.3 Organization for Human Rights and Dignity¹⁰¹ – Organisation für Würde und Rechte am Menschen

Mitglieder	NRW
2010	ca. 50
2009	ca. 50

Hintergrund

Die 'Organization for Human Dignity and Rights*' (HDR) wurde 1996 in Duisburg von in Deutschland lebenden türkischen Migranten gegründet. Der Verein setzt sich laut Satzung für die Abschaffung aller Hindernisse ein, die die Menschenrechte einschränken und mit den Grundsätzen von Gerechtigkeit nicht vereinbar sind. Er tritt laut Satzung außerdem für die Verhinderung von Angriffen gegen diese Werte und für den Schutz der Natur ein. Der Verein hat sich unter anderem an Demonstrationen zum Palästina-Konflikt und zum Kopftuchverbot beteiligt und diese teilweise auch selbst organisiert.

Untypisch für eine Bestrebung mit islamistischer Ausrichtung ist, dass HDR* strategische Bündnisse mit Organisationen eingeht, die eine völlig andere ideologische Grundlage haben. Tatsächlich kooperiert HDR* mit einem Verein, der dem linksextremistischen Spektrum zugerechnet werden muss. Anscheinend ist in diesem Fall die gemeinsame „antimperialistische“ Ausrichtung, die sich gegen die Gesellschaftsordnung der westlichen Demokratien, insbesondere der USA, richtet, von größerer Bedeutung, als ihre unterschiedliche ideologische Begründung.

In den Reden des Vorsitzenden und auch in den Flugblättern der Organisation findet sich immer wieder antiwestliche, vor allem antiamerikanische sowie antijüdische Propaganda. Das politische Weltgeschehen wird in den Flugblättern und Reden des Vorsitzenden einseitig antiimperialistisch interpretiert und vermittelt. Aus Verlautbarungen des Vereins und seiner Funktionäre wird deutlich, dass man vorbehaltlos mit den bewaffneten Widerstandsbewegungen im Irak und Palästina sympathisiert. Die Organisation wird deshalb vom Verfassungsschutz aufgrund von tatsächlichen Anhaltspunkten für den Verdacht einer extremistischen Bestrebung, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet ist, gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 4 VSG NRW beobachtet.

Aktuelle Entwicklung

Auf der Generalversammlung der HDR* am 11. Oktober 2009 in Duisburg wurde beschlossen, den Sitz von Duisburg nach Berlin zu verlegen. Der Verein ist jedoch nach wie vor in Duisburg im Vereinsregister registriert.

Anlässlich der Terrorwarnungen im November 2010 distanzierte sich die Organisation in zwei Presseerklärungen von Terrorismus, Gewaltbereitschaft und verurteilte diese. Gleichzeitig wurden die vom Bundesministerium des Innern publizierten Terrorwarnungen als Teil einer Medienkampagne, die den Islamhass weiter schüre, dargestellt.

¹⁰¹ Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Soweit nur Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, wird dies mit einer Kennzeichnung (*) ausdrücklich hervorgehoben.

„Daher fordern wir die Deutsche Regierung auf, es endlich zu unterlassen, gegen Muslime zu hetzen und verkünden aus tiefster Überzeugung, dass der Islam eine Religion ist, die gegen jede Art von Terror ist und nichts anderes als die Herrschaft von Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft anstrebt und sich gegen jede Art von Ungerechtigkeit und Unterdrückung stellt.“

Die Distanzierung von Gewalt erscheint jedoch halbherzig, da in der gleichen Presserklärung ein möglicher Umschwung der friedlichen Stimmung unter Muslimen als verständliche Antwort auf die vermeintliche anti-islamische Medienpropaganda gerechtfertigt wird:

„Die Stimmung in Deutschland droht jedoch ernsthaft zu kippen; denn wer Angst und Zwietracht sät, kann nicht ernsthaft davon ausgehen, eine wohlwollende Eintracht ernten zu können [...]“

6.4 Salafistische Bestrebungen*

Hintergrund

Der Salafismus¹⁰² ist seiner Konzeption nach eine religiös-fundamentalistische Strömung des Islams. Die grundlegenden Quellen des Islams – der Koran und die Überlieferungen des Propheten Muhammad (die Sunna) – sind seine unveränderbaren Grundfesten. Anpassungen der Islamauslegung an veränderte gesellschaftliche und politische Gegebenheiten werden durch Salafisten als „unislamische Neuerungen“ (arab. bid'a) kategorisch abgelehnt und führen – so die Vorstellung – zwangsläufig zum „Unglauben“.

Situation in Deutschland und Ideologie

Der Salafismus, den wir heute in Deutschland vorfinden, ist eine islamistische Ideologie, die sich an dem Vorbild der muslimischen Gründerväter orientiert und eine vermeintlich ideale islamische Gesellschaft erschaffen will. Das Spektrum reicht hierbei von apolitischen Salafisten bis hin zu solchen, die die Anwendung von Gewalt zur Erreichung dieses Zieles befürworten. Soweit die fundamentalistische Islamauslegung des Salafismus nur als religiöse Praxis ohne politische und gesellschaftliche Konsequenzen verstanden wird, gehört das Phänomen nicht in das Beobachtungsspektrum des Verfassungsschutzes. Wenn salafistische Prediger und ihre Netzwerke jedoch die Ausdehnung des von ihnen propagierten Gesellschafts- und Staatsmodells auf alle Staaten anstreben, geraten sie in einen Gegensatz zur Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

Die Grundpfeiler der salafistischen Ideologie sind mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar.

- : Salafisten verstehen die islamische Religion als Ideologie, Ordnungs- **und** Herrschaftssystem und als unvereinbar mit der im Grundgesetz festgelegten parlamentarischen Demokratie. Gesetze können der salafistischen Ideologie zufolge nur von Gott (göttliche Souveränität), nicht vom Volke gemacht werden. Daraus folgt die absolute Unvereinbarkeit von Salafismus und dem Demokratiemodell westlicher Prägung.
- : Salafisten behaupten, dass alle gesellschaftlichen Probleme nur durch eine uneingeschränkte Anwendung von und strikte Ausrichtung des Lebens nach Koran und Sunna gelöst werden können. Dazu zählt die uneingeschränkte Anwendung der „Scharia“ (islamischen Gesetzgebung).

¹⁰² Der Begriff „Salafismus“, im Arabischen salafiya, bezeichnet eine Strömung im Islam, die sich an den ersten drei Generationen der Muslime orientiert, die als die „rechtschaffenen Altvorderen“ (arab. al-salaf al-salih) bezeichnet werden. Diese drei Generationen lebten nach dem Tod des Religionsbegründers und Propheten Muhammad im 7. Jahrhundert n. Chr. auf der arabischen Halbinsel und den damals eroberten Gebieten. Der islamischen Geschichtsschreibung zufolge kannten diese „Altvorderen“ entweder Muhammad persönlich oder standen mit dessen Anhängern in direktem Kontakt.

- : Sie betonen die rigide Trennung von Mann und Frau – nicht nur in der Moschee, sondern insgesamt im öffentlichen Raum. Auch die gemeinsame schulische Erziehung von Jungen und Mädchen wird grundsätzlich abgelehnt.
- : Sie grenzen die Frau zudem auf den heimischen Bereich ein; die Berufstätigkeit der Frau wird abgelehnt. Sie soll sich ganz auf den Haushalt und die Kindererziehung konzentrieren.
- : Die salafistische Ideologie widerspricht in wesentlichen Punkten (Gesellschaftsbild, politisches Ordnungssystem, individuelle Freiheit) den Grundprinzipien der freiheitlichen Demokratie, führt zur Bildung von Parallelgesellschaften und erschwert so die Integration. Schließlich kann sich aus dieser extrem vereinfachenden Ideologie eine weitere Radikalisierung entwickeln, die in Terrorismus münden kann. Denn letztlich rechtfertigt der Salafismus Gewalt gegen „Ungläubige“ und auch gegen nicht-salafistische Muslime.
- : „Jihad“ (auch im Sinne der Ausübung von Gewalt) und „Märtyrertum“ werden nicht grundsätzlich abgelehnt, spielen aber vor allem als „Selbstverteidigung der Muslime“ eine Rolle.

Aktuelle Entwicklung

Salafistische Bestrebungen* manifestierten sich in Nordrhein-Westfalen in 2010 in vielfacher Weise. Hervorzuheben ist die Kontroverse um die geplante Errichtung einer „Islamschule“ und der damit verbundene Zuzug des Vereins „Einladung zum Paradies“ (EZP) von Braunschweig in eine bereits bestehende Moschee in Mönchengladbach. EZP ist in Niedersachsen als salafistische Einrichtung bislang Beobachtungsobjekt des dortigen Verfassungsschutzes gewesen.

Am 14. Dezember 2010 erfolgten bundesweite Durchsuchungen im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen den Verein EZP, darunter auch in Objekten in Nordrhein-Westfalen. Das in diesem Fall zuständige Bundesministerium des Innern äußerte sich dazu wie folgt:

"EZP [...] (ist) verdächtig, sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung zu richten, indem sie diese zugunsten eines islamischen Gottesstaates in Deutschland beseitigen wollen. Salafisten verstehen die islamische Religion als Ideologie, Ordnungs- und Herrschaftssystem und damit als unvereinbaren Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie. Gesetze können der salafistischen Ideologie zufolge nur von Gott (göttliche Souveränität), nicht vom Volke gemacht werden. So fordert auch der 1. Vorsitzende des EZP, dass auf der Basis der Scharia regiert werden muss und nicht auf Basis von Menschen erlassener Gesetze. Gegen islamistische Netzwerke wie diese salafistischen Vereine stehen der freiheitlichen Demokratie vereinsrechtliche Verbotsmaßnahmen zur Verfügung. Für eine wehrhafte Demokratie ist es so notwendig wie geboten, nicht erst den Jihad in Form des bewaffneten Kampfs abzuwarten, um gegen verfassungsfeindliche Vereinigungen einzuschreiten. Die [...] Durchsuchungen [...] werden zeigen, ob sich der bisherige Anfangsverdacht bestätigt."

Zu einer Anmeldung des Vereins EZP in Nordrhein-Westfalen ist es im Anschluss an den Berichtszeitraum zum 3. Januar 2011 gekommen.

Öffentlich bekannt geworden sind auch die bundesweiten Aktivitäten eines Personen-Netzwerkes rund um einen salafistischen Prediger mit Schwerpunkt im Raum Köln, das unter dem Namen „Die wahre Religion“ firmiert und eine eigene Internetseite betreibt. Dort und auf regelmäßig stattfindenden (eintägigen) Islamvorträgen sowie (mehrtägigen) Islamseminaren wird durch Personen aus diesem Netzwerk, die als Prediger auftreten, die ganze Bandbreite salafistischer Ideologie vermittelt. Die Inhalte reichen dabei von – unproblematischen – religiösen Handlungsanweisungen und Glaubensauslegungen bis hin zur – höchst problematischen – Thematisierung und Befürwortung des Märtyrertums und des „Jihad“-Begriffes im Sinne von Gewaltausübung zur „Verteidigung“ des islamischen Glaubens. Beklagt wird die vermeintliche „Unterdrückung“ durch den „tyrannischen Westen“, wobei die Bundesrepublik Deutschland wegen der Beteiligung am NATO-Einsatz in Afghanistan explizit eingeschlossen wird. Daneben ist durch einzelne, im Internet dokumentierte Vorträge, auch zu belegen, dass demokratische Staatsmodelle abgelehnt und eine Regierungsform **einzig** auf Grundlage von Koran und Scharia aufbauend eingefordert wird. Die Möglichkeit, den (salafistischen) Glauben in Deutschland authentisch ausleben zu können, wird dabei verneint.

Die Bedeutung der salafistischen Ideologie und ihrer in Einzelfällen radikalisierenden Wirkung gerade auf Jugendliche ist inzwischen ein Thema mit hoher Medienwirksamkeit, so dass die Erweiterung salafistischer Zentren, etwa in Mönchengladbach, auf politischen wie zivilgesellschaftlichen Widerstand stößt. Daneben ist auch ein zunehmendes Problembewusstsein in muslimischen Gemeinden feststellbar: Einige Moscheevereine, die in der Vergangenheit salafistischen Predigern ein Forum geboten haben, lassen mittlerweile solche Personen ausdrücklich nicht mehr bei sich auftreten. Wie sich dies auf die weitere Entwicklung der salafistischen Szene in Nordrhein-Westfalen auswirken wird, bleibt abzuwarten.

6.5 Legalistische, nicht gewaltorientierte islamistische Organisationen

6.5.1 Tablighi Jama'at* (Gemeinschaft zur Verkündigung)

Mitglieder	Bund	NRW
2009	700	150
2008	700	150

Hintergrund

Die 'Tablighi Jama'at*' (auch 'Jama'at-i Tabligh'; 'Gemeinschaft zur Verkündigung' – TJ*) wurde 1927 durch den Religionsgelehrten Maulawi Muhammad Ilyas in Indien gegründet. Seit den 1960er Jahren ist sie auch in Deutschland aktiv. Sie ist eine dem puristischen Salafismus zuzuordnende Bewegung, deren Mitglieder großen Wert auf die wortgetreue Ausübung islamischer Vorschriften und die strikte Befolgung islamischer Riten legen. Die Missionierungsarbeit der TJ* richtet sich vor allem an „verirrte Muslime“, die nach Meinung der TJ* vom „rechten Weg“ abgekommen seien. Eine gezielte Bekehrung Andersgläubiger ist nicht das Ziel ihrer Missionierungsarbeit.

Ideologie und Ziele

Islamistische Standpunkte werden von der TJ* explizit vertreten und der Interpretationsspielraum bis zu jihadistischen Vorstellungen ist groß. Vor diesem Hintergrund ist die TJ* als extremistische Bewegung einzuordnen. Die Ideologie richtet sich gem. § 3 Absatz 1 Nr. 1 VSG NRW gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Auch wenn sich die Bewegung als friedfertig und unpolitisch darstellt, steht sie aufgrund verschiedener Beispielfälle im Verdacht, durch ihre weltweiten netzwerkartigen Strukturen den internationalen Terrorismus mittelbar zu fördern und durch die strengreligiöse Anleitung ihrer Mitglieder den geistigen Nährboden für die Entwicklung von islamistisch-milantem Gedankengut zu bereiten.

Die TJ* plädiert für die Anwendung sämtlicher Bestimmungen der Scharia. Dies beinhaltet die Anwendung der mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung inkompatiblen Bestimmungen im klassischen islamischen Ehe- und Familienrecht sowie der sogenannten „Hadd“-Strafen (z.B. das Auspeitschen von Straftätern). In der Literatur der TJ* ist eine ausgeprägte Verherrlichung des kämpferischen Jihads feststellbar. Es wird zwar nicht ausdrücklich zum kämpferischen Jihad aufgerufen. Dennoch wird der Jihad als herausragende Glaubenspflicht eines jeden Muslims bezeichnet. Auch das von der TJ* vertretene Frauenbild ist mit unserer Verfassungsordnung nicht in Einklang zu bringen. Es werden die Unterordnung der Frau unter den Mann, die Gehorsamspflicht der Frau gegenüber dem Mann und die eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Frau ebenso postuliert wie ihre sexuelle Verfügbarkeit.

Situation in Deutschland

In letzter Zeit wurde verstärkt beobachtet, dass die TJ* – abweichend von ihrer Hauptzielsetzung der „Reislamisierung“ von Muslimen – in Deutschland ein großes Interesse an Islam-Konvertiten entwickelt hat. Die Missionierungsbemühungen sind in diesem Bereich derzeit besonders intensiv. Auch die weitere Förderung der Konvertiten durch Teilnahme an Missionsreisen in eines der Gründerzentren in Pakistan, Indien oder Bangladesch unterstützt die TJ* aktiv.

6.5.2 Muslimbruderschaft (MB)

Mitglieder	Bund	NRW
2010	1300	320
2009	1300	320

Hintergrund

Die 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründete 'Muslimbruderschaft' (MB) ist die einflussreichste und älteste islamistische Bewegung des modernen politischen Islam. Als pan-islamisch ausgerichtete Organisation ist sie nicht nur in allen arabischen Staaten, sondern nach eigenen Angaben in 70 Ländern weltweit vertreten. Teile der in der ausgehenden Kolonialzeit entstandenen 'Muslimbruderschaft' sowie von ihr ideologisch beeinflusste Gruppierungen im Nahen Osten wendeten oder wenden auch heute noch Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele an. Die in Europa und in Deutschland ihr zugerechneten Organisationen haben dagegen nie Gewalt als strategisches Mittel eingesetzt, sondern versuchen auf legalen Wegen ihren Einfluss und ihre ideologischen Vorstellungen in der Gesellschaft zu etablieren.

Ideologie

Nach Auffassung der 'Muslimbruderschaft' sind die meisten Regime in der muslimischen Welt „unislamisch“, weil sie die islamische Rechts- und Lebensordnung, die Scharia, nicht umfassend genug als Staats- und Gesellschaftsordnung implementieren, oder mit den als feindlich angesehenen westlichen Staaten und Israel koexistieren oder gar kooperieren. Ziel der MB ist zunächst die „Islamisierung“ von Gesellschaft und Staat von „unten her“ im Sinne einer strikten, an einer traditionellen Scharia-Auslegung orientierten politischen Ordnung. Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stehen deshalb soziale und karitative Tätigkeiten und die Bildung zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse. Von dieser Basis aus soll dann die politische Umgestaltung der Staaten erfolgen.

Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland

Die bedeutendste, der 'Muslimbruderschaft' zuzurechnende Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, ist die 'Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.' (IGD), die aus der 1960 in München von dem ägyptischen Muslimbruder Dr. Said Ramadan gegründeten 'Moscheebau-Kommission e.V.' hervorgegangen ist. Das ursprüngliche Vereinsziel, die Einrichtung einer Moschee wurde mit dem Bau des 'Islamischen Zentrum München' (IZM) 1973 realisiert. Die IGD gehört zu den Gründungsmitgliedern der 'Föderation islamischer Organisationen in Europa' (FIOE), die als Sammelbecken für Organisationen der Muslimbruderschaft in Europa gilt.

In Nordrhein-Westfalen sind neben der vorgenannten IGD in verschiedenen Städten Vereine mit angeschlossenen Moscheen ansässig, deren Basis die Ideologie der Muslimbruderschaft ist. Die Einrichtungen finanzieren sich aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen sowie dem Verkauf von Publikationen. Die Spendenbereitschaft der Anhänger ist nach wie vor eher gering, so dass anlässlich von Veranstaltungen

gen ständig zu höherer Spendenbereitschaft aufgerufen wird. Öffentliche Aktivitäten dieser Einrichtungen sind allerdings nur gelegentlich bei größeren Veranstaltungen feststellbar. Dort sind die Verlautbarungen gemäßigt, Vertreter der Organisationen weisen immer wieder darauf hin, dass hier lebende Muslime sich vom islamistischen Terrorismus zu distanzieren und die Gesetze des Gastlandes zu beachten haben.

Aktuelle Entwicklung

Nachdem die IGD in der ersten Jahreshälfte einen neuen Vorstand gewählt hat, hat sie zum Ende des Jahres ihren Sitz von München nach Köln verlegt. Es bleibt abzuwarten, ob und gegebenenfalls welchen Einfluss die Organisation auf muslimische Einrichtungen und Muslime in Nordrhein-Westfalen zukünftig haben wird.

6.5.3 Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG)

Sitz	Kerpen	
Generalvorsitzender	Yavuz Çelik Karahan (Osman Döring)	
Mitglieder	Bund	NRW
2010	30.000	7.200
2009	29.000	7.200
Publikationen	'IGMG Perspektif', ehemals „IGMG Perspektive“ (IGMG), 'Milli Gazete' (Deutschlandausgabe IGMG-nah); Fernsehsender 'TV 5' ('Saadet Partisi'-nahestehend)	

Hintergrund

Mit bundesweit schätzungsweise 30.000 aktiven Mitgliedern ist die 'Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.' (IGMG) die bei weitem größte der als islamistisch eingestuft Organisationen in Deutschland. Sie ging aus der von dem türkischen Politiker Necmettin Erbakan gegründeten islamistischen 'Millî Görüş'-Bewegung hervor, zu der auch heute noch personelle Verbindungen bestehen. Von Teilen der IGMG-Mitglieder wird die Verbundenheit mit Necmettin Erbakan und seiner Ideologie auch weiterhin zum Ausdruck gebracht. Andere Teile der IGMG zeigen eine solche Verbundenheit nicht eindeutig, sondern wenden sich der deutschen Gesellschaft zu. In der Gesamtschau ist die IGMG jedoch als Teil der 'Millî Görüş'-Bewegung zu bewerten.

Entwicklung 'Millî Görüş'-Bewegung in der Türkei

Von 1970 an war Erbakan Führer einer islamistischen politischen Partei in der Türkei, die sich nach Parteiverboten immer wieder unter neuen Namen konstituierte. Neben der Partei wurden im Laufe der Zeit weitere Einrichtungen, wie eine parteinahe Zeitung, eine Jugendorganisation, ein Fernsehsender, ein Institut und sonstige Hilfsorganisationen geschaffen, die der Ideologie und den politischen Zielen Necmettin Erbakans verpflichtet sind. Sie alle zusammen bilden die 'Millî Görüş'-Bewegung, die als unumstrittenen Führer Necmettin Erbakan verehrt. Außerhalb der Türkei gilt die IGMG als Unterstützerin und Anlaufstelle für die Bewegung.

In den frühen 1990er Jahren auf kommunaler Ebene, dann bei den Parlamentswahlen 1995, erzielte die von Erbakan geführte 'Refah Partei' ('Wohlfahrtspartei' – RP) erhebliche Erfolge. 1995 wurde sie – damals von der 'Millî Görüş' in Deutschland massiv unterstützt – stärkste Partei und Erbakan von 1996 bis Mitte 1997 Ministerpräsident in einer Koalitionsregierung. Der zunehmende Druck des türkischen Militärs zwang ihn zum Rücktritt. 1998 wurde die RP verboten; 2000 richtete sich ein Verbot gegen ihre Nachfolgepartei, die 'Fazilet Partisi' ('Tugendpartei' – FP). Danach kam es zu einer Spal-

tung der 'Millî Görüş'-Bewegung. Die Erbakan und seiner Ideologie treu gebliebenen Anhänger fanden sich in der neu gegründeten 'Saadet Partisi' ('Glückseligkeitspartei' – SP) zusammen. Die SP ist mit Stimmenanteilen von rund zwei bis fünf Prozent in der türkischen Politik nahezu bedeutungslos geworden. Ihr bisheriger Vorsitzender, Numan Kurtulmuş, hat 2010 nach einer Auseinandersetzung mit Erbakan die SP verlassen und eine eigene Partei, Halkın Sesi Partisi (Partei der Stimme des Volkes – HSP) gegründet. Necmettin Erbakan, dessen Verbot zur politischen Betätigung bereits im April 2009 erloschen war, wurde daraufhin im Oktober 2010 zum Vorsitzenden der SP gewählt.

Bereits im August 2001 gründete der „'Millî Görüş'-Dissident" Tayyip Erdoğan die 'Adalet ve Kalkınma Partisi' ('Gerechtigkeits- und Aufschwung-Partei' – AKP), die im November 2002 wie auch am 22. Juli 2007 die Parlamentswahlen gewann und allein die Regierung stellen konnte.

Diese Abspaltungen von der Millî Görüş in der Türkei blieben nicht ohne Wirkung auf die Anhängerschaft der IGMG in Europa. Es gab und gibt innerhalb der IGMG durchaus Sympathien für die genannten Dissidenten. Zu einer Spaltung der europäischen bzw. deutschen IGMG haben die Entwicklungen in der Türkei jedoch nicht geführt.

Ideologie und Ziele von 'Millî Görüş'

Erbakan beschrieb in einem 1990/91 unter dem Titel „Adil Düzen“ („Gerechte Ordnung“) veröffentlichten Buch die grundlegenden Ziele der 'Millî Görüş'-Bewegung.

Zentrales Element ist die These Erbakans, dass sich in der Menschheitsgeschichte immer wieder von Menschen geschaffene Ordnungen einerseits und göttlich offenbarte Ordnungen andererseits gegenüber gestanden hätten. Menschliche Gesellschaftsmodelle, die er als „nichtige Ordnung“ („Batıl Düzen“) bezeichnet, sieht Erbakan durch Unrecht und Ausbeutung gekennzeichnet. In Gott gegebenen Ordnungen herrsche dagegen die Wahrheit und das sich daraus ergebende Recht (Hak). Auf diese Weise überführt er das aus dem Koran entlehnte Gegensatzpaar „Hak“ (für Gott/Wahrheit/Recht) und „Batıl“ (für Aberglaube/nichtig) auf die politische Ebene und deutet religiöse Begriffe in politische um. Dieser Gegensatz – die gute göttliche Ordnung gegen die schlechte, fehlerbehaftete menschliche Ordnung – durchzieht die Argumentation von 'Millî Görüş' bis heute. Ziel der Bewegung ist es, das demokratische System, das als „westliche bzw. bürokratische Ordnung“ bezeichnet wird, zu überwinden und durch die „gerechte Ordnung des Friedens und der Verständigung“ zu ersetzen, die auf dem Islam basieren soll. Dieses Ziel wird in Etappen angestrebt: Schaffung einer lebenswerten Türkei durch Einführung der gerechten, also islamischen Ordnung, dann die Errichtung einer Groß-Türkei, und schließlich die Etablierung der gerechten Ordnung für die ganze Welt bzw. die gesamte Menschheit.

Zur Ideologie gehört auch ein Feindbild, das zunächst durch den Begriff „Batıl“ beschreiben wird. „Batıl“, der Aberglaube bzw. „nichtige Ordnung“, wird gleichgesetzt mit Imperialismus, der von den westlichen Staaten ausgehe, allen voran den USA. Letztendlich werde dieser aber vom Zionismus gesteuert. Ein Kolumnist der „Millî Gazete“ erklärte beispielsweise die kommenden Parlamentswahlen in der Türkei 2011 für eine Wahl zwischen Hak und Batıl. Die 'Millî Görüş'-Bewegung stehe für das Wahre. Der Imperialismus und der Zionismus verträten das Nichtige. Dieses Feindbild mündet in antisemitische Verschwörungstheorien und Haltungen, die bei Erbakan stets sehr deutlich hervortraten und von vielen seiner Anhänger anscheinend geteilt werden.

'Millî Görüş' in Deutschland

Die Ablehnung der „westlichen Demokratie“ und damit auch der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch die 'Millî Görüş'-Ideologie wie auch eine antisemitische Grundeinstellung ist durch Aussagen des Führers der 'Millî Görüş' und seine programmatischen Schriften klar belegt. Die IGMG bietet hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte, Necmettin Erbakan und der 'Millî Görüş' anzuhängen und

damit auch dessen Ideologie und antisemitischen Einstellungen. Dies begründet die Beobachtung der IGMG durch den Verfassungsschutz gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 1 und 4 VSG NRW.

Die organisatorischen Wurzeln der 'Millî Görüş' in Deutschland reichen bis in die Mitte der 1970er Jahre zurück. Anfang der 1980er kam es zu einer Krise, als ein erheblicher Teil der damaligen 'Millî Görüş'-Anhänger sich Cemaleddin Kaplan, dem späteren „Kalifen von Köln“ und Gründer des 'Kalifatsstaats' zuwandte. Der Streit zwischen Erbakan und Kaplan entzündete sich an der Frage, ob man auf politische Beteiligung innerhalb der herrschenden Ordnung setzen sollte, so Erbakans Strategie, oder auf eine revolutionäre Umgestaltung der Türkei hinwirken sollte, wie Kaplan es nach dem Vorbild der iranischen Revolution vorschwebte.

Danach begann eine Neustrukturierung der 'Millî Görüş' in Deutschland durch Angehörige der 1983 in der Türkei gegründeten 'Refah Partisi', die hierfür von Necmettin Erbakans nach Deutschland entsandt worden waren. Die Verbindung zwischen der Bewegung in der Türkei und der 1985 gegründeten 'Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.' ('Avrupa Millî Görüş Teşkilatları' – AMGT) war dementsprechend eng.

Im Zuge einer organisatorischen Neuordnung 1995/96 entstand aus der AMGT die heute bekannte Struktur der 'Millî Görüş' in Europa mit der 'Europäischen Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft' (EMUG) und der 'Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş' (IGMG). Diese Neuorganisation spiegelt vor allem eine Aufgabentrennung wider: die EMUG verwaltet die Immobilien, die IGMG übernimmt Aufgaben im religiösen, kulturellen und sozialen Bereich.

Die IGMG selbst stellt die Neuorganisation als entscheidenden Einschnitt dar. Eine neue Generation von Führungskräften sei aufgerückt, und 'Millî Görüş' in Deutschland deshalb nicht mehr islamistisch. Richtig daran ist, dass nach 1995 teilweise ein Generationswechsel auch auf der Führungsebene stattgefunden hat. Dennoch waren in den Vorständen von EMUG und IGMG dieselben Personen vertreten, die zuvor den Vorstand der AMGT gebildet hatten. Mittlerweile – so kann man mit guten Gründen annehmen – sind sowohl in den Vorständen wie auch unter den übrigen Mitgliedern der IGMG etliche, die die ideologischen Vorgaben von Necmettin Erbakan – zumindest nicht mehr in Gänze – teilen. Doch auch die islamistisch ausgerichteten Erbakan-Anhänger sind nach wie vor auf allen Ebenen zahlreich in der Organisation vertreten und bemühen sich, ihre ideologischen Ziele in und mit Hilfe der Organisation zu verwirklichen.

Struktur

In Deutschland ist die IGMG organisatorisch in 15 Regionalverbände untergliedert. Die Regionalverbände sind Zusammenschlüsse der Ortsvereine. In Nordrhein-Westfalen gibt es mit Nord-Ruhr, Ruhr A, Düsseldorf und Köln vier Regionalverbände. Weitere 15 Regionalverbände bestehen in zehn anderen westeuropäischen Staaten, außerdem gibt es Zweigstellen in Australien und Kanada. Die Zentrale der IGMG befindet sich in Kerpen. Neben dem Generalsekretariat sind die Tätigkeitsbereiche Organisation, Jugend, Frauen, Bildung, Darstellung und religiöse Weisung eigene Abteilungen.

Insgesamt gehören der IGMG nach eigenen Angaben 514 Gemeinden in Europa an, davon 323 in Deutschland. In Nordrhein-Westfalen gibt es rund 100 Ortsvereine der IGMG. Die Angaben der IGMG zur Zahl ihrer Mitglieder (87.000) und „Freitagsgemeinde“ (300.000) sind nicht belegt und erscheinen übertrieben.

Aktivitäten

Abgesehen von der religiösen Betreuung in den Moscheen, zu den islamischen Festen und Feiern, der Pilgerfahrt oder der Bestattung, bietet die IGMG auch ein breitgefächertes Angebot auf kulturellem, sozialem und pädagogischem Gebiet an. So werden Vortragsveranstaltungen, Gesprächskreise, Kurse für Frauen, Koranlesewettbewerbe und geschlechtergetrennte Ferienlager für Kinder oder

Computerkurse angeboten. Auch Sportvereine und Studentenvereinigungen gehören zur IGMG. Sie unterhält darüber hinaus eine Rechtsabteilung, die die Mitglieder in juristischen Fragen, wie der Abmeldung von Mädchen vom Schwimmunterricht in der Schule oder in Einbürgerungsverfahren unterstützt.

Publikationen und Medien

Die IGMG gibt eine eigene Monatszeitschrift heraus, die 'IGMG Perspektif', die in türkischer Sprache erscheint. Einige Artikel werden aber immer auch in deutscher Übersetzung abgedruckt. Darüber hinaus werden weitere regionale oder für bestimmte Zielgruppen, etwa Kinder, gedachte Publikationen herausgegeben. Auch Materialien und Bücher für einen islamischen Religionsunterricht oder allgemein zum Islam gibt es von der IGMG.

Der Internetauftritt der IGMG auf ihrer Homepage ist vielseitig und anspruchsvoll. Hier wird über Aktivitäten des Vereins bis hin zur Ortsvereinsebene berichtet. Sie bietet Presseerklärungen der Organisation und die Möglichkeit, Publikationen der IGMG herunter zu laden. Ferner kann hier das Internetradio der IGMG empfangen werden.

Aktuelle Entwicklung von IGMG und 'Millî Görüş' in Europa

Die ideologische Propaganda der 'Millî Görüş' in Europa hat sich inzwischen zu einem erheblichen Teil von der IGMG als solcher abgekoppelt. In den 1980er und 90er Jahren machte die IGMG aus der engen Verbundenheit mit dem Führer der 'Millî Görüş', Necmettin Erbakan, keinen Hehl und unterstützte seine Partei und die Bewegung in der Türkei ideell und finanziell recht offen. Dementsprechend wurde auch Erbakans ideologische Weltsicht klar erkennbar vertreten. Heute wird diese Ideologie nicht mehr offen in den Publikationen, Predigten oder auf den Veranstaltungen der IGMG verbreitet.

Es gibt jedoch Anhaltspunkte dafür, dass die Verbreitung der 'Millî Görüş'-Ideologie – insbesondere unter der Jugend – über 'Millî Görüş'-Internetforen statt findet. Diese sind rechtlich kein Teil der IGMG, dennoch lassen sie eine große Nähe zur Organisation erkennen. Die enthaltenen extremistischen Inhalte sind auf der offiziellen Homepage der IGMG dagegen nicht zu finden. Dies lässt vermuten, dass die IGMG-Zentrale bemüht ist, Erbakans islamistische Ideologie nicht erkennbar zu verbreiten, sich aber Teile der Anhängerschaft andere Wege suchen, um ihre Sichtweise zu propagieren.

Nach Innen ist die IGMG durch einen seit längerer Zeit bestehenden Richtungsstreit zwischen treuen Anhängern Erbakans und dessen Ideologie auf der einen sowie vielleicht als „Modernisierer“ zu bezeichnenden Kreisen auf der anderen Seite gekennzeichnet. Dabei hatten sich vor einigen Jahren die Modernisierer vor allem in der Zentrale der IGMG in Kerpen gegen Interessen Erbakans und seiner treuen Anhänger durchsetzen können. Sichtbarer Ausdruck dieser Entwicklung war vor allem ein Symposium im Jahre 2007, das ohne Beteiligung von Necmettin Erbakan oder Millî-Görüş-Größen aus seinem Umfeld stattfand und auf dem Auffassungen geäußert wurden, die der Ideologie widersprachen. Der Widerstand und der Einfluss von Erbakans Getreuen in der Organisation konnte indes auch danach nicht beendet werden.

Nun schlägt das Pendel anscheinend wieder in die andere Richtung aus. Die Kritiker der Modernisierer haben mit dem Besuch des Gründers der 'Millî Görüş'-Bewegung, Prof. Dr. Necmettin Erbakan, der offiziell aus Anlass des 40-jährigen Bestehens der 'Millî Görüş' in Europa vom 15. April bis 19. April 2010 in Deutschland stattfand, Auftrieb erhalten. Es ist davon auszugehen, dass dabei die IGMG wieder enger an die Bewegung in der Türkei angebunden wurde, und die Weichen für eine Unterstützung der 'Saadet Partisi' bei den Parlamentswahlen in der Türkei 2011 gestellt worden sind. Bei seinem Besuch wurde Necmettin Erbakan unter anderem vom ehemaligen türkischen Innenminister und heutigen Vorstandsmitglied der 'Saadet Partisi' (SP) Oğuzhan Asiltürk, dem ehemaligen türkischen Justizminister und heutigen stellvertretenden Vorsitzenden der SP Şevket Kazan, und von Yakup Budak,

dem Direktor des Fernsehsenders TV 5 und Vorstandsmitglied der SP sowie von Funktionären der IGMG-Generalzentrale begleitet.

Stationen seines Deutschlandbesuchs waren Berlin und Duisburg. In Berlin wurde Erbakan durch den Generalvorsitzenden der IGMG Yavuz Çelik Karahan und den Vorsitzenden des IGMG-Regionalverbands Berlin empfangen. Anlässlich seines Auftritts im „Gloria Event Salonu“ in Berlin, wurde Erbakan mit dem Zuruf „Mücahit Erbakan“ (Glaubenskämpfer Erbakan) gefeiert. In einer Rede bezeichnete er die 'Millî Görüş'-Bewegung als den „Beginn der Gründung einer neuen, gerechten Welt“, im Weiteren bezeichnete er den Kapitalismus und den Kommunismus als Zwillingsschwestern und Systeme der Unterdrückung. Er bekräftigte seine Ansicht, nach 1990 hätten sich die Menschen in zwei Lager gespalten, wobei das eine Lager die Anhänger der 'Millî Görüş', das andere die „Kollaborateure des Imperialismus“ repräsentiere.

In Duisburg fand am 18. April 2010 in der Mercatorhalle die Großveranstaltung „40 Jahre Millî Görüş“ statt, bei der die IGMG-Führungsspitze sowie Funktionäre der 'Saadet Partisi' (SP) vertreten waren. Während der Veranstaltung vor mehr als 2.500 Anhängern, erinnerte er daran, dass die Millî Görüş-Bewegung „ein historisches Ereignis“ sei: *„Diese Bewegung ist nicht irgendeine Bewegung. Sie ist eine Bewegung zur Rettung der Menschen aus dieser erstickenden Welt, in der sie unter enorm belastenden Grausamkeiten leiden. Sie ist die Bewegung zur Gründung einer gerechten Welt“*. (Millî Gazete vom 19. April 2010)

Eine eindeutige Abkehr von Erbakan und seiner Ideologie ist bisher von der IGMG-Führung nicht erklärt worden. Stattdessen versuchte man anscheinend, die Erbakan-treuen Anhänger einzubinden, um sie nicht zu verlieren, und sich andererseits der deutschen Gesellschaft und den Behörden als nicht-extremistischer Gesprächspartner und Religionsgemeinschaft zu präsentieren. Nach einer Zeit der behutsamen Lösung einiger IGMG-Funktionäre von Erbakan und seiner Ideologie wird nun mit dessen Besuch anscheinend wieder eine erneute engere Anbindung der IGMG an die Ideologie und die Ziele der Bewegung eingeleitet.

Am 12. Juli 2010 wurde mit Verfügung des Bundesministers des Innern der in Frankfurt/Main ansässige Verein 'Internationale Humanitäre Hilfsorganisation e.V.' (IHH) wegen Verstoßes gegen den Gedanken der Völkerverständigung im Sinne des Art. 9 Abs. 2 GG verboten. Die IHH soll Spendengelder für die Finanzierung von sogenannten Sozialvereinen, die der HAMAS nahe stehen, missbräuchlich verwendet haben. Im Rahmen des Verbotsvollzugs wurden auch mehrere Räumlichkeiten in Nordrhein-Westfalen, darunter in der IGMG-Generalzentrale in Kerpen, durchsucht. Sowohl Kuratorium als auch Vorstand der IHH haben sich bis zu seinem Verbot aus einzelnen Funktionären der IGMG zusammengesetzt. IHH-Werbematerial lag regelmäßig in Moscheevereinen der IGMG aus. Beides deutet auf eine enge Beziehung zwischen der IGMG und der jetzt verbotenen IHH hin.

Die Nähe der IGMG zur politischen Bewegung 'Millî Görüş' drückt sich auch in ihren Anzeigen in der 'Millî Gazete' aus. Dort sind regelmäßig Kondolenzanzeigen, Genesungs- oder Glückwünsche und ähnliche Annoncen sowie Ankündigungen und Verlaufsberichte von regionalen und überregionalen Veranstaltungen der IGMG zu lesen. Auch trat im Jahr 2010 die 'Millî Gazete' als Sponsor verschiedener Veranstaltungen der IGMG auf. Dies deutet darauf hin, dass es sich hierbei um das Publikationsorgan handelt, mit dessen Hilfe die IGMG ihre Anhänger am besten zu erreichen glaubt. Daraus wiederum kann geschlossen werden, dass die Leserschaft der 'Millî Gazete' mit der Anhängerschaft der IGMG zumindest in weiten Teilen deckungsgleich ist. Da die 'Millî Gazete' aber entschieden für politische Inhalte auf der ideologischen Linie von Necmettin Erbakan und der 'Saadet Partisi' eintritt, muss man davon ausgehen, dass diese Inhalte von wesentlichen Teilen der IGMG mitgetragen werden.

IGMG-Funktionäre und -Anhänger bereisen immer wieder in der Türkei jene Stationen, die zum Netzwerk von „Millî Görüş“ gehören. In der „Millî Gazete“ wurde unter anderem darüber berichtet, dass im April und Mai 2010 Jugendorganisationen der IGMG den „Millî Görüş“-Führer Necmettin Erbakan besuchten. Zuvor hatten sie unter anderem der Zentrale des „Anatolischen Jugendvereins“ (AGD) einen Besuch abgestattet.

Ausblick

Die IGMG blieb trotz erkennbarer Tendenzen zur Loslösung von Erbakan und seiner islamistischen Ideologie immer noch eine Plattform, über die eben diese Ideologie verbreitet und ihre Umsetzung angestrebt werden konnte. Der Besuch des Führers der 'Millî Görüş' bei der IGMG 2010 hat allem Anschein nach die IGMG wieder näher an seine Person und seine Ziele herangerückt. Die weitere Entwicklung wird zeigen, ob die IGMG diese Nähe zu 'Millî Görüş' in der Türkei gerade angesichts der Parlamentswahlen 2011 beibehalten und Erbakans Partei unterstützen wird, oder ob wieder andere Tendenzen stärker hervortreten werden.

7 Extremismus in Zahlen

7.1 Bericht des Landeskriminalamtes

7.1.1 Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität

Die Fallzahlen der „Politisch motivierten Kriminalität“ (PMK) in Nordrhein-Westfalen sind zurückgegangen. Auch die Zahl der Gewaltdelikte nahm gegenüber dem Vorjahr ab.

Am 1. Mai 2010 fand in Berlin eine Demonstration der NPD statt. An dem Aufzug nahmen rund 600 Personen teil. Rund 10.000 Menschen beteiligten sich an den Gegendemonstrationen. Vor dem Beginn des NPD-Aufzuges entdeckten Polizeibeamte nahe einer Kontrollstelle am Sammlungsort der „Rechten“ selbst gebastelte Sprengkörper. Die kriminaltechnische Untersuchung ergab, dass sie erhebliche Verletzungen hätten verursachen können, wenn sie auf die eingesetzten Polizeibeamten oder Gegendemonstranten geworfen worden wären. Das Landeskriminalamt Berlin leitete ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Explosions- oder Strahlungsverbrechens ein. Die Auswertung von DNA-Spuren an den Gegenständen führte zur Ermittlung von zwei Tatverdächtigen aus Aachen. Die 20- und 25-Jährigen sind dem Umfeld der 'Kameradschaft Aachener Land' zuzurechnen. Das Landgericht Aachen verurteilte die beiden am 21. Februar 2011 zu Haftstrafen auf Bewährung.

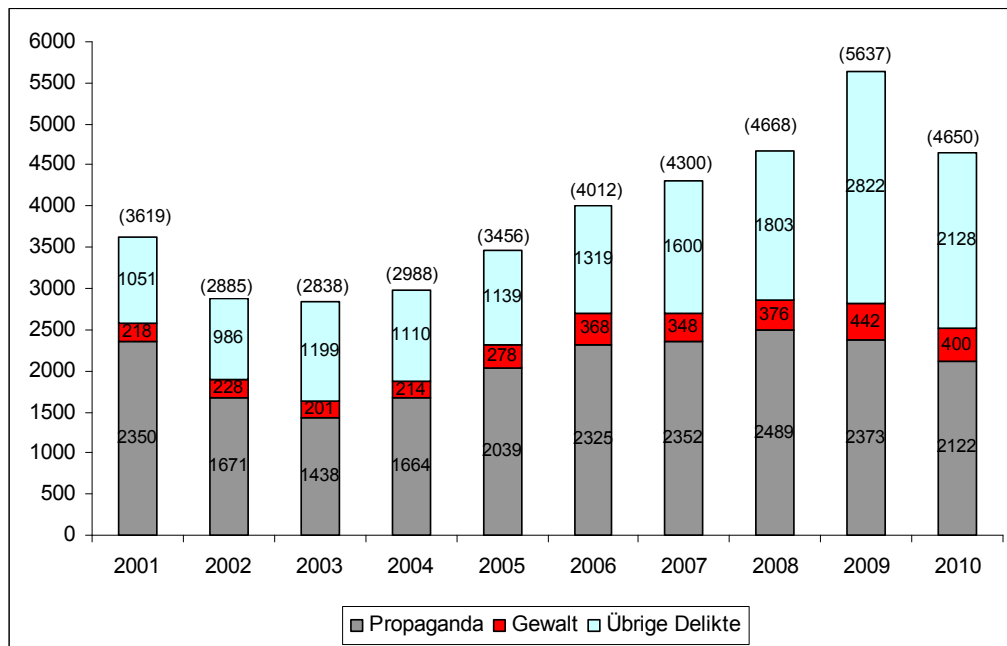
Am 4. September 2010 fand in Dortmund anlässlich des Antikriegstages eine Großkundgebung der „Rechten“ zum Thema „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege – für freie Völker in einer freien Welt“ statt. An der Kundgebung nahmen rund 500 Personen teil. An zahlreichen Gegenversammlungen verschiedener Organisationen beteiligten sich etwa 2.600 Demonstranten. Bei einer spontanen Versammlung blockierten bis zu 800 Personen eine Kreuzung. Teilnehmer der Blockade griffen Polizeibeamte an. In der Innenstadt bewarfen mehrere Personen einen mit fünf „Rechten“ besetzten PKW mit Steinen. Im Rahmen der anschließenden medizinischen Erstversorgung kam es zu gezielten Steinwürfen gegen die Besatzung eines Rettungswagens. Insgesamt wurden im Zusammenhang mit diesen Veranstaltungen 219 Straftaten verübt, darunter 17 Gewaltdelikte.

Weniger Straftaten als 2009: Rückgang der Fallzahlen PMK um 17,5 Prozent

In Nordrhein-Westfalen wurden für das Jahr 2010 insgesamt 4.650 (2009: 5.637) politisch motivierte Straftaten bekannt. Der Rückgang der Fallzahlen um 17,5 % bedeutet, dass erstmals seit dem Jahr 2003 wieder rückläufige Fallzahlen zu verzeichnen sind. Die Anzahl der Straftaten liegt damit wieder auf dem Niveau des Jahres 2008 (vgl. Grafik 1).

Ursächlich für den Rückgang der Fallzahlen ist insbesondere die Entwicklung von Straftaten im Begründungszusammenhang mit Wahlen (Rückgang von 740 auf 395 Straftaten). Anlässlich der Landtagswahl 2010 wurden, wie bereits im Vorjahr anlässlich der Europa-, Kommunal- und Bundestagswahl, überwiegend Sachbeschädigungen an Wahlplakaten verübt (228 von 395 Straftaten).

Propagandadelikte machten mit 2.122 (2009: 2.373) Fällen 45,6 % der PMK aus. Der Rückgang der übrigen Delikte (ohne Gewaltdelikte) um 24,6 % (Rückgang von 2.822 auf 2.128 Straftaten) ist im Wesentlichen auf die Abnahme von Verstößen gegen das Versammlungsgesetz (Rückgang von 704 auf 362 Straftaten) und Sachbeschädigungen (Rückgang von 1.135 auf 829 Straftaten) zurückzuführen.

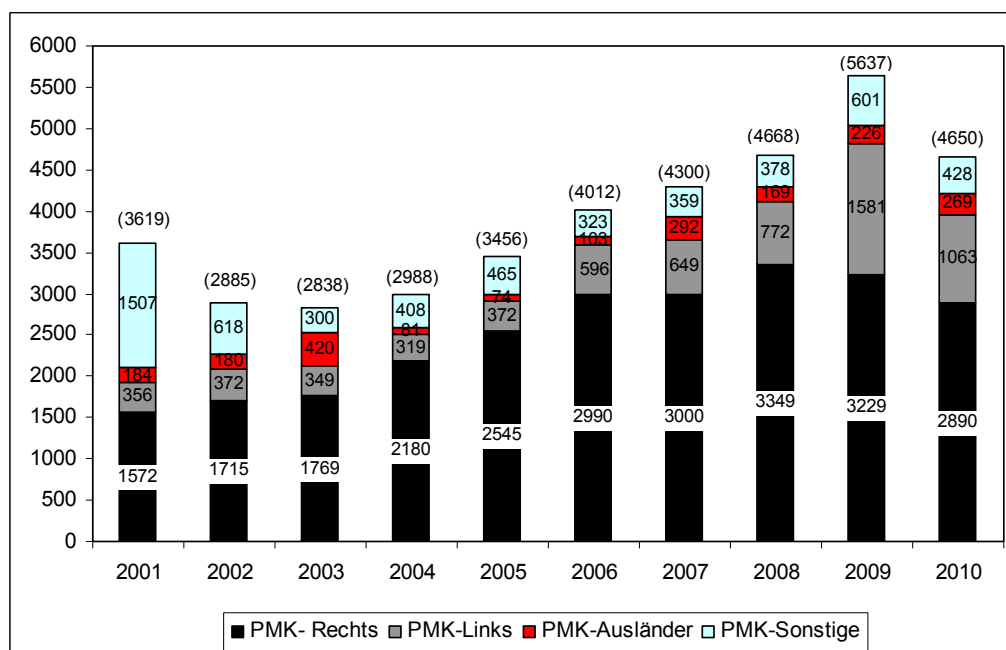


Grafik 1: PMK nach Deliktgruppen im Jahresvergleich von 2001 bis 2010

Nach Phänomenbereichen unterschieden sind

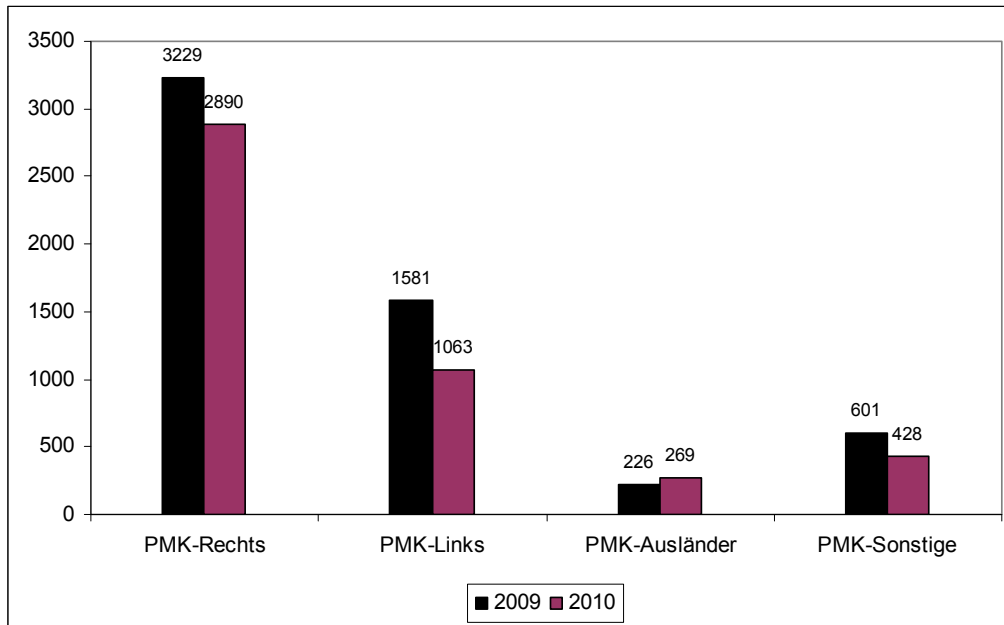
- : 2.890 (2009: 3.229) Straftaten der „Politisch motivierten Kriminalität-Rechts“ (PMK-Rechts),
- : 1.063 (2009: 1.581) Straftaten der „Politisch motivierten Kriminalität-Links“ (PMK-Links) und
- : 269 (2009: 226) Straftaten der „Politisch motivierten Ausländerkriminalität“ (PMK-Ausländer)

zuzurechnen. 428 (2009: 601) Straftaten konnten keinem Phänomenbereich eindeutig zugeordnet werden und wurden daher als „Politisch motivierte Kriminalität-Sonstige/Nicht zuzuordnen“ (PMK-Sonstige) erfasst (vgl. Grafik 2).



Grafik 2: PMK nach Phänomenbereichen im Jahresvergleich von 2001 bis 2010

Die Betrachtung der PMK nach Phänomenbereichen (vgl. Grafik 3) zeigt einerseits Rückgänge der PMK-Links um 518 Straftaten (- 32,8 %), der PMK-Rechts um 339 Straftaten (- 10,5 %) und der PMK-Sonstige um 173 Straftaten (- 28,8 %); andererseits einen Anstieg der PMK-Ausländer um 43 Straftaten (+ 19,0 %).



Grafik 3: PMK nach Phänomenbereichen im Jahresvergleich 2009 und 2010

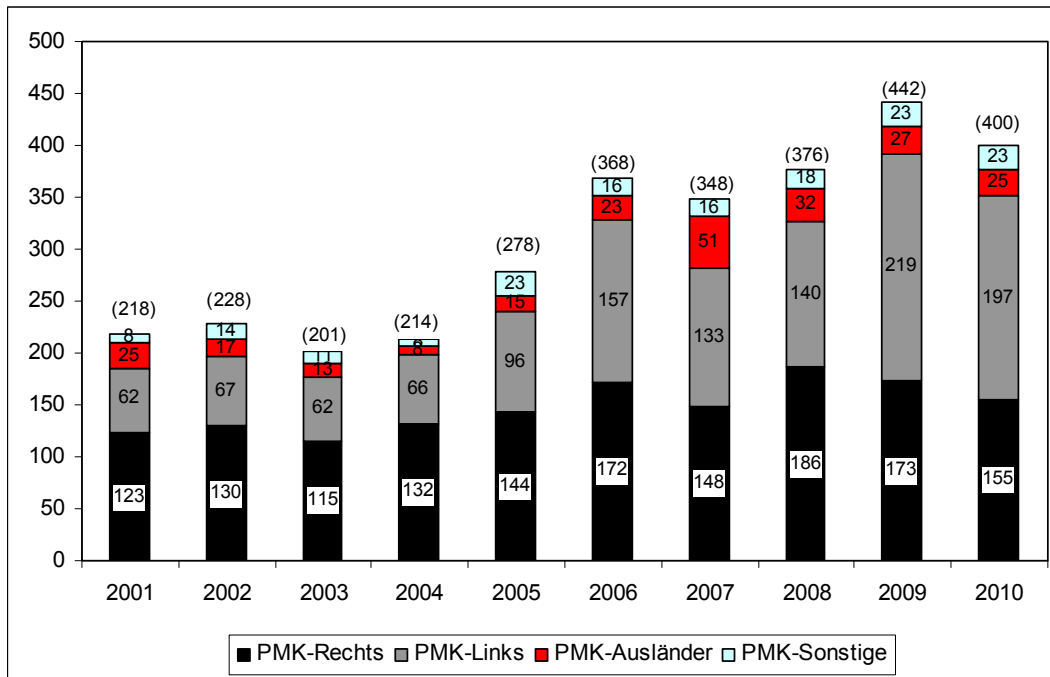
Von den 4.650 Delikten sind 4.115 (2009: 4.895) als extremistische Straftaten im Sinne des § 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen einzustufen, weil sie sich z. B. gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richteten. Von den 4.115 extremistischen Straftaten entfallen

- : 2.836 (2009: 3.153) auf die PMK-Rechts
- : 792 (2009: 1.227) auf die PMK-Links
- : 261 (2009: 186) auf die PMK-Ausländer und
- : 226 (2009: 329) auf die PMK-Sonstige.

Insgesamt ist die Anzahl der als extremistisch einzustufenden Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 15,9 % (780 Delikte) zurückgegangen.

Rückgang der Fallzahlen „Politisch motivierte Gewaltkriminalität“

In Nordrhein-Westfalen wurden insgesamt 400 (2009: 442) „Politisch motivierte Gewaltdelikte“ (PMK-Gewalt) bekannt. Dies bedeutet einen Rückgang von 9,5 % (42 Delikte), der sich insbesondere durch Verringerungen bei den Landfriedensbruchdelikten (Rückgang von 69 auf 22 Straftaten) und bei den Widerstandshandlungen (Rückgang von 61 auf 38 Straftaten) begründet.



Grafik 4: PMK-Gewalt nach Phänomenbereichen im Jahresvergleich von 2001 bis 2010

Die Betrachtung nach Phänomenbereichen (vgl. Tabelle) zeigt mit Ausnahme der PMK-Sonstige überall eine rückläufige Entwicklung:

- : Rückgang der PMK-Links um 10,0 % auf 197 Straftaten (2009: 219),
- : Rückgang der PMK-Rechts um 10,4 % auf 155 Straftaten (2009: 173) und
- : Rückgang der PMK-Ausländer um 7,4 % auf 25 Straftaten (2009: 27) sowie
- : Gleichstand der PMK-Sonstige mit 23 Straftaten (2009: 23).

Deliktgruppen	Links		Rechts		Ausländer		Sonstige	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Tötungsdelikte	0	0	0	0	0	0	0	0
Brand-/Sprengstoffdelikte	8	7	6	2	5	3	4	2
Landfriedensbruchdelikte	17	55	3	10	2	1	0	3
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr	5	1	0	0	1	2	1	1
Körperverletzungsdelikte	137	98	132	143	14	18	17	16
Widerstandshandlungen	27	50	10	11	0	0	1	0
Raub/Erpressung/Freiheitsberaubung	3	8	4	7	3	3	0	1
Sexualdelikte	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme Gewaltdelikte	197	219	155	173	25	27	23	23
Bedrohungen/Nötigungen	16	17	23	14	11	17	8	5
Sachbeschädigungen	389	531	256	346	23	48	161	210
Propagandadelikte	21	34	1.955	2.126	4	7	142	206
Volksverhetzungen	3	3	316	343	14	18	9	12
Störung des öffentlichen Friedens	2	4	5	4	3	6	7	5
Beleidigungen	66	96	99	103	8	4	26	35
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	0	0	1	0	141	53	0	0
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	293	595	45	71	9	24	15	14
sonstige Straftaten	76	82	35	49	31	22	37	91
Summe Gesamt	1063	1581	2890	3229	269	226	428	601

Tabelle: PMK nach Deliktgruppen und Phänomenbereichen im Jahresvergleich

Politisch motivierte Kriminalität-Links

Hauptsächliche Themenfelder¹⁰³ der PMK-Links waren im Jahr 2010 „Antifaschismus“ (Rückgang von 1.034 auf 811 Straftaten), „Innen- und Sicherheitspolitik“ (Rückgang von 875 auf 315 Straftaten) und „Konfrontation mit dem politischen Gegner“ (Anstieg von 569 auf 699 Straftaten). Insgesamt wurden 1.063 Straftaten der PMK-Links erfasst (2009: 1.581).

Bei den Straftaten handelte es sich überwiegend um Sachbeschädigungen (389 Delikte) und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (293 Delikte), die zusammen 64,2 % (682 von 1.063) der Delikte ausmachen.

Die Zahl der Straftaten bei Demonstrationen ist von 855 auf 502 Delikte zurückgegangen. Der Anteil dieser Delikte am Gesamtstrafatenaufkommen der PMK-Links liegt mit 47,2 % unter dem Vorjahresniveau (2009: 54,1 %). Bei den Straftaten handelte sich mehrheitlich um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, deren Anzahl sich gegenüber dem Vorjahr nahezu halbiert hat.

¹⁰³ Die Themenfelder sowie die ihnen zuzuordnenden Ober- und Unterthemen sind bundesweit einheitlich festgelegt. Um eine differenzierte, mehrdimensionale Lagedarstellung zu ermöglichen, sind alle zutreffenden Ober- und Unterthemen anzugeben (Mehrfachnennung), so dass eine Straftat mehreren Ober- und Unterthemen zugeordnet werden kann.

60,0 % aller Verstöße gegen das Versammlungsgesetz der PMK-Links wurden bei einer Gegendemonstration zur Großkundgebung der „Rechten“ anlässlich des Antikriegstages am 4. September 2010 in Dortmund begangen (176 von 293 Straftaten). Hauptsächlich handelte es sich um Verstöße gegen das Vermummungsverbot (§ 27 VersammlG).

Anzahl der Gewaltdelikte durch „Linke“ gesunken

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch „Linke“ hat sich gegenüber 2009 von 219 auf 197 Straftaten reduziert. Dies bedeutet einen Rückgang um 10,0 %, der sich überwiegend durch Verringerungen bei den Landfriedensbruchdelikten (Rückgang von 55 auf 17 Straftaten) und bei den Widerstandshandlungen (Rückgang von 50 auf 27 Straftaten) begründet. Demgegenüber ist bei den Körperverletzungen ein Zuwachs um 39,8 % zu verzeichnen (Anstieg von 98 auf 137 Straftaten). 64,0 % der Gewaltdelikte wurden im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen verübt (2009: 69,4 %). Die Anzahl der Gewaltstraftaten bei Demonstrationen ist gegenüber dem Vorjahr von 152 auf 126 Straftaten gesunken.

Ein hoher Anteil der Gewaltdelikte richtete sich wie in den Vorjahren gegen Polizeibeamte (Rückgang von 109 auf 76 Straftaten). Die Taten erfolgten vorwiegend bei dem Versuch, Polizeiabsperren bei demonstrativen Ereignissen der „Rechten“ mit Gewalt zu überwinden. Der Auftrag der Polizei zum Schutz des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit wird dabei bewusst ideologisch umgedeutet und als Schutz der „Rechten“ interpretiert. Zielgerichtete Angriffe auf Polizisten werden als legitimes Mittel im „Kampf gegen Rechts“ gerechtfertigt. Die Anzahl der Gewaltdelikte bei Auseinandersetzungen mit den „Rechten“ ist hingegen deutlich (von 83 auf 142 Straftaten) angestiegen. Diese Entwicklungen zeigen, dass Gewaltdelikte durch „Linke“ sich zunehmend unmittelbar gegen „Rechte“ richten und vermehrt unabhängig von demonstrativen Ereignissen verübt werden.

Insgesamt wurden 296 Tatverdächtige ermittelt. 230 waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 158 Tatverdächtige waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten.

Politisch motivierte Kriminalität-Rechts

Vorherrschende Themenfelder der PMK-Rechts waren unverändert „Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus“ (Rückgang von 2.517 auf 2.247 Straftaten), „Hasskriminalität“¹⁰⁴ (Rückgang von 775 auf 670 Straftaten) und „Konfrontation mit dem politischen Gegner“ (Rückgang von 376 auf 334 Straftaten). Die Zahl der Straftaten gegen Polizeibeamte ist von 93 auf 84 zurückgegangen. Insgesamt wurden 2.890 Straftaten der PMK-Rechts erfasst (2009: 3.229).

Die Zahl der Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte ist gegenüber dem Vorjahr von 2.469 auf 2.271 zurückgegangen. Mit 78,6 % (2.271 von 2.890 Straftaten) machen diese Delikte jedoch weiterhin den überwiegenden Anteil der Straftaten der PMK-Rechts aus (2009: 76,5 %).

Der Anteil der Sachbeschädigungen am Gesamtstrafatenaufkommen der PMK-Rechts ist mit 8,9 % (256 von 2.890 Delikten) gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen (2009: 10,7 %). Mehr als ein Viertel (26,2 %) der Sachbeschädigungen lassen Bezüge zu „Autonomen Nationalisten“ erkennen.

Dem Unterthema „Autonomer Nationalismus“ (2009: 222) wurden insgesamt 177 Straftaten zugeordnet.

¹⁰⁴ Der Hasskriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen ihrer Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status gerichtet ist.

Erneuter Rückgang der Gewaltdelikte im Phänomenbereich PMK-Rechts

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch „Rechte“ ist gegenüber 2009 um 10,4 % (von 173 auf 155 Straftaten) zurückgegangen. Schwerpunktmäßig handelte es sich um Körperverletzungen (Rückgang von 143 auf 132 Straftaten). Die Gewaltdelikte wurden überwiegend den Themenfeldern „Hasskriminalität“ (Rückgang von 87 auf 63 Straftaten) und „Konfrontation mit dem politischen Gegner“ (Rückgang von 67 auf 66 Straftaten) zugeordnet.

Insgesamt wurden 182 Tatverdächtige ermittelt. 131 waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 144 Tatverdächtige waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten.

Hasskriminalität durch „Rechte“ ist weiter zurückgegangen

Die „Hasskriminalität“ im Phänomenbereich PMK-Rechts ist um 13,5 % (von 775 auf 670 Straftaten) zurückgegangen. Volksverhetzungsdelikte (303), Propagandadelikte (156), Beleidigungen (75) und Sachbeschädigungen (55) sind unverändert die vorherrschenden Delikte (589 von 670) im Themenfeld „Hasskriminalität“. Im Unterthema „Fremdenfeindlichkeit“ sind im Vergleich zum Vorjahr 75 Straftaten weniger zu verzeichnen (Rückgang von 548 auf 473 Delikte). Die Anzahl der Gewaltdelikte im Themenfeld „Hasskriminalität“ ist um 27,6 % gesunken (von 87 auf 63 Straftaten). 57 Gewaltdelikten (2009: 79) lag eine fremdenfeindliche Motivation zu Grunde.

Rückgang der antisemitischen Straftaten

Die Anzahl der antisemitischen Straftaten ist um 17,8 % (von 292 auf 240 Straftaten) zurückgegangen. Wie bereits in den Vorjahren machten die Volksverhetzungsdelikte (Rückgang von 142 auf 134 Straftaten) und Propagandadelikte (Rückgang von 63 auf 60 Straftaten) mit 80,8 % (194 von 240 Straftaten) den überwiegenden Anteil der Straftaten aus. Die Anzahl der antisemitischen Gewaltdelikte ist von 6 auf 4 Straftaten zurückgegangen. Von den 240 antisemitischen Straftaten entfallen

- : 216 Delikte auf die PMK-Rechts (2009: 247)
- : 19 Delikte auf die PMK-Ausländer (2009: 28)
- : 1 Delikt auf die PMK-Links (2009: 2) und
- : 4 Delikte auf die PMK-Sonstige (2009: 15).

Politisch motivierte Ausländerkriminalität

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich PMK-Ausländer ist gegenüber dem Vorjahr von 226 auf 269 Straftaten angestiegen. Hauptsächlichste Themenfelder¹⁰⁵ waren „Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität“ (Anstieg von 121 auf 193 Straftaten) und „Innen- und Sicherheitspolitik“ (Anstieg von 85 auf 190 Straftaten).

Es handelte sich bei den Straftaten der PMK-Ausländer mehrheitlich um Verstöße gegen das Vereinsgesetz (Anstieg von 53 auf 141 Straftaten) und Sachbeschädigungen (Rückgang von 48 auf 23 Straftaten).

Der Anstieg der Fallzahlen ist überwiegend auf vermehrte Straftaten im Begründungszusammenhang mit der in Deutschland verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK, jetzt KONGRA-GEL) zurückzu-

¹⁰⁵ Die Themenfelder sowie die ihnen zuzuordnenden Ober- und Unterthemen sind bundesweit einheitlich festgelegt. Um eine differenzierte, mehrdimensionale Lagedarstellung zu ermöglichen, sind alle zutreffenden Ober- und Unterthemen anzugeben (Mehrfachnennung), so dass eine Straftat mehreren Ober- und Unterthemen zugeordnet werden kann.

führen (Anstieg von 96 auf 182 Straftaten). Hauptsächlich handelte es sich bei diesen Straftaten um Verstöße gegen das Vereinsgesetz (140 von 182 Straftaten).

Aleine 123 Verstöße gegen das Vereinsgesetz wurden bei zwei Ereignissen verübt. Zum einen nahmen am 20. März 2010 etwa 20.000 Menschen am Aufzug der 'Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland' (YEK-KOM) anlässlich des Newroz-Festes teil. Während der Veranstaltung zeigten Teilnehmer Fahnen der PKK bzw. deren Nachfolgeorganisationen. Zum anderen wurden gegen 44 Personen Strafverfahren eingeleitet, die im Dezember 2010 in einem Ort in der Eifel an einer Schulungsmaßnahme der PKK teilnahmen.

Erneuter Rückgang der Gewaltdelikte im Phänomenbereich PMK-Ausländer

Die Anzahl der Gewaltdelikte der PMK-Ausländer ist um 7,4 % (von 27 auf 25 Straftaten) zurückgegangen. Die Gewaltdelikte waren vorwiegend den Themenfeldern „Innen- und Sicherheitspolitik“ (12 von 25 Straftaten) und „Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität“ (9 von 25 Straftaten) zuzuordnen. Hauptsächlich handelte es sich bei den Gewaltdelikten der PMK-Ausländer um Körperverletzungen (Rückgang von 18 auf 14 Straftaten).

Insgesamt wurden 27 Tatverdächtige ermittelt. 13 waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 11 waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten.

Hohe Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus

Die hohe Gefährdung durch den internationalen Terrorismus hält unverändert an. Die Bundessicherheitsbehörden gehen aktuell von einer intensivierten Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus aus. Diese kann sich jederzeit in Form von Anschlägen unterschiedlicher Dimension und Intensität realisieren.

Die Gefährdung lässt sich nicht allein an den 13 (2009: 35) bekannt gewordenen Straftaten messen, die dem Themenfeld „Islamismus/Fundamentalismus“ zugeordnet wurden, sondern muss an dem möglichen Schadenspotential einzelner Tatplanungen und Delikte festgemacht werden.

Im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen weiterhin Personen mit tatsächlichen oder vermuteten Auslandsaufenthalten. Den Bundessicherheitsbehörden liegen Informationen zu insgesamt rund 255 Personen mit Deutschland-Bezug (deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund bzw. Konvertiten sowie in Deutschland aufhältig gewesene Personen anderer Staatsangehörigkeit) und islamistisch-terroristischem Hintergrund vor, die seit Beginn der neunziger Jahre eine paramilitärische Ausbildung erhalten haben sollen bzw. eine solche beabsichtigten. Von diesen Personen halten sich derzeit etwa 135 (wieder) in Deutschland auf, davon sind rund 10 Personen inhaftiert.

In Verlautbarungen islamistischer Gruppierungen erfolgt eine anhaltende Thematisierung Deutschlands. Das islamistische Personenspektrum in Deutschland bildet eine wichtige Zielgruppe für jihadistische Gruppierungen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, insbesondere auch zur Generierung von Geld- und Sachspenden für die dortigen terroristischen Aktivitäten.

Darüber hinaus birgt die anhaltende Thematisierung Deutschlands die Gefahr, dass hierdurch Personen ohne Organisationsbindung oder bekannte Bezüge zu jihadistischen Kreisen mobilisiert, radikalisiert und rekrutiert werden können.

7.2 Mitgliederpotenzial

Die Angaben zu den Parteien und Organisationen umfassen grundsätzlich alle Mitglieder. Damit ist nicht verbunden, dass jedes Mitglied als extremistisch eingeschätzt wird. Die Angaben zum Mitgliederpotenzial sind gerundet und zum Teil geschätzt.

Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Organisationen und Gruppierungen

Organisation/Gruppierung	2010	2009
DVU (einschl. DVU e.V. und Aktionsgemeinschaften)	600	800
NPD (einschl. JN)	750	800
pro Köln & pro NRW	350	-
Neonazistische Kameradschaften einschl. regionale Szenen**	640	610
Militante Rechtsextremisten einschl. Skinheads	1.350	1.350
Sonstige	150	455
abzüglich Doppelmitgliedschaften	180	180
Summe	4.020	4.195

Tabelle: Mitgliederpotenzial extremistischer Organisationen

** In der Gesamtzahl sind die sogenannten „Autonomen Nationalisten“ enthalten.

Mitgliederzahlen linksextremistischer Organisationen und Gruppierungen

Organisation/Gruppierung	2010	2009
Militante Linksextremisten einschl. Autonome	640	640
DKP	1.500	1.500
MLPD	650	650
Summe	2.790	2.790

Tabelle: Mitgliederzahlen linksextremistischer Organisationen

Mitgliederzahlen extremistischer Organisationen von Ausländern

Organisation/Gruppierung	2010	2009
ADÜTDF	2.000	2.000
DHKP-C	200	200
KONGRA-GEL bzw. PKK	2.000	2.000
LTTE	300	300
Summe	4.500	4.500

Tabelle: Mitgliederzahlen extremistischer Ausländerorganisationen

Mitgliederzahlen islamistischer Organisationen

Organisation/Gruppierung	2010	2009
HAMAS	70	70
Hizb Allah	350	350
Tabligh-i Jama'at*	150	150
Hizb ut-Tahrir	70	70
MB/IGD/IZA	320	320
IGMG	7.200	7.200
Kaplan-Verband	350	350
HDR*	50	50
Summe	8.560	8.560

Tabelle: Mitgliederzahlen islamistischer Organisationen

8 Scientology Organisation

Sitz	Bund	NRW
	München: (Scientology Kirche Deutschland e.V. ¹)	Düsseldorf: (Scientology Kirche ¹ und Celebrity Center ¹)
Mitglieder	5.000 bis 6.000	ca. 600
Publikationen:	'Kompetenz' (Verbreitung in Nordrhein-Westfalen), 'Freiheit' (bundesweite Verbreitung), 'Impact', 'Scientology News', 'Source', 'Celebrity', 'Freewinds', 'OT Universe', 'The Auditor', 'Advance' (internationale Verbreitung)	
Internet	breites mehrsprachiges Angebot	

¹ es handelt sich jeweils um rechtlich selbständige, in eine internationale Struktur eingebundene Organisationen.

Der 'Scientology Organisation' (SO) gehören in Deutschland 5.000 bis 6.000 Mitglieder an. In Nordrhein-Westfalen sind die Zahlen in den letzten Jahren stark gestiegen – auf derzeit ca. 600.

Die Organisation ist streng hierarchisch aufgebaut und wird weltweit aus den USA gesteuert. Sie verfügt über Strukturen mit totalitärem Anspruch und menschenverachtenden Tendenzen. Mit Hilfe ihrer offiziellen Niederlassungen und zahlreichen Tarnorganisationen strebt 'Scientology' durch Infiltration die Führung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an.

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen stellt nicht nur eine erhöhte Mitgliederzahl fest, sondern zudem eine nicht unerhebliche Zunahme der Aktivitäten der Organisation. Das bedeutet, dass 'Scientology' ihre Ziele auch durch aktive Maßnahmen verfolgt, und das – wie man an der Zunahme der Mitgliederzahlen sieht – leider mit Erfolg.

Eine große Rolle dürften dabei auch die Neuen Medien spielen. 'Scientology' nutzt diese intensiv für Werbung und Manipulation und bedient sich dabei Plattformen wie Youtube und Twitter sowie Social Networks wie Facebook, StudiVZ oder SchülerVZ. Jugendliche werden z.B. über den heimischen PC mit entsprechenden Videos der Tarnorganisationen „Jugend für Menschenrechte“ oder „Sag nein zu Drogen – sag ja zum Leben“ angesprochen. Genauer dazu finden Sie im Beitrag „Eine Sekte auf dem Weg ins Kinderzimmer – wie 'Scientology' die neuen Medien nutzt“ im Kapitel 2.2.

Der Verfassungsschutz hat aufgrund des größeren Bedrohungspotenzials seine Präventivmaßnahmen verstärkt – ausgerichtet auf die verschiedenen Wirkungsbereiche der Organisation. Dies entspricht auch der Forderung des Landtags Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 2008, wonach die Landesregierung den Industrie-, Handels- und Handwerkskammern Informationsmaterial zur Verfügung stellen sollte, um Firmen und Betriebe vor einer Unterwanderung durch die 'Scientology Organisation' zu schützen. Im Fokus standen dabei insbesondere die an Unternehmen gerichteten Angebote der Organisation hinsichtlich Management, Werbung und Schulung.

Im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales kommt der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen dem Auftrag des Landtags nicht nur durch Aufklärung in Form von Vorträgen und Einzelgesprächen, sondern vor allem durch direkte Information von interessierten Unternehmen und Betrieben umfassend nach. Täglich gehen zudem telefonische Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zum Thema 'Scientology' ein. Dabei erfolgt im Bedarfsfall und Einverständnis mit dem Betroffenen auch eine Weiterleitung an andere öffentliche Stellen, wie „Sekteninfo NRW“. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich auch auf der Homepage des Verfassungsschutzes über die Gefahren der Organisationen informieren.

Dass die 'Scientology Organisation' zu Recht im Blickfeld des Verfassungsschutzes steht, hat das Oberverwaltungsgericht Münster im Jahre 2008 bestätigt – Ur. v. 12.02.2008, Az.: 5 A 130/05 –. Danach richtet sich die Lehre von 'Scientology' gegen die Menschenwürde, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz. Zudem strebt die Organisation eine Gesellschaft ohne allgemeine und gleiche Wahlen an.

9 Spionageabwehr

9.1 Überblick

Für die Spionageabwehr stand im Jahre 2010 neben den traditionellen Methoden fremder Nachrichtendienste vor allem eine Angriffsform im Vordergrund – die Nutzung des Internets. Nachrichtendienste bedienen sich mittlerweile in erster Linie des Internets, um Informationen abzuschöpfen, aber auch, um zu manipulieren und zu sabotieren.

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen hat dieses Thema bereits in seinem letzten Jahresbericht ausführlich aufgegriffen, um vor den hiervon ausgehenden Gefahren zu warnen und zu sensibilisieren. Zu Recht, wie man ein Jahr später sieht. Denn die gesteuerten Angriffe haben nochmals zugenommen und sind deutlich professioneller geworden. Das Thema ist aktueller denn je.

Mit dem Computerwurm Stuxnet sollte beispielsweise in das iranische Atomprogramm eingedrungen werden. Experten gehen davon aus, dass ein ausländischer Nachrichtendienst diese höchst professionell entwickelte Schadsoftware in den Iran geschickt hat. Hieran werden Umfang und Konsequenzen des sogenannten Cyberwars deutlich. Während in der Vergangenheit ein solcher Erfolg lediglich durch einen Militärschlag realisierbar gewesen wäre, können Kriege in der heutigen Zeit in großem Umfang über das Internet geführt werden. Soldaten müssen nicht mehr eine Grenze überschreiten, sondern können aus dem Heimatland erfolgreich Angriffe durchführen.

Den Verdacht, dass hinter vielen der von Servern in China ausgehenden Attacken der Nachrichtendienst der chinesischen Volksbefreiungsarmee steht, untermauerten auch auf Wikileaks im November 2010 eingestellte Depeschen. So soll der Befehl für die hochintelligente, gezielt auf die Infrastruktur von Google in China gerichtete Attacke aus höchsten Kreisen der chinesischen kommunistischen Partei gekommen sein.

Auch andere Staaten stehen im Verdacht, mit hohem technischem Kenntnisstand erfolgreich Internet-attacken durchzuführen. Allerdings verlassen sich fremde Nachrichtendienste nicht ausschließlich auf den Erfolg des Cyberwars, sondern nutzen parallel herkömmliche Spionagemethoden für ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele:

So wurde im Juni 2010 in den USA ein russischer Spionagering aus zehn Agenten gesprengt. Deren Aufgabe war es, über einen langen Zeitraum Kontakte zu amerikanischen Regierungsmitarbeitern und anderen einflussreichen oder gut informierten Personen herzustellen. Auf diese Weise sollten sie an Informationen zur US-amerikanischen Bewertung unterschiedlicher politischer und militärischer Bereiche gelangen, z.B. zu den Iran-Sanktionen, dem Abrüstungsabkommen „Start“ oder dem Gesamtkomplex Afghanistan.

Was wie ein billiger Spionageroman anmutet, ereignete sich im Dezember 2010 in London. Der britische Geheimdienst MI 5 enttarnte eine junge Russin als sogenannte Schläferin für den russischen Geheimdienst. Als Mitarbeiterin eines Abgeordneten sollte sie für Spionage aktiviert werden.

9.2 Spionageaktivitäten des Iran

*„Zwei Bundespolizisten aus Iran abgezogen – Geheimdienst spionierte Liebesbeziehung aus“
(Rheinische Post, 31.01.2010)*

„Abgeordnete im Visier, Spionagealarm im Bundestag – Verfassungsschutz warnt vor Schlapphüten mit Diplomatenpass

[...] es lägen Erkenntnisse vor, wonach die Nachrichtendienste aus dem Iran massiv versuchen würden, an Informationen von Bundestagsabgeordneten und aus deren Büros heranzukommen“. (Berliner Kurier, 7.12.2010)

Schlagzeilen wie diese belegen, dass das Aufklärungsinteresse der iranischen Nachrichtendienste an allen Belangen der Bundesrepublik Deutschland ungebrochen hoch ist.

In der Islamischen Republik Iran ist in erster Linie das „Ministry of Information and Security“ (MOIS / VEVAK) unter Minister Heydar Moslehi für die nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung zuständig. Daneben existieren das „Revolutionary Guards Intelligence Department“ (RGID, Nachrichtendienst der Revolutionsgarden) und die „Security and Intelligence Organization of the Army“ (militärischer Nachrichtendienst).

Ausspähung der Oppositionellenszene und aller relevanten Bereiche deutscher Politik

Der Aufklärungsschwerpunkt des Iran liegt in der Beobachtung und Infiltrierung der in Deutschland lebenden Oppositionellen. Dies gilt sowohl für die 'Volksmodjahedin' (MEK) und ihren politischen Arm 'Nationaler Widerstandsrat Iran' (NWRI) als auch für Anhänger der sogenannten „Grünen Bewegung“. Die Oppositionsbewegung hatte 2009 im Iran das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen mit umfangreichen Protestaktionen angezweifelt und wird seitdem von den iranischen Sicherheitsbehörden brutal bekämpft. Sie tritt auch in Deutschland durch Demonstrationen gegen das iranische Regime in Erscheinung. Gerade Nordrhein-Westfalen steht mit den Städten Köln und Aachen als Wohnort vieler Exiliraner im Fokus des iranischen Nachrichtendienstes.

Darüber hinaus lassen Erkenntnisse des Jahres 2010 den Schluss zu, dass auch die gezielte Aufklärung der deutschen Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik zunehmend in das Zentrum iranischen Interesses rückt. Dies kann darin begründet sein, dass für den Iran die Politik Deutschlands als Mitglied der sogenannten Sechser-Gruppe (UN-Vetomächte + Deutschland) und als Wirtschaftspartner eine wichtige Rolle spielt.

9.3 Proliferation

Mit der EU-Verordnung Nr. 668/2010 vom 27. Oktober 2010 wurden die neuen restriktiven Maßnahmen gegen den Iran in geltendes Recht umgesetzt. Diese hebt alle bisherigen Verordnungen auf und sanktioniert erstmalig auch nicht proliferationsrelevante Tätigkeiten, d.h. solche ohne Bezug zum vermuteten Massenvernichtungswaffen- und Trägertechnologieprogramm des Iran. Hier ist insbesondere der Finanz-, Versicherungs- und Energiesektor betroffen. Nach dem Auslaufen der sogenannten Altvertragsregelungen wird eine hohe Wirkung der Sanktionen erwartet. Bereits jetzt sind weitere führende deutsche Konzerne vollständig aus dem Iran-Geschäft ausgestiegen.

Im Jahr 2010 kam es in Nordrhein-Westfalen zu mehreren Strafverfahren und Verurteilungen im Zusammenhang mit der Ausfuhr sensibler Güter in den Iran.

*„Strafe für Handel mit dem Iran
Ein Kaufmann aus Jüchen wurde gestern vor dem Landgericht Düsseldorf zu Bewährungs- und Geldstrafe verurteilt. Er soll eine Pumpe für Atomanlagen in den Iran geliefert haben. Er sagte aus, Opfer einer Erpressung zu sein.“ (NGZ vom 18.08.2010)*

In einem Fall äußerte ein iranischer Geschäftsmann vor dem Düsseldorfer Landgericht, dass er vom iranischen Nachrichtendienst zur Durchführung des Geschäfts gezwungen worden sei. Diese Aussage verhinderte aber nicht seine Verurteilung zu zwei Jahren Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 180.000 Euro.

Die Sensibilisierung der nordrhein-westfälischen Wirtschaftsunternehmen zum Schutz vor proliferationsrelevanten Handlungen stellte im Jahr 2010 neben der Aufklärung klassischer nachrichtendienstlicher Aktivitäten einen Arbeitsschwerpunkt dar. Der Verfassungsschutz tritt dabei nicht als Exportkontrollbehörde auf, sondern möchte in seiner Funktion als „Frühwarnsystem“ im Vorfeld über die Beschaffungsbemühungen und -methoden der teilweise nachrichtendienstlich arbeitenden iranischen Einkäufer aufklären, ohne diese unter Generalverdacht zu stellen. Aufgrund der vorherigen Sensibilisierung durch den Verfassungsschutz haben Firmen bei Geschäftsanbahnungen etwaige Proliferationsbezüge häufig frühzeitig erkannt und auf einen Vertragsabschluss verzichtet.

Die Ermittlung und Analyse von Tarnfirmen und Beschaffungsnetzwerken erfordert ein hohes Maß an Zusammenarbeit der nationalen und internationalen Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden.

Neue Broschüre der VS-Behörden

Die deutschen Verfassungsschutzbehörden haben in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Proliferation“ eine Neuauflage der Informationsbroschüre „Proliferation – Wir haben Verantwortung“ erstellt, die über die Verfassungsschutzbehörden per Download oder in Papierform bezogen werden kann.

Gerade nach der Verschärfung der Sanktionen ist es für die deutsche Wirtschaft wichtig, über Handlungsweisen und neue Beschaffungs(um)wege des Iran informiert zu sein, um sich vor möglichen strafrechtlichen Konsequenzen und Rufschädigungen zu schützen. Hier sind kleine und mittelständische Betriebe besonders gefährdet, da sie oftmals keine oder eine nicht ausreichende Ausfuhrkontrolle haben. Solche Firmen werden durch Marktanalyse vom Iran bewusst ausgewählt und angefragt.



9.4 Ferner Osten

9.4.1 Volksrepublik China

Im Jahr 2010 gelang es der Volksrepublik, sich als zweitgrößte Wirtschaftsmacht hinter den Vereinigten Staaten von Amerika zu etablieren und Japan auf den dritten Platz zu verdrängen. Gleichzeitig löste China die Bundesrepublik Deutschland und deren exportstärkstes Bundesland Nordrhein-Westfalen als Exportweltmeister ab.

Angriffsziele Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft

Eine wesentliche Aufgabe der Nachrichtendienste ist die Beschaffung von Erkenntnissen aus Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft. Gleichzeitig unterstützen sie die chinesische Staatsführung in

ihrem Ziel, bis zum Jahr 2020 Weltmarktführer im Hochtechnologiebereich zu werden. Seine Nachrichtendienste sind für den chinesischen Staat ein unverzichtbares Mittel zur Beschaffung von sensiblen, schwer zugänglichem Kern-Know-how aus Unternehmen oder Forschungsvorhaben. Das Interesse ist breit gefächert. Es bezieht sich sowohl auf innovative Hightech-Produkte als auch auf Grundlagenforschung. Um die Entwicklung Chinas voranzutreiben, sind z.B. auch Technologien interessant, die dabei helfen, Bergwerke sicherer zu machen oder in entlegenen Regionen Transportwege zu erschließen.

Oppositionellenausspähung

Darüber hinaus ging die chinesische Regierung auch im Jahr 2010 konsequent gegen abtrünnige Gruppen und Einzelpersonen vor. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an den inhaftierten Bürgerrechtler und Dissidenten Liu Xiaobo verstärkte die Verfolgung von Regimekritikern. Eine große Anzahl dieser zu den Feinden des chinesischen Staates erklärten Personen wurde unter Hausarrest gestellt oder verschleppt. Weil die Preisverleihung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas verstanden wurde, drohte die chinesische Regierung westlichen Ländern für den Fall einer Teilnahme an dem Verleihungsakt mit nicht näher beschriebenen Konsequenzen. Mehrere Internetseiten im Ausland, die sich für Menschenrechte und einen demokratischen Wandel in China einsetzen, gerieten unter Beschuss von Hackern und wurden unbrauchbar gemacht. Auch die Website des Friedensnobelpreises in Norwegen wurde angegriffen.

Zu den Oppositionellen, die die chinesische Regierung im In- und Ausland verfolgt und bekämpft, zählen die von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) als staatsfeindlich erklärten Vereinigungen und Bestrebungen

- : der Demokratiebewegung,
- : der Anhänger eines unabhängigen Tibet,
- : der Anhänger eines unabhängigen Taiwan,
- : der Falun Gong-Praktizierenden und
- : der turkstämmigen (muslimischen) Uiguren.

Sie werden im staatlichen chinesischen Sprachgebrauch als die „Fünf Gifte“ bezeichnet.

Im Ausland haben die chinesischen Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden die Aufgabe, die Aktivitäten dieser Vereinigungen aufzuklären. Dies geschieht mit der Zielrichtung, deren Veranstaltungen zu beeinträchtigen und öffentlichkeitswirksame, für die chinesische Staatsführung negative Aktionen, Berichterstattungen oder Erklärungen abzuwenden. Des Weiteren versuchen die Nachrichtendienste Einfluss auf Strategien sowie das Vereinsgeschehen zu nehmen und gegen Kritiker vorzugehen. Dazu gehört auch, Vereinigungen und deren Veranstaltungen bei Behörden oder Gastgebern zu diskreditieren. Durch Infiltration und über gezielte Quellenführung gelingt den Nachrichtendiensten der Einblick in die Strukturen, Mitgliederlisten, Versammlungsinhalte und Aktivitäten dieser chinesischen Vereinigungen.

Gezielte Aktionen sollen in Deutschland im Jahre 2010 gegen die hier zahlenmäßig am stärksten vertretenen Anhänger der Bewegung Falun Gong und die islamische Volksgruppe der Uiguren erfolgt sein, indem Quellen den Nachrichtendiensten aus dem Innenleben beider Gruppierungen berichtet haben.

Die Nachrichtendienste der Volksrepublik China im Einzelnen

Die nachrichtendienstlichen Aufgaben werden im Wesentlichen von drei Ministerien und einer Regierungsorganisation mit zum Teil überschneidenden Zuständigkeiten wahrgenommen.

Ministry of State Security (MSS)

Das 1993 entstandene Ministerium ist ein ziviler Nachrichtendienst mit sowohl In- als auch Auslandszuständigkeit und untersteht dem vom Ministerpräsidenten geführten Staatsrat. In China übernimmt das MSS die Aufgaben der Spionageabwehr. Dazu beobachtet es nicht nur die im Land lebenden offiziellen Vertreter fremder Nationen, sondern generell die Bürger fremder Staaten. Weitere Kernaufgabe ist die Bekämpfung möglicher Gefährder der territorialen Einheit oder inneren Ordnung, vor allem der „Fünf Gifte“.

Ministry of Public Security (MPS)

Die Behörde ist für die Gewährleistung der inneren Sicherheit zuständig. Dazu erfüllt sie Polizeiaufgaben wie die Überwachung des Straßenverkehrs oder die allgemeine Verbrechensbekämpfung. Darüber hinaus überwacht das MPS das öffentliche Leben, um möglichen Gefahren für das Machtmonopol der Kommunistischen Partei Chinas entgegenzutreten. Dies geschieht durch Kontrolle des Internet, der klassischen Medien sowie der in China lebenden Ausländer. Das MPS operiert nicht nur auf eigenem Hoheitsgebiet, sondern sammelt auch im Ausland Informationen über Personen und Organisationen, die regierungskritische Aktivitäten mit Auswirkungen auf die chinesische Gesellschaft entfalten. Da das Ministerium bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben außerhalb der polizeilichen Zuständigkeit nachrichtendienstliche Mittel einsetzt, gehört es zu den chinesischen Nachrichtendiensten.

Military Intelligence Department (MID)

Die militärische Auslandsaufklärung liegt in der Zuständigkeit der chinesischen Volksbefreiungsarmee. Das MID ist sowohl in China als auch im Ausland aktiv. Ihm obliegt der Schutz der eigenen Streitkräfte vor gegnerischen Ausspähungsversuchen. Im Ausland beschafft der Dienst militärisch bedeutsame Informationen, zum Beispiel über die Fähigkeiten und Bewaffnung fremder Streitkräfte, oder mit Relevanz für die Verteidigungs- und Bündnispolitik.

Büro 610

Vor dem Hintergrund der stark anwachsenden Meditationsbewegung Falun Gong wurde 1999 das unmittelbar an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas angebundene Büro 610 geschaffen. Dieser Organisation obliegt die Aufklärung und Bekämpfung von Falun Gong. Außerhalb der Ministeriumsstruktur operiert das Büro 610 auch im Ausland mit nachrichtendienstlichen Mitteln und ist daher als weitere nachrichtendienstliche Organisation anzusehen.

Arbeitsweise der Nachrichtendienste

Chinesische Nachrichtendienste nutzen, wie die Nachrichtendienste anderer Staaten, ihre diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Deutschland, um hier ihre Mitarbeiter getarnt einzusetzen (sogenannte Legalresidenturen). Sie beschaffen sich nicht nur auf verdecktem Wege Erkenntnisse, sondern sammeln vor allem offen zugängliche Informationen. Diese werden auf ihre Relevanz für die chinesische Interessenlage ausgewertet. Das gilt für Informationen aus den Medien, aber auch für solche, die anlässlich von Ausstellungen, Messen und Kongressen erlangt werden. Personen mit sensiblem Know-how werden abgeschöpft. Die geschieht in erster Linie in Gesprächen. Speziell hierfür geschulten Mitarbeitern gelingt es auf diese Weise, auch in den Besitz vertraulicher Unterlagen oder Werkstücke zu gelangen. Die Übergänge zur verdeckten Beschaffung sind dabei fließend. Ebenso legendieren sich Mitarbeiter der Nachrichtendienste als Journalisten oder nutzen Delegationen in Firmen und Behörden, sonstige Firmenbesuche oder Kontakte in Forschungsbereiche zur erfolgreichen Wissensabschöpfung.

Daneben werden chinesische oder chinesisch-stämmige Gastwissenschaftler, Studenten oder Praktikanten aufgrund ihres Wissens oder ihrer Zugänge als Informationsquelle genutzt. Mit gezielten Appellen an ihren Patriotismus und Hinweisen auf das besondere Privileg eines Auslandsaufenthaltes werden sie zu intensiver Mitarbeit bewegt. Die Gewinnung von Know-how über diese sogenannten

„Non Professionals“ hat den Vorteil, dass beim Bekanntwerden eines Ausspähungsversuchs nicht sofort erkennbar wird, ob die Person aus eigenem Interesse handelte, für einen Mitbewerber (Konkurrenten) spionierte oder einen nachrichtendienstlichen Auftrag erledigte.

Stark zugenommen haben Angriffe mittels Schadsoftware über das Internet, etwa durch einen Trojaner. Wenn auch nicht jeder Angriff, der über einen chinesischen Server erfolgt, einem chinesischen Nachrichtendienst zuzuordnen ist, so spricht bei einigen Attacken, vor allem aufgrund ihrer Professionalität, vieles für einen nachrichtendienstlichen Hintergrund.

9.4.2 Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)

Im Jahr 2010 wurde deutlich, dass der Sohn Kim Jong Un als Nachfolger des bisherigen Machthabers Kim Jong Il vorgesehen ist und die Familiendynastie sichern und weiterführen soll. Dies zeigte sich nach außen durch öffentliche Auftritte Kim Jong Uns im Beisein seines Vaters, insbesondere anlässlich der Militärparaden zum 65. Geburtstag der Kommunistischen Partei. Intern sorgte die Beteiligung Kim Jong Uns an den Staatsgeschäften für Klarheit. Für ihn wurde der Posten des stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission der Partei geschaffen und er wurde zum General befördert.

Ein Richtungswechsel in der aggressiven Politik gegenüber den Anrainerstaaten und deren Verbündeten zeigte sich bislang nicht. Dies belegt der Granatenangriff auf eine südkoreanische Insel im November 2010. Ob China als einziger Verbündeter dauerhaft seine schützende Hand über das kommunistische Regime hält, ist nicht sicher. Einige auf Mäßigung bedachte Aussagen von Seiten chinesischer Stellen zum aggressiven Verhalten Nordkoreas lassen jedoch annehmen, dass China keine Eskalation wünscht und disziplinierend auf Nordkorea einwirkt.

Auch im vergangenen Jahr bestand die größte Einnahmequelle für das Regime aus dem Verkauf von Rüstungsgütern und Atomtechnik an sensitive Staaten wie Iran, Syrien und vermutlich Myanmar (Birma). Nach dem letzten Atomwaffentest Mitte 2009 wurden keine weiteren Versuche bekannt. Allerdings sollen in einer hochmodernen Uran-Anreicherungsanlage nach Expertenangaben hunderte, nach nordkoreanischen Angaben sogar tausende Zentrifugen bereits im Einsatz sein.

Nordkorea hat keinen Zugang zum wissenschaftlichen Know-how des Westens. 2009 hat der Europäische Rat im Zuge der UN-Resolution 1874 den „Gemeinsamen Standpunkt über restriktive Maßnahmen gegen die DVRK“ beschlossen. Seither erhalten nordkoreanische Gastwissenschaftler und Studenten keine Visa für westliche Staaten. Dennoch ist der Staat trotz aller Restriktionen in der Lage, sowohl sein Atomprogramm als auch sein Rüstungsprogramm – wenngleich mit erheblichen Störungen – fortzusetzen. Dieses legt die Vermutung nahe, dass nordkoreanische Wissenschaftler ihre früheren Kontakte aufrecht erhalten oder reaktiviert haben und gezielt nutzen. Aus Berichten enttarnter Quellen des nordkoreanischen Nachrichtendienstes ist bekannt, dass Gastwissenschaftler, Doktoranden und Studenten während ihrer Aufenthalte im Westen gezielt Dossiers angelegt haben, zum Teil mit Hinweisen zum Privatleben ihrer betreuenden Wissenschaftler.

Wachsamkeit gilt weiterhin bei der Bestellung und Lieferung ausfuhrbehinderter Waren. Zweifel an der Endverwendung, umständliche, unlogische Lieferwege und unübliche Bezahlvorgänge über Drittstaaten sollten Anlass für konkrete Nachfragen sein.

9.4.3 Weitere Staaten des Nahen Ostens / Afrikanische Staaten

Auch viele Nachrichtendienste aus Ländern des Nahen Ostens und Afrikas entfalten Aktivitäten innerhalb Deutschlands. Aufgabenschwerpunkt ist die Aufklärung, Ausforschung und Überwachung ihrer Landsleute. Dabei gilt das besondere Interesse den Oppositionellen und Studenten. Im Fokus stehen aber auch in Deutschland aktive islamistische Bestrebungen, die als Bedrohung für das eigene Regime in der Heimat angesehen werden.

2010 erhob die Generalbundesanwältin gegen zwei festgenommene Libyer Anklage wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit. Einer der beiden ist verdächtig, als Führungsoffizier des libyschen Nachrichtendienstes ein Netz informeller Mitarbeiter geleitet, hierdurch Informationen aus Kreisen in Deutschland und Westeuropa lebender libyscher Oppositioneller beschafft und diese Informationen an seinen geheimdienstlichen Auftraggeber weitergegeben zu haben. Der zweite Libyer soll Oppositionelle gegen Agentenlohn ausgespäht haben. Eine weitere Festnahme erfolgte im September 2010. Auch hier besteht der Verdacht der Oppositionellenausspähung.

Andere Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas bedienen sich ebenfalls der Methode des Einschleusens von Hinweisgebern, um Informationen über Strukturen, Arbeitsweisen und geplante Aktionen oppositioneller Kreise in Deutschland zu erlangen.

Nicht immer lassen sich V-Leute von den Nachrichtendiensten ihres Heimatlandes allein aufgrund der versprochenen Vorteile oder aus politischer Überzeugung in die hiesige Oppositionellenszene einschleusen. Genauso wenig erfolgt die Mitarbeit eines „umgedrehten“ Oppositionellen in vielen Fällen uneingeschränkt freiwillig. Immer wieder erpressen ausländische Geheimdienste ihre bei uns lebenden Landsleute zur Mitarbeit, indem sie mit Repressalien gegen Angehörige in der Heimat drohen.

Personen, die sich in Deutschland gegen ihr Heimatland engagieren und deren Namen den Geheimdiensten unter anderem durch den Einsatz von V-Leuten bekannt werden, müssen entweder selbst im Rahmen ihres nächsten Heimatbesuches mit erheblichen negativen Konsequenzen rechnen, oder aber ihre im Heimatland lebenden Angehörigen und Freunde werden vom dortigen Geheimdienst unter Druck gesetzt.

Deutsche Menschenrechtsgruppen und andere regimekritische Vereinigungen geraten ebenfalls in das Visier ausländischer Nachrichtendienste, wenn sie sich von hier aus oder vor Ort politisch oder humanitär in einem dieser kritischen Länder engagieren.

Ein weiteres Betätigungsfeld der Nachrichtendienste des Nahen Ostens und Nordafrikas ist die Proliferation. Auch sie versuchen verstärkt, über Tarnorganisationen Kontakte zu hier ansässigen Firmen herzustellen, um unter Umgehung der deutschen Ausfuhrbestimmungen Güter und Know-how für bestehende Massenwaffenprogramme zu beschaffen. Einzelheiten zu dieser illegalen Beschaffungsform sowie die dagegen gerichteten Maßnahmen des Verfassungsschutzes finden sich unter den Ausführungen zu Iran.

9.5 Russische Föderation und andere Mitglieder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)

9.5.1 Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Die Bedeutung der russischen Nachrichtendienste ist für die Führung und Sicherheit des Staates groß. Die Dienste unterstützen die Regierung nicht nur bei der Vorbereitung und Realisierung innenpolitischer Vorhaben. Durch umfassende und verlässliche Informationsbeschaffung im In- und Ausland sind sie maßgeblich an der Förderung der wirtschaftlichen Interessen ihres Landes beteiligt. Der stetige Ausbau der gesetzlichen Befugnisse und die fortgesetzte Besetzung von wichtigen Stellen in bedeutenden Wirtschaftsunternehmen mit Personen, die den Nachrichtendiensten nahestehen, sind nur zwei Beispiele für das große Vertrauen der Regierung in die Dienste. So wurde der Sohn des früheren Direktors des Inlandsgeheimdienstes FSB Patrushev Vorstandsvorsitzender der viertgrößten russischen Bank. Neben der seit langem bestehenden gesetzlichen Verpflichtung der Dienste zur Wirtschaftsspionage gab Präsident Medwedew dem FSB die gesetzliche Möglichkeit, bei bloßem Verdacht auf die künftige Begehung einer Straftat die Bürger zu einem „vorbeugenden Gespräch“ vorzuladen bzw. Geldstrafen oder Haft anzuordnen. Bürger- und Menschenrechtler sehen die Gefahr des Rückfalls in die Zeiten des gefürchteten KGB.

Das Ansehen der Nachrichtendienste in der russischen Bevölkerung ist unverändert hoch. Pressewirksame Aktionen von Regierungspräsident Putin und Staatspräsident Medwedew, wie zum Beispiel ein offizieller Empfang und die Verleihung eines Ordens aus Anlass der Rückkehr der in den USA enttarnten Agenten, tragen dazu bei.

Dieser hohe Stellenwert wirkt sich natürlich auch auf das Handeln der Nachrichtendienste aus. Sie treten im In- und Ausland selbstbewusst und selbstsicher auf. Weder Enttarnungen von Agenten noch die positive Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der EU und USA zu ihrem Land halten die russischen Nachrichtendienste von weiteren Spionageaktivitäten ab. Zahlreiche Schlagzeilen aus dem Jahr 2010 zeigen das aktuelle Ausmaß der russischen Spionage:

„Spion in Spanien wegen Landesverrats verurteilt“ (Der Detektiv v. 13.02.2010)

„Neuer Skandal: Russischer Spion in Tschechien aufgefliegen“ (Ria Novosti v. 28.07.2010)

„Polen erhebt Anklage gegen Russen wegen Spionage“ (Ria Novosti v. 27.08.2010)

sowie ganz spektakulär

„FBI zerschlägt russischen Spionagering“ (Spiegel-Online v. 29.07.2010)

und zuletzt

„Russische Spionin im britischen Parlament enttarnt“ (NZZ-Online v. 5.12.2010)

Die folgenden Dienste sind nach wie vor auch gegen Deutschland aktiv:

- : SWR (Slushba Wneschnej Raswedki) – ziviler Auslandsnachrichtendienst
- : GRU (Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije) – militärischer Auslandsnachrichtendienst
- : FSB (Federalnaja Slushba Besopasnosti) – Inlandsnachrichtendienst

Ihre Aufgaben und Organisationsstrukturen sowie die Anzahl ihrer Mitarbeiter (insgesamt ca. 375.000) blieben im Jahr 2010 weitestgehend unverändert. Ob die spektakuläre Enttarnung eines russischen Agentenrings im Juni dieses Jahres in den USA Veränderungen bei den Diensten nach sich zieht, bleibt abzuwarten. Präsident Medwedew soll in diesem Zusammenhang geäußert haben, dass man aus diesem Vorfall lernen müsse. Spekulationen über die Auflösung des SWR und dessen Eingliederung in den FSB (nach KGB-Vorbild) wurden bereits laut. Auch die nachhaltige Forderung Medwedews nach Modernisierung und Effizienzsteigerung der Nachrichtendienste lassen künftig Veränderungen vermuten.

Die Methoden der russischen Nachrichtendienste wurden im Jahresbericht 2007 eingehend geschildert. Sie bedienen sich auch heute offener, halboffener sowie verdeckter, konspirativer Methoden unter Einsatz modernster Technik. Die Informationsbeschaffung erfolgt entweder unter zentraler Steuerung von Russland aus oder aus den Legalresidenturen (Botschaften und Konsulate, Medienvertretungen, staatliche Unternehmen) im Ausland.

Beispielhaft sei hier das sogenannte „Illegalenprogramm“ erwähnt, eine klassische zentral gesteuerte Methode. „Illegale“ sind mit einer Falschidentität ausgestattete Nachrichtendienstoffiziere, die mit langfristigen Spionageaufträgen in die Zielländer entsandt werden. Bei dem im Sommer dieses Jahres in den USA enttarnten russischen Agentenring handelte es sich um ein Illegalennetz von Nachrichtendienstoffizieren des SWR. Auch der 2009 in Estland wegen Landesverrats verurteilte ehemalige Sicherheitschef des estnischen Verteidigungsministeriums Simm wurde von einem „Illegalen“ des SWR geführt.

Die Aufklärungsziele umfassen die Bereiche Politik, Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. Der Auslandsnachrichtendienst SWR, der 2010 sein 90-jähriges Jubiläum feierte, konzentriert sich laut Aussage seines Direktors Fradkow auf die Festigung der internationalen Positionen sowie die Förderung des wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Potenzials Russlands. Schwerpunkte wa-

ren die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Klima- und Energiepolitik, der Gesamtkomplex EU sowie die NATO. Trotz der Annäherungen auf dem NATO-Gipfel in Lissabon sah der russische Verteidigungsminister Serdjukow noch im Oktober 2010 in der NATO-Osterweiterung eine militärische Gefahr für Russland.

Deutschland gehört zu den Schwerpunkten der russischen Aufklärung. Dies wird nicht zuletzt durch die im europäischen Vergleich hohe Anzahl von nachrichtendienstlichem Personal in den Auslandsvertretungen deutlich. In Nordrhein-Westfalen interessierten sich die russischen Nachrichtendienste z.B. für die Messe „Security Essen 2010“, auf der der FSB mit eigenem Stand vertreten war. Außerdem wurden 2010 wieder zahlreiche Kontaktversuche russischer Nachrichtendienstoffiziere zu interessanten Gesprächspartnern in Nordrhein-Westfalen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Technik bekannt. Mit den betroffenen Personen führte der Verfassungsschutz Sensibilisierungsgespräche.

9.5.2 Nachrichtendienste der übrigen Mitglieder der GUS

Die übrigen Mitglieder der GUS errichteten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eigene Nachrichten- und Sicherheitsdienste, die im Verlauf der letzten Jahre in unterschiedlichem Ausmaß umstrukturiert wurden. Ihr Aufgabenschwerpunkt liegt in der Spionageabwehr und der inneren Sicherheit. Nur wenige Mitglieder der GUS sind mit nachrichtendienstlichem Personal in der Bundesrepublik Deutschland vertreten.

Auch wenn das Bündnis der GUS durch den Austritt von Turkmenistan und Georgien an Einheit verloren hat, verfügen die Mitgliedstaaten und ihre Nachrichtendienste über gegenseitige Abkommen und Kontakte, insbesondere zur Russischen Föderation. Diese reichen vom Informationsaustausch bis zur konkreten Zusammenarbeit. Es ist davon auszugehen, dass Informationen über Ein- und Ausreisen ausländischer Staatsangehöriger ausgetauscht werden. Deshalb können Personen, die für die russischen Nachrichtendienste von Interesse sind, bei Reisen in andere Republiken der GUS in das Blickfeld der dortigen Nachrichtendienste gelangen.

Seit der Wahl des neuen Präsidenten Janukowitsch wendet sich auch die Ukraine wieder Russland zu. Auf einer Tagung der GUS-Geheimdienste im September 2009 sollen die Wichtigkeit und Unverzichtbarkeit der Zusammenarbeit betont und im November 2010 neue Strategien beraten worden sein.

9.6 Abwehr von Wirtschaftsspionage

Unternehmen in Nordrhein-Westfalen stehen weiterhin wegen ihres Know-hows und ihrer Spitzentechnologien im Fokus fremder Nachrichtendienste. Neben klassischen Angriffen über Wissensabschöpfung durch Personen in offener Form, beispielsweise auf Messen und Kongressen oder bei einem Geschäftsessen, spielt nach wie vor der Innentäter eine große Rolle. Mitarbeiter werden gezielt – zunächst unter Legende – von fremden Diensten angesprochen, um sie zur Informationsweitergabe zu bewegen. Oder es werden zu diesem Zweck Agenten in das Unternehmen eingeschleust.

Neben dieser traditionellen Methode der Informationsgewinnung, die für sich allein schon eine ernst zu nehmende Bedrohung darstellt, nutzen auch fremde Dienste seit ein paar Jahren eine neue Angriffsform: Die Know-how-Abschöpfung über die moderne Informationstechnologie.

Der Cyberwar auf seinem Weg in deutsche Unternehmen

Der Cyberwar in Form eines rasanten Anstieges von Angriffen auf die IT-Systeme ist zu einer einschneidenden Bedrohung für die Unternehmen unseres Landes geworden. Alte Sicherheitsmechanismen versagen; die Mehrzahl der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen hat noch keinen Weg ge-

funden, um diesen neuen Gefahren effizient zu begegnen und so ein zeitgemäßes Sicherheitsmanagement aufzubauen.

Der Versuch einiger Unternehmen, das Thema zu ignorieren, misslingt. Eine aktuelle Studie der Wirtschaftsberatung KPMG, die „e-Crime Studie 2010 – Computerkriminalität in der deutschen Wirtschaft“, dokumentiert eine neue Intensität, mit der deutsche Unternehmen den Spionagehandlungen ausgesetzt sind: Bereits 61 % der deutschen Unternehmen waren in den letzten drei Jahren von Datendiebstählen betroffen, 52 % hatten mit Verletzungen des Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zu kämpfen.

Zugleich berichtet das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in seinem aktuellen Lagebericht: *„Klassische Schutzmaßnahmen wie Virenschutzprogramme und Firewalls sind nicht mehr ausreichend, um einen wirksamen Schutz gegen die aggressiven Methoden der Wirtschaftsspionage zu erreichen. Weitergehende IT-Sicherheitsmaßnahmen sind unumgänglich.“*

Ein kurzer Sachverhalt mag beleuchten, wie schutzlos technische Systeme heute spezifizierten Angriffen mit Schadsoftware in Form „Trojanischer Pferde“ (sogenannte Trojaner) ausgesetzt sind: In einem nordrhein-westfälischen Unternehmen mit hohem Sicherheitsstandard hatte eine Mitarbeiterin die Aufgabe, verschiedene Newsletter auszuwerten und zusammengefasst ins Haus zu senden. Bei dem Newsletter eines bekannten Absenders, übersandt mit einer völlig unauffälligen Mail, war die Anlage allerdings lediglich ein leeres weißes Blatt. Nachdem die Mitarbeiterin dies festgestellt hatte, beachtete sie die Mail nicht weiter – ein nachvollziehbares Verhalten. Wer hat nicht selber schon einmal eine Mail erhalten, in der kein Anhang vorhanden, dieser fehlerhaft war oder sich nicht öffnen ließ? Aus Sicherheitssicht hatte sich niemand im Unternehmen falsch verhalten. Dennoch war ein Trojaner in die Systeme gedrungen – von außen bis zum Arbeitsplatz der Mitarbeiterin ungehindert durch sämtliche Sicherheitsbarrieren, dort installiert durch das Öffnen des Anhangs. Versteckt war er in dem weißen Blatt in der Anlage des Newsletters. Hätte man die gesamte Seite mit der Computermouse angezeichnet, anschließend über den Button „Schriftfarbe ändern“ schwarz eingestellt – man hätte auf die Signatur des Trojaners geblickt. Aber, aus welchen Gründen sollte ein Mensch im Alltagsgeschäft auf diese Idee kommen. Wer hat bei Dokumenten aus bekannten Quellen schon mal das Blatt mit verschiedenen Schriftfarben abgesucht? Der Angriffscodex war hier nämlich mit weißer Schriftfarbe auf weißem Grund völlig offen auf das Blatt geschrieben worden. Dieser kleine Kniff reichte aus, um die gesamte, gut aufgestellte IT-Sicherheit des Unternehmens auszuhebeln.

Die Herausforderungen und Folgen für die Sicherheitssysteme der Unternehmen liegen auf der Hand: Zum einen müssen technische Systeme auf der Höhe der Zeit sein. Virenscanner und Firewalls erkennen viele Spam-Wellen, breit gestreute Angriffe mit Schadsoftware und zahlreiche weitere Angriffsformen, die die Kommunikation im Unternehmen empfindlich stören oder gar vollständig verhindern können. Allerdings stehen diese Sicherheitsmauern darüber hinaus gehenden Angriffen mit spezifizierter Software in der Regel chancenlos gegenüber. Hier muss ein neuer Sicherheitsansatz gefunden werden, der – zusätzlich zu Antivirensoftware, Spamfilter und Firewall – einen weiteren Baustein integriert. Die Notwendigkeit einer Erweiterung der Sicherheitsarchitektur erweist sich aber auch an weiteren neuen Herausforderungen:

Systematische Ausspähung sozialer Netzwerke durch Geheimdienste

Neben den Angriffen mittels Schadsoftware ist durch das Internet für das Know-how eines Unternehmens eine weitere zu den bisher bekannten Szenarien hinzugetreten: Die Kontaktabbauung und anschließende Informationsabschöpfung über Soziale Netzwerke (Social Networks).

In Sozialen Netzwerken wie Facebook, StudiVZ, XING oder Channels wie Twitter stellen Menschen sich und ihr Umfeld dar. Die Profile bieten weitreichende sensible Informationen nicht nur zu den Personen einschließlich ihrer Hobbys und Aufenthaltsorte, sondern auch zu ihrem Freundeskreis. Fotos und Videos dokumentieren nicht nur das Aussehen einer Person, sondern oft auch deren Kontakte und besuchte Orte.

Und diese Kontaktnetze werden nicht nur privat, sondern auch beruflich genutzt. Angefangen von der Stellensuche bis hin zur Vermittlung von Projektpartnern oder dem Austausch über entsprechende Projekte. Gerade in den speziell auf das Geschäftsleben ausgerichteten Foren wie XING oder LinkedIn tauschen die Nutzer sensible betriebliche Informationen aus.

Die Nutzerzahlen dieser Plattformen sind enorm. Allein in Facebook sind in Deutschland 12 Millionen Menschen vertreten und es werden täglich mehr. Eine derartige Informationsfülle zieht fremde Nachrichtendienste und andere Angreifer an. Soziale Netzwerke werden systematisch ausgespäht, denn es gibt kaum eine einfachere Form der Informationsbeschaffung. Angreifer betätigen sich in verschiedenen Netzwerken – in schwerpunktmäßig geschäftlichen sowie privaten – und erlangen durch die Zusammenfügung der Informationen wie bei einem Puzzle ein vollständiges Gesamtbild. Nirgendwo werden so konzentriert wertvolle Informationen zur Verfügung gestellt, wie in diesen Netzwerken.

Die Möglichkeit, sich unter falschen Identitäten anzumelden, erleichtert es fremden Nachdiensten, unerkannt Kontakt zur Zielperson und über diese zu weiteren Informationsträgern aufzubauen. Ist das Vertrauen hergestellt, erfolgt eine Wissensabschöpfung, ohne dass die Betroffenen es merken. Der Umgangston in den Sozialen Netzwerken fördert diesen Trend.

Aus Angst vor Sicherheitslücken und Datenspionage sperren immer mehr Unternehmen – auch Dax-Konzerne – ihren Mitarbeitern Zugänge zu Sozialen Netzwerken am Arbeitsplatz.

Sensibilisieren, Erkennen und Abwehren

Doch was bedeuten all diese Szenarien für ein kleines oder mittelständisches Unternehmen? Gerade sie stehen im Visier der Angreifer. Das unterstreicht nicht zuletzt eine Studie von Corporate Trust. Kleine und mittlere Unternehmen stellen mit 96,1 % die meisten Opfer, während Konzerne „lediglich“ mit einem Anteil von 3,9 % zu den Geschädigten zählen (Quelle: Studie „Industriespionage – Die Schäden durch Spionage in der deutschen Wirtschaft“, Corporate Trust, 2007). Es heißt zuvorderst: Schutzmaßnahmen sind möglich. Unter dem Motto „Sensibilisieren, Erkennen und Abwehren“ hat die Spionageabwehr auch im Jahr 2010 zahlreiche Vortragsveranstaltungen bei Wirtschaftsunternehmen, Industrie- und Handelskammern, Verbänden und Sicherheitsbehörden durchgeführt.

Besonders hervorzuheben ist dabei der 6. IHK-Außenwirtschaftstag in Münster im September 2010 – die größte Außenwirtschaftsveranstaltung in Nordrhein-Westfalen. Dort haben sich über 700 Unternehmensvertreter über die Angebote des Verfassungsschutzes zum Thema „Wirtschaftsschutz“ informiert. Einen Schwerpunkt bildete hier auch die Gefahr von Informations- und Know-how-Verlusten bei Auslandsgeschäften für die über 75.000 international tätigen nordrhein-westfälischen Unternehmen. Zusammen mit den Sicherheitspartnern aus den Industrie- und Handelskammern erfolgten viele erfolgreiche individuelle Aufklärungs- und Sicherheitsgespräche mit intensiven Folgekontakten.

Mit einem breiten Angebot informierten die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder auf der weltgrößten Sicherheitsmesse „Security Essen 2010“ zum Thema „Abwehr von Wirtschaftsspionage“. Die Nachfragen der Messebesucher zeigten deutlich das Aufklärungs- und Sicherheitsinteresse gerade kleiner und mittelständischer Unternehmen und belegten auch dort den zum Teil erheblichen Nachholbedarf in punkto Unternehmenssicherheit.

Insgesamt hat die Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen im Jahre 2010:

- : mehr als 6.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in
- : 135 Veranstaltungen erreicht und über die Gefahren und Methoden der Wirtschaftsspionage sensibilisiert.
- : Hinzu kamen noch Gespräche vor Ort bei 85 Unternehmen der geheimschutzbetreuten Wirtschaft.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltungen, die als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ihr Wissen in ihren Arbeitsbereichen kommunizieren möchten, finden zudem auf der Homepage des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen

www.mik.nrw.de/wirtschaftsspionage

ein breit gefächertes Präventionsangebot. Dazu gehören der Onlinetest „Wirtschaftsspionage – Ist mein Unternehmen gefährdet“, begleitende Broschüren, Flyer sowie ein kurzer Film über die „Sicherheitslücke Mensch“, mit dem eine firmeninterne Diskussion zum Thema unterstützt werden soll.

Neues Internetangebot der Sicherheitspartnerschaft Nordrhein-Westfalen

Um Unternehmen noch gezielter als zuverlässiger Partner im Kampf gegen Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität zur Seite zu stehen, hat die Sicherheitspartnerschaft Nordrhein-Westfalen ihr Internetangebot noch passgenauer auf die Bedürfnisse der Unternehmen ausgerichtet. Unter

www.mik.nrw.de/sicherheitspartnerschaft

sind jetzt nicht nur wie bisher bewährte unternehmensbezogene Informationen über die Gefährdung durch Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität, sondern auch aktuelle Hinweise und Lagebilder zu unternehmensrelevanten Themenschwerpunkten wie Produkt- und Markenpiraterie, Computerkriminalität und politisch motivierter Kriminalität zu finden. Daneben erhalten Unternehmen auch praxisnahe Informationen zu den Themenkreisen Korruption und Außenwirtschaft, die sie in die Lage versetzen, auch auf diese spezifischen Gefahren wirksam zu reagieren. Hinweise auf themenbezogene Informationsveranstaltungen runden das Angebot der Sicherheitspartner ab. Die Benennung direkter Ansprechpartner erleichtert den Unternehmen eine direkte Kontaktaufnahme zu Experten bei konkreten Fragestellungen. Nach wie vor steht aber auch das bisherige umfangreiche Angebot der Sicherheitspartnerschaft im Fokus des Internetauftritts. Umfassende Sensibilisierungen von Unternehmen zu aktuellen Entwicklungen, Gefährdungen und Gegenstrategien im Kampf gegen Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität gehören genauso zu diesem Angebot, wie Fortbildungsveranstaltungen, Beratungsgespräche, Sicherheitstagungen und umfassende Informationsmaterialien.



Ausblick: 10-jähriges Bestehen der Sicherheitspartnerschaft in diesem Jahr

Die Sicherheitspartnerschaft Nordrhein-Westfalen feiert in diesem Jahr ihr zehnjähriges Bestehen. Am 26. Oktober 2001 wurde sie zur Bekämpfung von Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität gegründet. Partner dieser Public-Privat-Partnership sind

- : das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Abteilung für Verfassungsschutz sowie die Polizeiabteilung),
- : das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen,
- : der Verband für Sicherheit in der Wirtschaft Nordrhein-Westfalen e.V. und
- : die IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V.

Durch die vernetzte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Verbänden und den staatlichen Institutionen hat sich die Sicherheitspartnerschaft Nordrhein-Westfalen zu einem verlässlichen Partner der Unternehmen im Kampf gegen Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität entwickelt. Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums greift die Sicherheitspartnerschaft im Herbst 2011 das für Unternehmen brisante Thema „Sicherheit bei Auslandsreisen“ auf. Aktuelle Vorträge werden die Facetten dieses

Themas aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten und zusätzliche Live-Demonstrationen den Unternehmen wertvolle Hinweise zum wirksamen Know-how-Schutz auf Geschäftsreisen an die Hand geben. Die Unternehmen sind herzlich eingeladen. Weitergehende Hinweise finden sich auf der Homepage der Sicherheitspartnerschaft.

Kontakt zur Spionageabwehr

Bei Verdacht auf Spionageaktivitäten ist der Verfassungsschutz telefonisch unter der Rufnummer 0211/8712821 und per E-Mail unter der Adresse abteilungvi@mik.nrw.de erreichbar. Alle Hinweise werden vertraulich behandelt.

10 Über den Verfassungsschutz

10.1 Aufbau, Organisation, Haushalt, Personal

Entsprechend dem föderativen Aufbau gibt es in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland eine Verfassungsschutzbehörde. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln nimmt die Aufgaben einer Zentralstelle auf Bundesebene wahr. Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern sind gesetzlich zur Zusammenarbeit verpflichtet.

Verfassungsschutzbehörde für das Land Nordrhein-Westfalen ist das Ministerium für Inneres und Kommunales (§ 2 Abs. 1 Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – VSG NRW). Für den Verfassungsschutz ist die Abteilung 6 zuständig. Im Jahr 2010 standen für ihre Aufgaben 338 Stellen sowie Sach- und Investitionsmittel von 4,8 Millionen Euro zur Verfügung.

Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben personenbezogene Daten unter anderem in Dateien verarbeiten. Dies erfolgt vor allem mit Hilfe zweier Instrumente: Der „Personen-Informationen-Datei“ der Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen zur eigenen Aufgabenerfüllung und dem „Nachrichtendienstlichen Informationssystem“ (NADIS) der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

Die nordrhein-westfälische Verfassungsschutzbehörde übermittelt dem Bundesamt für Verfassungsschutz beziehungsweise den anderen Landesverfassungsschutzbehörden die für deren Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten. Zum Zweck der gegenseitigen Unterrichtung haben die Verfassungsschutzbehörden nach § 6 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) eine gemeinsame Datenbank, das sogenannte „Nachrichtendienstliche Informationssystem“ errichtet, die beim Bundesamt für Verfassungsschutz geführt wird. Alle Verfassungsschutzbehörden dürfen Daten in das NADIS einstellen und von dort abrufen. Eingestellt werden Daten zu Personen, über die Erkenntnisse im Zusammenhang mit politischem Extremismus vorliegen und zu Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung tätig sind. Diese Sicherheitsüberprüfungen machen gut 90 % aller NADIS-Einträge aus Nordrhein-Westfalen aus.

Aus Datenschutzgründen kann aus dem NADIS nur erkannt werden, ob über eine Person Erkenntnisse vorliegen, nicht aber, was bekannt ist. Das NADIS enthält lediglich personenbezogene Grunddaten wie Name, Vorname, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Anschrift, außerdem einen Hinweis auf die Behörde, die den Datensatz in die Datenbank eingestellt hat. Texte oder Kürzel, die etwas über die Erkenntnisse der für die Einstellung verantwortlichen Verfassungsschutzbehörde aussagen, gehören nicht dazu. Hat eine andere Verfassungsschutzbehörde ein Interesse an den Sachinformationen, so muss sie im Einzelfall bei der Behörde nachfragen, die den Datensatz eingestellt hat. Das NADIS ist also eine Hinweisdatei, aus der lediglich zu entnehmen ist, ob – und gegebenenfalls wo – über eine bestimmte Person Akten, also Aufzeichnungen über Sachverhalte, vorliegen. Das NADIS ist aufgrund seiner Konzeption nicht in der Lage, den „gläsernen Menschen“ zu schaffen.

10.2 Verfassungsschutz durch Aufklärung – Öffentlichkeitsarbeit

Informierte, aufgeklärte und demokratische Bürgerinnen und Bürger treten für die Demokratie und gegen ihre Gegner ein und tragen so dazu bei, unsere Demokratie und ihre Grundwerte zu schützen und zu stärken. In diesem Sinne sind aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger der eigentliche Verfassungsschutz. Die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu informieren und aufzuklä-

ren, gehört schon seit Jahren zu den Hauptaufgaben des Verfassungsschutzes. „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ ist nicht nur ein Arbeitsauftrag, sondern ein besonderes Anliegen.

Damit die Öffentlichkeit Anzeichen für Extremismus erkennen kann, setzt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz auf eine intensive Aufklärungsarbeit und bietet eine breite Palette verschiedener Informationsmaterialien an. Dazu gehören Vorträge an Schulen, Tagungen, Broschüren und ein ständig erweitertes Informationsangebot im Internet.

Jahresbericht/Zwischenbericht

Einen wichtigen, alle verfassungsschutzrelevanten Themen umfassenden Aufklärungsbeitrag liefert der seit 1978 regelmäßig im Frühjahr erscheinende Jahresbericht und außerdem der im Herbst herausgegebene Zwischenbericht. Die Jahresberichte dienen inzwischen Gerichten und Behörden als Nachschlagewerk zum Extremismus. Sie werden aber auch von der interessierten Öffentlichkeit stark nachgefragt.

Online-Handbuch des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen

Der Verfassungsschutz nutzt seit Jahren die Möglichkeiten des Internets, um der drastischen Zunahme extremistischer Angebote ein qualifiziertes Gegengewicht entgegenzustellen. Unter www.mik.nrw.de/verfassungsschutz stellt das „Online-Handbuch“ Wissenswertes über den Verfassungsschutz und seine Aufgaben dar. Das Handbuch informiert nicht nur über die Grundlagen des Verfassungsschutzes und zeigt, welche Kontrollfunktionen es gibt, sondern beinhaltet auch Detailinformationen über die Gefahren des Rechts-, Links- und Ausländerextremismus, über Islamismus, Spionageabwehr und Geheimschutz. Insgesamt werden gut 200 Stichworte zum gesamten politischen Extremismus und zur Spionageabwehr erläutert. Die Ideologieelemente, die die einzelnen Extremismusbereiche kennzeichnen, werden ebenso dargestellt wie historische Entwicklungen. Falls es darum geht, was „national befreite Zonen“ sind oder was hinter der ‚al-Qaida‘ steckt, steht die Antwort bei uns im Internet.

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen ist auch per E-Mail erreichbar (kontakt.verfassungsschutz@mik.nrw.de). Auf diesem schnellen Weg können nicht nur Publikationen bestellt, sondern auch Fragen gestellt, Kritik geübt und Anregungen gegeben werden.

Publikationen

Wer Informationen zu den aktuellen Themenschwerpunkten des Verfassungsschutzes sucht, findet Berichte und Broschüren über den islamischen Extremismus und ein breites Angebot zur Aufklärung über den Rechtsextremismus, darunter die Broschüre „Musik, Mode, Markenzeichen“, die sich etwa mit Outfits und Codes rechtsextremistisch orientierter Jugendlicher beschäftigt. Sie zeigt, anhand welcher Symbole, Musik oder Kleidungsstücke eine rechtsextremistische Orientierung erkannt werden kann und geht der Frage nach, was strafbar ist und welche Bands rassistische Propaganda verbreiten. Diese und andere Dokumente sind – jeweils in ihrer aktuellen Fassung – auch in der Publikationssammlung im Internet unter www.mik.nrw.de/verfassungsschutz abgelegt.

Aufklärung mit einem Comic – „Andi“ ist ein voller Erfolg

Im September 2005 schlug der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen mit dem Bildungscomic „Andi 1 – Tage wie dieser“ einen neuartigen Weg ein, um die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gerade unter Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen zu fördern.

Der Andi-Comic zeigt, was Grundrechte, Rechtsstaat, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Schulalltag konkret bedeuten. Durch die Konfrontation mit Widersprüchen zeigen die Helden des Comics, dass hinter rechtsextremistischen Parolen oft die historische Verklärung von Verbrechen, gefährliche Selbstdarsteller und Geschäftemacher stecken. Der Anhang zum Comic erklärt rechtsextremistische Zeichen und Symbole.

Im Oktober 2007 wurde mit dem Band „Andi 2 – Andis Freund Murat hat Stress“ der zweite Teil der Reihe „Comic für Demokratie, gegen Extremismus“ veröffentlicht. Im Mittelpunkt steht diesmal Murat, der Basketballkumpel von Andi und Bruder von Ayshe. Murat gerät – auch aus Wut über die vielen Absagen bei seinen Bemühungen um eine Ausbildungsstelle – an einen extremistischen Prediger. Dieser schafft es, Murat von seinen alten Freunden zu entfremden und ihn von islamistischen Hassparolen zu überzeugen. Erst das beherzte Eingreifen von Ayshe bringt ihn wieder zur Vernunft.

Im November 2009 schließlich kam mit dem Band „Andi 3 – Voll die Randalen“ das dritte Heft der Reihe in das Angebot. Ben trifft alte Freunde, die in der linksautonomen Szene aktiv sind und schließt sich ihnen an. Als er aber mit ansehen muss, wie deren Protest gegen eine Neonazi-Demo in Gewalttätigkeit umschlägt, von der zudem unbeteiligte Dritte betroffen sind, wendet er sich demokratischen Protestformen zu.

Die Rückmeldungen auf alle drei „Andi“-Hefte sind bis heute weit überwiegend sehr positiv. Dies wird einerseits deutlich in der ungebrochen hohen Nachfrage nach den Comics, andererseits in zahlreichen Rückmeldungen von Jugendlichen und Lehrkräften sowohl schriftlich als auch vor Ort in Veranstaltungen. Hier wird hervorgehoben, dass „Andi“ die komplexen Themen Extremismus und Demokratie jugendgerecht aufbereitet und dies mit hoher inhaltlicher Qualität verbindet.

Beispiel 1: Ein Gesamtschullehrer aus Leverkusen berichtet, dass nach der Lektüre von „Andi 2“ eine lebendige Diskussion unter muslimischen Mädchen entstand, die sich vorher kaum je im Unterricht geäußert hatten. Vor allem die Figur Ayshe, im Comic eine Kopftuch tragende Verfechterin demokratischer Grundwerte, regte die Klasse zu einer fruchtbaren Debatte über Islam, Islamismus und Demokratie an.

Beispiel 2: Eine Schülerin der Klasse 10b des Maria-Sibylla-Merian-Gymnasiums Telgte schrieb: „Ich möchte Ihnen im Name der Klasse ein Lob für diesen Comic aussprechen. Alle Schüler waren sich einig, dass man so die Informationen und die Botschaft des Comics leichter versteht. Eine sehr gute Idee waren, unserer Meinung nach, die „Infoblöcke“ die man während, sowie nach dem Comic immer wieder findet. Kaum Schüler kannten sich mit den rechtsextremistischen Zeichen und Symbolen aus, und haben diese dank Ihrer Informationen kennen gelernt, und kennen nun auch ihre Bedeutung.“

Alle Bände werden von nordrhein-westfälischen Schulen rege nachgefragt; aber auch weit über die Landesgrenzen hinaus werden sie bestellt. Dieser Zuspruch zeigt uns, dass mit den Comics ein Bedarf an den Schulen und Jugendeinrichtungen bedient wird. Die Rückmeldungen machen auch deutlich, dass Lehrerinnen und Lehrer einen jugendgerechten und fundierten Zugang zu den Themen Demokratie und Extremismus gesucht haben, den sie im Unterricht vertiefen können.

Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

Zur Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen gehört auch die Teilnahme an Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen für Multiplikatoren, Bildungseinrichtungen verschiedener Art und in Schulen sowie bei Verbänden und Stiftungen. Im Vordergrund stehen nach wie vor Vorträge zum Rechtsextremismus und zum Rechtsextremismus im Internet.

Die Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen kann nur erfolgreich sein, wenn sie auf mehreren Ebenen und damit gesamtgesellschaftlich erfolgt. Daher muss das Wissen des Verfassungsschutzes insbesondere für die Meinungsbildung bei den Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft nutzbar gemacht werden. Aus diesem Grund wurde der Verfassungsschutz durch wissenschaftliche Mitarbeiter verstärkt. Das Wissen des Verfassungsschutzes ist in den vorgestellten Aufklärungsmaterialien für

die Öffentlichkeit aufbereitet worden. Informierte und aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger können sich wirksamer für unsere Demokratie engagieren beziehungsweise extremistischen Bestrebungen entgegenzutreten und so dazu beitragen, dass ein gesamtgesellschaftliches Klima entsteht, das von Toleranz und Zivilcourage geprägt ist. Dies ist der beste Verfassungsschutz.

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/871 - 01
Telefax: 0211/871 - 3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

